



# HESSISCHER LANDTAG

27. 08. 2008

## 14. Sitzung

Wiesbaden, den 27. August 2008

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	795		
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	796		
Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	795		
59. Antrag der Abg. Fuhrmann, Dr. Spies, Eckhardt, Kühholz, Merz, Roth, Yüksel (SPD) und Fraktion betreffend <b>Personalabbau in Kliniken stoppen – Qualität in der Gesundheitsversorgung sichern</b> – Drucks. 17/526 – . . . . .	796	85. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Nordhessens Qualitäten fördern, statt altes Denken in Beton zu gießen</b> – Drucks. 17/568 – . . . . .	809
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	809	<i>Abgelehnt</i> . . . . .	826
83. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Verschlechterung der Krankenhausversorgung durch Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt stoppen – Hessens Patienten brauchen lebensfähige Krankenhäuser</b> – Drucks. 17/566 – . . . . .	796	86. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>wirtschaftlicher Aufschwung im Norden Hessens</b> – Drucks. 17/569 – . . . . .	809
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	809	<i>Ziffern 2 und 9: Abgelehnt;</i>	
Dr. Thomas Spies . . . . .	796, 802	<i>Ziffern 1, 3 bis 8, 10 und 11: Angenommen</i> . . . . .	826
Florian Rentsch . . . . .	798, 806	Dr. Christean Wagner (Lahntal) . . . . .	809
Dr. Ralf-Norbert Bartelt . . . . .	802	Frank-Peter Kaufmann . . . . .	812, 815
Kordula Schulz-Asche . . . . .	804	Dr. Walter Lübcke . . . . .	814
Marjana Schott . . . . .	806	Uwe Frankenberger . . . . .	815
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	807	Dieter Posch . . . . .	817
Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	809	Marjana Schott . . . . .	820
41. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>wirtschaftlicher Aufschwung im Norden Hessens durch eine gut ausgebaute Infrastruktur</b> – Drucks. 17/457 – . . . . .	809	Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	822
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	826	Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . .	824
hierzu:		Präsident Norbert Kartmann . . . . .	826
Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP – Drucks. 17/571 – . . . . .	809	5. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein <b>Gesetz über die unterirdische Verlegung von Hoch- und Höchstspannungsleitungen (Hessisches Erdkabelgesetz)</b> – Drucks. 17/260 – . . . . .	826
<i>Angenommen</i> . . . . .	826	<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, federführend, und dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	832
46. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Kurhessenbahn reaktivieren – modernen ÖPNV realisieren</b> – Drucks. 17/483 – . . . . .	809	44. Antrag der Fraktion der SPD betreffend den <b>Ausbau der Stromnetze und den Einsatz von Erdkabeln</b> – Drucks. 17/464 – . . . . .	826
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	826	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, federführend, und dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	832
		Ursula Hammann . . . . .	826
		Klaus Peter Möller . . . . .	827
		Torsten Warnecke . . . . .	828
		Dieter Posch . . . . .	829
		Janine Wissler . . . . .	830
		Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	831
		Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	831
		Präsident Norbert Kartmann . . . . .	831

	Seite		Seite
43. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>DDR-Unrechtsregime durch Handreichung für Hessens Lehrerinnen und Lehrer aufarbeiten</b>		– Drucks. 17/505 –	859
– Drucks. 17/461 –	833	<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen</i>	865
hierzu:		Günter Rudolph	860
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Minister Volker Bouffier	860
– Drucks. 17/575 –	833	Wolfgang Greilich	861
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	852	Hermann Schaus	862
Wolfgang Greilich	833, 848, 850	Tarek Al-Wazir	863
Mathias Wagner (Taunus)	835, 838, 852	Peter Beuth	864
Dorothea Henzler	838	Präsident Norbert Kartmann	865
Hans-Jürgen Irmer	839, 851		
Jörg-Uwe Hahn	841	8. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung verwaltungsvollstreckungsrechtlicher und anderer Rechtsvorschriften</b>	
Heike Habermann	842	– Drucks. 17/368 –	865
Barbara Cárdenas	844	<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen</i>	866
Michael Boddenberg	846	Minister Volker Bouffier	865
Dr. Ulrich Wilken	847	Präsident Norbert Kartmann	866
Minister Jürgen Banzer	847		
Willi van Ooyen	850	22. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Einrichtung eines gemeinsamen Studienganges für den Anwaltsdienst und die Errichtung eines gemeinsamen Prüfungsamtes für die Abnahme der Anwaltsprüfung</b>	
Florian Rentsch	852	– Drucks. 17/486 zu Drucks. 17/122 –	866
Vizepräsident Hermann Schaus	852	<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>	
		<i>Gesetz beschlossen</i>	866
6. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein <b>Hessisches Gesetz zur Bekämpfung der Zweckentfremdung von Wohnraum (HWOZBG)</b>		Hugo Klein (Freigericht)	866
– Drucks. 17/289 –	853	Präsident Norbert Kartmann	866
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i>	859		
Janine Wissler	853	23. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Aufhebung alt-kirchlicher Vorschriften</b>	
Gottfried Milde (Griesheim)	853	– Drucks. 17/491 zu Drucks. 17/245 –	866
Margaretha Hölldobler-Heumüller	855, 859	<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>	
Jürgen Lenders	856, 859	<i>Gesetz beschlossen</i>	866
Michael Siebel	857	Alexander Bauer	866
Minister Dr. Alois Rhiel	858	Präsident Norbert Kartmann:	866
Hermann Schaus	858		
Vizepräsident Dieter Posch	859	71. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu <b>Petitionen</b>	
		– Drucks. 17/352 –	866
7. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein <b>Gesetz zur Einbeziehung hessischer Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter in die allgemeine Einkommensentwicklung des öffentlichen Dienstes</b>		<i>Beschlussempfehlungen angenommen</i>	870
– Drucks. 17/365 –	859	Mathias Wagner (Taunus)	866
<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen</i>	865	Mürvet Öztürk	867
		Peter Beuth	867
17. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2007/2008 zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften</b>		Christoph Degen	868
		René Rock	868
		Barbara Cárdenas	869
		Minister Volker Bouffier	869
		Präsident Norbert Kartmann	870

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Erster Vizepräsident Lothar Quanz  
Vizepräsident Dieter Posch  
Vizepräsidentin Sarah Sorge  
Vizepräsident Hermann Schaus

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter  
des Landes Hessen beim Bund Volker Hoff  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Jürgen Banzer, zugleich mit der Leitung des  
Kultusministeriums beauftragt  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger, zugleich mit der Leitung des  
Ministeriums für Wissenschaft und Kunst beauftragt  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretärin Oda Scheibelhuber  
Staatssekretär Dr. Walter Arnold  
MinDirig Rüdiger Derwort  
MinDirig Wulf-Michael Kuntze  
Staatssekretär Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz  
Staatssekretär Klaus-Peter Güttler  
MinDirig Guntram Finke  
MinDirig Dr. Walter Kindermann

Abwesende Abgeordnete:

Brigitte Hofmeyer



(Beginn: 9.02 Uhr)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße alle ganz herzlich.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wir Sie auch!)

– Vielen Dank, Herr Kollege Irmer.

Lassen Sie uns anfangen. Ich stelle die Beschlussfähigkeit fest. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so.

Zur Tagesordnung. Ich stelle fest: Die Punkte 1, 2, 40, 54, 60, 64, 84 und 87 sind erledigt.

Wir kommen zu aktuellen Anträgen.

(Unruhe)

– Wenn Sie nicht zuhören, könnte es nachher ein Problem geben, wenn man die Anträge aufruft. – Noch eingegangen und an Sie verteilt worden ist zu Tagesordnungspunkt 41 ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 17/571, zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend wirtschaftlicher Aufschwung im Norden Hessens durch eine gut ausgebaute Infrastruktur, Drucks. 17/457.

Ebenfalls eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Missbilligung demokratie- und rechtsstaatswidriger Äußerungen, Drucks. 17/572. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Dem wird nicht widersprochen. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 88 und kann nach Tagesordnungspunkt 73, der Aktuellen Stunde zu diesem Thema, aufgerufen werden. Einverstanden? – Gut.

Weiterhin eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Beteiligung der „Roten Hilfe“ als Anzuhörende durch die Fraktion DIE LINKE, Drucks. 17/573. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 89 und kann nach Tagesordnungspunkt 72, der Aktuellen Stunde zu diesem Thema, aufgerufen werden. – Ebenfalls Konsens.

Außerdem liegt Ihnen ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Verurteilung von Extremismus in Hessen, Drucks. 17/574, vor. – Auch hier wird die Dringlichkeit bejaht. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 90 und kann nach Tagesordnungspunkt 76, der Aktuellen Stunde zu diesem Thema, aufgerufen werden. – Ebenfalls Konsens.

Dann ist noch eingegangen und an Sie verteilt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 17/575, zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend DDR-Unrechtsregime durch Handreichung für Hessens Lehrerinnen und Lehrer aufarbeiten, Drucks. 17/461. – Das sind die Anträge, die Ihnen aktuell heute Morgen auf den Tisch gereicht wurden.

Zum Ablauf der Sitzung. Wir tagen heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von zwei Stunden.

Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 59: Antrag der Abg. Fuhrmann, Dr. Spies, Eckhardt, Kühholz, Merz, Roth, Yüksel (SPD) und Fraktion betreffend Personalab-

bau in Kliniken stoppen. Hiermit wird Tagesordnungspunkt 83 aufgerufen.

Dann folgt Tagesordnungspunkt 41: Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend wirtschaftlicher Aufschwung im Norden Hessens durch eine gut ausgebaute Infrastruktur. Hiermit werden die Tagesordnungspunkte 46, 85 und 86 aufgerufen.

Nach der Mittagspause beginnen wir mit Tagesordnungspunkt 43, Drucks. 17/461.

Sie wissen, dass zu Beginn der Sitzung immer auch aktuelle Informationen an Sie weitergegeben werden. Dazu gehört als kleine Tradition, dass, wenn die Landtagsmannschaft am Dienstag spielte, am Mittwochmorgen ein Spielbericht geliefert wird.

Ich bitte um Nachsicht. Ich weiß, wie das im Altertum mit den Botschaftern war, die keine Nachricht über Siege mitteilten.

(Heiterkeit)

Es war eine wunderschöne Atmosphäre am gestrigen Abend. Wir waren zu Gast in Mörfelden-Walldorf und spielten gegen die Rot-Weiß Classics. – Das ist keine Variante möglicher Koalitionen, wie ich mir habe sagen lassen. – Dieses Benefizspiel wurde zugunsten der Werkstatt für Behinderte ausgetragen und vom ehemaligen Kollegen Günter Schork organisiert.

Die Landtagsmannschaft begann stark mit einem Doppelschlag. In der 12. und 14. Minute konnten Marius Weiß und Christian Losch die Männer von Teamchef Günter Rudolph mit 2 : 0 in Führung bringen.

(Allgemeiner Beifall – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Aber dann!)

Zu dieser Zeit wurde von beiden Mannschaften spielerisch viel geboten, und jeder hätte die Chance zum Torerfolg gehabt. Doch als wir Abschied nahmen von den Toren, erzielte der Gegner dieselbigen.

(Heiterkeit)

Der Halbzeitstand war 2 : 1. Nach dem Halbzeitpfiff wurde die Abwehr jedoch überlaufen, und es stand noch 2 : 2. Fünf Minuten vor Spielende wurde unser Keeper Mark Weinmeister Opfer einer groben Unsportlichkeit.

(Zurufe: Buh!)

Er hatte sich voll auf die rechte Ecke seines Tores konzentriert, doch der gegnerische Stürmer lupfte den Ball listig ins linke Eck.

(Heiterkeit)

Mehrere Chancen zum Ausgleich gelangen allerdings nicht mehr, sodass wir nach einer starken spielerischen Leistung knapp mit 2 : 3 verloren.

Eigentlicher Gewinner dieses Freundschaftsspiels war jedoch die Werkstatt für Behinderte in Mörfelden-Walldorf, die nach dem Spiel von Teamchef Günter Rudolph den Spendenscheck des Landtagspräsidenten Kartmann überreicht bekam.

Nach der erneuten Niederlage gibt es offensichtlich verschärftes Nachdenken über personelle Konsequenzen. Unter anderem wird diskutiert, einen nordhessischen Ernährungsberater einzustellen – Stichwort: ahle Wurscht.

(Heiterkeit)

Ihr nächstes Spiel bestreitet die Landtagself am 16. September um 17 Uhr gegen die amerikanischen Streitkräfte auf der Bezirkssportanlage Mainz-Kastel. Ich lade Sie alle dazu herzlich ein.

(Allgemeiner Beifall)

Ein Hinweis: Heute Abend, im Anschluss an die Plenarsitzung, tagt der Innenausschuss in Sitzungsraum 501 A.

Jetzt – Herr Klee ist schon ganz nervös – dürfen wir herzlich unserer Kollegin Regine Müller zu ihrem Geburtstag gratulieren. Herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Klee übernimmt gerne die Rolle des Rosenkavaliers.

(Schriftführer Abg. Horst Klee überreicht einen Blumenstrauß.)

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Beginn unserer eigentlichen Sitzung. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 59** auf:

**Antrag der Abg. Fuhrmann, Dr. Spies, Eckhardt, Kühnholz, Merz, Roth, Yüksel (SPD) und Fraktion betreffend Personalabbau in Kliniken stoppen – Qualität in der Gesundheitsversorgung sichern – Drucks. 17/526 –**

Dazu wird **Tagesordnungspunkt 83** aufgerufen:

**Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Verschlechterung der Krankenhausversorgung durch Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt stoppen – Hessens Patienten brauchen lebensfähige Krankenhäuser – Drucks. 17/566 –**

Ich darf Herrn Dr. Spies das Wort für den Antragsteller erteilen. Die vereinbarte Redezeit beträgt 15 Minuten.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Einen wunderschönen guten Morgen, meine Damen und Herren! Es ist schönes Wetter draußen. Schätzen Sie sich glücklich, dass Sie hier arbeiten dürfen. Wären Sie in einem Krankenhaus beschäftigt, wäre die Hälfte der Frührschicht schon rum. Die hätte um 6 Uhr angefangen. Vielleicht ist das ein wesentlicher Hinweis auf das, worüber wir heute reden.

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage Drucks. 17/376 schreibt die Hessische Landesregierung:

Daher müssen die Krankenhäuser sicherstellen, dass die Regeln der Hygiene eingehalten werden ...  
Dafür müssen die Krankenhäuser die notwendigen innerorganisatorischen Festlegungen vornehmen ...  
und

– jetzt kommt es –

die Aufgabenerfüllung auch personell sicherstellen.

Genau deshalb soll es heute darum gehen, uns, vor allem aber die Bürgerinnen und Bürger des Landes Hessen zu vergewissern, dass die Krankenhäuser ihre Aufgabenerfüllung auch personell sicherstellen können.

Sie halten das für selbstverständlich? In einem Leserbrief in einer hessischen Zeitung berichtet eine junge Mutter, dass nach der Entbindung stundenlang niemand Zeit hatte, ihr zu helfen, das Neugeborene anzulegen. In einer Fernsehsendung berichten Augenzeugen von einem Todesfall auf einer Intensivstation; die zuständige Kraft be-

kam wegen Überlastung die Alarmsignale der Überwachungsanlage nicht mit. Es gibt inzwischen laut Aussagen der Fachverbände Intensivseinheiten, die nachts von einer Fachkraft und einer Hilfskraft betrieben werden, was bedeutet, dass im Notfall erst Hilfe von anderen Stationen geholt werden muss. In einem Brief an die Krankenhausleitung beschreiben Mitarbeiter, namentlich genannt, desolate hygienische Zustände, und die Krankenhausleitung bestätigt diese Zustände öffentlich.

Meine Damen und Herren, damit wir uns nicht falsch verstehen: Es besteht kein Grund zur Panik. Solche Berichte sind Einzelfälle, aber sie sind beileibe keine Rarität mehr. Unsere Krankenhäuser sind gut. Vor sechs Tagen hat die Bundesgeschäftsstelle ihren Bericht über die Qualitätssicherung im Jahre 2007 veröffentlicht und bescheinigt den Krankenhäusern – zumindest bei den Parametern, die in dem Bericht untersucht werden – eine gute Qualität, aber zugleich weiteren Handlungsbedarf. Darum ist das kein Grund, sich in falscher Sicherheit zu wiegen.

Die Fakten: In den Jahren 1994 bis 2006 ist die Zahl der Vollzeitkräfte in deutschen Krankenhäusern um 11 % zurückgegangen, von 880.000 auf 790.000 Stellen. Gleichzeitig nahm die Zahl der Krankenfälle um 17 % zu – mit dem Ergebnis, dass die Belastung, also die Fallzahl pro Fachkraft, um 21 % stieg. Diese Fälle sind zudem arbeitsintensiver, weil die wenig arbeitsintensiven Tage am Ende eines Krankenhausaufenthalts durch die Verkürzung der Liegezeiten weggefallen sind, sodass man realistischerweise annehmen muss, die Arbeitsbelastung der in unseren Krankenhäusern Beschäftigten ist in den letzten 14 Jahren um bis zu 30 % gestiegen. Der Personalabbau erfolgte zudem ungleichgewichtig. Während die Zahl der Pflegekräfte um 14 % abnahm, nahm die Zahl der Ärztinnen und Ärzte um 27 %, die der Verwaltungsmitarbeiter immerhin noch um 10 % zu.

Die Krankenhäuser müssen die Aufgabenerfüllung personell sicherstellen, sagt die Landesregierung. Meine Damen und Herren, die genannten Veränderungen bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Versorgung. Englische Untersuchungen zeigen, dass eine Halbierung des Pflegepersonals pro Patient eine bis zu 30 % höhere Sterblichkeit in den ersten 30 Tagen nach einer Operation zur Folge haben kann. Auch in anderen Untersuchungen wurde bestätigt: Die Zahl der Pflegekräfte ist ein wichtiger Parameter für die Qualität eines Krankenhauses und die Sicherheit der Patienten. Amerikanische Untersuchungen zeigten, dass allein der Faktor, ob ein Krankenhaus ein Interesse hat, Gewinne zu machen oder nicht, eine geringe, aber signifikant höhere Mortalität zur Folge haben kann – wegen des reduzierten Personalspiegels, weil man Gewinne natürlich nur über den Personalbestand erwirtschaften kann.

Nebenbei bemerkt: Die zuletzt genannte Tatsache, auch der Landesregierung bekannt, hat sie nicht dazu bewegen können, beim Verkauf von zwei ihrer drei Krankenhäuser, immerhin die größten in Hessen, eine entsprechende Sicherung in den Vertrag aufzunehmen. Das Ergebnis kann man vor Ort betrachten, wenn man Augen hat, zu sehen, wenn man Ohren hat, zu hören, was die Mitarbeiter sagen, und wenn man den Willen hat, seine Aufgaben als Aufsichtsorgan zu erfüllen. Da ist die Landesregierung noch nicht ganz erfolgreich. Lassen Sie mich an der Stelle eine Bemerkung zu Äußerungen aus letzter Zeit eines der politischen Mitbewerber machen, was den Rückkauf der Uniklinika Gießen und Marburg angeht. Meine Damen und Herren, hier reden wir über einen Betrag von



600 Millionen €. Ich sehe mit Interesse der Darstellung im Haushalt entgegen, wie das finanziert werden soll.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, laut dem Aktionsbündnis Patientensicherheit versterben in deutschen Krankenhäusern jedes Jahr 17.000 Menschen an vermeidbaren unerwünschten Ereignissen. Dabei spielen insbesondere menschliches Versagen, z. B. Hygieneunfälle und Medikamentenverwechslung, eine zentrale Rolle. Gerade solche Fehler entstehen umso leichter, je höher der Zeit- und Arbeitsdruck im Krankenhaus ist. Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass eine höhere Dichte insbesondere des Pflegepersonals zu geringeren Komplikationsraten beiträgt und mehr Patientensicherheit schafft. Es ist schon ein Skandal, wenn in einem der reichsten Länder der Erde Menschen, die kritisch krank sind, Menschen, die einer finalen Diagnose entgegensehen, Menschen, denen es wirklich schlecht geht, regelmäßig beklagen müssen, das im Krankenhaus niemand Zeit hat, ihnen ein paar Minuten lang zuzuhören. Auch das ist eine Frage der Qualität der Versorgung. Sie sollte uns allerdings etwas wert sein. Es ist zwingend an der Zeit, hier etwas zu tun.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Jetzt reden wir auch einmal darüber, wie das aus Sicht der Beschäftigten aussieht. Ich zitiere Ausführungen eines Krankenpflegers in einer hessischen Zeitung:

Wer nach ethischen Aspekten arbeitet, für den Menschlichkeit, Hygieneleitlinien und ganzheitliche Pflege noch wichtig sind, geht kaputt. Und schon schließt sich der Teufelskreis: wenig Personal, schlechte und zu kurze Einarbeitungszeiten, schlechte Qualität, mehr Belastung, Frustration, Motivationsverlust. Manchmal glaubt man, belohnt wird nicht, wer gute Arbeit leistet, sondern wer wenig tut, denn dieser bleibt wenigstens körperlich und seelisch gesund.

Natürlich ist auch das ein Einzelfall.

Meine Damen und Herren, die Beschäftigten im Gesundheitswesen wollen eine gute Arbeit machen. Gute Arbeitsbedingungen sind, das zeigen Untersuchungen, viel wichtiger als das Einkommen. Wenn es um Menschen geht, werden Personalmangel und teilweise abstruse Zustände hingenommen und von den Beschäftigten ausgeglichen, weil der Patient kein Werkstück ist, sondern ein Mensch, den man nicht liegen lässt. Viele arbeiten bis an die Grenze des Erträglichen – und darüber hinaus. Wer Mitgefühl mit seinen Patienten hat, tut sich eben sehr, sehr schwer damit, Instrumente der Arbeitskämpfe zu nutzen. Daher war es schon ein bisschen zynisch, dass vor ein paar Jahren die Kontrolle der Krankenhausarbeitszeiten – immerhin ein Mal in Hessen – nur auf freiwilliger Basis erfolgte. Meine Damen und Herren, die im Gesundheitswesen Beschäftigten brauchen auch die Unterstützung der staatlichen Aufsicht.

(Beifall bei der SPD)

Es war und ist gleichermaßen üblich wie unanständig, diese Selbstausbeutung zu akzeptieren, zu nutzen, zum Teil sogar einzufordern. Gute Pflege ist harte Arbeit, körperlich und oft auch seelisch. Sie verdient unseren Respekt. Eine so anständige Motivation darf nicht missbraucht werden.

Ohne Zweifel war der Abbau von Überkapazitäten im Krankenhausbereich unverzichtbar, und ohne Zweifel war er nur über ökonomischen Druck, über Pauschalen, Budgets usw., zu bewerkstelligen. Der Wettbewerb hat die Anreizstrukturen für die Krankenhäuser so verändert, dass die Effizienz der Arbeit und Kostenreduktionen auch in ihrem eigenen Interesse sind. Das war richtig, weil es nicht zu rechtfertigen ist, dass die Pflichtbeiträge der Versicherten zum Fenster hinausgeschmissen werden.

Aber weil die Steuerung nur auf ökonomischen Instrumenten beruht, wird im Blindflug Personal abgebaut. Wettbewerb sichert keine gute Versorgung,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Wettbewerb steht ihr entgegen. Deshalb braucht man klare Regeln, die den Wettbewerb steuern.

Das wissen wir alle, das ist für uns ganz selbstverständlich. Weil die Sicherheit vorgeht, ändern wir zahlreiche und umfangreiche Standards im Krankenhausbetrieb. Allein die Vorgaben zur Hygiene in Operationssälen füllen Bände, und das zu Recht. Deshalb gibt es die Medizingeräteverordnung und das Röntgenrecht. Wir haben in diesem Hause schon viele Gesetze genau zu dieser Frage behandelt. Außerdem gibt es eine umfangreiche Rechtsprechung, die in dieser Frage völlig eindeutig ist: Die Sicherheit der Patienten geht vor. Deshalb gibt es im Bereich der Technik, der Hygiene usw. gar keine Einsparpotenziale, ohne genau diese Standards zu unterlaufen.

Das Gleiche gilt für die Qualifikation des Personals. Auf keinem anderen Feld sind die fachlichen Qualifikationen so detailliert geregelt wie in den Heilberufen. Man darf in diesen Berufen nichts tun, wenn man keine ausgewiesene, präzise festgelegte Qualifikation besitzt. Aber weil 80 % der Ausgaben eines Krankenhauses Personalkosten sind und weil zwar die technischen Standards und die Qualifikation des Personals, nicht aber seine Zahl vorgegeben sind, kann am Ende der Kostendruck nur über den Personalbestand ausagiert werden – mit den genannten, nicht unerheblichen Folgen. Es ist geradezu grotesk, meine Damen und Herren, dass wir den Kindergärten einen Personalschlüssel vorgeben, es aber in das Belieben eines Krankenhausbetreibers stellen, mit wie vielen Personen die vielleicht doch nicht so viel leichtere und ganz sicher nicht ungefährliche Aufgabe „Betrieb eines Krankenhauses“ gelöst wird.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Deshalb brauchen wir klare Standards, die sicherstellen, dass an unseren guten Krankenhäusern gut qualifiziertes Personal aller Berufsgruppen in ausreichender Zahl vorhanden ist, um die anfallenden Aufgaben zu meistern.

Mit solchen Standards wird nicht Qualität durch Quantität ersetzt, sondern sie garantieren die quantitativen Voraussetzungen für eine qualitativ hochwertige Arbeit. Wenn man sie berechnen will, stellt man fest, dass die Pflegepersonalverordnung aus den Neunzigerjahren ein vager Hinweis ist, mehr aber auch nicht. Aber das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen und die Fachverbände verfügen bereits jetzt über hilfreiche Daten.

Am Anfang wäre mit einem Orientierungswert, der Garantien schafft, schon eine Menge gewonnen. Am Ende müssen wir uns am Case-Mix, also am Schweregrad, ausrichten. Wir müssen uns an der Sicherheit der Patienten

orientieren und insbesondere solche Standards auf die tatsächlich am Patienten verbrachte Zeit beziehen. Darauf kommt es nämlich an.

Natürlich ist auch das technische Personal zu berücksichtigen. Am Ende spielt nicht die bloße Zahl der Köpfe eine Rolle, sondern es geht um qualifizierte Köpfe. Das heißt, die Fachpflegequoten könnten eine Rolle spielen. Aber ich will der Arbeitsgruppe – so sie denn eingesetzt wird, wie wir es in unserem Antrag fordern – in keiner Weise etwas vorschlagen. Ich glaube, dass diese Aufgabe nicht ganz leicht zu meistern ist. Deshalb ist es richtig, sinnvoll und dringend angezeigt, damit zu beginnen, sie zu meistern.

Vor den möglichen Kosten solcher Standards darf und muss man keine Angst haben. Wie die Landesregierung in der zitierten Antwort auf die Anfrage richtig ausführte – noch einmal das Zitat –, „müssen die Krankenhäuser ... die Aufgabenerfüllung auch personell sicherstellen“.

Das, worüber wir im Zusammenhang mit solchen Standards reden, ist nichts Neues, sondern es ist die Formulierung dessen, was ohnehin Pflicht und Recht der Beschäftigten sowie der Patienten ist. Erst kommt die Versorgung, und danach soll sie auch noch preiswert sein. Wettbewerb braucht Grenzen; sonst geht es schief. Wenn es mehr kostet, müssen die Budgets dem angepasst werden. Die Bundesgesundheitsministerin hat eine erhebliche Anhebung der Mittel für die Krankenhäuser durchgesetzt, weil sie um das Problem weiß. Frau Ministerin, sie hat das erfreulicherweise mit Unterstützung der Bundesländer getan.

So wird das Sonderopfer abgeschafft. So werden die Budgetgrenzen angehoben, die Tarifsteigerungen ausgeglichen, und es wird ein Sonderprogramm Pflege aufgelegt. Das Geld ist vorhanden. Die Frage ist nur, wer es bekommt. Auch dafür sollten wir in Hessen sorgen. Die Genehmigungsfähigkeit des Landesbasisfallwertes, also der Grundlage für die Berechnung der Fallpauschalen in Hessen, muss allerdings hessischen Qualitätsvorgaben genügen.

Mithilfe der hessischen Standards werden nebenbei auch die Orientierungswerte des Statistischen Bundesamts für die Krankenhausfinanzierung verbessert. Damit leisten wir einen Beitrag, dass die Krankenhausfinanzierung nicht beliebig, sondern realistisch gestaltet wird.

Eine solchermaßen gesicherte Qualität ist auch klar im Interesse des Gesundheitsstandorts Hessen. Wir verkennen immer, dass wir über einen der größten Wirtschaftszweige reden, der inzwischen sogar deutlich größer ist als die Autoindustrie. Wer auf diesem wichtigen Zukunftsmarkt vorne sein will, muss zeigen, dass er qualitativ hochwertige Arbeit leistet.

Ein Weg besteht in der nachfolgenden Qualitätskontrolle. Ein anderer Weg ist die garantierte Qualität. Hier ist es der richtige Weg, ein klares Signal für Qualität made in Hessen zu setzen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es am Ende teurer wird, wird man möglicherweise nicht umhinkommen, zur Sicherung einer guten Versorgung auch die Einnahmen der Krankenkassen anzupassen. Ich kann es Ihnen bei solchen Debatten nicht ersparen, dass die hessische SPD ein gutes Konzept vorgelegt hat. Dieses Konzept heißt Bürgerversicherung. Damit wird die Höhe der Beiträge von der Lohnsumme gelöst,

und es wird eine stabile und gerechte Grundlage geschaffen, an der sich alle beteiligen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Diese Fragen muss die Gesellschaft beantworten: Was ist uns eine gute medizinische Versorgung wert? Wer soll sich wie daran beteiligen? Wenn wir diese Fragen vernünftig klären, sind viele Probleme lösbar.

Meine Damen und Herren, wir begrüßen ausdrücklich den Vorschlag der Landesregierung, das Krankenhausgesetz zwei Jahre länger gelten zu lassen; denn damit ist sichergestellt, dass die Ergebnisse der Arbeitsgruppe die Grundlage für eine verbindliche Regelung in der in zwei Jahren zu verabschiedenden Novelle sein können.

Wer nicht zur Vollkostenerstattung der Siebziger- und Achtzigerjahre zurück will und dennoch eine gute medizinische Versorgung für alle garantieren möchte, muss einer Effizienz fördernden Steuerung auf ökonomischer Grundlage klare Steuerungs- und Sicherheitsstandards entgegensetzen.

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Dr. Spies, Ihre Redezeit ist um. Bitte kommen Sie zum Schluss.

#### **Dr. Thomas Spies (SPD):**

Ich komme zum Schluss. – Wer eine gute Versorgung garantieren will, der darf die Qualität nicht nur überprüfen, sondern muss auch die Voraussetzungen dafür sicherstellen. Das muss sowohl auf der technischen als auch auf der personellen Ebene erfolgen. Er muss mit denen, die die Arbeit machen, anständig umgehen. Das bedeutet, er muss besser mit ihnen umgehen, als es heute bei uns der Fall ist. Gute Arbeit muss es auch an den Krankenhäusern geben.

Mit dem Vorschlag zur Entwicklung von Mindeststandards geht Hessen krankenhauspoltisch in die Offensive. Nutzen wir die Gelegenheit. Machen Sie alle mit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Dr. Spies. – Zur Erläuterung des mit aufgerufenen Dringlichen Antrags der FDP darf ich Herrn Rentsch das Wort erteilen.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Spies, bevor ich zu unserem Antrag komme, möchte ich Ihnen ein großes Lob aussprechen.

(Norbert Schmitt (SPD): Was?)

Es ist unter Effizienzgesichtspunkten wirklich brillant, wie Sie auf der einen Seite durch Ihre Gesundheitsministerin in Berlin Probleme schaffen und auf der anderen Seite diese Probleme in Hessen anprangern, ohne richtige Lösungskonzepte dafür vorzulegen. Diese Arbeitsteilung ist wirklich brillant. Da können wir bei den Sozialdemokraten sicherlich viel lernen.



(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Ein richtiges Lob war das aber nicht!)

Herr Dr. Spies, an einem Punkt haben Sie aber völlig recht: Die Frage, wie es um die hessischen Krankenhäuser, die Patientensicherheit und die Versorgung bestellt ist, ist etwas, was die Landespolitiker interessieren muss. Wir können feststellen, dass es die Landesregierung tatsächlich interessiert hat. Die Fraktionen in diesem Haus haben sich mehrfach mit diesem Thema beschäftigt. Ich habe auch nicht das Gefühl, dass die Fraktionen bei diesem Thema schlecht aufgestellt sind.

Aber, Herr Kollege Dr. Spies – das ist die Wahrheit in dieser Debatte –, das Hauptproblem ist die Bundesgesundheitsministerin, die die Krankenhäuser in Hessen kaputtgespart hat. Es gibt keine andere Wahrheit.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Normalerweise könnte man die Debatte an dieser Stelle ganz seriös beenden; denn bei den Vertretern aller Fachinstitutionen besteht Einigkeit. Das gilt für alle Beteiligten, mit denen Sie sprechen. Ich nenne an dieser Stelle die Hessische Krankenhausgesellschaft, die die hessischen Krankenhäuser vertritt. Dort waren die Sympathie für Ihren Antrag und die gute Stimmung, die dadurch entstand, relativ überschaubar.

Wenn Sie mit Vertretern dieser Institutionen sprechen, stellen Sie relativ schnell fest: Ja, es ist wahr, dass die Bundesregierung, vor allem die Bundesgesundheitsministerin, in den letzten Jahren die Krankenhäuser durch eine verfehlte Reformpolitik kaputtgespart hat, und das hat wahrlich zu einer Verschlechterung der Versorgung geführt. – Herr Kollege Dr. Spies, darin sind wir uns sicher einig.

Neben der ambulanten Versorgung sind die hessischen Krankenhäuser ein wichtiger Baustein in der medizinischen Versorgung. Die hessischen Krankenhäuser sind in vielen Fällen ein wichtiger Baustein für die Bürgerinnen und Bürger; denn sie vermitteln vor Ort ein Stück weit die Sicherheit, dass die medizinische Versorgung gewährleistet ist.

Wir hatten in den Krankenhäusern in den letzten Jahren eine erhebliche Veränderung. Die Zahl der Krankenhäuser hat sich verringert. Ich habe mir die Zahlen für Hessen besorgt. Während wir 1990 noch 187 Krankenhäuser hatten, ist ihre Zahl im Jahr 2006 auf 175 gesunken. Das heißt, wir haben in diesem Bereich eine erhebliche Veränderung festzustellen. Wir haben weniger Krankenhäuser und weniger Krankenhausbetten. Natürlich berührt es auch ein Stück weit die medizinische Versorgung in der Fläche, wenn sich diese Situation verändert.

Die Krankenhäuser haben in den letzten Jahren einiges einstecken müssen. Das will ich an einigen Beispielen zeigen. Sie haben damit leben müssen, dass die Bundesgesundheitspolitik in vielen Fällen absolut unberechenbar und unüberschaubar war. Man wusste nicht, welche Reform am nächsten Morgen neu auf den Tisch kam und wo die Krankenhäuser zusätzlich einsparen mussten. Natürlich hat sich das auch auf die Versorgung ausgewirkt.

Die Patienten sind nicht in der Lage, das in irgendeiner Form zu überblicken, weil sie keinen Einblick in die Organisation einer Krankenhauslandschaft haben. Sie müssen sich darauf verlassen, dass die Leistung, die die Krankenhäuser anbieten, gut ist.

Sie können nicht hinter die Kulissen blicken. Deshalb – Herr Kollege Dr. Spies, da bin ich mit Ihnen derselben Auffassung – hat die Politik die Verantwortung, eine gute stationäre Versorgung sicherzustellen. Das ist unser Auftrag. Dafür müssen wir alles tun.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Herr Kollege Dr. Spies, wie gesagt: Der erste Schritt wäre, dass Sie den Telefonhörer in die Hand nehmen. Ich gehe davon aus, dass auch Sie einen guten Draht nach Berlin haben. – Herr Kollege Wagner hält schon ein Telefon hoch. Vielleicht sollten wir einmal die Nummer des Bundesgesundheitsministeriums wählen.

Sie sollten zunächst einmal versuchen, mit Ihrer Parteifreundin Ulla Schmidt ins Gespräch zu kommen. Ja, wir wissen es: Ulla Schmidt scheint in vielen Fällen beratungsresistent zu sein. – Herr Kollege Dr. Spies, Sie haben aber eine sehr geduldige und einfühlsame Art.

(Heiterkeit bei der FDP – Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Deswegen glaube ich, dass Sie als Mediziner der Richtige sind, um auf Frau Schmidt einzuwirken.

Ich weiß nicht, ob es dafür schon einen medizinischen Befund gibt. Aber Beratungsresistenz ist auf jeden Fall ein politischer Befund. Das trifft auf Frau Schmidt zu. Insofern sind Sie aus meiner Sicht dafür prädestiniert, diese Mission zu erfüllen. Wenn Sie nach Berlin gehen würden und Frau Schmidt bekehren würden, wäre das der erste Schritt, um hinsichtlich der Krankenhäuser endlich auf den richtigen Pfad zu kommen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man sich die Zahlen anguckt, erkennt man, was die Krankenhauslandschaft vor allen Dingen durch Frau Schmidt erleiden musste. An den Zahlen kann man wirklich ablesen, in welcher schwieriger finanzieller Situation sich die hessischen Krankenhäuser auch in diesem Jahr wieder befinden. Bei den Krankenhäusern haben wir aufgrund der Bundespolitik eine Steigerung der Budgets um knapp 0,56 %. Wenn man sich dagegen die allgemeine Kostensteigerung ansieht, die, rein statistisch gesehen, allein bei 4 % lag, braucht man kein Mathematiker zu sein, um zu dem Ergebnis zu kommen: Die Krankenhäuser haben, verursacht durch die Bundespolitik, dieses Jahr weniger Geld als in den Vorjahren.

Zweitens. Die Bundesgesundheitsministerin hat mit ihrer Gesundheitsreform, dem sogenannten Wettbewerbsstärkungsgesetz, weder den Wettbewerb gestärkt, noch hat sie dafür gesorgt, dass es den Krankenhäusern besser geht. Man muss sich das vorstellen: Die Krankenhäuser haben insgesamt ein Defizit von 1,3 Milliarden € zu tragen. 1,3 Milliarden € Defizit – es wird einzig und allein durch die Gesundheitspolitik auf Bundesebene verursacht – müssen die Krankenhäuser kompensieren. Da die Kosten der Krankenhäuser zu etwa 60 bis 65 % durch das Personal verursacht werden, kann man sich vorstellen, dass es dann auch ungerechterweise das Personal trifft. Das kann niemand wollen. Denn die Menschen – ich meine das Pflegepersonal genauso wie die Ärztinnen und Ärzte – sind dafür da, dass die Patienten eine gute Behandlung erfahren.

Herr Kollege Dr. Spies, Sie lesen sehr eifrig. Ich weiß nicht, ob Sie schon nach der Telefonnummer suchen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich will Ihnen an der Stelle noch Folgendes sagen: Ja, auch wir Liberalen haben das Gespräch mit ver.di geführt. Sie haben sich auf ein Gespräch mit ver.di bezogen. Da der Bund den Krankenhäusern nicht mehr Geld gibt, ist es doch abstrus, in einer Debatte zu fordern, die Krankenhäuser müssten mehr Personal einstellen. So herum wird kein Schuh daraus. Natürlich müssen Sie erst einmal dafür sorgen, dass die Krankenhäuser finanziell ordentlich ausgestattet werden.

Die Krankenhäuser wurden noch zusätzlich belastet. Dies geschah durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Herr Kollege Dr. Spies, an die Mehrwertsteuererhöhung erinnere ich Sie gerne. Denn dafür dürften Sie eigentlich gar nicht verantwortlich sein. Denn Sie sind mit dem Versprechen in den Wahlkampf gezogen, mit der SPD werde es keine Erhöhung der Mehrwertsteuer geben.

(Zuruf: Hört, hört!)

Aus 0 Prozentpunkten wurden 3 Prozentpunkte. Die Kollegen der Union möchte ich an dieser Stelle schonen. Sie hatten eine Erhöhung um nur 2 Prozentpunkte gefordert. Insofern lagen Sie nahe an den 3 Prozentpunkten. Ich glaube, das kann man sagen.

Herr Kollege Dr. Spies, allein dadurch wurden die Krankenhäuser in Höhe von 500 Millionen € belastet. Eine Mehrbelastung um 500 Millionen € ergab sich allein durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Aufgrund der Tarifsteigerung haben die Krankenhäuser eine weitere Mehrbelastung in Höhe von 1,5 Milliarden € zu tragen.

Auch die Energiekostensteigerung gehört dazu. Denn mit der „brillant“ gemachten Liberalisierung des Strommarkts – den Begriff Liberalisierung hat das eigentlich gar nicht verdient – haben die Sozialdemokraten auch diesen Sektor ins Chaos geführt. Ja, die Stromkosten fressen die Budgets der Krankenhäuser mittlerweile auf. Auch dafür tragen Sie die Verantwortung.

Letztendlich möchte ich auf das Arbeitszeitgesetz zu sprechen kommen, das jetzt umgesetzt worden ist. Auch die sich daraus ergebenden Mehrkosten müssen die Krankenhäuser in irgendeiner Form kompensieren.

(Der Ton wird nicht mehr über die Mikrofonanlage übertragen. – Minister Stefan Grüttner: Jetzt haben Sie den Ton ausgeschaltet! Das ist schade!)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Sorry, auf meinem Bildschirm hat sich nichts geändert. Herr Rentsch, entschuldigen Sie das bitte.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Vielleicht ist das dem kurzen Draht von Ulla Schmidt in den Hessischen Landtag geschuldet, weil sie nicht hören will, was wir hierzu zu sagen haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Oder Herr Kollege Dr. Spies hat da vorne einen kleinen Schalter. Aber das glaube ich nicht.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Herr Rentsch, vielleicht ist Ihnen die Luft ausgegangen!)

– Nein, mir geht es gut. Außerdem weiß ich, dass wir einen Arzt im Raum haben. Herr Kollege Dr. Spies, da gebe ich alles. Denn ich weiß, dass ich bei Ihnen in guten Händen wäre.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Ich möchte jetzt wieder zur Debatte zurückkommen. – All das zeigt, dass die Krankenhäuser allein aufgrund der Bundespolitik unheimlich gebeutelt wurden. Herr Kollege Dr. Spies, deshalb ist das, was Sie hier vorgestellt haben, wirklich unseriös. Ich sagte es bereits: Sie haben das Feuer in Berlin gelegt. Dann kommen Sie noch nicht einmal mit einer richtig guten Spritze, um das Feuer zu löschen.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Antrag kann von den Sozialdemokraten wirklich nicht ernst gemeint sein.

Eigentlich war es eine Verpflichtung für Sie, einen so lautenden Antrag einzubringen. Denn Sie waren mit Frau Ypsilanti in den letzten Wochen in Hessen unterwegs und haben sich anschauen müssen, wie katastrophal die Situation der Krankenhäuser ist. Um nicht denken zu müssen: „Wir sind selbst daran schuld“, haben Sie gemeint, Sie müssten erst einmal schauen, was man in Hessen machen kann.

(Zuruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

– Frau Ypsilanti, wer die Aufsicht hat, ist in diesem Fall überhaupt nicht das Ausschlaggebende.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Natürlich ist es das!)

Ich will Ihnen das kurz erklären. Stellen Sie sich einmal Folgendes vor: Sie geben Ihrem Sohn 50 Cent für ein Eis. Ein Eis kostet 50 Cent. Sie zwingen ihn dann aber trotzdem, fünf Eis zu kaufen. Das kann hinten und vorne nicht funktionieren.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Kein Mensch zwingt ein Kind, fünf Eis zu essen! Davon kriegt es Bauchschmerzen! – Weitere Zurufe)

– Meine Damen und Herren, ich kann nichts dafür, dass das Eis bei Ihnen deutlich billiger ist. Bei uns jedenfalls kostet es etwa 50 Cent. Aber das will ich hier gar nicht diskutieren.

Herr Kollege Dr. Spies, ich komme auf den nächsten Punkt zu sprechen. Das betrifft die Frage, die Sie gerade angesprochen haben, nämlich die Privatisierung des Klinikums Gießen-Marburg. Das ist ein Thema. Ich kann mich an die Debatte sehr gut erinnern. Herr Kollege Schäfer-Gümbel hat sich daran beteiligt.

Als die Landesregierung dieses Projekt anging, hat sie von Ihnen nicht nur Kritik geerntet. Vielmehr haben Sie, aus meiner Sicht mit unzulässigen Argumenten, wirklich versucht, in der Bevölkerung Stimmung gegen das Projekt der Privatisierung zu machen. Sie haben argumentiert, mit der Privatisierung werde die Zahl der Todesfälle zunehmen, weil ein wirtschaftlich geführtes Unternehmen wie – jetzt kann man den Namen sagen – die Rhön-Klinikum AG sozusagen nur an ihren Profit und nicht an die Gesundheit der Patienten denken würde, die in dem Klinikum Gießen-Marburg behandelt werden.

Ich glaube, Sie sollten sich von Ihren damals gemachten Äußerungen distanzieren. Denn Fakt ist: Die Sicherheit

und die Versorgung der Patienten im Universitätsklinikum Gießen-Marburg sind sehr gut. Wenn man mit den dort Betroffenen redet, kommt man genau zu diesem Ergebnis.

Herr Kollege Dr. Spies, das zeigt: Privatisierung ist nichts Böses, was man verteufeln muss. Vielmehr ist es in vielen Fällen genau der richtige Weg. Denn damit kann die medizinische Versorgung aufrechterhalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Es ist nichts Neues, dass wir Liberale schon lange der Meinung waren, Privatisierung ist hinsichtlich der Krankenhausversorgung der richtige Weg. Das ist ein wichtiger Baustein.

Wir waren überrascht, dass der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung zu dem gleichen Ergebnis gekommen ist. Ich werde Ihnen nachher gerne das Gutachten geben. Es wurde federführend von Florian Gerster erarbeitet. Immerhin handelt es sich um den ehemaligen Sozialminister des Landes Rheinland-Pfalz. In Klammern möchte ich anmerken: Er stammt aus der SPD.

Zunächst hat mich gefreut, dass die SPD noch einen Managerkreis hat. Das allein ist schon einmal ein gutes Zeichen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, dieser Flügel ist Ihnen noch nicht ganz abhanden gekommen. Ich freue mich sehr – ich werde Ihnen auch gerne die Seite nennen, auf der das steht –, dass der professionelle Teil der Sozialdemokraten beim Gesundheitswesen die Privatisierung als ganz richtigen und wichtigen Weg beschreibt. Zumindest in diesem Zirkel scheint diese Erkenntnis angekommen zu sein. Wenn diese Erkenntnis jetzt auch noch die Mitglieder der hessischen Landtagsfraktion der Sozialdemokraten erreichen würde, hätte dieser Managerkreis viel erreicht.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Dr. Spies, ich habe Ihnen ein farbiges Exemplar davon mitgebracht. Denn es ist mir einfach wichtig, dass Sie über die Erkenntnisse dieses Managerkreises informiert sind. Es handelt sich um ein Gutachten vom Mai 2008. Wir sind da also auf aktuellem Stand.

Wenn man sich die Krankenhauslandschaft anschaut, kommt man zu der Erkenntnis: Ja, es wird weitere Veränderungen geben. Wir brauchen eine weiter gehende Professionalisierung. Das Gutachten spricht auch davon, dass wir mehr Wettbewerb brauchen. Wir brauchen mehr Wettbewerb um bessere Konzepte für die Versorgung der Patienten. Die Patienten müssen sich in den Krankenhäusern wohlfühlen.

Wir brauchen aber auch mehr Wettbewerb um effiziente Strukturen. Auch das wäre ein wichtiger Schritt. Herr Kollege Dr. Spies, primär brauchen wir aber erst einmal eine angemessene finanzielle Ausstattung der Krankenhäuser, damit sie Personal einstellen können und nicht daran sparen müssen. So herum wird ein Schuh daraus. Deshalb muss das erst einmal in Berlin geklärt werden, bevor wir hier in Hessen nach Möglichkeiten schauen.

Die Mitglieder der FDP-Fraktion haben sich mit der Krankenhauslandschaft, Ihrem Antrag und den Zahlen beschäftigt. Wir haben gesagt: Bei drei Punkten sind wir der Meinung, hier muss etwas geschehen.

Herr Kollege Dr. Spies, ich komme zum ersten Punkt. Ja, wir wollen, dass das Krankenhaussonderopfer endlich zurückgenommen wird. Ich meine das Einsparpotenzial von 0,5 %. Jedes Krankenhaus muss 0,5 % jeder Patientenrechnung sozusagen einsparen. Denn es kriegt die entsprechenden Mittel einfach nicht ausgeschüttet.

Herr Kollege Dr. Spies, da sind wir hoffentlich einer Meinung. Diese 0,5 % müssen weg, weil es die Krankenhäuser schädigt. Es gibt auch keinen Grund dafür, warum sie ihre Rechnung nicht in voller Höhe bezahlt bekommen.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Das ist der Vorschlag der Bundesgesundheitsministerin!)

– Herr Kollege Dr. Spies, die Gesundheitsministerin hat doch diese Regelung erst geschaffen. Dass sie mittlerweile – nach drei Jahren – auf den Trichter gekommen ist, dass sie sie wieder zurücknehmen möchte, ist eine tolle Sache. Aber wenn man drei Jahre braucht, um Fehler einzugehen, ist das ein ziemlich langer Zeitraum. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen als Zweites, dass die Krankenhäuser auch Budgets haben – Krankenhausbudgets –, die sich an den realen Kosten messen lassen müssen. Wenn Stromkosten usw. steigen, dann können wir doch nicht so tun, als ob das die Krankenhäuser nicht interessiert. Dann müssen wir auch in diesem Bereich, dann muss – das sage ich ganz konkret – in diesem Bereich der Bund handeln, und dann müssen die Krankenhäuser besser ausgestattet werden. Dass Sie in diesem Bereich in der Bundesregierung Verantwortung tragen, ist kein Geheimnis.

Drittens. Wir wollen, dass die Krankenhäuser die Möglichkeit haben – auch das ist ein Vorschlag von Frau Schmidt, das stimmt –, dass sie nicht mehr an die Grundlohnentwicklung gebunden sind. Auch da sind wir uns einig.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Was wollen Sie dann?)

Herr Kollege Dr. Spies, dass Frau Schmidt nach vier Jahren auf diesen Trichter gekommen ist, ist nicht unbedingt sehr zeitnah zu der Abstellung der Probleme. Deshalb sagen wir: Wir brauchen diese Schritte, und wir fordern in diesem Bereich auch, dass Frau Ministerin Lautenschläger, die schon einige dieser Punkte in den letzten Jahren auf Bundesebene vertreten hat, dies weiter vertritt. Dort brauchen wir eine Änderung. Wenn wir diese Änderung erreicht haben, wenn wir erreicht haben, dass die hessischen Krankenhäuser finanziell besser ausgestattet sind, wenn sie Planungssicherheit haben, und wenn wir erreicht haben, dass der Bund nicht jede Woche eine neue Reform nachschiebt, dann – Herr Kollege Dr. Spies – diskutiere ich mit Ihnen gern über die Frage, ob wir Mindeststandards für Personal brauchen. Wenn Sie Ihre Hausaufgaben in Berlin gemacht haben, dann diskutieren wir in Hessen, aber nicht andersherum.

(Beifall bei der FDP)

### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kollege Rentsch, Sie müssen zum Schluss kommen.



**Florian Rentsch (FDP):**

Ich kann nur an die SPD appellieren: Erstens, nutzen Sie Ihren Draht nach Berlin, zweitens, beschäftigen Sie sich nicht nur mit dem linken Flügel Ihrer Partei. Herr Kollege Dr. Spies, ich weiß, dazu haben Sie eine Affinität. Aber auch der etwas konservativere wirtschaftsgewandte Flügel, der Managerkreis, hat sehr interessante Vorschläge. Die sollten Sie nicht komplett negieren.

Eine Partei wie die Sozialdemokraten hat mehrere Flügel. Ich habe gelernt, man muss mit beiden Flügeln fliegen, sonst klappt das Ganze nicht. Versuchen Sie doch einmal, den anderen Flügel ins Auge zu nehmen. Ich glaube, er hat gute Vorschläge. Er würde der hessischen Sozialdemokratie wahrlich guttun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Rentsch. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Dr. Bartelt zu Wort gemeldet.

**Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mehr qualifiziertes Pflegepersonal in den hessischen Kliniken ist wünschenswert und in einigen Krankenhäusern auch dringend notwendig, um die Versorgung der Patienten zu gewährleisten. Dem Bettenabbau durch die gewünschten kürzeren Liegezeiten und der Verlagerung der Versorgung in den ambulanten Bereich im letzten Jahrzehnt steht eine höhere Leistungsanforderung an das Pflegepersonal gegenüber, da innerhalb einer kürzeren Zeit mehr und anspruchsvollere Leistung je Patient notwendig wurde.

Ein Krankenhausetat besteht zuweilen zu mehr als 80 % aus Personalkosten. Daher müssen wir insbesondere über die Finanzierung beraten. Herr Kollege Spies hat zwar gesagt, Geld ist da. Aber so einfach kann man es sich nicht machen. Wenn wir durch Personalstandards in hessischen Krankenhäusern mehr Pflegepersonal fordern, müssen wir über die Finanzierung nachdenken. Es wäre völlig unrealistisch, anzunehmen, durch einen Beschluss des Hessischen Landtags die Einnahmen der Krankenhäuser von den Krankenkassen über die Veränderung von Einzelverträgen oder des DRG-Vergütungssystems erhöhen zu können.

Die finanziellen Spielräume in Krankenhäusern in Deutschland sind dramatisch eingeschränkt. Nach Angaben des Deutschen Krankenhausinstituts erwirtschafteten im Jahre 2007 40 % einen Gewinn, 30 % waren in der Verlustzone. Dies ergab eine Umfrage bei 300 der insgesamt 2.100 Krankenhäuser in Deutschland. Denselben Quellen zufolge sind kleinere Krankenhäuser mit bis zu 300 Betten – darauf müssen wir unser Augenmerk richten – von dieser Entwicklung stärker betroffen.

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Dr. Bartelt, Entschuldigung. Herr Dr. Spies hat sich für eine Zwischenfrage zu Wort gemeldet. Wollen Sie diese zulassen?

**Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):**

Nach dem Gedankengang gern, Herr Dr. Spies.

Für das Jahr 2008 wird bundesweit zusätzlich eine Unterfinanzierung von 2,2 Milliarden € durch Tarifabschlüsse, Energiekostensteigerung und Mehrwertsteuererhöhung erwartet – publiziert vom „Deutschen Ärzteblatt“ 2008. Daher sind die in Punkt 1 des vorliegenden Antrags genannten Aspekte seit Langem Forderung dieser Landesregierung wie auch anderer Länder. Wir freuen uns, dass sich durch den Antragsteller vielleicht mit seinem Einfluss im Bundesfachausschuss – er gehört zu den engeren Beratern der Bundesgesundheitsministerin – nun endlich das Bundesgesundheitsministerium dies zu eigen gemacht hat. – Herr Spies, bitte sehr.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Herr Kollege Bartelt, Sie haben eben darauf verwiesen, dass der Landtag die Krankenhausbudgets nicht bestimmen kann. Das ist sicher richtig. Aber würden Sie mir nicht auch zustimmen, dass die Berechnung der Fallpauschalen aufgrund einer Formel, multipliziert mit einem Landesbasisfallwert, stattfindet und dass die Hessische Sozialministerin in persona nun vor einem Jahr den ausgehandelten Landesbasisfallwert als zu niedrig nicht genehmigt hat, somit auch in Zukunft einen Landesbasisfallwert nur dann genehmigen müsste, wenn er hessischen Qualitätsvorgaben genügt, und damit allerdings die Mittel für die hessischen Krankenhäuser beeinflussen kann?

**Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):**

Das Land muss sich auch an dem orientieren, was insgesamt da ist. Da wir innerhalb kurzer Zeit einen Bundesbasisfallwert haben, nimmt die Bedeutung des Landes auf dieser Ebene deutlich ab, sodass wir uns natürlich insgesamt auf die Finanzierung der Krankenhäuser konzentrieren müssen.

Das Problem der Unterfinanzierung der Krankenhäuser besteht in Hessen auch, obwohl Hessen bundesweit eine Spitzenposition in der Krankenhausfinanzierung der Gebäude und Großgeräte einnimmt. Während zwischen 1991 und 2006 die Krankenhausinvestitionen der Länder um 44 % zurückgingen, stiegen sie in Hessen im selben Zeitraum um 5,6 %. Nur der Stadtstaat Hamburg wies eine höhere Steigerungsrate auf. Und dies ist ein Verdienst gerade dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Investitionen in die Krankenhäuser und Be- und Entlastung des Krankenhauspersonals stehen auch in einem Zusammenhang. Transporte von Patienten in entfernte Gebäude durch unübersichtliche Gangsysteme und Wagen vor Aufzügen gehören zum Klinikalltag. Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe von betroffenen Fachleuten und den Landtagsfraktionen, um Vorschläge zu erarbeiten, damit Qualitätsanforderung und Pflegepersonalausstattung einander in der Praxis angepasst werden, wird von uns befürwortet.

Es soll hier diskutiert werden, ob etwa Zielvereinbarungen vor Ort, Regelungen über den Wettbewerb durch Deklarationspflicht des Pflegeschlüssels oder ein Landesgesetz das Problem am besten und vor allen Dingen am schnellsten lösen können. Wir stehen einer gesetzlichen Regelung durchaus offen gegenüber, wenn dies von den Beteiligten als notwendig erachtet und von den Trägern

als machbar angesehen wird. So äußerte sich etwa der Geschäftsführer der Universitätskliniken Gießen-Marburg, er sehe in der Einführung von Personalmindeststandards keine Probleme – „Gießener Anzeiger“ vom März 2008.

Die Einschätzung anderer Krankenhausträger wollen wir natürlich auch erfahren. Bei der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe halten wir es daher für sinnvoll, dass uns nicht nur Vertreter der Krankenhausgesellschaft beraten, sondern dass uns Vertreter von kleineren Krankenhäusern, mittleren und Universitätskliniken beraten und dass uns öffentliche, frei-gemeinnützige und private Träger ihre Sichtweise darstellen.

Wenn in einem bestimmten Bereich der Krankenhaushaushaltslandschaft, etwa in kleineren Kreiskrankenhäusern auf dem Lande in öffentlicher Trägerschaft, ein besonderer Handlungs- und Finanzierungsbedarf bestehen würde und wir uns für eine gesetzliche Regelung entscheiden würden, stellt sich zumindest die Frage der Anwendung des Konnexitätsprinzips. Dann dürfen wir die Kommunen nicht im Regen stehen lassen. Wir wollen auch dann Partner der Kommunen sein.

Es würde unserer Intention zuwiderlaufen, wenn etwa durch ein mögliches Gesetz Kliniken die Schließung geboten würde. Wir müssen dann dieselben Überlegungen anstellen wie bei der Verbesserung von Personalschlüsseln in Kindergärten und Kinderkrippen. Dann kommt bei der Bereitstellung von Haushaltsmitteln und Deckungsvorschlägen die Stunde der Wahrheit.

Meine Damen und Herren, es ist anzustreben, Regelungen in einem breiten Konsens herzustellen, denn sie müssen Eingang in die sehr langfristigen Planungen der Krankenhäuser finden. Die Maßnahmen, auf die wir uns auf Landesebene gemeinsam einigen wollen, müssen von kommunalen, frei-gemeinnützigen und privaten Trägern umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, wir bitten Sie bei dieser sicher nicht einfachen Diskussion herzlich, nach Möglichkeit auf ideologische Phraseologie zu verzichten.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Jawohl!)

Im Vorfeld der Debatte über Personalmindeststandards – ich möchte betonen: nicht im formulierten Antragstext – wurde zuweilen der Eindruck erweckt, die Tatsache, dass derzeit knapp 30 % der Krankenhäuser in privater Trägerschaft sind, sei ursächlich dafür verantwortlich, dass die Qualität der Pflege abgenommen habe – bis hin dazu, dass Ängste geweckt wurden, die Mortalität, also die Sterblichkeit, bei schweren Erkrankungen sei dort deutlich erhöht.

Auch Sie, Herr Spies, konnten in Ihrer Rede nicht unterdrücken, zu sagen, Wettbewerb schafft keine Qualität. Ich meine, darüber können wir streiten. Wettbewerb ist eine notwendige, jedoch noch keine hinreichende Bedingung für Qualität. Aber Sie haben auch gesagt – und dem möchte ich doch energisch widersprechen –, Wettbewerb steht ihr entgegen. Das widerspricht natürlich der Realität.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Richtig!)

Wenn wir mehr Geld für Gebäude und personelle Ausstattung in den Krankenhäusern benötigen, müssen wir versuchen, private Investoren zu motivieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zur Thematik der Qualität der medizinischen und pflegerischen Versorgung in Abhängigkeit von der Trägerschaft – also privat oder öffentlich – hier nur zwei Stichpunkte.

Die Techniker Krankenkasse publizierte kürzlich in der „FAZ“ unter dem Titel „Kliniken der Region im Leistungsvergleich“ – gemeint war die Rhein-Main-Region – Qualitätskriterien und Ergebnisse häufiger operativer Eingriffe in mehr als 20 Kliniken. Die Ergebnisse der Eingriffe wie Operation der Halsschlagader, Brustkrebsoperation, Entfernung der Gallenblase, Eingriffe an Hüft- und Kniegelenken unterschieden sich hinsichtlich der Komplikation und der Misserfolge nicht in Abhängigkeit von öffentlicher oder privater Trägerschaft. Sie waren nicht besser und nicht schlechter.

Ähnliche Ergebnisse sind in einer Publikation der BKK aus dem Jahr 2006 nachzulesen. Tun Sie das bitte.

Im Geschäftsbericht der HELIOS-Kliniken des Jahres 2007 wurde eine Umfrage in den eigenen Kliniken und in Referenzkliniken unterschiedlicher Trägerschaften speziell hinsichtlich pflegerischer Versorgung veröffentlicht. Auch hier gab es keine signifikanten Unterschiede.

Wer nun dem skeptisch gegenübersteht, der sei auf ein Interview mit einem ehemaligen, sehr kompetenten hessischen Sozialminister in der „FAZ“ vor etwa einem Jahr verwiesen. Ich zitiere daraus Fragen und die entsprechenden Antworten.

Mit dem Hinweis auf die zunehmende Anzahl von Kliniken in privater Rechtsform wird gefragt:

Bedauern Sie das?

Antwort:

Nein, aber ich warne davor, dass sich die öffentliche Hand ganz aus diesem Sektor zurückzieht.

Frage:

Dann müssen kommunale Kliniken aber effizienter arbeiten, oder?

Antwort:

Allerdings.

Frage:

Werden Privatkliniken an Personal sparen?

Antwort:

Nein. Sie haben aber andere hierarchische Strukturen und zahlen für Führungspersonal höhere Gehälter als ein kommunales Haus, für geringer qualifiziertes Personal weniger. Sie können flexibler reagieren. Wenn eine OP-Schwester dringend gebraucht wird, muss diese eben mit einem entsprechenden Honorar angeworben werden.

Dieser ausgewogenen Bewertung von Armin Claus, einem erfahrenen Sozialpolitiker, der lange Ihre Fraktion führte, kann ich mich nur uneingeschränkt anschließen.

Meine Damen und Herren, wir wollen hier an guten Lösungen arbeiten. Hessen soll nicht nur bei den Krankenhausinvestitionen in Gebäude und Großgeräte Spitze sein, sondern auch in der Personalausstattung eine Spitzenposition einnehmen. Dies verbessert ihre Wettbewerbsposition gegenüber anderen Kliniken und stärkt insgesamt den Standort Hessen. Daran wollen wir gemeinsam arbeiten. – Vielen Dank.



(Beifall bei der CDU)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Dr. Bartelt. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Schulz-Asche jetzt das Wort.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorhin kam die Frage nach der Telefonnummer der Bundesministerin für Gesundheit auf – die nenne ich Ihnen jetzt: Es ist die 206400, für alle, die hier Gesprächsbedarf haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Florian Rentsch (FDP): Vielen Dank!)

Meine Damen und Herren, ich sage aber gleich dazu: Ich habe nicht nachgeschaut, welches die Durchwahl von Frau Merkel ist. Denn wenn ich mich richtig erinnere, regiert in Berlin eine Große Koalition. Diesen Eindruck hat man hier zurzeit nicht.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Fritz-Wilhelm Krüger (FDP))

Meine Damen und Herren, die Krankenhausfinanzierung ist schon immer ein Problem. Seit über 40 Jahren wird das bei uns diskutiert, und zwar aus einem einfachen Grund: In den Krankenhäusern gibt es einen sehr hohen Personalanteil. Deswegen sind Krankenhäuser teuer.

Ein ganz großer Teil der Menschen, die in den Krankenhäusern arbeiten, ist in der Pflege tätig. Deswegen sind in den letzten Jahren die Versuche, die Kosten in den Krankenhäusern zu reduzieren, zunehmend auf Kosten der Pflege umgesetzt worden.

Deswegen stimme ich dem im Grundsatz völlig zu: Wir haben in den Krankenhäusern eine Situation, in der bei der Pflege akuter Handlungsbedarf besteht.

Als ich 1979 mein Krankenpflegeexamen gemacht habe, war das eigentlich auch schon so. Aber man muss dazusagen: In den letzten Jahren hat sich diese Situation weiter verschärft.

Dazu kommt noch – und das wurde heute noch nicht gesagt –, dass bei der Pflege eine sehr starke Verwissenschaftlichung stattgefunden hat. Heute ist sehr viel klarer geworden, welche Bedeutung die Pflege innerhalb der medizinischen Versorgung hat. Die wissenschaftlichen und die professionellen Anforderungen in der Pflege, die Ansprüche, die man an sich selbst als Krankenschwester oder -pfleger hat, sind sehr stark gestiegen.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Aber auch bei den Patientinnen und Patienten gibt es eine Entwicklung. Sie werden immer älter und brauchen mehr Zuwendung. Auch dies belastet die Pflege zunehmend.

Durch die verkürzten Liegezeiten in den Krankenhäusern haben wir zudem eine Verdichtung der Pflege. Die Patienten sind schwerer erkrankt, wenn sie im Krankenhaus liegen, während sie die Zeit der Besserung bereits außerhalb des Krankenhauses verbringen. Dies belastet die Pflege zusätzlich.

Meine Damen und Herren, all dies hat tatsächlich dazu geführt, dass die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäu-

sern heute zum Teil unerträglich und nicht länger hinzunehmen sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der zweite Punkt betrifft die aktuelle Finanzkrise der Krankenhäuser. Mehrere Rankings zeigen uns die bedrohliche finanzielle Situation, in der sich viele Krankenhäuser befinden. Dazu gehören sicher die Budgetdeckung der Krankenhäuser und die Koppelung der Einnahmen an die Grundlohnsumme. Das hat dazu geführt, dass es zu einer absurden Unterfinanzierung der Krankenhäuser gekommen ist. Wir haben die Umstellung auf die Fallpauschalen, d. h., die Gelder werden pro behandelte Patienten berechnet. Einige Krankenhäuser haben diese Umstellung nicht gut hinbekommen, das muss man auch sagen. Gerade in Hessen haben wir auch nach wie vor eine mangelnde Kooperation der Krankenhäuser untereinander, wenn es um effektivere Strukturen der Versorgung geht.

Hier wurde schon mehrfach die Bundesebene angesprochen. Die Gesundheitsreform der Großen Koalition ist missraten. Die absurdeste Maßnahme war das Sonderopfer, für das die Krankenhäuser einfach so 0,5 % ihrer Erlöse abgeben sollten, um die Krankenkassen zu stabilisieren. Meine Damen und Herren, das ist natürlich ein völliger Unfug.

Wenn man sich dann noch anschaut, dass im gleichen Zeitraum die Personalkosten durch die Tarifabschlüsse weiter gestiegen sind, dann lautet das Fazit: Die Große Koalition hat hier einen großen Unfug beschlossen, der zurückgenommen werden muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)

Deswegen haben wir es begrüßt, dass die Gesundheitsministerkonferenz, der auch Ministerin Lautenschläger angehört, im Juli 2008 einen Forderungskatalog vorgelegt hat.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Im Dezember schon einmal!)

– Im Juli hat sie also zum zweiten Mal den Beschluss gefasst, genau diese Forderung, die ich gerade genannt habe, zu unterstützen.

Inzwischen gibt es im Bundesgesundheitsministerium einen Referentenentwurf, der ebenfalls davon ausgeht, dass es für die Krankenhäuser eine zusätzliche Finanzspritze geben muss, kombiniert allerdings mit einer Pauschalierung der Investitionskosten.

Für alle, die sich in diesem Bereich nicht auskennen, muss man sagen, dass die Investitionen Aufgabe des Landes sind. – Herr Rentsch, daher wäre es richtig gewesen, zu sagen, dass sich alle Bundesländer in den letzten Jahren im Bereich der Investitionen sehr zurückgehalten haben. Ich drücke es einmal vorsichtig aus, wenn ich sage, dass Hessen noch einigermaßen gut dasteht. Dennoch hat Hessen seine Verpflichtung nicht erfüllt, das muss hinzugefügt werden. Im Bundesvergleich stehen wir zwar nicht schlecht – –

(Ministerin Silke Lautenschläger: Das wird Rot-Grün nachholen?)

– Frau Ministerin, das hat nichts mit Rot-Grün zu tun, sondern damit, wie ernsthaft sich eine Landesregierung mit der Frage befasst, sowohl die Krankenversicherung im

Krankenhaus als auch die ambulante Pflege miteinander zu verzahnen sowie mit Investitionen dafür zu sorgen, dass beispielsweise durch kürzere Wege in der Pflege Entlastungen stattfinden. Sie haben es als Landesregierung versäumt, diesen Auftrag voll zu übernehmen. Die langen Wege, die baulichen Maßnahmen, die Modernisierungen, die nicht in ausreichendem Maße erfolgt sind, haben dazu geführt, dass die Pflege zusätzlichen Belastungen ausgesetzt wird. Es ist ein Unterschied, ob Sie von einem Raum in einen anderen gehen müssen oder ob Sie die Patienten sogar von einem Haus in ein anderes transportieren müssen, nur um einfachste medizinische Untersuchungen vornehmen zu lassen.

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Schulz-Asche, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Weimar?

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Jetzt nicht, da ich meinen Gedankengang, den ich gerade entwickelt habe, zu Ende bringen möchte.

Meine Damen und Herren, nun zum aktuellen Stand. Bisher hat leider noch keiner gesagt, dass wir auch im Moment den üblichen Clinch zwischen dem Bund und den Ländern haben. Dieser muss meiner Meinung nach von einer aktiven Landesregierung gelöst werden. Das heißt nicht, dass man die Interessen des Landes hintenanstellt, sondern dass wir dafür sorgen müssen, dass Bund und Länder so miteinander ins Gespräch kommen, dass sich die Situation in den Krankenhäusern nicht verschlechtert und dass das Sonderprogramm zur Einstellung von Pflegekräften auch tatsächlich realisiert wird.

Es hilft wirklich nicht weiter, wenn die FDP-Fraktion einen Antrag einbringt, der praktisch von dem Antrag abgeschrieben ist, den die FDP-Fraktion auf Bundesebene eingebracht hat, sondern wir brauchen ein wirklich abgestimmtes Vorgehen zwischen dem Bund und den Ländern, um dafür zu sorgen, dass die Entlastung sowohl in der ambulanten Krankenpflege als auch in den Krankenhäusern stattfinden wird. Es macht keinen Sinn, sich gegenseitig die Schuld zuzuschieben, auch wenn ich Ihnen eingangs die Telefonnummer von Frau Schmidt genannt habe.

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Schulz-Asche, ich frage Sie nochmals, ob Herr Weimar eine Zwischenfrage an Sie richten darf.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich möchte nun lieber zu den Richtgrößen kommen, da ich diese für das eigentliche Thema halte. – Ich nehme an, dass Sie noch einmal etwas zur Finanzierung der Investitionen sagen möchten, doch werden Sie mir nichts anderes berichten können, als dass Sie bereits 100 Millionen € ausgegeben haben. Doch sage ich Ihnen, dass es letztlich nicht das gewesen ist, wozu Sie eigentlich verpflichtet gewesen wären. Daher fahre ich mit den Richtgrößen fort.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Karlheinz Weimar: Das ist ausdrücklich nicht wahr! Ich wollte Sie nicht in Schwierigkeiten bringen, Frau Kollegin!)

– Sie bringen mich nicht in Schwierigkeiten, das haben Sie bestimmt gemerkt, denn da müssten Sie sich ein bisschen mehr anstrengen. – Es ist ohne jeden Zweifel dringend notwendig, dass in der Pflege personell aufgestockt wird. Für uns stellt sich aber die Frage, ob die Personalmindeststandards eine gute Lösung darstellen, denn gerade im Krankenhausbetrieb gilt: Quantität ist nicht gleich Qualität; und die einfachsten Lösungen sind nicht unbedingt auch die besten. Dennoch werden wir im Sozialpolitischen Ausschuss in Ruhe beraten, was die SPD vorgeschlagen hat.

Meine Damen und Herren, der Druck, der in den Krankenhäusern entstanden ist und der sich nun vor allem bei der Pflege entlädt, hat nicht nur äußere Gründe. Glücklicherweise gibt es immer weniger Krankenhausleitungen, die notwendige Modernisierungen beim Management versäumt haben; das haben im Übrigen auch einige der kommunalen Aufsichtsgremien versäumt. In den Krankenhäusern gibt es noch immer extreme Hierarchien. Wir haben eine gewerkschaftlich untermauerte Unterscheidung zwischen ärztlichem und pflegerischem Bereich, was ich in Anbetracht einer vernünftigen Patientenversorgung für sehr ungünstig halte. Wir haben insgesamt eine fehlende Orientierung am Patienten, der im Mittelpunkt einer solchen Versorgung zu stehen hat.

Meine Damen und Herren, daher müssen wir noch einmal betonen, dass es nicht reicht, einzelne Punkte anzugehen, sondern es muss darum gehen, eine integrierte Versorgung herzustellen. Wir müssen es schaffen, den Patienten in den Mittelpunkt zu stellen, und dazu gehört vor allem eine massive Verbesserung der Schnittstellen zwischen den niedergelassenen Ärzten und den Krankenhäusern. Dazu gehört aber auch, dass die Krankenhäuser sehr viel autonomer darüber entscheiden können müssen, wo und wie sie investieren wollen. Wir brauchen bauliche Modernisierungen – das habe ich bereits angesprochen – und Qualitätsstandards. Wir brauchen gerade für die Patienten mehr Qualitätstransparenz, damit diese besser entscheiden können, welches das geeignete Krankenhaus für sie ist, und damit sie erkennen, welche Leistungen jeweils angeboten werden.

Das ist mit bereits existierenden Personalstrukturinstrumenten, mit welchen modernes Management bereits arbeitet, machbar. Das kann man aber auch über Qualitätsstandards in Fallpauschalen machen. Ich weiß nicht, wie man für alle Fachbereiche übergreifend Mindeststandards für das Personal hinbekommen sollte, denn die Unterschiede in den einzelnen Fachbereichen sind sowohl in Bezug auf die Patientenstruktur als auch auf die Betreuungsschwere so groß, dass ich dies als sehr fraglich ansehe. Dennoch möchte ich das Ergebnis einer solchen Arbeitsgruppe nicht vorwegnehmen.

Wir brauchen – auch das möchte ich noch einmal erwähnen – ganz dringend eine Diskussion über die Abgrenzung sowie Verteilung von ärztlichen und pflegerischen Aufgaben im Krankenhaus. Wir haben hier in der Tat Synergieverluste. Wir wissen, dass die Pflege sehr nah am Menschen arbeitet. Daher brauchen wir in diesem Bereich eine bessere Kooperation, und es ist notwendig, dass von der Pflege zusätzliche Aufgaben übernommen werden. Gerade wenn ältere Menschen im Krankenhaus liegen, wollen diese keinen ständigen Wechsel haben. Daher geht es im Prinzip nicht nur um die Pflorgetechnik, sondern um die persönliche Hinwendung des Pflegepersonals zu jedem einzelnen Patienten.

Meine Damen und Herren, alles, was ich gerade gesagt habe, zeigt, dass wir auf Landesebene eine sehr viel engagiertere Gesundheitspolitik brauchen, darauf ausgerichtet, nicht lediglich einzelne Bereiche herauszugreifen, sondern für die Menschen in Hessen in der Tat ein weitgehendes und bedarfsgerechtes Angebot zu entwickeln. Die Krankenhäuser brauchen eine solide Grundlage. Wir wissen, dass ein Teil der Probleme vom Bund kommt, ein anderer vom Land. Wir sind verpflichtet – auch das ist vor dem Hintergrund des demografischen Wandels von besonderer Bedeutung –, langfristig sicherzustellen, dass die medizinische und die pflegerische Versorgung eine Zukunft haben, und zwar eine qualitätsgesicherte Zukunft. Daher ist auch die Gesundheitsversorgung ein Teil nachhaltigen Wirtschaftens. Das wollen wir für die Menschen in Hessen sicherstellen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Schulz-Asche, vielen Dank. – Als nächste Rednerin erhält Frau Schott für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

#### **Marjana Schott (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich verstehe mich hier noch immer als Lernende. Ich höre sehr interessiert zu und staune über das, was ich erfahre. Ich bin manchmal begeistert, manchmal entsetzt, doch stelle ich immer wieder fest, dass es um einen Inhalt geht, der sehr wichtig ist. Es geht um ein Thema, welches den Menschen unter den Nägeln brennt und zu dem ein Redebeitrag gegeben wird. Diesen höre ich zu einem Drittel an und denke, dass dies ganz spannend und interessant ist. Aber dann kommt plötzlich die Wende, denn dann geht es beispielsweise lediglich darum, zu sagen, dass man zwar keine Polemik wolle – dennoch wird es dann polemisch, und zwar genau dann, wenn ich gerade denke: Ich kann nun nachvollziehen, was passiert; es geht tatsächlich um den Inhalt. – Es schlägt plötzlich um, und es geht in den unterschiedlichsten Formen wieder nur darum, je nach Couleur des Redners, entweder die Regierung zu loben, zu lobhudeln oder gar zu beschimpfen.

Wenn ich das Problem betrachte, dann möchte ich an dieses Haus die dringende Bitte richten, dass wir mit einer großen Ernsthaftigkeit in den Ausschuss gehen, um genau hinzuschauen und zu fragen, was wir tatsächlich brauchen. Ich wünsche mir, dass wir hierüber reden.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das tun wir doch immer!)

Ich wünsche mir aber auch, dass wir nicht nur eine Arbeitsgruppe einsetzen werden, die gute Ergebnisse erzielt, und dass am Ende nicht lediglich die guten Ergebnisse übrig bleiben, die wir dann in den Schrank packen, statt sie in die Tat umzusetzen.

Wir können uns das in der Schulpolitik anschauen. Da finde ich es geradezu beispielhaft, wie viele Modellprojekte es gegeben hat, die alle wunderbar ausgebildet worden sind, um dann mit null Konsequenzen in irgendwelchen Schränken zu verschwinden. Wir können hier auch darüber reden, wie es sein könnte, wenn es gut wäre. Ich glaube, wir alle haben eine Vorstellung davon, wie es gut wäre. Dann können wir die Keule auspacken und sagen:

„Leider können wir es uns nicht leisten.“ Damit packen wir es dann wieder weg.

Wenn wir wirklich zielorientiert hinschauen wollen, wie wir die Qualität in den Krankenhäusern verbessern wollen, wie wir die Situation der dort arbeitenden Menschen verbessern wollen, dann müssen wir uns doch von vornherein darüber im Klaren sein, dass das Geld kosten wird. Wir müssen gemeinsam überlegen, wo wir dieses Geld hernehmen können und wie wir es am effizientesten einsetzen können. Denn es ist doch klar, dass man da wirklich effizient und wirtschaftlich arbeiten muss. Aber es muss uns auch klar sein: Es geht nicht zum Nulltarif, wenn wir an der Stelle etwas verbessern wollen.

Zu sagen, es habe überhaupt keinen Zweck, darüber nachzudenken, oder es gehe sowieso nicht, weil ..., finde ich sehr müßig. Denn wir alle wissen, dass es notwendig ist und dass wir es tun müssen. Deshalb sollten wir gemeinsam schauen, wo und wie es gehen kann, und alle Beteiligten, die Herr Dr. Spies und die anderen in ihrem Vorschlag für eine Arbeitsgruppe aufgezählt haben, einbinden. Denn es ist notwendig und wichtig, dass genau die Menschen, die vor Ort in den Krankenhäusern, in den Einrichtungen betroffen sind, an der Stelle mitsprechen können und dass wir zu einem Ergebnis kommen, das wir dann aber bitte auch umsetzen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Frau Schott. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Rentsch gemeldet. Bitte, Herr Rentsch, Sie kennen das: zwei Minuten.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident! Frau Kollegin Schott, wir sind hier kein Selbsterfahrungsbetrieb,

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

wo man sich einfach einmal hinstellt und bedauert, wie alles ist. Wir haben doch eigentlich gemeinsam festgestellt: Die Situation in den Krankenhäusern ist schlecht. – Wir müssen nicht mit den Leuten reden. Denn das haben sowohl die Kollegen der GRÜNEN als auch die der FDP, als auch der CDU, als auch der Sozialdemokraten in den letzten Monaten getan. Wir nehmen Sie da gerne einmal mit. Ja, die Situation ist schlecht.

Aber – jetzt komme ich zu dem konkreten Punkt, den Sie genannt haben: zu der Arbeitsgruppe des Kollegen Dr. Spies – einmal angenommen, man setzt eine solche Arbeitsgruppe ein, eine Erfahrungsgruppe, oder wie man sie auch immer bezeichnen möchte.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wenn man sich dann damit beschäftigt, nach dem Motto: „Was müsste man eigentlich einmal tun?“, wie Sie das gerade gemacht haben, und man zu dem Ergebnis käme: „Wir brauchen mehr Personal im Krankenhaus“, dann würden Sie trotzdem an einem Punkt scheitern: Die Krankenhäuser haben gar nicht das Geld, um mehr Personal zu beschäftigen. Das ist das Problem. Deshalb ist es nett, dass wir uns einmal darüber unterhalten haben und dass Sie gesagt haben: Wir müssten eigentlich einmal alle gemeinsam etwas tun.



Ich möchte nicht sagen, dass alle Fraktionen in diesem Hause in der letzten Legislaturperiode die gleiche Meinung gehabt haben. Aber wir haben uns relativ fachlich mit dem Thema beschäftigt, auch etwas darüber hinausgehend, nach dem Motto: „Wir müssten eigentlich einmal etwas gemeinsam machen.“ Ich glaube, das kann ich schon für alle feststellen. Das würde ich auf jeden Fall für meine Fraktion an dieser Stelle feststellen.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Petra Müller-Klepper (CDU))

Letzter Punkt. Es geht hier nicht um Parteilichkeit. Natürlich ist der politische Betrieb auch immer ein Ort, wo man andere Konzepte kritisiert. Das ist völlig unbestritten. Sonst würden wir das hier alle nicht machen. Aber wenn man ein solches Problem diskutiert, wie es die SPD aufgeworfen hat, dass die Krankenhäuser in vielen Fällen keine Finanzmittel mehr haben, um genügend Personal einzustellen, dann muss man doch zunächst einmal die Frage stellen: Wo kommt denn das Geld her? – Ich glaube nicht – da werden wir einer Meinung sein –, dass die Landesregierung, jedenfalls bis jetzt noch nicht, das Geld selbst im Keller drückt. Frau Kollegin Schott, das mag, wenn Sie regieren, anders sein.

(Beifall bei der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Das hat der Finanzminister bestritten!)

Aber bis jetzt drückt sie es nicht selbst. Für die Finanzierung von Personalmitteln ist der Bund zuständig. Da gibt es eine unterschiedliche Finanzierung: Bund und Länder. Deshalb müssen wir uns auch mit dem Bund beschäftigen. Wir können uns leider nicht alle hierhin stellen und sagen: „Es wäre schön, wenn wir einmal darüber gesprochen haben.“ Denn ein bisschen ernsthafter, Frau Kollegin Schott, ist die Debatte leider schon.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Rentsch. – Für die Landesregierung hat sich Frau Staatsministerin Lautenschläger zu Wort gemeldet. – Bitte, Frau Ministerin.

#### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Schott, mich hat Ihr Beitrag zugegebenermaßen ein bisschen überrascht. Natürlich streiten wir an vielen Stellen über die Krankenhausfinanzierung und das Gesundheitssystem. Ich gebe zu, das demokratische System bringt es mit sich, dass man Mehrheiten finden muss und man, im Gegensatz zu dem, was Ihre Freunde an einigen Stellen wollen, schlichtweg nicht die Revolution ausruft, sondern viele Jahre lang verhandeln und schauen muss, wie man zu Verbesserungen kommt.

Ich stelle doch fest, dass wir im Hessischen Landtag in der Vergangenheit zum Glück gerade bei der Frage der Krankenhäuser an vielen Stellen durchaus einen breiten Konsens finden konnten. Ich bin froh, dass die heute vorliegenden Anträge noch einmal das unterstützen, was wir in den letzten Jahren insbesondere über den Bundesrat bei der Krankenhausfinanzierung mehrfach deutlich gemacht haben, nämlich dass die Finanzausstattung der Krankenhäuser so, wie sie heute über die Finanzierung des Bundes ist, auf Dauer nicht hinnehmbar ist.

Das war zum einen der Sanierungsbeitrag. Ich will doch noch einmal daran erinnern, dass wir über die Länder massiv Druck gemacht haben. Es stand damals 1 % im Raum. Frau Kollegin Schulz-Asche, es ist richtig, dass wir in Berlin in einer Großen Koalition reagieren. Aber es gibt immer ein Ministerium, das Vorschläge macht. Das war nun einmal das Bundesgesundheitsministerium mit einer SPD-Spitze.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) – Dr. Thomas Spies: Sie saßen doch in der Koalitionsarbeitsgruppe, die das entschieden hat!)

Mit viel Kleinarbeit der Länder – ich sage durchaus: aller Länder, nicht nur der CDU-geführten Länder; wir alle haben großen Druck gemacht – und der Krankenhäuser haben wir es geschafft, den Sanierungsbeitrag zu reduzieren. Unsere hessischen Krankenhäuser waren sehr froh darüber. Aber Sie wissen auch, dass wir alle gemeinsam wollen, dass der Sanierungsbeitrag endgültig wegfällt, was in dem vorliegenden Gesetzentwurf auch vorgesehen ist.

Aber das war ein harter Weg. Zu dem Punkt sind wir nicht einfach so gekommen. Wer sich daran erinnert, wie die Diskussion im Dezember des letzten Jahres über die Finanzierung der Krankenhäuser gelaufen ist: Die Bundesländer haben einstimmig dafür gekämpft, dass eine Änderung im Krankenhauswesen, d. h. vor allem bei der sogenannten Deckelung der Betriebskostenfinanzierung, kommt. – Wir haben die Budgets der Krankenhäuser inzwischen seit 15 Jahren. Wir haben den Landesbasisfallwert. Aber wir haben eben auch nach wie vor die große Problematik, dass Zuwächse bei den Krankenhäusern nur in Höhe der Veränderungsrate, also der Grundlohnsummensteigerung, überhaupt möglich waren. Das ist das Problem, das die Gesundheitsminister der Länder im Dezember vergangenen Jahres einvernehmlich aufgenommen haben.

Ich muss doch einmal sagen: Ich bin zwar froh, dass wir in diesem Hause inzwischen einen Konsens haben. Aber noch im Frühjahr hat sich Herr Staatssekretär Schröder, Staatssekretär bei Frau Ulla Schmidt, massiv dagegen gewehrt, dass im Gesundheitswesen und insbesondere bei der Krankenhausfinanzierung eine Änderung vorgenommen werden soll. Auf der Gesundheitsministerkonferenz in Plön waren wir auch noch nicht so weit, dass wir darüber Einvernehmen mit dem Bund hatten, sondern es mussten die gleichen Anträge beschlossen werden, dass eine Veränderung vorgenommen werden muss.

Nun sind wir endlich so weit, dass Ihre Parteikollegin, Frau Schmidt, den Gesetzentwurf inzwischen auf Referentenebene so vorgelegt hat, dass dort Änderungen absehbar sind. Aber über diese Änderungen müssen wir noch im Detail reden. Denn momentan sind sie in dem Gesetzentwurf so enthalten, dass eine Veränderungsrate durch das Statistische Bundesamt irgendwie berechnet wird und der Bund das ohne Beteiligung der Länder festlegt, ohne dass für die Krankenhäuser auf Dauer eine Planungssicherheit vorhanden ist. Denn das kann dann jedes Jahr anders festgelegt werden, was in diesem Bereich leider meistens heißt, dass es keine Steigerungsraten gibt, dass es sich negativ auswirkt. Deswegen werden wir diesen Punkt sicher noch sehr intensiv miteinander diskutieren.

Ich will aber auch deutlich machen, dass ich durchaus froh bin, dass wir auch hier über das Thema der Personalsituation in den Krankenhäusern miteinander reden. Denn die Investitionsförderung ist das eine. Dort sind wir in Hessen

deutlich besser als alle anderen Bundesländer. Hamburg wurde genannt; Hamburg steht noch vor Hessen. Aber das ist die Sondersituation eines Stadtstaates. Dort stehen wir gut da. Gleichzeitig wissen wir, dass wir in der Finanzierung nicht nachlassen dürfen, weil wir in den Kliniken über viele Jahrzehnte einen Investitionsstau haben. Der Sachverständigenrat hat nicht ohne Grund einen Investitionsstau von rund 5 Milliarden € deutschlandweit festgestellt.

Dazu kommt aber, dass vor allem die Personalausstattung ein ganz wichtiger Bereich ist. Ich denke, man kann erst einmal schlichtweg nur den Hut davor ziehen, was die Pflegekräfte unter sehr schwierigen Bedingungen – Energiekostensteigerungen, Tarifsteigerungen und vieles mehr; auf der anderen Seite wurde an vielen Stellen Personal abgebaut – in den hessischen Krankenhäusern, aber auch bundesweit leisten, wie sich der Einzelne einbringt. Trotz zum Teil äußerst schwieriger Arbeitsbedingungen versuchen sie immer noch, das Beste für den Menschen zu machen.

(Beifall der Abg. Petra Müller-Klepper (CDU))

Der jetzt im Bund vorliegende Gesetzentwurf wird einige Erleichterungen bringen, beispielsweise die zusätzliche Pauschale für die Pflege. Wir haben auch in Hessen solche Fälle, die inzwischen beim Bundesgerichtshof vorliegen, bei denen Krankenkassen und Krankenhäuser darüber streiten, ob der entsprechende Aufwand für die Ausbildung und Pflegeanleitung – damit es zukünftig genügend Pflegepersonal geben wird – überhaupt aufgefangen und finanziert werden kann. Im Gesetzentwurf ist jetzt klargestellt – da waren sich Bund und Länder schon ewig einig, aber es hat trotzdem Verfahren gegeben –, dass das finanziert werden muss. Das halten wir für richtig.

Gleichzeitig ist in dem Gesetzentwurf ein Sonderprogramm Pflege verankert. Da muss man sicherlich noch einmal darüber reden, ob man das nicht ein bisschen einfacher ausgestalten kann. Das bedeutet nämlich sehr viel Aufwand. Das Wichtigste ist: Krankenhäuser stellen dann ein, wenn sie den finanziellen Spielraum dafür haben. Der Wegfall des Sanierungsbeitrags und die Veränderung, dass nicht mehr nur über die Grundlohnsummensteigerung ein Zuwachs stattfindet, damit überhaupt eingestellt werden kann, sind aus meiner Sicht die Grundvoraussetzungen, über die wir reden, wenn es um die Verbesserung der Personalausstattung geht.

Das zweite Thema, das Sie ansprechen, lautet, ob wir Personalstandards brauchen. Wir haben uns im Sozialministerium mit ver.di zusammengesetzt, ein Gespräch geführt und dabei gefragt, wie die Personalstandards aussehen können. Wer die Diskussion in den letzten Jahren mitverfolgt hat, weiß, dass es das alles schon einmal gab. Man hat sie abgeschafft, weil sie zu großen Schwierigkeiten geführt haben.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Weil sie zu teuer waren!  
– Gegenruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Auf der anderen Seite haben wir sehr unterschiedliche Situationen.

(Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

– Herr Kollege Spies, hören Sie mir doch bitte einmal zu.  
– Aus meiner Sicht ist es ein richtiger und wichtiger Schritt, darüber zu reden, wie man die Situation der Pflege weiter verbessern kann. Wir haben durch den Gemeinsamen Bundesausschuss inzwischen durchaus Qualitätskriterien in einigen Bereichen entwickelt, beispielsweise für

die Neonatologie und die Kinderonkologie. Dort gibt es in den Vorgaben personelle Standards. Gleichzeitig muss man schauen, wie man diese Standards in der Intensivpflege hinbekommt.

Auf der anderen Seite wissen wir, dass die Frage der Standards auch etwas mit der baulichen Situation und der organisatorischen Situation eines Krankenhauses zu tun hat. Wenn Sie Pflegestationen haben, die durch Treppenhäuser getrennt sind, brauchen Sie deutlich mehr Personal als in einer neu eingerichteten Pflegestation, die nach den modernsten Kriterien der Pflege gestaltet ist. Deswegen sehe ich dort einige Schwierigkeiten, bestimmte Standards festzulegen. Ich kann mir aber vorstellen, dass sie an einigen Stellen funktionieren können, wenn man sie richtig definiert.

Dazu hat der Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien e. V. sehr deutlich Stellung bezogen. Er kann sich die Pflegestandards beispielsweise im Bereich der Intensivmedizin vorstellen. Er macht jedoch zur Voraussetzung, dass diese Pflegestandards bundeseinheitlich geregelt werden sollen. Das halte ich auch für einen ganz wichtigen Schritt. Deswegen haben wir Gespräche angeboten – die Krankenhausgesellschaft hat schon ihre Bereitschaft erklärt –, mit den unterschiedlichen Disziplinen, also sowohl mit den Pflegeverbänden, mit ver.di und der Krankenhausgesellschaft und anderen, gemeinsam Vorschläge anzuschauen, was realistisch umsetzbar ist. Aus meiner Sicht ist es der erste Schritt, zu sagen, wir brauchen erst einmal eine bessere Finanzausstattung der Kliniken. Dann stellen Kliniken nämlich wieder ein und werden viel schneller und flexibler reagieren.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Der zweite Punkt ist, dass wir in die Ausbildung investieren müssen. Die Ausbildungskosten müssen refinanziert werden. Die ersten Schritte sind vorgesehen. Wie solche Programme aussehen können, muss sicher auch im Detail diskutiert werden. Bürokratische Regelungen gibt es in Krankenhäusern schon mehr als genug. Es muss ein möglichst einfacher Weg gefunden werden, um das gemeinsam umzusetzen.

Wir werden versuchen, auf Bundesebene die Finanzausstattung zu verbessern und gemeinsam mit den hessischen Kliniken Wege zu finden, die die Kliniken nicht behindern, aber ihnen die Möglichkeit geben, für die Pflege Verbesserungen herbeizuführen. Für uns gehört auf der einen Seite die finanzielle und die bauliche Ausstattung dazu, auf der anderen Seite aber auch die interne Struktur eines Krankenhauses. Da kann man nicht einfach nur Vorgaben machen. Man muss sehen, wie das Betriebsklima ist und wie die hierarchischen Strukturen in der Klinik sind. Das gehört alles mit dazu. Wenn sich dann gemeinsame Positionen finden lassen, sind wir bereit, das anzuschauen.

Ich warne davor, die Hoffnung nur auf das Thema Standards zu setzen. Wir haben es in der Altenpflege lange gemeinsam diskutiert. Die Verbände konnten keine gemeinsamen Ergebnisse finden, weil die Unterschiede sehr groß waren. Wir hatten Institute beauftragt und sehr viel an Qualitätssicherung gemacht, aber ein gemeinsamer Standard ist sehr schwierig zu definieren. Aus diesem Grund sollten wir alle Arbeit dorthinein investieren, aber gleichzeitig dafür sorgen, dass nicht grundsätzlich beim Personal gespart wird. Die finanzielle Ausstattung steht an allererster Stelle. Dann kann sich das Krankenhaus vernünftig finanzieren.



Wir wissen, dass eine Schwester im Pflegedienst dadurch zusätzliche Arbeit hat, dass die Patienten immer kürzer liegen, dass immer schwierigere Fälle vorhanden sind und die Patienten nach kurzer Zeit entlassen werden. Durch die Anzahl der Fälle ist keine Entlastung zu erreichen. Man benötigt dort hoch qualifiziertes Personal, das an der richtigen Stelle eingesetzt werden muss. Das Personal sollte nicht die Tablets herumtragen, sondern Dienst am Patienten leisten. Das Krankenhaus sollte eine sehr breite Struktur haben.

Dazu werden wir alle Kraftanstrengungen aufwenden, um das gemeinsam hinzubekommen. Aber der erste Schritt geht in Richtung Bund: Er muss die Finanzierung besser ausgestalten. Dann werden die Kliniken wieder aus eigener Kraft die Möglichkeit haben, nicht nur ärztliches Personal, sondern auch Pflegepersonal in notwendigem Umfang einzustellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist vorgeschlagen, den Antrag der Abg. Fuhrmann, Dr. Spies, Eckhardt, Kühnholz, Merz, Roth, Yüksel (SPD) und Fraktion betreffend Personalabbau in Kliniken stoppen – Qualität in der Gesundheitsversorgung sichern, an den Sozialpolitischen Ausschuss zu überweisen. Ebenso soll der Dringliche Antrag der Fraktion der FDP betreffend Verschlechterung der Krankenhausversorgung durch Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt stoppen – Hessens Patienten brauchen lebensfähige Krankenhäuser, an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden. – Dem wird nicht widersprochen, dann ist das so beschlossen.

Verabredungsgemäß rufe ich jetzt **Tagesordnungspunkt 41** auf:

**Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend wirtschaftlicher Aufschwung im Norden Hessens durch eine gut ausgebaute Infrastruktur – Drucks. 17/457 –**

hierzu:

**Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP – Drucks. 17/571 –**

Mit aufgerufen wird **Tagesordnungspunkt 46:**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Kurhessenbahn reaktivieren – modernen ÖPNV realisieren – Drucks. 17/483 –**

Mit aufgerufen wird **Tagesordnungspunkt 85:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Nordhessens Qualitäten fördern, statt altes Denken in Beton zu gießen – Drucks. 17/568 –**

Ebenso wird aufgerufen **Tagesordnungspunkt 86:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend wirtschaftlicher Aufschwung im Norden Hessens – Drucks. 17/569 –**

Ich darf Herrn Dr. Wagner von der CDU-Fraktion zur Erläuterung des Entschließungsantrags der CDU und der FDP an das Rednerpult bitten. Herr Dr. Wagner, die verabredete Redezeit beträgt 15 Minuten.

#### **Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Entwicklung Nordhessens ist eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

– Herr Dr. Spies, ich werde Ihnen noch einige Fakten, die Sie endlich zur Kenntnis nehmen müssen, vortragen. – Die Region steht für wirtschaftlichen Aufschwung und die Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Al-Wazir, ich kann mir gar nicht vorstellen, dass Sie jetzt für den Autobahnbau in Nordhessen eintreten. Sie sind gerne eingeladen, an der Seite der CDU und der FDP dafür zu kämpfen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie ist der Beweis dafür, dass eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik allen Menschen zugute kommt. Die erfreuliche Entwicklung Nordhessens ist auch Folge der Wiedervereinigung und der Osterweiterung der Europäischen Union. Die hiermit verbundenen Chancen hat die damalige rot-grüne Landesregierung in den Neunzigerjahren nicht genutzt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wie war das damals? Mobilität und Verkehr standen auf der politischen Tagesordnung ganz hinten. Notwendige Projekte wurden verzögert. Es gab jahrelangen Stillstand beispielsweise bei der Planung der A 44 oder der A 49.

(Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Horst Seidenfaden hat es uns vor wenigen Tagen in der „HNA“ in Erinnerung gerufen:

Die hessische SPD hatte sich vehement gegen den Ausbau der A 44 ausgesprochen – und sich zum Sklaven des grünen Koalitionspartners gemacht. Ohne das Opfer Nordhessen ... hätte Hans Eichel nie Ministerpräsident werden können.

(Zuruf von der CDU)

Das sagt nicht die CDU, das sagt der Chefredakteur der „Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen“ Nr. 2 und 3 des SPD-Antrags, der noch gestern überhastet eingebracht wurde – es ist interessant, dass unsere Initiative die SPD-Fraktion veranlasst hat, jetzt noch schnell ein 11-Punkte-Programm zu zimmern –,

(Reinhard Kahl (SPD): Das haben Sie noch nie gemacht?)

sind besonders irreführend formuliert. Es hört sich fast danach an, als habe die Regierung Eichel den Bau der Autobahnen A 44 und A 49 vorangetrieben.

(Reinhard Kahl (SPD): Richtig!)

Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Rot-Grün – das ist leider in Vergessenheit geraten – hat damals im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen beschlossen, bei zwei Alternativen das langsamere Pla-

nungsrecht zu nehmen. Wir hatten damals bundesweit im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung ein modernes Planungsrecht eingeführt, was dazu geführt hätte, dass wir viele Jahre an Planung hätten einsparen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese Chance ist von Rot-Grün ausdrücklich nicht genutzt worden. Im Übrigen war die damalige rot-grüne Landesregierung bundesweit die einzige Regierung, die von diesem schnellen Planungsrecht nicht Gebrauch gemacht hat.

Partiell ist die Situation heute nicht anders, jedenfalls was die Stellung der GRÜNEN angeht. Sie wollen weiterhin grundsätzlich keinen Straßenbau.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Das stimmt so auch nicht! Aber bitte sehr!)

Meine Damen und Herren, in den letzten neun Jahren hat sich die Situation erheblich verbessert. Ich nehme als markanten Indikator die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote ist vom April 1999 bis zum Mai 2007 im Regierungsbezirk Kassel um 20 % gesunken, im Bundesdurchschnitt nur um 4 %. Diese Zahl ist ein Riesenerfolg für alle, und hinter jedem neuen Arbeitsplatz steht ein menschliches Schicksal.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Daher gilt das weiter, was wir als Christliche Demokraten immer sagen: Sozial ist, was Arbeit schafft. In diesem Zusammenhang lassen Sie mich ganz aktuell darauf verweisen, dass heute in der „HNA“ zu lesen steht: „Nordhessens Dynamik überrascht“. Es gibt eine Studie der HeLaBa, in der Folgendes ausgeführt wird:

Danach hat die Region von 1997 bis 2006 beim Wirtschaftswachstum mit fast 25 % nicht nur deutlich kräftiger zugelegt als Südhessen, sondern auch den Bund sowie die Nachbarländer Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Thüringen überundet.

Gegen diese Fakten lässt sich nichts mehr vortragen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Warum hat sich die wirtschaftliche Lage Nordhessens so außergewöhnlich positiv entwickelt? Maßgebliche Voraussetzung für diesen außergewöhnlichen Aufschwung ist eine gut ausgebaute Infrastruktur für den Straßen-, Schienen- und Luftverkehr. Seit 1999 wurden Infrastrukturprojekte mit rund 840 Millionen € gefördert, sowohl im Straßenbau als auch beim ÖPNV.

Darüber hinaus sind die Planungen wichtiger Bundesfernstraßen vorangetrieben worden. Sämtliche Abschnitte der A 44 befinden sich derzeit im Planfeststellungsverfahren. Der Abschnitt Hessisch Lichtenau Mitte/Hessisch Lichtenau Ost wurde im Oktober 2005 für den Verkehr freigegeben. Herr Al-Wazir, das ist bisher zu wenig. Aber im Gegensatz zu Ihnen wollen wir mehr. Wir wollen, dass die A 44 voll und ganz ausgebaut wird.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Wir haben alle Behinderungen, die es in der Vergangenheit unter Ihrer Verantwortung gegeben hat, beseitigt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Im Verfahren gegen den Planfeststellungsbeschluss für den Abschnitt Hessisch Lichtenau West/Hessisch Lichte-

nau Mitte hat der BUND im März 2008 vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die Klage verloren, sodass auch hier der Fortgang gesichert ist.

Meine Damen und Herren, ich will daran erinnern, weil die meisten es schon vergessen haben: Im November 2006 hatte der BUND zwölf Bürgermeistern aus Nordhessen den Empfang verweigert. Diese hatten 13.000 Protestunterschriften gegen die Blockadehaltung des BUND übergeben wollen. Ich entsinne mich auch, dass dann die Bürgermeister gesagt haben: Dann wollen wir wenigstens Mitglied des BUND werden, damit wir innerhalb des BUND für unsere Argumente werben können. – In völlig undemokratischer Weise ist ihnen verweigert worden, Mitglied des BUND zu werden.

Meine Damen und Herren, auch bei der A 49 sind wir – das brauche ich im Einzelnen nicht vorzutragen, weil die Damen und Herren Kollegen aus dem Landtag wissen, wie dort der Stand ist – kräftig vorangeschritten. Jetzt geht es allerdings darum, dass die Finanzierung durch den Bund gesichert wird.

Das größte Projekt zur Anbindung des nordhessischen Raums an internationale Märkte stellte der Ausbau des Flughafens Kassel-Calden dar. Gestern ist darüber ausführlich diskutiert worden. Ich wiederhole es ausdrücklich: Kassel-Calden ist notwendig, nicht nur für Flugpassagiere, sondern vor allem auch für den Transport von Stückgut.

Fragen Sie bei Ihren Betriebsbesuchen doch einmal Unternehmen des produzierenden Gewerbes oder der Logistik. Überall wird Ihnen gesagt: Wir brauchen diesen Flughafen. – Diejenigen, die wirtschaftlich tätig sind und wirtschaftlich in Nordhessen Verantwortung tragen, auch Verantwortung für Arbeitsplätze, fordern von uns, dass Kassel-Calden so schnell wie möglich ausgebaut und umgesetzt wird.

Die jüngste Vereinbarung zwischen Finanzminister Weimar, Landrat Schlitzberger, Oberbürgermeister Hilgen, dem Kasseler Stadtkämmerer Barthel und dem Bürgermeister Dinges hebt noch einmal die besondere Bedeutung dieses Projektes für Nordhessen hervor.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, diese unverzichtbaren Strukturmaßnahmen wären allerdings in großer Gefahr, wenn Rot-Rot-Grün eine Regierung bilden würde.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Horst Seidenfaden hat es in der „HNA“ treffend gesagt:

Wer ein wenig Einblick hat in die jüngere nordhessische Geschichte, dem werden bei dieser Diskussion alle Alarmglocken angehen: Verkehrsinvestitionen, politisches Geschachere – da war doch mal was?

Genau. Vor etwa 15 Jahren hat erstmals eine verantwortungslose Hessische Landesregierung dafür gesorgt, dass der nördliche Landesteil von der Wirtschaftsentwicklung nach der Wende abgekoppelt wurde. ... Nun scheint sich das Spielchen zu wiederholen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Der Ministerpräsident hatte sehr recht, wenn er gestern auf die Folgen eines Misserfolgs hinwies. Er sagte – wir haben es gehört –: Wenn wir als verantwortliche Politiker mit

diesen Projekten scheitern, wird die Strafe schnell und für die Bürgerinnen und Bürger und ihre Arbeitsplätze unwiderruflich kommen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich im Übrigen darauf hinweisen: Es gibt noch weitere Projekte, die ebenso wichtige Bausteine für den wirtschaftlichen Aufschwung in Nordhessen sind. So investiert das Land in viele kleinere Projekte im Rahmen der Regionalförderung. Ich könnte Ihnen jetzt eine ganze Anzahl von erheblichen Millionenbeträgen vortragen, mit denen in Arbeitsplätze, in Modernisierung, in Ausweitung von Unternehmungen investiert worden ist. Ich bin gerne bereit, Ihnen das schriftlich zuzuleiten, damit Sie es endlich zur Kenntnis nehmen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): So ist es!)

Ich will hinzufügen, und darauf können wir Hessen besonders stolz sein: Was das logistische Gewerbe angeht, gibt es inzwischen bundesweit einen richtigen Schwerpunkt in Nordhessen. Dort sind unzählige zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden. Mittlerweile arbeiten rund 60.000 Beschäftigte in der Logistik in Nordhessen. In ganz Hessen konnte die Zahl der Arbeitsplätze in der Logistik seit 2005 um 3 % auf über 200.000 gesteigert werden.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Kulturregion Nordhessen verlieren, eine wichtige, notwendige Ergänzung zur Attraktivität dieses Raumes. Die Neugestaltung der Museumslandschaft Hessen Kassel ist eines der ehrgeizigsten derartigen Projekte bundesweit. Kassel ist der drittgrößte deutsche Museumsstandort, und Sie wissen, dass das Land Hessen bis 2014 dort insgesamt 200 Millionen € investiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, Nordhessen hat sich ausgezeichnet entwickelt. Es gibt einigen Anlass dafür, dass sich alle 110 Abgeordneten im Hessischen Landtag darüber freuen können.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Der Aufschwung kann aber jederzeit durch eine falsche Politik aufs Spiel gesetzt werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die machen Sie gerade!)

Deshalb sage ich: Es darf keine infrastrukturelle Totalverweigerung geben.

Ich will einmal auf die Schlangenbader Erklärung der GRÜNEN zu sprechen kommen. Sie sagen dort: Wir wollen ein modernes, gerechtes, ökologisches und nachhaltiges wirtschaftendes Hessen in einer globalisierten Welt. – Dem stimme ich zu. Das ist ausdrücklich konsensfähig.

Aber zu einer modernen und wirtschaftlich erfolgreichen Region Hessen – auch Nordhessen, um das es heute insbesondere geht – in einer globalisierten Welt gehört eben auch eine leistungsfähige Infrastruktur.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage an die Adresse der GRÜNEN: Natürlich müssen wir immer wieder abwägen. Wir müssen zwischen den Notwendigkeiten, die ich beschrieben habe – Arbeitsplätze, Wohlstand – und den Belangen des Umweltschutzes und der Natur abwägen. Ich will, sozusagen als Fußnote, festhalten: Vor inzwischen vier Jahrzehnten hat meine Partei im Hinblick auf Herrn Gruhl sicher einen Fehler gemacht.

(Günter Rudolph (SPD): Oh, Selbstkritik!)

– Dazu sind wir im Gegensatz zu Ihnen in der Lage.

(Lachen bei der SPD)

Wir haben vor mehreren Jahrzehnten den Anregungen unseres Parteifreunds Gruhl nicht ausreichend Folge geleistet. Da haben sich die GRÜNEN sehr viel Kompetenz und viele Anhänger erworben. Das wollen wir ganz entspannt sagen. Die GRÜNEN haben im Natur- und Umweltschutz eine ganze Menge bewegt. Wir dürfen das aber nicht verabsolutieren. Politik besteht darin, dass wir immer wieder zwischen mehreren Zielen abwägen, und ich kritisiere, dass wir den Umweltschutz zuweilen zulasten der Menschen verabsolutieren.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Lassen Sie mich einen letzten Gedanken äußern. Zu einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik gehört natürlich auch ein Bekenntnis zur Marktwirtschaft. Ich hatte gestern das Vergnügen, mit Herrn van Ooyen in der Sendung „Stadtgespräch“ des Hessischen Rundfunks zu diskutieren. Als dieses Thema angesprochen wurde, sagte Herr van Ooyen: „Marktwirtschaft ist nur eine Floskel.“ Wer auf diese Art und Weise unverantwortlich mit dem Fundament unseres Wohlstandes umgeht, der ist eine Gefahr für Nordhessen, für ganz Hessen und für alle Arbeitsplätze in Hessen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb frage ich die SPD und auch die GRÜNEN: Glauben Sie, dass Sie mit diesen LINKEN, die die Verstaatlichung der Großindustrien für eine gute Idee halten, das Wirtschaftsland Hessen ökonomisch wie ökologisch voranbringen können?

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Die Wirtschaft warnt deshalb vor den möglichen Gefahren. Ich zitiere:

Die Linkspartei verspricht den Wählern teure Wohltaten, verschweigt aber, woher das Geld kommen soll. Den Wählern ist nicht klar, dass sie am Ende die Zeche selbst zahlen müssen, durch höhere Abgaben oder sogar durch den Verlust ihrer Arbeitsplätze.

(Zurufe von der SPD)

Der Präsident der Handwerkskammer Rhein-Main sagt: „Das wäre eine Katastrophe für den Wirtschaftsstandort Hessen.“

(Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Nordhessen ist auf einen sehr erfolgreichen Weg gebracht worden. Als CDU-Fraktion freuen wir uns, dass Nordhessen zu einer bedeutenden Logistikregion, einem Zukunftsstandort für Wissenschaft und Forschung, zu einem kulturellen Zentrum und zu einem attraktiven Ziel für Touristen in Deutschland geworden ist. Auf Erfolgskurs wird Nordhessen aber nur bleiben, wenn nicht eine wirtschaftsfeindliche Politik Arbeitsplätze vernichtet. Der Wirtschaftsjournalist Manfred Köhler hat in der „FAZ“ vor wenigen Tagen den wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Frau Ypsilanti nicht ohne Grund attestiert, sie wolle eines der stärksten Bundesländer zum Experimentierfeld machen.



**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Wagner, Sie müssen zum Schluss kommen. Die Redezeit ist um.

**Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Ich komme zum Schluss. Ich bringe nur noch dieses Zitat.  
– Er sagt:

Dass ... das Wirtschaftsleben regelrecht zur Disposition zu stehen scheint, irritiert dieser Tage am meisten. Auch eine linke Landesregierung bleibt allerdings auf funktionierende Unternehmen angewiesen – irgendwer muss schließlich die Steuern erwirtschaften, die über den Landeshaushalt verteilt werden.

Ich schreibe dies denjenigen ins Stammbuch, die auf dem Wege sind, die Chancen von Nordhessen zu verspielen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Dr. Wagner. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Kaufmann Gelegenheit zur Einbringung des Antrags.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein gewisser Absturz war das schon, Herr Kollege Dr. Wagner. Nachdem gestern der große Chef gesprochen hat, haben wir heute – beinahe zum selben Thema – den kleinen Chef gehört, der in der ihm eigenen Art, wie gewohnt, die Seriosität seiner Argumentation nicht so sehr in den Vordergrund gerückt und wieder einmal den Beweis erbracht hat, dass Juristen, wie der alte Spruch lautet, buchstäblich zu allem fähig, aber keineswegs bei allem sachkundig sind.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Der Vortrag des Kollegen Dr. Wagner erinnert doch sehr an eine auf der Flucht zurückgelassene Feldhaubitze, die irgendetwas in die Gegend ballert, plan- und ziellos, aber dafür lautstark.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Inhaltlich haben wir nämlich keinerlei Neuigkeiten hören dürfen. All die Lobhudeleien, die die CDU von sich gegeben hat, kennen wir schon aus mehreren Plenardebatten in diesem Hause, z. B. am 31. Januar 2007, als wir im Plenum einen Antrag der CDU-Fraktion mit dem Titel „Nordhessen auf der Überholspur“ diskutiert haben, der das überaus beliebte Thema Straßenbau in Nordhessen zum Gegenstand hatte. Warum wir heute dieselben Sätze hören und lesen, ohne dass beim Projekt A 44 in der Zwischenzeit auch nur ein Meter Straße mehr gebaut worden ist, bleibt das Geheimnis der Antragsteller.

(Florian Rentsch (FDP): Da sind Sie der Richtige!)

Der eigentliche Grund der Antragstellung im letzten Jahr war, im Vorfeld der Landtagswahl möglichst intensiv Selbstlob zu verbreiten. Heute ist die Wiederholung des gestrigen Versuchs das Leitmotiv der CDU und der FDP – diesmal haben Sie zusammen einen Antrag gestellt –

nämlich zu versuchen, Verwirrung zu stiften, insbesondere bei der SPD. Meine Damen und Herren, wenn dieser Versuch genauso erfolgreich ist wie der Baufortschritt bei der A 44 in den letzten neun Jahren unter Roland Koch, ist uns GRÜNEN nicht bange.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Bedauern Sie das, Herr Kaufmann?)

Wenn man sich den Inhalt des Antrags der CDU und der FDP ansieht, muss man feststellen, dass dort leider sehr viel Ideologie verbreitet wird. Wenn man dem Herrn Kollegen Dr. Wagner zugehört hat, muss man das umso mehr feststellen. Bei Ihnen geht, wie so oft, gefestigte Meinung der Ahnung deutlich vor. Ahnung zu haben heißt ja, überhaupt etwas zu wissen. Mit der steten Wiederholung der Behauptung, dass für den wirtschaftlichen Erfolg eine gut ausgebaute Infrastruktur maßgebliche Voraussetzung sei, beschwören Sie zwar Ihre Vorurteile, liefern aber keinerlei Beitrag zu irgendeiner Problemlösung. Der Kollege Dr. Wagner hat aus dem Artikel der „HNA“ zitiert, in dem es heißt, dass das Wirtschaftswachstum in Nordhessen kräftiger als in Südhessen und kräftiger als in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Thüringen war – allerdings bezogen auf die Jahre 1997 bis 2006. Das ist das Ergebnis der Helaba-Studie, die diesen Zeitraum untersucht hat. Herr Dr. Wagner, ist Ihnen nicht aufgefallen, dass dieses grandiose Wirtschaftswachstum in Nordhessen ohne eine zusätzliche Autobahn ausgekommen ist? Denn die 4,3 km zusätzliche Straße können das ja nicht gebracht haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute kann man in der Zeitung eine klare Feststellung des ifo-Instituts – das ist nicht unbedingt reine grüne Lehre – lesen, in der dargelegt wird, dass Infrastrukturprojekte für den wirtschaftlichen Erfolg nicht ausschlaggebend sind. Das ist die Erkenntnis des ifo-Instituts. Insofern sollten Sie vielleicht wirklich einmal versuchen, Ihre ideologische Verblendung zu überwinden.

Nordhessen ist doch keineswegs Terra incognita, sodass es darum ginge, die ersten Schneisen in unerforschtes Territorium zu schlagen, damit sich die Menschen dort überhaupt begegnen können. Auch in Nordhessen gibt es eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur, die den Erfordernissen sowohl der Wohnbevölkerung als auch der Wirtschaft weitestgehend angemessen ist – sonst gäbe es nämlich die Erfolge nicht, die Sie gerade vorgetragen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Natürlich gibt es unterschiedliche Interessen. Aber man kann mit der falschen Allokation von Infrastruktur nicht nur viel Geld in den Sand setzen, sondern obendrein auch noch die ökonomische Basis einer Region massiv schädigen. In einer Region, deren Qualität nämlich maßgeblich von ihren herrlichen Naturräumen bestimmt wird, kann eine Betonpiste für den europäischen Güterfernverkehr sehr vieles, vielleicht sogar alles zerstören.

Man müsste schon mit neokonservativer Blindheit – vielleicht müsste es eher heißen: mit Dummheit – geschlagen sein, wenn man sich immer wieder nach nichts anderem als nach einer Betonpiste sehnte.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist aber uralt!)

Sollte nicht auch ein echter Konservativer ein großes Interesse an der Bewahrung der Schöpfung und damit am Schutz der Natur haben? Wo ist das in Ihrem Antrag bloß

geblieben? Nachdem es gestern der Flugplatzbau war, wird in dem heute vorliegenden Antrag der Straßenbau zum Heilsbringer für Nordhessen erklärt.

Meine Damen und Herren, wenn man durch die in der schwarzen Verkehrspolitik immer wieder zum Ausdruck kommende Ignoranz nicht schon so abgehärtet wäre, könnte man ob solcher Aussagen wie der in der Nr. 4 Ihres Antrags schier verzweifeln. Man solle, so heißt es da, die Landesregierung in ihren Bestrebungen für eine – ich zitiere – „leistungsfähige Fernstraßenverbindung zwischen Hattenbach und Olpe“ unterstützen. Gemeint ist natürlich die A 4. Man traut sich nur nicht mehr, sie so zu nennen. Man möchte also tatsächlich eine massive Schädigung der naturräumlichen Juwelen – so nenne ich sie einmal – im Kellerwald, im Burgwald und im Rothaargebirge unterstützen.

Warum ist Ihre Einsichtsfähigkeit nur so gering? Weder bei der CDU noch bei der FDP – die den Antrag mit unterschrieben hat – erkennt man, dass dieses Projekt deutlich mehr schadet, als es nützt. Das gilt insbesondere für die regionale Wirtschaft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das Projekt Bundesfernstraße Fulda – Meiningen – B 87n – wird in Ihrem Antrag völlig falsch eingeordnet. Sie behaupten, es gehe um die Überwindung der Folgen der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Darum geht es überhaupt nicht. Es ist eine massive Schädigung des Biosphärenreservats Rhön zu befürchten. Das wollen wir GRÜNE auf jeden Fall verhindern.

Die Landesregierung glaubt, wie die CDU und die FDP, weiterhin an das Ammenmärchen, wonach neue Straßen automatisch zu größerer Wirtschaftskraft in einer Region führten. Zahlreiche Studien kommen zu dem Ergebnis – ich sprach schon von den aktuellen Meldungen, das Umweltbundesamt hat das zusammengefasst –, dass man mit den verwendeten Verfahren nicht in der Lage ist, vorherzusagen, ob der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur die ökonomische Entwicklung einer Region fördert oder eher behindert. Ich füge hinzu: Auf jeden Fall gibt es keinerlei empirische Belege für eine positive Korrelation zwischen Straßenbau und Wirtschaftswachstum.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Die Salzstraßen!)

– Herr Kollege Dr. Lübcke, die Zeit der Salzstraßen liegt schon ein paar Tage zurück. Damals war es so, dass die Wirtschaft ausschließlich an den Verkehrsknotenpunkten funktionierte und die Leute dort leben wollten. Heute flüchten aus guten Gründen alle vor dem Verkehrslärm und suchen eher Erholung, z. B. in Nordhessen. Sie möchten dort nicht die Lkw neben sich und die Flieger über sich haben.

Nicht nur in den in Ihrem Antrag genannten Fällen werden solche Straßen, wie Sie sie bauen wollen, nicht zu Eisenbahnstraßen – das sollten Sie sich eigentlich denken –, auf denen die großartigen Produkte der Region in alle Welt transportiert werden. Umgekehrt werden solche Straßen auch von den Konkurrenten benutzt, die dann unmittelbar vor der Haustür auftauchen.

Was eigentlich das Schlimmste ist – Stichwort: Hessen als Transitland; man muss es immer wieder unterstreichen –: Vieles wird einfach durch die Region hindurchrollen. Es wird zwar Dreck und Krach verursachen, aber keine ökonomischen Vorteile bringen. Wenn die vorgesehenen Trassen zudem durch hochsensible Naturlandschaften führen,

ist das negative Ergebnis einer solchen Planung relativ offenkundig.

Meine Damen und Herren, sehen wir einmal von dem in Ihrem Antrag erwähnten Straßenbau ab. Auch über die Flugplätze haben wir gestern schon zur Genüge gesprochen. Deswegen müssen wir jetzt einen recht dunklen Punkt ansprechen. Dabei geht es um die betrübliche Situation des Schienenverkehrs in Nordhessen.

Nehmen wir als Beispiel die Kurhessenbahn. Unser Antrag dazu liegt Ihnen vor. Das, was sich hier tut, bzw. dass sich hier nichts tut, ist ein großes Desaster.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Herr Lübcke, ich sage klar: Roland Koch ist mit daran schuld, dass die Regionalisierungsmittel gekürzt wurden. In der Folge hat das dazu geführt, dass der Nordhessische Verkehrsverbund die Bau- und Finanzierungsvereinbarung zur Kurhessenbahn im letzten Jahr gekündigt hat. Das Nationalparkzentrum bleibt somit ohne Bahnanschluss. Auf diese Weise wird eine große Chance beim sanften Tourismus vertan, der in Nordhessen, auch in ökonomischer Hinsicht, eine wichtige Rolle spielt.

Außerdem – Sie wissen es – wirft das Land Hessen, bedingt durch den vermeintlichen Sparwillen von Roland Koch, viel Geld zum Fenster hinaus. Das Land und der NVV müssen bis 2021 rund 17 Millionen € als finanziellen Ausgleich für die Minderbestellmenge an Verkehrsleistungen zahlen, obwohl nichts fährt.

Meine Damen und Herren, wenn ich noch einmal auf den Antrag von CDU und FDP zurückkomme, dann nur, um darauf hinzuweisen, wie abgestanden und ausgedünnt er tatsächlich ist. Herr Kollege Dr. Wagner hat in seiner Rede einiges vorgebracht, was sich im Antrag jedoch gar nicht findet.

In einem im Juni letzten Jahres vorgelegten Antrag mit dem Titel „Erfolgsregion Nordhessen – starker Standort, starke Entwicklung“ hatte die CDU zwar im Wesentlichen den gleichen Unsinn vorgebracht, aber immerhin einige weitere Punkte genannt: Kunst, Kultur, Wissenschaft und Touristik. Davon steht in diesem Antrag gar nichts. All das ist offensichtlich vergessen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Er hat das angesprochen!)

– In der Rede hat er es angesprochen. Im Antrag steht aber nichts davon, Herr Dr. Lübcke. – Wir GRÜNE legen nämlich auf diese Aspekte besonderen Wert, wie Sie unserem Antrag entnehmen können, der den Titel „Nordhessens Qualitäten fördern, statt altes Denken in Beton zu gießen“ trägt. In Nordhessen kann man nämlich in der Tat sehr viel mehr, als nur auf Straßenbaumaschinen mit dem schwarzen Asphalt zu warten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das will ich erwähnen: An einer Stelle sind wir durchaus einer Meinung, nämlich bei der notwendigen Installation von Datenautobahnen. Eine flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen ist heutzutage die wichtigste Infrastrukturmaßnahme für jede Region, um Anschluss an die globalisierte Welt zu finden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist der Bau solcher Autobahnen sehr viel effektiver und zugleich umweltfreundlicher als der Bau von Betonpisten. Zu fragen bleibt bei diesem Punkt des Antrags von CDU und FDP nur, warum die Landesregierung die-



ses Thema eigentlich so deutlich verschlafen hat, dass sie jetzt auf parlamentarischem Weg ausdrücklich zum Jagen getragen werden muss.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Na, na, na!)

Entscheidend für die Sicherstellung der Breitbandverbindungen für das Internet ist derzeit, dass es eine Wirtschaftlichkeitslücke gibt, z. B. aufgrund der geringen Nutzerdichte gerade in Nordhessen. Hier ist ganz konkret mit Fördermitteln zu helfen. Das hätte die Landesregierung längst machen können.

Wie soll es in Nordhessen weitergehen? Wir GRÜNE haben bereits vor Jahren ein Strukturprogramm für Nordhessen vorgelegt und kontinuierlich weitergeführt. Damit wollen wir die Qualitäten der Region weiterentwickeln, statt sie zu gefährden – was Sie offensichtlich vorhaben. Unter dem Titel „Zukunftsregion Nordhessen – wo Hessen ganz oben ist“ beschreiben wir die wesentlichen Felder Erfolg versprechender ökonomischer Aktivitäten, die es zu fördern gilt.

Ich will das nur kurz anreißen. Als Erstes ist der Sektor dezentrale Energietechnik zu nennen, der die Erzeugung ebenso umfasst wie Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz und zur Einsparung. Die Grundlagen kennen Sie alle. Auch ist die Studie schon erwähnt worden, die dort bis zum Jahr 2020 rund 20.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich prognostiziert.

Der Sektor „Gewinnung erneuerbarer Energien“ ist auch im Weltmaßstab zukunftsfähig. Man sieht, dass dies eine Zukunftsbranche ist, die gerade dabei ist, die Automobilindustrie in unserem Land in ihrem Stellenwert zu überflügeln.

Nordhessen ist in diesem Bereich exzellent aufgestellt.

(Demonstrativer Beifall der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Der Weltmarktführer SMA ist von fast allen Mitgliedern dieses Hauses mindestens schon einmal besucht worden.

Der zweite Bereich umfasst die traditionellen Qualitäten Nordhessens als Bäderstandort. Sie sollten Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung sein. Es gilt, die einmaligen Naturpotenziale einzubeziehen. Das herausragende Beispiel Nationalpark Kellerwald kennen Sie. Dort wurde in der Vergangenheit viel versäumt. Wir könnten schon viel weiter sein.

Genau hier kommt die Verkehrspolitik wieder ins Spiel. Die Kurhessenbahn wäre auch für einen Anschluss des Kellerwalds an das öffentliche Verkehrsnetz dringend notwendig. Hier geschieht aber nichts. In diesem Bereich wird von Ihnen die Gefährdung der ökonomischen Basis durch Planierraupen und Asphaltkocher propagiert. Es wird aber nicht das propagiert, was den ökonomischen Qualitäten, dem sanften Tourismus, den Wellnessangeboten und den Angeboten des Tourismus insgesamt dienen könnte.

Die dritte wichtige Entwicklungsmöglichkeit Nordhessens liegt in seiner bereits großen Bedeutung als Kunst- und Wissenschaftslandschaft. Damit erst gar kein Irrtum entsteht, sage ich: Ich will überhaupt nicht leugnen, dass auch die amtierende Landesregierung schon sinnvolle Beiträge dazu geleistet hat. Umso mehr drängt sich der Wunsch auf, hier nicht stecken zu bleiben, sondern die Möglichkeiten konsequent weiterzuentwickeln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fasse zusammen: Nordhessens Qualitäten zu fördern, statt es mit Betonpisten zu ruinieren, ist das Gebot der Stunde. In diesem Sinn bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag, der, in deutlichem Gegensatz zu dem Vorschlag von CDU und FDP, tatsächlich zukunftsfähige Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung Nordhessens nennt. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kaufmann, vielen Dank. – Hinsichtlich der Redezeit waren Sie, wie gewohnt, auf den Punkt fertig.

Herr Dr. Lübcke, Sie haben jetzt die Gelegenheit zu einer Kurzintervention.

(Günter Rudolph (SPD): Herr Dr. Lübcke, haben Sie das zur Kenntnis genommen?)

#### **Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kaufmann, Sie kritisieren immer, dass wir für Infrastrukturmaßnahmen eintreten. Lassen Sie mich einfach einmal die Erfolgsgeschichte SMA erzählen, die Sie hier erwähnt haben. Zwischen 1987 und 1991 war Herr Gerhardt von der FDP in der Regierung Walter Wallmann der Wirtschaftsminister.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schmidt hieß er! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Er war der Wissenschaftsminister!)

– Dann war es der Wissenschaftsminister Gerhardt. – Der Wissenschaftsminister Gerhardt hat damals während der Regierung Wallmann das ISET eingeführt. Das stieß damals bei der Opposition nicht auf Gegenliebe. Heute wird das ISET herausgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Auch die Universität in Kassel hat eine Wandlung vollzogen, nämlich von einer Gesamthochschule zu einer Universität, die in die Region hineinarbeitet. Sicherlich war die Ausgründung der SMA sehr erfolgreich.

Herr Kaufmann, Sie sprachen unseren Antrag von damals mit dem Titel „Nordhessen auf der Überholspur“ an. Sie sollten das in dem Protokoll noch einmal nachlesen.

Sie sollten sich einmal die Studie der Helaba ansehen. Dazu wurde kürzlich etwas in der „Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen“ veröffentlicht. Nordhessen hat wirklich überholt. Wir sind nicht nur auf einem guten Weg. Vielmehr hat die Regierung Koch/Wagner – um unsere Freunde von der FDP mit einzubinden –, später die Regierung Koch Nordhessen so aufgestellt, dass es sich positionieren konnte. Man muss einer Region nur die Möglichkeit geben.

Dann möchte ich gegenüber den Genossen auf der linken Seite die A 44 und die A 49 erwähnen. Ich möchte jetzt die A 49 herausgreifen.

Ein Kollege – ich glaube, er hieß Ernst und kam aus Fritzlar – hat sich damals in Kerstenhausen auf den Wagen gestellt und gesagt: „Mit meiner Stimme werde ich dafür kämpfen, dass die A 49 gebaut wird.“ Er hat in Wiesbaden die Hand gehoben. Die A 49 wurde unter der Regierung Eichel „qualifiziert endausgebaut“, was immer das auch heißen mag. Der Region hat das nichts gebracht. Herr

Kaufmann, das darf nicht wieder passieren. Das darf so nicht sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

In der Kürze der Zeit möchte ich noch einmal etwas anderes ansprechen, was hier noch nicht erwähnt wurde. Wir haben dank des Wirtschaftsministers Rhiel ein hervorragendes Radwegenetz. Das konnten wir bei einigen Terminen sehen. Dieses gibt es nicht nur entlang der Weser und im Edertal. Vielmehr reicht das auch von Korbach nach --

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Dr. Lübcke, Ihre Redezeit von zwei Minuten ist um. Sie müssen zum Schlusssatz kommen.

**Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Herr Kaufmann, ich bin der Meinung, Sie sollten das zur Kenntnis nehmen. Die Wasserstraße Weser ist übrigens auch ganz wichtig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kaufmann, wollen Sie antworten? – Bitte schön, Sie haben für zwei Minuten das Wort.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Lübcke, Sie hätten lieber schweigen sollen. Sie sind sehr weit in die Vergangenheit zurückgegangen und haben die Ausgründung der SMA aus dem ISET angesprochen. Dabei haben Sie völlig vergessen, zu erwähnen, dass die Mittel für das ISET gerade von der von Ihnen mitgetragenen Regierung massiv gekürzt wurden. Das ist schon ein bisschen peinlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ihr Auftritt kann insgesamt nur so verstanden werden: Sie tragen vor, die Regierung Koch habe in ihren neun Jahren den Ausbau der A 44 in Nordhessen um 4,3 km vorangebracht.

(Günter Rudolph (SPD): A 49!)

– Bei der A 49 geschah überhaupt nichts. – Sie sagen, das ist zu wenig. Dann bitten Sie darum, weiter regieren zu dürfen.

Diese Argumentation erschließt sich, so denke ich, den allermeisten überhaupt nicht. Sie haben nichts geleistet, wollen aber trotzdem weitermachen dürfen, weil Sie sich Besseres vornehmen. Da Sie sich das Falsche vorgenommen haben, wollen wir nicht, dass Sie weitermachen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Und tschüss!)

Wir denken, das ist ganz einfach. Ich denke, deswegen sollte man das damit auch beenden.

Ich möchte auf Ihren allerletzten Hinweis, der die Weser betraf, zu sprechen kommen. Ich verfolge, welchen Ärger die Förderung des Tourismus am Edersee hat, weil er immer weiter geleert wird, um die Schiffbarkeit der Weser zu erhalten. Da gibt es ein Problem. Das wirkt sich im Moment in der Region nicht positiv aus.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Man muss das angehen!)

– Sie sagen: „Man muss das angehen.“ Andere werden das angehen, denn Sie haben es nicht gepackt. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächster Redner ist Herr Kollege Frankenberger. Er spricht für die Fraktion der SPD.

**Uwe Frankenberger (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Menschen Nordhessens haben es wahrlich nicht verdient, dass ihre Anliegen von der CDU und der gefühlten Regierungspartei FDP so lieblos und pflichthaft mit einem Jubelantrag abgehandelt werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren der CDU und der FDP, in Ihrem Antrag weisen Sie ausdrücklich auf das Engagement nordhessischer Unternehmer hin. Wir erkennen ausdrücklich das an, was die Unternehmen in den letzten Jahren in Nordhessen geleistet haben. Wir Sozialdemokraten sagen aber auch ausdrücklich denjenigen Dank, die in den Betrieben und in den Verwaltungen Nordhessens arbeiten. Sie haben in den vergangenen Jahren mit Fleiß, Ideenreichtum und hohem Engagement ihren Beitrag dazu geleistet, dass sich die Region so positiv entwickeln konnte.

(Beifall bei der SPD)

Der vorliegende Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP ist nichts anderes als ein Jubelantrag. Er lebt von Behauptungen und Feststellungen. Es werden aber keinerlei Handlungsoptionen aufgezeigt. Dieser Antrag lässt auch keine Zukunftsperspektiven für Nordhessen erkennen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dem Antrag liegt auch ein antiquiertes Verständnis der Regionalentwicklung zugrunde. Es lässt sich, wie folgt, kurz umschreiben: Die Hauptsache ist, dass man möglichst viel in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Bei der CDU und der FDP heißt das dann immer, dass in den Straßenbau investiert wird. Ansonsten misst sich der Erfolg daran, wie viele Fördergelder man verteilen konnte.

(Michael Boddenberg (CDU): Was haben Sie denn so vor?)

Das reicht aber nicht aus, um die hervorragenden Potenziale zu nutzen, die in der Region vorhanden sind, und in Erfolge für die Menschen Nordhessens umzuwandeln. Um eine Region nach vorne zu bringen, braucht es schon ein bisschen mehr an Fantasie und Gehirnschmalz, als es mit dem Einbringen reiner Jubelanträge der Fall ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Elisabeth Apel (CDU): Da sind wir aber gespannt!)

Meine Damen und Herren der CDU und der FDP, selbst bei dem von Ihnen immer wieder hochgehaltenen Straßenbau werden Sie Ihren eigenen Maßstäben nicht gerecht. Es ist schon verwunderlich, dass Sie sich überhaupt noch trauen, die Themen A 44 und A 49 in Anträgen anzusprechen.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist schon dreist!)

Das ist schon mehr als peinlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben vor neun Jahren den Mund richtig schön voll genommen.

(Günter Rudolph (SPD): Jetzt sind die Backen leer!)

Sie haben den Menschen, die zu Recht auf die Umsetzung der beiden Projekte gewartet haben, alles versprochen. Wie sieht die Bilanz nach vier Regierungsjahren der CDU und der FDP und nach fünf Jahren der CDU Alleinregierung mit gefühlter Beteiligung der FDP aus? Bei der A 49 wurde kein einziger Kilometer gebaut.

(Günter Rudolph (SPD): Was haben sie für ein Gedöns gemacht! – Zuruf von der CDU: Sie haben Kammolche gezählt!)

Leute, ich weiß gar nicht, warum Sie immer das Gespenst „GRÜNE“ an die Wand malen. Das haben Sie ganz ohne die GRÜNEN hinbekommen. Sie brauchen die GRÜNEN gar nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN – Mark Weinmeister (CDU): Das ist unglaublich!)

Bei der A 44 wurden in neun Jahren 4 km gebaut. Diese 4 km wurden noch von der Regierung Eichel geplant. Das ist die Bilanz der CDU nach neun Jahren Herrschaft in diesem Land. Jeder dieses Hauses kann sich selbst ausrechnen, wie lange es bei dem Tempo dauert, bis die Lücke von 64 km zwischen Kassel und Eisenach geschlossen ist.

Wir Sozialdemokraten unterstützen diese beiden Maßnahmen. Denn wir halten diese Projekte für die wirtschaftliche Entwicklung der Region und für die Entlastung der betroffenen Menschen, insbesondere derer, die an der B 7 wohnen, für notwendig.

(Silke Tesch (SPD): Wir haben im Bund die dafür notwendigen Mittel eingestellt!)

Lassen Sie sich das, bitte schön, gesagt sein: Eine Region bringt man nicht allein mit Straßenbau nach vorne. Manchmal muss man sich auch auf andere Dinge einlassen, um das Entstehen von Chancen erkennen zu können.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Ihr Konzept zum Straßenbau fehlt noch!)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Uns ist die Rhön für die Entwicklung des Tourismus in Hessen viel zu wichtig, um damit fahrlässig umzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Lübcke (CDU): Reinhardswald!)

Bei so grundsätzlichen Entscheidungen, wie dem Bau der Fernstraße von Fulda nach Meiningen durch das Biosphärenreservat, sind unserer Ansicht nach die Chancen und die Risiken sorgfältig gegeneinander abzuwägen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Das machen wir!)

Wir sind zu der Auffassung gelangt, dass der Schaden für die touristische Entwicklung und für die Natur so gewaltig wäre, dass wir diesen Eingriff in die Natur und die damit verbundenen Kosten nicht verantworten können.

Wir finden es weiter bemerkenswert – jetzt an die Adresse in Nordhessen, Herr Dr. Lübcke, das wird Sie interessieren –, dass ein weiteres Tourismusprojekt, das die CDU im Landtagswahlkampf noch derart vor sich hergetragen hat, nämlich die Entwicklung der Domäne Beberbeck, im Antrag überhaupt nicht mehr auftaucht.

(Günter Rudolph (SPD): Ja, das stimmt!)

Wir stellen fest, im Antrag der CDU zum wirtschaftlichen Aufschwung im Norden Hessens findet die Domäne Beberbeck überhaupt keine Erwähnung. Meine Damen und Herren, sollte sich doch bewahrheiten, was viele vermutet haben?

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Das würde euch nur freuen!)

Es handelt sich bei Beberbeck anscheinend um eine reine Wahlkampfmaßnahme, die nach der Landtagswahl und der Bürgermeisterwahl in Hofgeismar endgültig beerdigt wird – eine sogenannte Luftnummer.

(Beifall bei der SPD)

Wer vom Tourismus spricht, von den Chancen für die Region, der muss natürlich auch von den kulturellen Schätzen in Nordhessen reden. Diese Region hat einen derartigen kulturellen Reichtum, dass es fahrlässig wäre, ihn den Menschen außerhalb Nordhessens vorzuenthalten.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Sie haben ihn doch verfallen lassen!)

Die kulturelle Vielfalt der Region bietet ebenso wie die großartige Natur ein starkes Potenzial für den Tourismus. Hier sehen wir Sozialdemokraten große Möglichkeiten. Deshalb unterstützen wir auch den Ausbau der Entwicklung zur Museumslandschaft Kassel.

(Beifall bei der SPD)

Von diesen Chancen ist im Antrag von CDU und FDP nichts zu finden.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): War die SPD-Fraktion schon einmal da?)

Da wir die Debatte um Kassel-Calden gestern schon geführt haben, jetzt nur ein kurzer Hinweis – ich sage es noch einmal –: Für die hessische SPD ist der Ausbau des Flughafens Kassel-Calden von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Wirtschaftskraft in der Region.

Es soll hier im Hause noch einige Zweifler geben. Deswegen sage ich noch einmal: Dieser Flughafen wird nicht deswegen gebaut, damit die Nordhessen schneller auf die Balearen fliegen können. Dieser Flughafen wird ausgebaut, weil die Wirtschaft die Nähe eines Regionalflughafens als Wettbewerbsvorteil ansieht.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig!)

Die Bedeutung dieses Ausbaus ergibt sich als Infrastrukturmaßnahme für die Region. Wir wollen uns im Wettbewerb mit anderen Regionen Vorteile erarbeiten. Ein regionaler Flughafen ist ein solcher Vorteil, wenn es um Standortfragen geht. Hier entsteht das zweitgrößte Gewerbegebiet in Nordhessen mit vielen Arbeitsplätzen, die die Region braucht, um den demografischen Wandel als Chance anzunehmen und nicht als Risiko zu begreifen. Das ist auch der Unterschied zu einigen hier im Landtag: Wir wollen konsequent die Chancen für Angebote nutzen, wir wollen sie nicht vergeben.

(Beifall bei der SPD)



Das sei mir an dieser Stelle auch einmal gegönnt, nachdem wir hier über den Jubelantrag von CDU und FDP reden müssen.

(Mark Weinmeister (CDU): Man gönnt sich sonst nichts!)

Als Sozialdemokrat bin ich stolz darauf, dass wir zum ersten Mal in der Region Kassel gemeinsam zwei Gewerbegebiete zum Nutzen der Menschen in der Region entwickeln. Während sich einige noch als Bedenkensträger hervortun, ergreifen wir Sozialdemokraten die Chance, die Region für die Zukunft aufzustellen. Hierüber finden wir auch wieder nichts im Antrag von CDU und FDP.

Meine Damen und Herren, wenn wir über Chancen reden, dann wissen wir, dass neben einer guten Infrastruktur für die Zukunftsfähigkeit einer Region Bildungsangebote mit entscheidend sind.

(Beifall bei der SPD)

Dann müssen wir insbesondere über die Uni Kassel reden. Wir sind froh und stolz darauf, dass sich die Universität Kassel ausdrücklich zu ihrer regionalen Verbundenheit bekennt

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Seit wann denn?)

und in den vergangenen Jahren mit hohem Engagement für die Region gearbeitet hat. Ich nenne nur als Beispiel Unitransfer, wo kompetent Technologie- und Wissenstransfer in die Region geleistet wird.

(Mark Weinmeister (CDU): Wer hat das Geld dafür gegeben?)

– Wenn es um die Finanzierung der Kasseler Universität geht, machen Sie erst einmal Ihre Hausaufgaben, dass die Studenten der Universität nicht weiter von Ihnen wie Studenten zweiter Klasse behandelt werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Vom Technologietransfer profitieren nicht nur die vielen kleinen Existenzgründer, sondern auch Firmen wie VW mit dem Anwendungszentrum Metallformgebung und auch der Kompetenz im Verkehrsbereich. Wenn wir über die Uni Kassel reden, dann kommen wir zwangsläufig zu ISET, der ersten großen erfolgreichen Ausgründung aus der Universität Kassel.

ISET hat Erfolgsgeschichte geschrieben. Ohne die Universität wäre auch die Gründung von SMA, weltweit größter Produzent von Wechselrichtern im Solarbereich, nicht möglich gewesen.

(Mark Weinmeister (CDU): Haben Sie schon welche gekauft?)

Nach der Eröffnung des neuen Werkes in Kassel werden bei SMA über 2.500 Menschen arbeiten. Wir Sozialdemokraten arbeiten engagiert an der Weiterentwicklung der Solarregion Nordhessen. Wir sind stolz darauf, dass Kassel in die Solarbundesliga aufgestiegen ist.

Meine Damen und Herren, Studien belegen, dass in Nordhessen bis zum Jahre 2020 im Bereich der regenerativen Energien 20.000 Arbeitsplätze möglich sind, wenn die vorhandenen Möglichkeiten konsequent genutzt werden.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wir machen das eine und das andere!)

Wir Sozialdemokraten werden mit ganzer Kraft dafür arbeiten, dass diese Möglichkeiten zum Wohle der Menschen in Nordhessen genutzt werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

– Herr Kollege Dr. Lübcke, ich stelle nur fest, dass von diesen Chancen in Ihrem Antrag kein Wort zu finden ist. Was hat der Ministerpräsident im April dieses Jahres die regenerativen Energien hochgehalten.

(Günter Rudolph (SPD): Das hat er nicht zur Kenntnis genommen!)

Er hat ganz vergessen, wo die in Nordhessen produziert werden und welche Chancen darin stecken. Herr Kollege Dr. Lübcke, das hätten Sie ihm einmal sagen müssen. So ganz ernst gemeint war das offenbar gar nicht.

Meine Damen und Herren, Sozialdemokraten sind bereit, diese Herausforderung anzunehmen und Chancen konsequent zu nutzen, damit Nordhessen eine gute Zukunft hat. Das, was CDU und FDP hier vorgelegt haben, ist kein Konzept für Nordhessen. Jubelanträge ersetzen eben keine Politik.

Eine Bemerkung kann ich mir zum Schluss nicht verkneifen. In der „HNA“ war am Tag nach der Wahl zu lesen: Die Menschen in Nordhessen haben mit ihrer Wahlentscheidung den Regierungswechsel gewollt. – Recht haben sie.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Posch, FDP-Fraktion.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist in der Diskussion heute Morgen schon auf Studien hingewiesen worden, die sehr aussagekräftig für die wirtschaftliche Situation in Nordhessen sind. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf einen Aspekt hinweisen, der im Zusammenhang mit der Infrastruktur zu sehen ist.

Wir haben heute eine Situation, dass sich das Wirtschaftswachstum faktisch im Gleichklang mit Südhessen entwickelt – ein Wirtschaftswachstum um etwa 19 % bzw. knapp 21 %. Das heißt, wir haben erstmals eine Situation, wo wir davon ausgehen können, dass die Wachstumsraten in Nordhessen denen in Südhessen entsprechen.

Dabei ist von besonderer Wichtigkeit, dass Nordhessen industriell strukturiert ist – etwas, was uns selbst häufig nicht recht bewusst geworden ist. Nordhessen hat zahlreiche Betriebe, die dem produzierenden Gewerbe zuzurechnen sind. Dieser Sektor trägt mit 26 % überproportional zum Bruttoinlandsprodukt bei.

Meine Damen und Herren, warum sage ich das? Verehrter Herr Kaufmann, wenn wir einen industriellen, einen gewerblichen Kern in Nordhessen haben, dann ist das der Teil der Wirtschaft, der genau auf die Verkehrsinfrastruktur angewiesen ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn Sie zum x-ten Mal hier behaupten, es bestünde kein Zusammenhang zwischen Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaftswachstum, dann sagen Sie nicht die Wahrheit.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nordhessen ist der Beweis dafür, dass dieser Zusammenhang besteht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie haben eben in Ihren Ausführungen darauf hingewiesen, diese Zahlen, die ich genannt habe, seien auch ohne Verkehrsinfrastruktur zustande gekommen. Verehrter Herr Kaufmann, ich weiß, wovon ich rede. Ich kenne viele Ortsumgehungen in Nordhessen. Alle diese Ortsumgehungen sind gegen den Widerstand der GRÜNEN durchgesetzt worden.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Ich habe noch niemanden von Ihnen gehört, der gesagt hat, wir brauchen in Fulda oder wo auch immer eine Ortsumgehung. Ich denke an das erste interkommunale Gewerbegebiet in Hessen in Ostheim – das haben Sie unter Rot-Grün bis aufs Messer bekämpft. Wenn dort heute Logistikzentren stehen – insgesamt drei –, dann ist das gegen den Widerstand der GRÜNEN realisiert worden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Tun Sie also bitte nicht so, als gäbe es keinen Zusammenhang zwischen der Verkehrsinfrastruktur und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Diesen Zusammenhang gibt es.

Sie haben jetzt ja einen Wettbewerber, der sich in der gleichen Weise hinstellt und noch verstärkt sagt, wir brauchen keine Verkehrsinfrastruktur.

(Zuruf der Abg. Silke Tesch (SPD))

Bei der LINKEN habe ich das unlängst gehört. In einer Diskussion auf dem Hessentag hat sie sich neulich zu der Behauptung verstiegen, wir brauchen gar keine Straßen, wir brauchen Schienenstrecken. Dazu hat sie gesagt, wir bauen dann eben einmal neben der vorhandenen ICE-Strecke eine neue, zusätzliche ICE-Strecke.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie das realisieren wollen – das sind Gespinnste aus dem Wolkenkuckucksheim. Das hat mit Prosperität in Nord- und Osthessen nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Verehrter Herr Kaufmann, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland anders verläuft, als Sie es darstellen. Wir haben in Deutschland elf Metropolregionen, und wir haben kleinräumige Regionen. Eine solche kleinräumige Region ist Kassel. Diese Region Kassel bedarf genau dieser Unterstützung mit Verkehrsinfrastruktur.

Herr Kollege Frankenberger, wenn Sie sich hierhin stellen und versuchen, das alles zu relativieren, dann will ich auf einige Aspekte eingehen, die Sie dargestellt haben.

Sie haben eben fast wörtlich gesagt, diese Landesregierung und die Vorgängerlandesregierung – der ich die Ehre hatte anzugehören – hätten sich ausschließlich auf den Straßenbau gestützt.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Falsch!)

Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Das ist nicht wahr. Und Sie wissen das auch.

Wir haben im öffentlichen Personennahverkehr 800 Millionen € eingesetzt und haben heute mit der Regiotram ein Modell, zu dem die Leute weltweit anreisen. Früher fuhr diese Leute nach Karlsruhe und besichtigten die Verbindungen in den Schwarzwald. Heute besichtigen die die Regiotram.

Sagen Sie bitte aber auch ehrlicherweise, dass wir bei der Regiotram gegenwärtig einen Kostendeckungsgrad von nur 37 % haben.

(Eva Kühne-Hörmann (CDU): So ist es!)

Meine Damen und Herren, der Rest ist Steuergeld. Denn wir wollen auch in dieser Region ÖPNV. Sagen Sie das bitte der Ehrlichkeit halber.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Uwe Frankenberger (SPD))

– Nein, Sie haben einen anderen Eindruck erweckt. Denn Sie haben gesagt, diese Landesregierung und die Vorgängerlandesregierung hätten die Priorität eindeutig zugunsten des Straßenbaus gesetzt.

(Zuruf des Abg. Uwe Frankenberger (SPD))

Das ist nicht wahr. Meine Damen und Herren, in den öffentlichen Personennahverkehr ist ein Vielfaches investiert worden, und das gehört zur Klarstellung hinzu.

Im Jahre 2000 haben wir in Nordhessen ein Regionalmanagement initiiert. Noch nie hatten wir eine derart gute Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik. Wir haben ein Regionalmanagement mit Wirtschaft und Administration gebildet und die Clusterbildung vorangetrieben.

Das, was ich eben für die Logistik beschrieben habe, ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass wir in der Legislaturperiode von 1999 bis 2003 in Nordhessen das Regionalmanagement realisiert haben. Tun Sie doch bitte nicht so, als hätte diese Landesregierung keinen Anteil an der positiven Entwicklung in dieser Region.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deswegen will ich Ihnen auch noch eines zur Universität Kassel sagen. Ich teile die Auffassung, dass die Universität Kassel maßgeblich zur Generierung des wirtschaftlichen Aufschwungs dort beiträgt. Meine Damen und Herren, aber die Entwicklung der Universität Kassel von einer Lehrerbildungsanstalt zu einer technologieorientierten Universität

(Eva Kühne-Hörmann (CDU): So ist es!)

ist in der Zeit dieser Koalition begründet worden.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie heute davon sprechen, dass dort Technologietransfer aus der Universität heraus generiert wird, dann ist das richtig. Aber das hat seine Ursache darin, dass diese Landesregierung und die Vorgängerlandesregierung genau diesen Wandel der Universität Kassel in eine technologieorientierte Universität unterstützt haben. Es fällt doch nicht vom Himmel, dass wir dort heute z. B. Verkehrswissenschaftler haben, die sich einen internationalen Namen machen.

Meine Damen und Herren, noch etwas zum Thema Logistik. Ich kann es nicht mehr hören, wenn immer gesagt wird, die Arbeitsplätze in der Logistik seien nichts wert.



(Dr. Walter Lübcke (CDU): Furchtbar!)

Sie scheinen überhaupt nicht zu wissen, welche Ausbildungsberufe in der Logistik heute notwendig sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Das sind hoch qualifizierte Mitarbeiter. Sie tun immer so, als seien das noch Kutscher aus dem 18. Jahrhundert.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Das sind wertvolle Arbeitsplätze. Wenn Herr Kaufmann wieder versucht, den Eindruck zu erwecken, hier würden die Ströme nur durch Deutschland fahren: Wissen Sie nicht oder wollen Sie nicht wahrnehmen, wie in Deutschland Logistik abgewickelt wird? Haben Sie noch nie etwas – ich weiß, Sie haben es – vom Nabe-Speiche-System gehört, für das wir Umschlagplätze hier in der Mitte Deutschlands benötigen? Davon haben wir nach der Wiedervereinigung in hervorragender Weise profitiert.

Ich werfe der Bahn vor, dass sie sich in diesem Bereich nicht ausdrücklich intensiver engagiert. Das, was wir dieser Tage zum Thema Bebra hören, ist eine Katastrophe.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Deutsche Bahn hätte schon längst die Chancen ergreifen müssen, für das, was sich in Hersfeld-Rotenburg und Kirchheim entwickelt, Bahnanschlüsse sicherzustellen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zur Universität Kassel: allein im Haushalt 2007 119 Millionen €. Die Universität Kassel hat den Drittmittelanteil um 100 % erhöht. Das kommt doch nicht von ungefähr. Der Drittmittelanteil dieser Hochschule ist deswegen so hoch, weil die Kooperation zwischen der Hochschule und der Wirtschaft so gut funktioniert

(Beifall bei der FDP und der CDU)

und dort nicht nur Grundlagenforschung betrieben wird. Dort wird sichergestellt, dass anwendungsbezogene Aktivitäten entwickelt werden, die den mittelständischen Strukturen und der gewerblichen Struktur in Nordhessen entsprechen.

Ich kann dieses Ge– – Ich kann dieses Wort – beinahe hätte ich etwas Schlimmes gesagt –

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU – Michael Boddenberg (CDU): Man hat es gehört!)

zum Thema Wellness, Tourismus und Kultur nicht mehr hören, das Sie hier verkauft haben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

Es ist völlig richtig, dass wir in Nordhessen eine fantastische Museumslandschaft haben. Aber mit Verlaub, nach Ihrer Politik würden nur Ballonfahrer in dieses Tourismusland kommen. Damit aber können wir keine Steigerungsraten bei den Übernachtungen erzielen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Heiterkeit und Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lieber Dieter, Hessen ist doch kein Urwald!)

Wissen Sie, Tourismus lebt nicht nur davon, dass wir ein paar eifrige Wanderer haben, die vom Hunsrück kommen und sagen: Jetzt wandern wir in die Rhön. – Tourismus lebt davon, dass wir hohe Ansprüche der Touristen tatsächlich erfüllen.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn es um Übernachtungszahlen geht, wird dieser Tourismus maßgeblich davon geprägt, dass die nord- und mittelhessische Region besucht wird.

Ich fahre durch Nordhessen und finde in Dorfgaststätten – besser gesagt: in mittlerweile zu Hotels ausgebauten Einrichtungen – Tagungen von Unternehmen, die in der Vergangenheit so etwas im Rhein-Main-Gebiet gemacht haben. Wenn ich aber Firmen veranlasse, ihre Fortbildungsveranstaltungen in Nordhessen abzuhalten – verehrter Herr Kaufmann, im Fesselballon können maximal vier Leute einfahren. Das reicht nicht aus.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich sage das deswegen, weil zwischen diesen unterschiedlichen Dingen ein Zusammenhang besteht. Deswegen nochmals ein Wort zum Kernanliegen Straßenbau.

Ich nehme an, Wirtschaftsminister Rhiel wird nochmals darauf hinweisen – und es ist auch bekannt –: Die Ausgaben für Straßenbau im Landeshaushalt sind auf 100 Millionen € angestiegen. All denjenigen, die sich anschicken, dieses Land regieren zu wollen, sage ich: Eigentlich müsste dieser Betrag um ein Vielfaches höher sein. Damit ich Ihnen das ein für alle Mal ins Stammbuch schreibe:

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Allein der Erhaltungsaufwand für die vorhandenen Landesstraßen ist höher als der Ansatz von 100 Millionen € – die wir jetzt sowohl für die Erhaltung als auch für den Neubau haben.

Wir werden also in Zukunft eine Auseinandersetzung darüber bekommen, wie dieses Landesstraßennetz tatsächlich aufrechterhalten werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein Wort zum Thema Datenautobahn. Die GRÜNEN sagen ja immer – und deren Nachfahren, die LINKEN, machen das ähnlich –, Datenautobahnen seien eine Alternative zu richtigen Autobahnen.

Meine Damen und Herren, wer das sagt, der belügt die Bevölkerung.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn ich das richtig verstehe – und ich glaube, in der Vergangenheit habe ich es richtig verstanden –, tragen Datenautobahnen, salopp gesprochen, zur Beschleunigung der Kommunikation bei.

(Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Letztendlich endet jede intellektuelle Leistung in einem Unternehmen in einem neuen Produkt. Das ist auch gut so, denn nur neue und innovative Produkte sind die Gewähr dafür, dass wir in diesem Lande einen wirtschaftlichen Aufschwung haben. Wenn Sie ehrlich sind, dann müssen Sie den Leuten sagen, dass derjenige, der Datenautobahnen will, bessere Voraussetzungen für Unternehmen schafft. Am Schluss steht aber das Produkt; und das Produkt muss transportiert werden. Für diesen Transport wiederum brauchen Sie eben die Verkehrsinfrastruktur. Vergessen Sie das nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Frankenberger, nur noch ein Wort zu Ihnen. Sie machen es sich – wie immer – leicht, wenn Sie sagen, man sei nicht vorangekommen. Aufgrund vieler Gespräche mit mir wissen Sie, dass die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren ein Problem darstellt, das mich bis zum Ende meiner politischen Laufbahn begleiten wird. Sie wissen aber auch ganz genau, da es nun so weit gekommen ist, dass wir bei einer Planung nicht nur den tatsächlichen Brutplatz zu berücksichtigen haben, sondern auch, wie dies nun bei der A 44 geschehen ist, den potenziellen Brutplatz voraussehen und diesen genehmigungsrechtlich abarbeiten müssen. Wir sollten gemeinsam dafür sorgen, dass ein solcher Unsinn aus den deutschen Gesetzen verschwindet.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Verehrte Frau Kollegin Pfaff, ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass mich immer viele sozialdemokratische Bürgermeister, die ich schon seit Langem kenne, in meinem Wunsch und Vorhaben unterstützt haben, Infrastrukturmaßnahmen zu beschleunigen. Die Sozialdemokraten in diesem Landtag haben das nicht getan. Die Initiativen, die auf unserem Mist gewachsen waren, um zu beschleunigen, haben Sie abgelehnt. Sie haben Herrn Tiefensee beim Maßnahmebeschleunigungsgesetz nicht unterstützt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich kenne genügend sozialdemokratische Bürgermeister, die immer wieder, und nicht nur hinter vorgehaltener Hand, sagen, dass das, was seit dem Jahre 1999 für Nordhessen gemacht worden ist, prima sei. Daher brauche ich mich eigentlich überhaupt nicht zu beschweren. Ich habe dafür Verständnis, dass diese Sozialdemokraten das auf Ihrem Parteitag nicht sagen, denn dafür würden sie gepeinigt; und neuerdings sollen Kommunalpolitiker auf Ihren Parteitagen aus bestimmten Gründen ohnehin nicht mehr erscheinen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Da es sich um eine grundsätzliche Frage handelt, möchte ich zum Thema Datenautobahn auch Folgendes darstellen: Ich kläre die Bürger entweder auf,

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

#### **Dieter Posch (FDP):**

oder ich kläre sie nicht auf. – Die Art und Weise, wie man diese Diskussion führt, stellt auch eine Frage der Fairness in Bezug auf den Umgang mit unseren Wählern dar. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Posch, vielen Dank. – Das Wort hat Frau Abg. Schott für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Marjana Schott (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Posch, es gibt Länder, in welchen Bahngleise nebeneinander herlaufen; das sind in der Regel solche, in denen man die Bahn privatisiert hat. Wir wollen aber eine vernünftige Infrastruktur, bei der man Straßen, den öffentlichen Personennahverkehr und andere Verkehrswege sinnvoll miteinander verbindet. Deshalb dürfen wir nicht noch mehr an Stellen ausbauen, wo man besser stoppen sollte. Wir sollten stattdessen mehr Wert auf den öffentlichen Personennahverkehr legen, besonders in Nordhessen; denn diese Situation haben wir insbesondere in Nordhessen, und zwar nicht nur in Kassel oder dem direkten Umland.

(Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Es gibt Regionen, in welchen man zwar versuchen kann, mit dem Bus ins Nachbardorf zu fahren, doch schafft man dies bestenfalls ein- oder zweimal am Tag.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das reicht doch!)

Es gibt im Raum Eschwege die Situation, dass Menschen, die auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen sind, durch veränderte Ladenöffnungszeiten in bestimmten Orten nicht mehr einkaufen können. Vor der Stadt Eschwege befinden sich riesige Einkaufszentren, doch auf dem flachen Land stirbt der gesamte Geschäftsbereich. Dort verlieren wir Einkaufsmöglichkeiten, und wir verlieren an Lebensqualität. Wir verlieren insbesondere für die älteren Menschen, die dort leben, die Möglichkeit, in diesem Raum überhaupt noch zu überleben.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wir brauchen die A 44!)

– Dort brauchen wir keine Autobahn, sondern Omnibusse, die von Dorf zu Dorf fahren, und zwar nicht nur einmal morgens um sieben hin und einmal abends um sieben Uhr wieder zurück. Es ist notwendig, dass Menschen tatsächlich Arbeitsplätze, Kindergärten, Einkaufsbereiche und Schulen erreichen können. Wir brauchen eine flächendeckende und vernünftige Sicherung von Schulangeboten, statt Schulschließungen, da dort eine Besiedlung vorherrscht, wie es eben andernorts, beispielsweise im Rhein-Main-Raum, nicht der Fall ist. Dort haben wir eine ganz andere Situation, und daher haben wir auch ganz andere Schlüsselzahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen keine nochmalige Diskussion über den Flughafen. Doch was wird heute schon wieder gemacht? – Die CDU-Fraktion stellt einen Antrag, in welchem sie die Regierung lobt. Was kommt dabei am Ende raus? – Dass wir entweder klatschen oder nicht. Das bringt uns nicht weiter. Vielleicht werden Sie dieses Problem irgendwann noch einmal haben, doch haben Sie bereits einmal mit uns abgestimmt, und da hatten Sie auch ein Problem.

(Peter Beuth (CDU): Daran müssen Sie sich gewöhnen, das ist Demokratie!)

– Was hat das mit Demokratie zu tun, wenn man seine Zeit damit verbringt, zu reden, statt zu handeln?

(Mark Weinmeister (CDU): Sie haben bisher kein eigenes Konzept vorgelegt!)

Ich weiß nicht, welches Bild heute von Nordhessen gezeichnet werden sollte, denn dieses Nordhessen, das ich kenne, hat mit den Beschreibungen relativ wenig zu tun.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Was wollen Sie denn?)

Sie reden von Arbeitsplätzen, die geschaffen worden sind. – Diese sind geschaffen worden. Doch haben Sie sich auch einmal gefragt, zu welchen Konditionen diese geschaffen wurden? Wenn es sich nicht um SMA-Arbeitsplätze handelt, dann handelt es sich in der Regel – das haben wir heute Morgen auch gehört – um Arbeitsplätze im Logistikbereich, die derart bezahlt sind, dass sie überwiegend aufstocken müssen, damit die Menschen davon leben können – es sei denn, diese sind alleinstehend. Das sind die Arbeitsplätze, die Sie in dieser Region geschaffen haben. Diese haben den Menschen nicht sehr viel gebracht.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Haben Sie die Leute von SMA gefragt, was sie verdienen?)

– Ich habe SMA ausgeschlossen, aber in Verbindung mit SMA sei darauf hingewiesen, dass sich die Universität nicht erst in den letzten Jahren unter Ihrer Regierungsverantwortung zu einer guten Hochschule entwickelt hat. Die Voraussetzungen hierfür – nämlich ISET und SMA – sind vor 20 Jahren geschaffen worden und nicht erst in den letzten drei Tagen entstanden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Dr. Wolfgang Gerhardt!)

Man sollte daher nicht so tun, als ob dort in den letzten Jahren unglaubliche Verbesserungen gelaufen seien, die die Wirtschaft in einer Art und Weise angekurbelt hätten, dass dort etwas entstanden wäre, was nicht ohnehin bereits im Entstehen begriffen war. Ich sehe ein Nordhessen, welches Sie hier nicht gezeichnet haben. Ich erkenne ein Nordhessen, in welchem wir ein Problem haben, nämlich mit überwiegend älteren Menschen im ländlichen Bereich

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wo leben Sie eigentlich?)

– in Nordhessen –, deren Mobilität immer mehr eingeschränkt wird, unter anderem dadurch, dass es keinen vernünftigen Omnibusverkehr mehr gibt. Wir haben dort die Situation, dass der bestehende Transport deutlich teurer ist als beispielsweise im südhessischen Raum. Das heißt: Wenn ich mich bewegen will, dann muss ich als einzelner Bürger deutlich mehr investieren. Auch hier besteht wiederum Ungleichheit, denn gleichzeitig sind die Einkommen verhältnismäßig geringer und die Arbeitslosenzahlen deutlich höher. Es gibt ein Ungleichgewicht, das wir erkennen müssen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Warum reden Sie Nordhessen schlecht?)

– Ich rede Nordhessen nicht schlecht; ich bin nur nicht gewillt, so zu tun, als hätten wir dort keine Probleme.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Dann ziehen Sie doch nach Frankfurt!)

– Das ist die einfachste Lösung. Etwas Besseres fällt Ihnen wohl nicht ein, als zu sagen: „Ziehen Sie doch einfach nach Frankfurt“. Sie lassen die Menschen dort hängen, denn wer dort nicht mehr sein möchte und dort nicht mehr arbeiten kann, der zieht einfach nach Frankfurt. Vielleicht wäre da auch Köln oder München eine Möglichkeit. Wieso ziehen eigentlich die Südhessen nicht nach Nordhessen? – Da es so wenig attraktiv ist, dort zu leben, obwohl man so preiswert leben kann.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wieso reden Sie Nordhessen immer schlecht?)

– Wieso soll man nicht die Probleme benennen, die vorhanden sind? Ich finde es ein Unding, so zu tun, als ob es in Nordhessen einen Aufschwung gäbe und es allen Men-

schen wunderbar ginge. Das entspricht einfach nicht den Tatsachen. Es entspricht einfach nicht der Situation, die die Menschen beispielsweise in der Nordstadt in Kassel oder in kleinen Ortschaften im Werra-Meißner-Kreis erleben. Dort haben wir genau die Probleme, die Sie hier verschweigen und die Sie nicht sehen wollen. Auf diesem Auge sind Sie völlig blind; und diese Menschen sind Ihnen völlig egal. Es geht um Renommierprojekte, die Sie vorzeigen wollen. Diese Menschen interessieren sich nicht dafür, ob wir dort einen Flugplatz haben. Diese Menschen brauchen Sie nicht, denn Sie wollen – –

(Anhaltende Zurufe von der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, ich sehe erstens keinen Grund zur Aufregung; zweitens höre ich sehr schlecht, wenn es derart laut ist.

**Marjana Schott (DIE LINKE):**

Sie wollen hier die Situation dieser Menschen schönreden, um an der Wahrheit vorbeizuschauen. Es gibt alte Menschen, die sich darüber Sorgen machen, wie sie ihr Leben in einer Region bewältigen, in der man nicht einmal mehr einkaufen kann und in der es überhaupt keine Möglichkeit mehr gibt, sich selbst zu versorgen; doch das interessiert Sie überhaupt nicht. Hier interessiert Sie so etwas, wie Beberbeck zu bauen, wo irgendwelche Menschen zum Golfspielen hinkommen können.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Eieiei! Das ist Klassenkampf pur! – Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Anschließend müssen wir noch ein paar Straßen pflastern, damit die Menschen, die Golf spielen wollen, auch hinkommen. Das ist das, was Sie hier interessiert.

Ich rede Nordhessen nicht schlecht. Sie reden die Probleme weg, die wir dort auf dem Tisch haben. Sie wollen sie nicht wahrhaben, und Sie wollen sie nicht sehen. Denn Sie haben dafür keine Lösungsansätze. Ich habe in der Zwischenzeit den Verdacht: Sie haben nicht einmal mehr ein Interesse, überhaupt noch Lösungen dafür zu finden. Ich habe stellenweise schon das Wort „Verwüstung“ gehört. „Es ist doch egal, lassen wir die Nordhessen aussterben. Wir sind ohnehin alt. Was brauchen wir uns da zu kümmern?“

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Eieiei! Meine Güte! Blödsinn!)

Das ist doch das, was hier teilweise passiert. Es hat verdammt wenig damit zu tun, die Menschen vor Ort tatsächlich zu unterstützen.

Ich würde Sie auffordern, einfach einmal durch die Kasseler Nordstadt oder in andere Orte zu fahren und sich das anzuschauen. Dort gibt es Marktplätze, um die herum es leer stehende Geschäfte gibt, in die niemand mehr hineingeht, weil man da nur pleitegehen kann. Dort gibt es leer stehende Wohnhäuser, die keiner mehr kaufen will, weil es dort keine Arbeitsplätze mehr gibt, weil es keine Kindergärten gibt.

(Silke Tesch (SPD): Frau Schott, jetzt sagen Sie, was Sie dagegen machen wollen! Sie zählen auf und zählen auf! Was machen Sie dagegen? – Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU – Mi-



chael Boddenberg (CDU): Ich wollte die gleiche Frage stellen! Ich schließe mich an, Frau Kollegin!

Ich denke, wir müssen schauen, dass wir den öffentlichen Beschäftigungssektor ausbauen,

(Michael Boddenberg (CDU): Aha! Also künstliche Beschäftigung!)

dass wir die Möglichkeiten, die wir haben, nutzen, um den Menschen dort ein Leben zu geben.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wie viele Stellen? – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Wir können Menschen dabei unterstützen, dass sie lange in ihren eigenen Wohnungen bleiben können. Wir können die Menschen dabei unterstützen, dass sie weiterhin in den ländlichen Gebieten leben können. Wir können die Situation in den Kindergärten und den Schulen verbessern. Damit schaffen wir Arbeitsplätze. Arbeitsplätze führen dazu, dass Menschen wieder Geld haben, das sie in der Region ausgeben.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ihr Finanzierungskonzept? – Zurufe der Abg. Dr. Walter Lübcke, Mark Weinmeister (CDU) und Silke Tesch (SPD))

Das, was Sie machen wollen, führt uns dazu, dass wir beispielsweise – ich nenne die Zahl noch einmal – auf dem Flugplatz in Kassel-Calden tatsächlich von 60 zusätzlichen Arbeitsplätzen reden und nicht von den viel geschworenen Tausenden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wie viele Stellen wollen Sie im öffentlichen Sektor schaffen? Beantworten Sie die Frage! – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

– Fangen wir einfach bei 25.000 an. Dann sehen wir weiter.

(Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Zurufe der Abg. Peter Beuth und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Es ist doch die Frage, wo wir unsere Prioritäten setzen. Es ist doch die Frage, welche Bedingungen wir in diesem Land vorfinden. Schauen wir doch bitte auch einmal über die Landesgrenzen hinaus. In Südniedersachsen und in Thüringen gibt es ähnliche Probleme. Warum setzen wir uns nicht mit den Kollegen dort ein bisschen intensiver zusammen und schauen, wie wir die Probleme regional lösen können?

(Zurufe des Ministers Volker Hoff und der Abg. Silke Tesch (SPD))

Sie schauen mit Ihrem südhessischen Blick nach Nordhessen und meinen, Sie hätten die Lösungen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Was?)

– Ja, Sie schauen mit Ihrem ganz speziellen Hofgeismarer Blick. Ich weiß. Aber der reicht genau von Hofgeismar bis Kassel. Alles andere wird weggeblendet.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wolfhagen!)

– Von mir aus auch in Wolfhagen. Dann kennen Sie genau die Situation, die ich gerade beschrieben habe. Denn Wolfhagen gehört zu den Orten, in denen es gar nicht so blendend aussieht.

(Florian Rentsch (FDP): Was wollen Sie jetzt eigentlich?)

– Wir wollen, dass die Menschen dort arbeitstechnisch gefördert werden, wo es notwendig ist. In Nordhessen muss beispielsweise der öffentliche Beschäftigungssektor ausgebaut werden, damit die Menschen dort, wo sie leben, Arbeit finden können, damit wir auf die Art und Weise Dinge wieder ankurbeln können.

(Clemens Reif (CDU): Was wollen Sie machen?)

Wir wollen, dass die Menschen die Arbeit erreichen können und die Arbeit die Menschen erreicht, indem man solche Verkehrsverbindungen schafft, die es ermöglichen, dort hinzukommen, damit es nicht völlig unmöglich ist, eine Arbeit aufzunehmen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wie wollen Sie das finanzieren? Was kostete das denn?)

Wir wollen, dass auf dem Gebiet der Gesundheit, der Versorgung älterer Menschen, der Bildung für Kinder Arbeitsplätze geschaffen werden. Das können wir in all diesen Regionen tun, wo es notwendig ist. Da, wo wir wirtschaftlich klare Situationen haben, wo Arbeitsplätze vorhanden sind, müssen wir nicht zusätzlich hineingehen, sondern wir müssen es genau an solchen Stellen wie in Nordhessen tun.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Nur Geschwätz!)

Das ist unsere Idee. Wir brauchen dafür weder Beberbeck noch diesen Flughafen, noch diese Autobahnen.

(Zurufe des Ministers Volker Hoff sowie der Abg. Hans-Jürgen Irmer, Peter Beuth (CDU) und Silke Tesch (SPD))

Denn das alles bringt uns an der Stelle nicht wirklich weiter. Wir wollen nicht in Beton investieren, wir wollen in Menschen investieren.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, das war Frau Schott. – Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann die Ausführungen von Frau Landtagsabgeordneten Schott als den Beitrag einer Abgeordneten abtun, die von Wirtschaft nichts versteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber wenn wir dies nur so bewerten würden, würden wir in der aktuellen politischen Diskussion und Situation in Hessen zu kurz springen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Auch richtig!)

Denn Frau Schott hat genau die Schalmeienklänge ausgebreitet – was der Staat tun müsse, um den Menschen Gutes zu tun –, wie es die Machthaber in der DDR im Rahmen der Planwirtschaft über Jahrzehnte hinweg getan haben und womit sie die Menschen in Not und Elend gestürzt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, Frau Tesch hat zu Recht eben den Zwischenruf gemacht: „Was wollen Sie wirklich tun?“ Sie war empört über die



Aussagen. Das sollten Sie sich überlegen, wenn Sie sich schicken, sich mithilfe solcher Geister in die Regierung hieven zu lassen. Meine Damen und Herren, das wäre der Untergang Hessens.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Marjana Schott (DIE LINKE): Des Abendlandes!)

Herr Al-Wazir, das gilt auch für Sie, für die GRÜNEN, die eben geschmunzelt haben. Aber die Sache ist nicht zum Schmunzeln. Sie ist für die Menschen in Hessen und insbesondere in Nordhessen viel zu ernst, als dass man über einen solchen Beitrag schmunzeln könnte.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute steht das Thema Nordhessen auf der Tagesordnung. Wir tun und täten gut daran, ab und zu einmal innezuhalten, Bilanz zu ziehen, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, um zu erfahren, wie sich die Entwicklung in den letzten Jahren vollzogen hat. Ich glaube, wir haben heute Gelegenheit, bezogen auf Nordhessen zu sagen: Wir dürfen uns im Interesse der Menschen in Nordhessen einmal wirklich freuen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich glaube, mehr als alle Zahlen der Vergangenheit, die wir heute bilanziell auflisten können – ich will auch einige nennen –, ist ein Ereignis der letzten 14 Tage real, aber auch mit Symbolkraft gefüllt, mehr als alles andere geeignet, um diese Entwicklung in Hessen zu dokumentieren. Das war – die Medien haben es gedruckt; das Fernsehen hat es ausgestrahlt – der Tag, als der Kopf des Herkules auf der Wilhelmshöhe in Kassel wieder auf den alten Platz, nämlich auf den massiven Körper gesetzt wurde, renoviert und mit Tausenden von zusätzlichen Niete und Befestigungseinheiten ausgestattet.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und der FDP)

Das war ein gewaltiges Investitionsprojekt. – Herr Frankenberger, ich komme auf Ihre Ausführungen zurück.

(Uwe Frankenberger (SPD): Oh!)

Sie haben eben in Ihrer Rede gesagt, auch der kulturelle Reichtum Nordhessens müsse ins Spiel gebracht werden. Das ist in der Tat richtig; der kulturelle Reichtum, aber vor allem auch die Möglichkeiten und Fähigkeiten der Menschen. Wenn wir heute Bilanz ziehen und die Frage beantworten: „Was hat sich für die Menschen positiv entwickelt?“, dann ist diese positive Entwicklung deshalb möglich geworden, weil in den letzten neuneinhalb Jahren die verantwortliche Regierung unter Roland Koch dafür gesorgt hat, dass der kulturelle Reichtum, den Sie über die Jahrzehnte hinweg haben verfallen lassen, wieder gehoben wird. Das ist die Wahrheit, die nicht nur für den kulturellen Bereich gilt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Sie gilt vielmehr auch für den gesamten ökonomischen Bereich hinsichtlich der Voraussetzungen für wirtschaftliches Handeln für die Betriebe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war auch bezeichnend – lassen Sie mich wenigstens das zum Straßenbau einfügen –, dass Sie auf der einen Seite hier mit Krokodilstränen gestanden und bedauert haben, dass die großen Infrastrukturprojekte A 44 und A 49 noch nicht so weit sind, wie es sich zumindest diese Landesregierung wünscht. Gleichzeitig – das war entlarvend, lieber Herr

Frankenberger – haben Sie sich ebenso wie die GRÜNEN – aber bei denen wissen wir das – hierhin gestellt und die genauso wichtige Straßenverkehrsbeziehung Fulda – Meiningen mit Umweltargumenten geißelt und sie schlechtgeredet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Sabine Waschke (SPD): Wirtschaftsargumente!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das haben Sie nicht nur heute gemacht. Genau die Projekte, die Sie heute beklagen, weil sie nicht vollendet sind, haben Sie in Ihrer Zeit mit ebensolchen Argumenten verhindert.

(Beifall bei der CDU)

Sie können sich heute schlecht hierhin stellen und das Gegenteil behaupten. Ich möchte noch eines hinzufügen: Wenn wir fragen, was die Voraussetzung für diese positiven Ergebnisse gewesen ist, dann kann man im Rahmen dieser Debatte, die hier geführt wird, Ihrerseits nicht den Versuch machen, dies alles auf das Thema Straßenbau zurückzuführen.

Wer von Wirtschaftspolitik etwas versteht – Herr Frankenberger, ich hatte das bei Ihnen bisher angenommen –, der muss sich doch in erster Linie fragen, wie es mit den übrigen Voraussetzungen für wirtschaftliches Handeln steht. Wirtschaftliches Handeln, etwas zu unternehmen, für die Zukunft zu investieren, viel Risikokapital einzusetzen, so wie es die Unternehmen tun, hat vor allem eine wichtige Voraussetzung, nämlich das Vertrauen der wirtschaftlich Handelnden in die politisch Verantwortlichen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir heute eine positive Bilanz ziehen, dann ist das vor allem der Punkt, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Nordhessen der Landesregierung unter Roland Koch in den zurückliegenden über neun Jahren in ihrer wirtschaftlichen Kompetenz vertraut haben.

(Zuruf der Abg. Sabine Waschke (SPD))

Sie haben der Landesregierung auch darin vertraut, dass ein Wort gilt und dass ein Wort gehalten wird. Deswegen haben wir diese wirtschaftliche Entwicklung, die den Menschen dient, so wie sie sich heute darstellt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Frankenberger, wenn wir nach vorne schauen – ich bin oft genug in den Unternehmen –, dann gehen Sie gemeinsam mit mir in der nächsten Woche zu den Betriebsbesichtigungen. In den Gesprächen mit den Unternehmen werden die dort Verantwortlichen sagen, dass sie große Sorgen vor der Zukunft haben. Es handelt sich um eine Zukunft, die mit großen Fragezeichen versehen ist. In ihr drohen große Gefahren, wenn all das umgesetzt wird, was an Knüppelwerkzeugen von Ihnen – Stichwort: Energiepolitik –, von den GRÜNEN, aber auch von den LINKEN offenbart wird. Sie halten nicht hinter dem Berg, Sie sagen, was Sie an wirtschaftsfeindlichen Maßnahmen vorhaben. Darin besteht die größte Gefahr für die Entwicklung der Menschen. Darauf müssen wir hinweisen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Bei allem, was wir tun, was wir wirtschaftlich an Weichenstellungen vornehmen, bei der Frage, was wir an Infrastruktur aufbauen müssen, ist am Ende immer zu sehen, was den Menschen dient. Politik, Wirtschaftspolitik und wirtschaftliches Handeln brauchen am Ende immer ein menschliches Gesicht. In einer Gesellschaft, wie wir sie

haben, müssen die Menschen sehr konkret davon zehren und Vorteile haben.

Deswegen können wir heute eine positive Bilanz für die zurückliegenden zehn Jahre in Nordhessen ziehen. Die zwei wesentlichen Daten, bei denen es deutlich wird, dass sie den Menschen dienen, möchte ich hervorheben.

Das Einkommen der Beschäftigten, das Einkommen pro Einwohner, liegt in Nordhessen inzwischen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. In dem Maße, wie die Nachbarländer Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen noch deutlich unter diesem Bundesdurchschnitt liegen, liegt Nordhessen inzwischen über dem Bundesdurchschnitt. Das bedeutet, die Menschen in Nordhessen haben sehr konkret etwas davon, in ihrem eigenen Portemonnaie, in den Möglichkeiten, wie sie ihren Lebensunterhalt materiell gestalten.

Noch deutlicher und noch positiver wird diese Entwicklung bei den Arbeitsmarktzahlen. Während 1998, also dem letzten Jahr von Rot-Grün in Hessen, die Arbeitslosenquote noch bei 11,7 % lag, mit all den menschlichen Schicksalen, ist sie nach neun Jahren Landesregierung unter Roland Koch inzwischen auf 7,4 % heruntergegangen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Diese Zahlen sind Ausweis genug, um deutlich zu machen, dass diese Landespolitik mit ihren Möglichkeiten – gewiss nicht allein, sondern es sind in erster Linie die Menschen – den Beitrag erbracht hat, um Nordhessen zugunsten der Menschen voranzubringen.

Frau Schott, Sie haben besonders Wert darauf gelegt, den Landkreis Werra-Meißner zu erwähnen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Herr Rudolph, Sie sind auch einer derjenigen, die hier kritisieren und Dinge beklagen. Wenn wir aber gemeinsam bei den Veranstaltungen sind, wenn es um Straßeneinweihungen geht, wenn es um Förderprogramme geht, wenn es um Neueinweihungen geht, also um die Umsetzung von Landeshilfen geht, dann sind Sie auch immer dabei und applaudieren. Applaudieren Sie hier doch auch einmal, und bringen Sie sich nicht in eine so zwiespältige Situation.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Zum Werra-Meißner-Kreis. Es ist sicherlich kein Zufall, dass ausgerechnet der Landkreis, der keinen Autobahnanschluss hat, weil es in der Vergangenheit versäumt worden ist, frühzeitig mit der A 44 zu starten, die schlechtesten Wirtschaftsdaten hat. Ich muss das nicht wiederholen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Ausgerechnet dieser Landkreis benötigt einen Anschluss an die Autobahn, was Rot-Grün jahrelang verhindert hat.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet dieser Landkreis die schlechtesten Wirtschaftsdaten hat. Was Frau Schott gesagt hat, ist richtig. Wenn die Menschen aus dieser Region auswandern, wenn die Anzahl der Bevölkerung zurückgeht, dann wird es schwieriger, die Institutionen der Infrastruktur zu halten, bis hin zu Angeboten des Lebensmitteleinzelhandels.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Braucht der auch einen Autobahnanschluss?)

Frau Schott, deswegen ist es falsch, dies zu beklagen. Die Frage lautet doch, wie wir es korrigieren können, damit der Werra-Meißner-Kreis in die gleiche Situation kommt wie andere Landkreise auch. Das müssen wir im Interesse der Menschen, die dort leben und dort leben wollen, tun. Es gilt, die Potenziale, die dort vorhanden sind, zu heben. Ich weise darauf hin, vor 14 Tagen war ich dort – Sie waren eingeladen, Sie konnten nicht dabei sein – und habe mir in Eschwege und in Meinhard angeschaut, wie die Investitionshilfe des Landes Hessen für Tourismus beispielsweise auf dem Werratalsee dazu geführt hat,

(Zuruf von der SPD: Das waren EU-Mittel!)

dass die Tourismuszahlen deutlich, weit über dem Durchschnitt, gestiegen sind. Die Übernachtungszahlen sind gestiegen, und die Einkommen sind damit gesteigert worden. Wir haben in Hessen insgesamt über 200.000 Vollzeitbeschäftigte im Tourismus. All das und vieles mehr tun wir.

Eines ist aber möglich und nötig. Wenn es uns gelingt – ich bin sicher, dass es bald so weit sein wird –, dass die A 44 ausgebaut wird und der Lückenschluss erfolgt, hat dies unmittelbare Wirkungen nicht nur für die Ansiedlung, sondern auch für die Ausweitung der Betriebe.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, tun wir doch nicht so, als gäbe es nur einen Grund, dass das monokausal zu bewerten ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU) – Gegenruf des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Die große Anzahl von Maßnahmen in der Logistik, im Tourismus, in der Kultur, die Förderung der Industrie, der Hochschulen und der Schulen, all das muss ein geschlossenes Gebäude sein, so wie es die Landesregierung in der Vergangenheit angesehen und weiter gebaut hat.

Wichtig ist, dass das, was erreicht worden ist, nicht nur nüchtern bilanziert, sondern auch mit Freude zur Kenntnis genommen wird. Es macht uns Mut, mit diesem Ansatz und auf diesem Weg weiter voranzuschreiten. Wichtig ist, dass die Menschen erkennen, dass nur durch wirtschaftliche Leistungen und wirtschaftliches Wachstum die soziale Sicherung gewährleistet ist, damit die Region nicht nur Transferempfänger ist.

Wichtig ist, dass nicht Maßnahmen in Hessen eingeleitet werden, die diesen Erfolgsweg konterkarieren. Aber das droht bei der Landesregierung, die die SPD will: Rot-Grün gemeinsam mit Tolerierung der LINKEN. Deswegen muss das im Interesse der Menschen in Nordhessen verhindert werden. Das ist die wesentliche Konsequenz aus dieser Debatte.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Abg. Hölldobler-Heumüller für die GRÜNEN.

#### **Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Was wir gerade vom Wirtschaftsminister gehört haben, war eine Rede aus der Kategorie Worthülensren-

den, wie sie uns Politikern immer wieder vorgeworfen werden. Denn es lässt sich sehr einfach widerlegen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Alter Landtag, uralter Landtag!)

Bei den Arbeitsmarktzahlen vergessen Sie immer, dass zwar in Hessen die Arbeitsmarktzahlen steigend sind – alles andere wäre eine dramatische Katastrophe –, dass sie aber in den Nachbarländern wesentlich stärker als in Hessen steigen. Das ist ein schlechtes Zeugnis für die hessische Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Bei den Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt vergessen Sie immer, dass wir einen Finanzplatz Frankfurt haben. Es wäre dramatisch, wenn wir da schlechtere Zahlen hätten. Aber die Zahlen in Hessen sind so gut, weil Frankfurt ein Finanztransferplatz ist und deswegen sehr viel Geld bewegt wird.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wir reden von Nordhessen!)

Aber es hat nichts mit einer guten Wirtschaftspolitik der Hessischen Landesregierung zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Zur Autobahntheorie, die diesen Morgen immer wieder ausgebreitet wurde, lässt sich schlicht und ergreifend sagen: Wenn sie richtig wäre, müsste in Hersfeld-Rotenburg die Wirtschaftsentwicklung seit Jahrzehnten brummen. Aber das Einzige, was dort brummt, sind die Lkw. Bei Ihrer Autobahntheorie ist auch nicht schlüssig, warum ein Weltunternehmen wie Viessmann in Waldeck-Frankenberg ohne einen Autobahnanschluss sitzen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir sind uns einig: Wir brauchen Arbeitsplätze in Nordhessen. Wir sind uns nicht einig darin, wie sie aussehen sollen. Denn wir wollen dauerhafte und nachhaltige Arbeitsplätze. Wir wollen vor allem auch das Potenzial der Region nicht zerstören, aber da sind Sie ganz nachhaltig dabei.

Die Regionen kämpfen gegen die Landflucht. Wir brauchen Konzepte zur Regionalentwicklung. Kein Wort dazu habe ich heute Morgen gehört. Was Sie zu bieten haben, sind die Konzepte von gestern mit Lärm und Gestank, die allenfalls weiter zur Entvölkerung des nordhessischen Raumes beitragen.

Ihre Konzepte sind so modern wie Matrosenanzüge. Das verwundert nicht; denn wir wissen, dass Sie einen Matrosenanzugsfan an der Spitze haben. Aber das hat Nordhessen nun wirklich nicht verdient.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was glauben Sie eigentlich, warum der Aufbau Ost nicht geklappt hat? Weil es ebenso die Konzepte aus den Sechzigerjahren waren, dass man nur Beton, Autobahnen und Industriegebiete braucht, und der Aufschwung kommt. – So ist wirtschaftlicher Aufschwung nicht zu erreichen. Moderne Wirtschaftsförderung sieht anders aus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Moderne Wirtschaftsförderung knüpft am Vorhandenen an, will die Stärken stärken, aber darauf verschwenden Sie

nicht einen Blick. Sie haben keine Ahnung davon. Sie rühmen sich heute, dass Sie bei SMA waren. Dazu sage ich: herzlichen Glückwunsch, guten Morgen. Da waren wir schon vor acht Jahren. So kennen wir Sie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der linken Seite kann ich sagen: Auch die SPD war vor acht Jahren dort nicht unbedingt vertreten. Auch das gehört zur Ehrlichkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Dann entstehen solche abstrusen Gedanken wie die B 87n. Das Biosphärenreservat gehört zu den Stärken der Region. Wenn Sie dort eine Schnellstraße durchbauen, ist der Grund, warum die Leute dort hinkommen oder wohnen, dahin. Das ist das Ende für so eine Region. Aber Sie haben leider die Bedeutung eines UNESCO-Biosphärenreservates bis heute nicht verstanden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber Sie?)

– Ja, zum Glück.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es Zeit für einen Wechsel, weil Sie immer noch mit den Konzepten von vorgestern weitermachen wollen. Aber das kann nicht angehen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ein bisschen überheblich!)

Dann haben Sie solche Institutionen wie die Hessen-Agentur aus dem Boden gestampft, die super wichtig sei für die nicht monetäre Wirtschaftsförderung. Das einzige Interesse an dieser Hessen-Agentur war, dort einem Koch-Kumpel einen honorablen Arbeitsplatz zu verschaffen, ohne zu schauen, was das Land braucht. Gerade im Bereich Regionalentwicklung/Wirtschaftsförderung gibt es unendlich viel zu tun. Solche Projekte so zu vergeben, das ist unglaublich.

Wir brauchen eine Kultur der Förderung von Selbstständigkeit, von Wissenstransfer. Da sagt selbst die IHK, dass es in Hessen so nicht weitergehen kann. Sie haben dort keine Stärken. Sie können das nicht, und Sie haben keine Konzepte für intelligente und kleinteilige Lösungen. Deswegen brauchen wir einen Wechsel in Hessen.

(Elisabeth Apel (CDU): Wohin? – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Das habe ich Ihnen gerade erklärt. Wir haben seit Jahren ein Programm für Nordhessen.

Schauen wir noch das Thema Beberbeck an. Da wollen Sie auch wieder ein Projekt aus dem Boden stampfen, das seelenlos bleibt, weil man es an jedem beliebigen Platz der Welt so bauen könnte.

(Michael Boddenberg (CDU): Aber wir sind froh, dass wir es haben!)

Wir sind nicht dagegen, dass dort etwas entsteht; denn wir brauchen dort Arbeitsplätze und Regionalentwicklung. Aber wir wollen dort ein Projekt, das sinnvoll mit der Region verbunden ist. Da kann ich nur darauf zurückkommen: Wir müssen auf die Stärken schauen, die es in den Regionen gibt. Dort gibt es z. B. auch viel an Natur, was man dafür nutzen könnte. Aber auch beim Naturpark Kellerwald haben wir Sie jahrelang zum Jagen tragen müssen.



(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Deswegen wird es Zeit, dass sich da etwas ändert.

(Elisabeth Apel (CDU): Was denn?)

Wir wollen im Wirtschaftsbereich ein modernes, ein gerechtes, ein ökologisches und ein nachhaltig wirtschaftendes Hessen in einer globalisierten Welt. Herr Wagner, Sie haben es dankenswerterweise zitiert. Wir wollen es, aber wir glauben, Sie können es nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, wir kommen nach dem Ende der Aussprache zur Abstimmung.

Zunächst rufe ich den Entschließungsantrag Drucks. 17/457 auf, Tagesordnungspunkt 41. Zunächst kommen wir zu dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Entscheidet euch.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einfach übernehmen!)

Ich wiederhole die Abstimmung. Wer stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP zu ihrem eigenen Antrag zu? – Das sind FDP und CDU. Wer ist dagegen? – Das sind die SPD und die LINKEN. Wer enthält sich? – Das sind die GRÜNEN.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist die Reparatur!)

Jetzt muss ich rechnen. Das reicht, das ist angenommen. Damit ist der Änderungsantrag jetzt in den Entschließungsantrag eingebaut.

Wer dem Entschließungsantrag zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, dass der Entschließungsantrag bei Zustimmung durch CDU und FDP von SPD, GRÜNEN und LINKEN abgelehnt worden ist.

Zu Tagesordnungspunkt 46 ist die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss vorgeschlagen worden. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Nordhessens Qualitäten fördern, statt altes Denken in Beton zu gießen, Drucks. 17/568. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von GRÜNEN und LINKEN abgelehnt worden.

Schließlich kommen wir zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend wirtschaftlicher Aufschwung im Norden Hessens, Drucks. 17/569. Hier ist von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebeten worden, über die Punkte 2 und 9 getrennt abzustimmen.

Ich rufe zunächst Punkt 2 auf. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist Punkt 2 bei Zustimmung durch die Antragsteller von den anderen Fraktionen des Hauses abgelehnt worden.

Jetzt kommen wir zu Punkt 9. Wer stimmt hier zu? – Die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind CDU, FDP und LINKE. Enthaltungen? – Das sind die GRÜNEN. – Wer hier farbenblind ist, der hat Probleme. Damit ist Punkt 9 abgelehnt worden. Zugestimmt hat die SPD, abgelehnt haben CDU, FDP und die LINKE. Die GRÜNEN haben sich enthalten.

Wer den restlichen Punkten zustimmen kann, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die SPD, DIE LINKE und die GRÜNEN. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit sind die restlichen Punkte angenommen, nur die Punkte 2 und 9 sind nicht angenommen. Wir haben damit über den Antrag entschieden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz über die unterirdische Verlegung von Hoch- und Höchstspannungsleitungen (Hessisches Erdkabelgesetz) – Drucks. 17/260 –**

Dazu wird **Tagesordnungspunkt 44** aufgerufen:

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend den Ausbau der Stromnetze und den Einsatz von Erdkabeln – Drucks. 17/464 –**

Vereinbarte Redezeit: fünf Minuten pro Fraktion. Das Wort hat Frau Kollegin Hammann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, für die antragstellende Fraktion.

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident Kartmann, sehr geehrte Damen und Herren! Wir legen Ihnen heute in erster Lesung einen Entwurf für ein Gesetz über die unterirdische Verlegung von Hoch- und Höchstspannungsleitungen vor. Wir wollen damit den sich verändernden Energiestrukturen Rechnung tragen, und wir wollen damit auch den Ausbau der erneuerbaren Energien forcieren.

Es gibt sehr viele gute Gründe für die Verlegung von Hoch- und Höchstspannungsleitungen unter die Erde. Wir erreichen damit vor allen Dingen eine größere Akzeptanz bei den Menschen, die von Trassenplanungen betroffen sind. Wir halten in unserem Gesetzentwurf Mindestabstandsregelungen fest, die den Empfindungen der Menschen Rechnung tragen, die Angst vor elektromagnetischer Strahlung haben. Wir meinen, dass es dann zu weniger Einsprüchen kommt, wenn solche Planungen bekannt werden. Das bedeutet auch, dass man diese Planungen schneller umsetzen kann.

Erdverkabelungen bedeuten darüber hinaus geringerer Eingriffe in Natur und Landschaft, denn während man für den Bau einer Freileitung eine Trassenbreite von 70 m benötigt, braucht man bei einer Erdverkabelung nur ca. 15 m. Der Eingriff in die Natur und in die Landschaft ist also wesentlich geringer als beim Bau von Freileitungen.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Das Landschaftsbild wird durch Hochspannungsmasten negativ beeinflusst. Wenn man die Kabel unter die Erde legt, fallen diese Beeinträchtigungen weg, was ebenfalls zu mehr Akzeptanz bei den Menschen führen wird. Das spielt eine große Rolle, gerade im Hinblick auf Natur- und Kulturdenkmäler.



(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einen weiteren wichtigen Punkt erwähnen. Durch Erdverkabelungen schaffen wir eine größere Versorgungssicherheit. Sie erinnern sich, dass wir eine Zunahme extremer Wetterverhältnisse erleben. Die Zahl und die Stärke von Orkanen nehmen zu. Wir haben das Problem, dass es auf Strommasten zu Schneelastbrüchen kommen kann. Sie erinnern sich vielleicht, dass das vor einigen Jahren in Nordrhein-Westfalen der Fall gewesen ist. Eine unterirdische Verkabelung bringt mehr Versorgungssicherheit. Daher ist es wirklich wert, über diesen Punkt verstärkt nachzudenken und unserem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einige werden sicherlich sagen: Warum machen das die GRÜNEN in Hessen? Auf Bundesebene gibt es doch eine Entscheidung des Bundeskabinetts für ein Erdkabelgesetz. – Meine Damen und Herren, wir haben diesen Gesetzentwurf wohlüberlegt eingebracht, denn wir wissen, dass ein Beschluss des Bundeskabinetts noch nicht die Verabschiedung eines Gesetzes bedeutet. Wann dieses Gesetz kommt, steht noch in den Sternen. Deshalb haben wir gesagt: Wir werden dies in Hessen forcieren, denn wir wollen auch einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss auch noch Folgendes darstellen. Der Beschluss des Bundeskabinetts beinhaltet einige Mängel. Ich sage das einmal so deutlich. Die Mindestabstandsregelungen sind geringer, als wir sie in unserem Gesetzentwurf aus Vorsorgegründen festgehalten haben. Außerdem handelt es sich um eine starre Regelung, die auf Bundesebene umgesetzt werden soll. Trassen werden explizit benannt. Dadurch fallen aber andere Trassen aus den Überlegungen heraus, die in der Planung genauso wichtig sind, gerade auch für eine Erdverkabelung. Ich nenne als Beispiel nur die 380-kV-Trasse, von RWE geplant, die den Bereich Dauersberg, Limburg und Hünfelden betrifft. Die starre Aufzählung im Kabinettsvorschlag verhindert, dass andere Trassenplanungen umgesetzt werden können. Das halten wir für falsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt einen Antrag der SPD-Fraktion zu unserem Gesetzentwurf. Diesen Antrag werden wir unterstützen, denn wir beabsichtigen, hier zweigleisig zu fahren. Wir wollen auf der einen Seite bereits jetzt eine Umsetzung dieses Vorhabens in Hessen, auf der anderen Seite aber natürlich auch eine Intervention auf Bundesebene, die die Regeln, die uns wichtig sind, berücksichtigt. Die starre Aufteilung muss weg, die Mindestabstandsregelungen müssen geändert werden, und – das ist ebenfalls wichtig – Erdverkabelungen müssen auch bei 110-kV-Leitungen möglich sein. Das konnten wir bisher nicht regeln, weil es hierzu eine abschließende Regelung auf Bundesebene gibt. Das heißt, wir werden den Antrag der SPD-Fraktion unterstützen, und wir sind felsenfest überzeugt, dass wir im Rahmen der Anhörung, die dazu stattfinden wird, sehr viele positive Argumente hören werden.

Denjenigen, die sich die ganze Zeit über im Hinblick auf eine Verteuerung des Strompreises kritisch über Erdverkabelungen geäußert haben, muss man sagen: Sie sollten sich den Beschluss auf Bundesebene und die dort dargestellte preisliche Entwicklung einmal anschauen. Dann werden Sie erkennen, dass mit Erdverkabelungen keine

horrenden Zahlen verbunden sind. Es wird keine Kostenexplosion geben. Man rechnet mit Mehrkosten von 81 Cent pro Haushalt und pro Jahr. Das sind überschaubare Kosten für Aspekte, die uns allen wichtig sein sollten: Forcierung des Einsatzes erneuerbarer Energien, mehr Versorgungssicherheit und eine schnellere Planungsumsetzung. Das muss in unser aller Interesse sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir setzen auf die Anhörung, und wir hoffen, dass wir eine breite Unterstützung für unseren Gesetzentwurf bekommen werden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächster Redner, Herr Abg. Möller für die CDU-Fraktion.

#### **Klaus Peter Möller (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Prinzip ist das die Wiederholung eines Gesetzentwurfs, der in der letzten Legislaturperiode in eine Anhörung gehen sollte, aus terminlichen Gründen aber in die 17. Wahlperiode geschoben wurde.

Sie haben meines Erachtens die Tatsache nicht ausreichend betont, dass die Zuständigkeit nicht beim Land liegt, sondern in der Tat beim Bund.

(Widerspruch der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es gibt sogar eine Stellungnahme des BMWi, die sich unter anderem auf das Grundgesetz bezieht.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Art. 73 des Grundgesetzes dürfte Ihnen bekannt sein. Deshalb halte ich es für – gelinde gesagt – interessant und bemerkenswert, dass Sie die Landesregierung, obwohl die Zuständigkeit beim Bund liegt, diesbezüglich zu einem Handeln auffordern wollen.

Wir sollten in der Tat beobachten, damit haben Sie nicht unrecht, was der Bund an der Stelle abschließend regeln möchte. Wie Sie erwähnten, ist ein Entwurf für ein Gesetz betreffend Hochspannungsnetze in Vorbereitung. Darin soll auch die Verwendung von Erdkabeln entsprechend geregelt werden. Insofern widerspricht das nicht dem, was Sie hier vorgetragen haben.

Wir sind uns einig, dass wir die Notwendigkeit sehen, die Leitungskapazität zeitnah zu erhöhen. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der verschiedenen Energieträger wird dies mit Sicherheit in Zukunft noch mehr Bedeutung haben als heute. Sie haben allerdings auch Punkte angesprochen, die schon eigenständig geregelt sind. Meiner Kenntnis nach werden die Abstände zu Wohngebieten ebenso geregelt wie die Abstände zu Natur- und Landschaftsschutzgebieten. Dass Sie im Zusammenhang mit den Hochspannungsleitungen und den Erdverkabelungen den Erhalt von Natur und Landschaft vor dem Hintergrund erwähnen, was Sie parallel dazu vorhaben, nämlich viele Landschaftsschutz- und Naturschutzgebiete für die Nutzung der Windenergie zu öffnen, halte ich für interes-

sant. Strommasten wollen Sie abmontieren, aber Windkraftanlagen wollen Sie zulassen. Von daher gesehen, glaube ich nicht, dass das wirklich glaubhaft rüberkommen kann.

(Beifall bei der CDU)

Hinsichtlich der Mindestabstände zu Strommasten beziehe ich mich auf eine Pressemitteilung der Sozialdemokraten, die ich für suboptimal formuliert halte; denn Sie schüren damit, gelinde gesagt, Ängste bei Menschen, die seit Jahren und Jahrzehnten in der Nähe von Hochspannungsleitungen wohnen. Das halte ich für fatal. Die Mindestabstände zur Vermeidung von Gesundheitsgefährdungen werden in der 26. BImSchV, ebenfalls durch den Bund, geregelt. Wenn Sie die Daten und Fakten, die dort zugrunde gelegt worden sind, anzweifeln wollen, sollten Sie das anders formulieren. Wenn Sie die Daten und Fakten aber nicht für falsch halten, ist dieses Angstschüren meines Erachtens absolut verwerflich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Durch den Gesetzentwurf bekommen wir eine Problematik, die Sie am Rande erwähnten, ganz am Ende. Alles, was Sie vorhaben, wird nämlich mit zusätzlichen Kosten verbunden sein. Der Unterschied wird sein, ob es in einem Abwägungsprozess zwischen den Vorteilen einer Hochspannungsleitung und denen einer Erdverkabelung stattfindet. Möglicherweise könnte man sich für eine Erdverkabelung entscheiden, wenn die Preisunterschiede marginal oder gar nicht nachvollziehbar sind.

Sie aber streben im Prinzip die Verbindlichkeit der Erdverkabelung an. Die Kosten werden auf den Endkunden, den Stromverbraucher, umgelegt werden. Das mag in diesem einen Bereich minimal sein. Aber wenn man ihn zusammen mit den anderen Umstellungen in der Energiepolitik sieht, die alle Auswirkungen auf den Strompreis haben werden, erkennt man, dass dies nur ein zusätzlicher Baustein ist, der dazu beiträgt, dass die Energiekosten für die Privathaushalte und die Unternehmen auf politischer Ebene weiterhin künstlich verteuert werden. Das halte ich für falsch.

(Beifall bei der CDU)

Richtig ist indes, dass die Sicherheit der Stromversorgung gewährleistet sein muss. Darin stimmen wir Ihnen ausdrücklich zu – gerade angesichts der diskontinuierlichen Einspeisung bei erneuerbaren Energien. Dass neue Technologien, die noch nicht ausreichend erprobt und getestet sind, hilfreich sind, bezweifle ich allerdings.

Die geplante Leitung Wuhle – Mecklar wird bereits geprüft. Das wissen auch Sie. Auch hieran ist, wie in allen anderen Punkten, das BMWi beteiligt. Auch hier liegen also die Kompetenzen und die Entscheidungsmöglichkeiten beim Bund.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich wird dieser Gesetzentwurf zu einer Anhörung führen. Wir werden uns daran mit sehr viel Aufmerksamkeit und auch mit konstruktiver Kritik beteiligen, um zu sehen, ob die Einwände und Bedenken, die wir, auch im Interesse der Verbraucher, haben, widerlegt oder bestätigt werden. Ich freue mich besonders darauf, weil dieses Thema hier schon zum zweiten Mal behandelt wird.

Ich fasse zusammen: Wir dürfen nicht um jeden Preis ein Bild an die Wand malen, wonach wir uns alle Hochspannungsleitungen und alle Masten wegdenken und ver-

schweigen, dass dafür ein gewisses Entgelt zu entrichten sein wird.

Zu der Wahrheit gehört auch, dass Sie aufgrund Ihrer Energiepolitik das Landschaftsbild Hessens ohnehin gravierend verändern werden. Gerade angesichts der von Ihnen erwähnten Kulturdenkmäler halte ich es für sehr gewagt, diesen Vergleich zu ziehen.

Wir halten es für falsch, eine Verbindlichkeit einzuführen, ohne zugleich das Gebot zu verankern, dass es preisgünstig sein muss. Deshalb sehen wir der Behandlung dieses Themas im Ausschuss – in der Anhörung – mit sehr viel Neugier und Spannung entgegen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Warnecke für die Fraktion der SPD.

#### **Torsten Warnecke (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund dessen, was wir heute Morgen hier erlebt haben, habe ich eigentlich gedacht, dass es eine spannungsgeladene Diskussion geben würde. Es geht nämlich auch um die Infrastruktur. Es geht um eine Infrastruktur, die in Nordhessen nicht ganz unwichtig ist. Es stellt sich die Frage, ob im Werra-Meißner-Kreis, um einmal den Herrn geschäftsführenden Ministerpräsidenten zu zitieren, „Strommonster“ – denn um nichts anderes handelt es sich aus seiner Sicht – in die Landschaft gesetzt werden oder nicht.

Ich vermute, dass die Diskussion anders verlaufen wäre, hätten wir sie beispielsweise in Südhessen geführt. Es gibt einen konkreten Anlass. Zwischen Wuhle und Mecklar-Meckbach soll eine Hochspannungsleitung verlegt werden. Die Diskussion wäre anders verlaufen, weil Sie selbstverständlich gesagt hätten: Die vielen Bürgerinnen und Bürger, die besorgt sind und intervenieren, müssen ernst genommen werden. Dem Anliegen der Bürgerinnen und Bürger muss man Rechnung tragen.

Wenn Sie ein bisschen kombinieren – Herr Posch hat heute sehr engagiert und lautstark vorgetragen –, müsste Ihnen eigentlich klar werden, dass es offensichtlich unterschiedliche Beurteilungsmaßstäbe gibt. Das mag allerdings auch damit zu tun haben, dass die Landesregierung bereit ist, in gewissen Regionen Abstriche bei dem zu machen, was zu tun ist und was für andere Regionen gelten soll.

Beispielsweise hat es seitens des Bundesumweltministeriums eine klare Aussage gegeben – ich weiß, dass es da zu einem Streit mit dem geschäftsführenden Wirtschaftsminister gekommen ist –, dass man das machen kann, wenn im Planfeststellungsverfahren festgestellt wird, dass es ein öffentliches Interesse an der Erdverkabelung gibt. Das war im September letzten Jahres, also vor der Landtagswahl.

Jetzt stellt sich die Frage nach der Abwägung. Warum ergreift der Wirtschaftsminister nicht die Chance und sagt: „Jawohl, dann machen wir das“, wobei das politische Risiko beim Bund liegt? Der Bund hat schließlich diese Aussage gemacht.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Das ist ein merkwürdiges Rechtsverständnis!)

– Nein, das ist kein Rechtsverständnis, das ist ganz einfach eine Argumentation.

(Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

– Ich wusste gar nicht, dass Sie von dieser Bank dazwischenrufen können.

(Beifall bei der SPD – Zurufe)

– Bitte? – Lassen Sie ihn einfach nur. Dann steht es im Protokoll, falls Sie es nicht gehört haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Sprechen sie dich von hinten an? Das gehört sich nicht!)

Vor dem Hintergrund steht die Frage im Raum, ob man sich dann – da es nicht geschehen ist – mit dem Bundesumweltministerium politisch auseinandersetzt.

Dabei darf ich eine im Grunde genommen positive Nachricht verkünden: Offensichtlich ist es so, dass es vier Modellprojekte geben wird. Genau die Strecke, um die es eigentlich geht und die in der Diskussion steht, nämlich von Wahle bis Mecklar-Meckbach, ist vom Bundesumweltministerium als – ich darf das zitieren – „Pilotprojekt für eine Erdverkabelung“ vorgesehen.

(Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

– Wenn Sie es gelesen haben, wissen Sie ja Bescheid. – Es scheint also möglich zu sein.

Die Frage ist, welche Anstrengungen dort unternommen wurden. Vor dem Hintergrund, dass die Anstrengungen offensichtlich nicht sehr groß sind, muss doch die Frage gestellt werden, wie das, was Sie vorhin formuliert haben, aufzufassen ist. Sie haben gesagt – das haben Sie gerade in der Rede geäußert; ich darf das zitieren –, die Wirtschaftspolitik sei „wirtschaftsfeindlichen Maßnahmen unterlegen“. Rot-Grün agiere also mit wirtschaftsfeindlichen Maßnahmen.

Wir können nicht erkennen, warum eine Erdverkabelung in der Region, um die es gerade geht, wirtschaftsfeindlich sein soll. Im Gegenteil, das, was Frau Hammann hier zu Recht genannt hat, kann nicht von der Hand gewiesen werden. Es kann nicht von der Hand gewiesen werden, dass Hochspannungsleitungen, die auf Masten stehen, zusätzlichen Gefahren – auch durch den Klimawandel – ausgesetzt sind. Wenn wir diese Hochspannungsleitungen überhaupt noch brauchen – wir brauchen sie zweifelsohne –, so hat das etwas damit zu tun, dass unterschiedliche Energieproduktionszentren die entsprechenden Stromnachfragen ausgleichen müssen.

Nebenbei: Die Verkabelung ist nicht allein den ideologischen Vorbehalten geschuldet, die Sie gegen den Bau von Windenergieanlagen haben, sondern der Bau dieser Leitung ist auch der Tatsache geschuldet, dass in Mecklar-Meckbach ein Gas-und-Dampf-Turbinenkraftwerk mit einer Feuerungswärmeleistung von 1.920 MW geplant ist. Da dieses Kraftwerk insbesondere zur Abdeckung von Spitzen gebaut wird, ist es völlig logisch, dass es auf ein Höchstspannungsleitungsnetzwerk angewiesen sein wird, durch das die Strommengen, die dort produziert werden, auf den Markt gebracht werden.

Vor dem Hintergrund wundert es uns schon, dass Sie Vorbehalte, die in der Bevölkerung zweifellos vorhanden sind und die auch begründet sind, nicht beachten. Die Strahl-

enschutzkommission hat angemerkt, dass es in der Tat ein Risiko für bestimmte Personengruppen gibt.

(Zurufe von der CDU)

– Doch, sie haben das dezidiert geschrieben. Lassen Sie mich den Satz zu Ende sagen. – Sie haben geschrieben, dass beispielsweise Personen, die keine modernen Herzschrittmacher haben, wenig Probleme damit haben. Herzschrittmacher mit einer moderneren Konstruktion, die nur partiell einsetzen, können durch solche Höchstspannungsleitungen in der Tat irritiert werden, sodass daraus Risiken erwachsen.

Darüber hinaus hat die Strahlenschutzkommission angemerkt, dass die Frage nach dem Auftreten von Leukämie – das ist ein insbesondere die Eltern aufregendes Thema – noch nicht endgültig geklärt ist. Es gebe dort ein Risiko, das aber noch nicht abschließend beurteilt worden ist.

Vor dem Hintergrund können wir eigentlich nur anregen, im Rahmen eines Modellprojekts eine Infrastruktur in Nordhessen zu schaffen, auf die Nordhessen stolz sein kann und von der Sie dann sagen können – wahrscheinlich nicht mehr in Regierungsverantwortung, sondern von den Oppositionsbänken aus –: Das war eine gute Entscheidung, die wir gemeinsam getroffen haben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Ich bitte Sie, unseren Antrag und den Gesetzentwurf der GRÜNEN zu unterstützen, ihn an den Ausschuss zu überweisen und ein bisschen darüber nachzudenken, ob sich, wenn wir über Infrastruktur reden, das Wort „Infrastruktur“ nur auf Straßen bezieht und nicht vielleicht auch auf Autobahnen im übertragenen Sinn – vielleicht sogar auf Stromautobahnen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das war die erste Rede des Kollegen Warnecke im Hessischen Landtag. Ich gratuliere Ihnen dazu.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Nicht zum ersten Mal hat Herr Kollege Posch das Wort. Bitte schön.

**Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesem Thema haben wir uns schon des Öfteren beschäftigt. Kurz vor Ende der letzten Legislaturperiode sind Gesetzentwürfe eingebracht worden, wohl wissend, dass sie gar nicht mehr beraten werden konnten.

Dann haben die GRÜNEN einen Gesetzentwurf eingebracht, um zu beweisen, dass sie sich mit dem Thema auseinandersetzen. Jetzt folgen die Sozialdemokraten mit einem Antrag, um der Öffentlichkeit kundzutun, dass sie sich um das Thema kümmern.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur, das Problem ist eigentlich ein anderes.



(Fortgesetzte Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich weiß gar nicht, warum Sie sich so aufregen. Ich habe nur einen Sachverhalt beschrieben und dargestellt, wie Sie sich bei der Behandlung eines Themas aufgeführt haben.

Ich will dazu Folgendes sagen. Sie haben eben darauf hingewiesen: Landläufig wird geglaubt, eine Erdverkabelung sei besser, sie sei weniger gesundheitsgefährdend als eine Hoch- oder Höchstspannungsleitung.

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich kann das nicht beurteilen. – Herr Kollege Möller hat zu Recht darauf hingewiesen, dass nach Ansicht der Fachleute der vollständige Schutz der Gesundheit gewährleistet ist, wenn die Werte der 26. BImSchV eingehalten werden, die unter Berücksichtigung der neuesten Forschungsergebnisse festgelegt wurden. Ich setze mich nicht an die Stelle derer, die das besser beurteilen können.

Zweitens will ich Folgendes feststellen. Es handelt sich hier um einen Fall der konkurrierenden Gesetzgebung. Auch darauf haben Sie hingewiesen. Nach Lage der Dinge ist es doch so: Wenn der Bundesgesetzgeber von der konkurrierenden Gesetzgebung Gebrauch macht, hat der Landesgesetzgeber keine Zuständigkeit mehr. – Das ist relativ einfach.

Das hat aber die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD nicht davon abgehalten – deswegen habe ich das erzählt –, schlicht und ergreifend aus populistischen Gründen die Initiative zu ergreifen. Das wollte ich hier einmal deutlich sagen. Nichts anderes ist das.

Ich finde, man sollte mit der Frage, die Sie eben angesprochen haben, vorsichtig umgehen. Wir müssen uns in der Tat mit der Frage beschäftigen, ob Gesundheitsgefährdungen auszumachen sind oder nicht. Wir sollten das, bitte schön, dort diskutieren, wo es auch hingehört. Deswegen haben Sie zu Recht darauf hingewiesen, dass sich der Bund mit diesem Thema befasst. Es gibt die vier Pilotprojekte. Nach Lage der Dinge werden die Ergebnisse der vier Pilotprojekte in ein Bundesgesetz einfließen. Dann ist für das, was wir hier machen, überhaupt kein Raum mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Es könnte durchaus sein, dass sich das alles erledigt, und zwar entweder durch die Pilotprojekte, die die Bundesregierung jetzt zu starten vorhat, oder eben auch nicht. Wir werden dann weitersehen.

Meine Damen und Herren der GRÜNEN und der SPD, eines lasse ich Ihnen aber nicht durchgehen. Bei dem Gesetzentwurf der GRÜNEN – das ist schon richtig „putzig“ – steht auf dem Vorblatt bei den „Finanziellen Auswirkungen“: „Keine“. In dem Antrag der SPD-Fraktion steht, es käme „kaum“ zu „wirtschaftlichen Mehrbelastungen“. Weder das „Keine“, noch das „Kaum“ wird der Realität gerecht. Richtig ist, dass der vorgelegte Gesetzentwurf bei Realisierung mit Sicherheit Mehrkosten nach sich ziehen wird, und zwar vor allem für den Verbraucher.

(Axel Wintermeyer (CDU): So ist es!)

Zur Ehrlichkeit hätte es schon dazugehört, das den Bürgern auch so zu sagen. Das Trassenetz der E.ON hat in Hessen eine Länge von rund 3.340 km. Deutschlandweit sind es 17.500 km. Nach den bisherigen Schätzungen wird eine Verkabelung der Teilstrecke der Trasse von Wahle nach Mecklar, die Sie genannt haben – das sind nur 65 km –,

Mehrkosten von 0,30 Cent bis 1,30 Cent pro Kilowattstunde auslösen. Die Gesamtstrecke von Wahle nach Mecklar beträgt 190 km. Da betragen die Mehrkosten dann schon 0,89 Cent bis 3,80 Cent je Kilowattstunde.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ei, ei, ei!)

Nach der dena-Netzstudie umfasst die Gesamtstrecke 907 km. Davon befinden sich 850 km nicht in Hessen. Aber das Schutzbedürfnis besteht dann nicht nur in Hessen. Es kann nicht sein, dass das in Niedersachsen dann anders gemacht wird. Das würde dann 4,26 Cent bis 18,8 Cent pro Kilowattstunde mehr ausmachen. Würde man die vollständige Leitung zugrunde legen, dann würde das zu einer Verteuerung von 66,70 Cent pro Kilowattstunde führen. Nach EU-Vorgaben würde das für einen mittleren Haushalt Mehrkosten von rund 2.334,38 € ausmachen.

Meine Damen und Herren, nur so viel wollte ich zum Thema Redlichkeit sagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Tun Sie doch nicht so. Sie wollen den Leuten den Eindruck vermitteln, Sie täten etwas für ihre Gesundheit. Sagen Sie dann aber, bitte schön, auch, was das kostet. Denn das sind Kosten, die umgelegt werden. Das gehört in der politischen Auseinandersetzung zur Redlichkeit dazu.

Diese beiden Fraktionen haben aus populistischen Gründen ein Thema besetzt. Wir werden uns jetzt im Ausschuss damit befassen. Es fällt mir sehr schwer, das zu sagen, aber ich muss das mir selbst gegenüber akzeptieren: Wir sind guter Hoffnung, dass in diesem Fall die Große Koalition mithilfe der vier Pilotprojekte etwas Positives auf den Weg bringt. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Die nächste Wortmeldung stammt von Frau Abg. Wissler. Sie spricht für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE begrüßt den Vorstoß der Fraktion der GRÜNEN. Wir begrüßen auch den Antrag der Fraktion der SPD dazu.

Die Hochspannungsleitungen sind für die flächendeckende Stromversorgung in Deutschland von zentraler Bedeutung. Das Leitungsnetz muss in den kommenden Jahren ausgebaut werden, damit eine umweltverträgliche Stromversorgung überhaupt ermöglicht werden kann. Dazu wird der Bau neuer, langer Trassen notwendig werden, um den aus Wind-, Wasser- und Solarenergie gewonnenen Strom deutschlandweit zu verteilen. Denn eine nachhaltige Energieversorgung hängt gerade von der dezentralen Produktion in den kleineren Werken ab.

E.ON hat bereits angekündigt, eine Strategie einzuschlagen, die zu kapitalintensiven Investitionen in die Netze führt. Deshalb kommen die Initiativen zur rechten Zeit. Wir müssen jetzt Regelungen einführen, damit der zu erwartende Aus- und Umbau der Netze umwelt- und gesundheitsverträglich erfolgt.

Unterirdische Leitungen verbrauchen deutlich weniger Raum und belasten die Umgebung weniger stark mit Elektromog. Sie sind deutlich besser isoliert. Freileitungen



gen geben bis zu 30 % ihrer Spannung an die Umluft ab. Ich denke, angesichts des heutigen Stands der Technik ist das, ökologisch gesehen, unververtretbar. Damit werden Ressourcen vergeudet und der Strom unnötig verteuert.

Der Ansatz, die Energiekonzerne zu verpflichten, neue Hochspannungsleitungen grundsätzlich unterirdisch zu verlegen, geht daher in die richtige Richtung. Der vorliegende Gesetzentwurf lässt unserer Ansicht nach aber Fragen offen. Das betrifft vor allem die Zumutbarkeitseinschränkung in § 1 Abs. 3 des Gesetzentwurfs. Denn wir fragen uns, wer wie entscheiden soll, welche Kosten zumutbar sind. Wenn wir den Betreibern diese Entscheidung überlassen, wissen wir alle, zu welcher Entscheidung sie im Zweifelsfall kommen werden. Denn diese Einschätzung basiert natürlich auf Projektbeschreibungen, die die Konzerne wiederum in eigener Regie und im Hinblick auf ihre Geschäftsinteressen treffen.

Das heißt: Entweder überlassen wir die Entscheidung den Stromriesen. Damit würden wir de facto auf das Erreichen des im Gesetzentwurf aufgeführten weiter gehenden Ziels verzichten. Oder aber wir beschließen, dass jedes einzelne Bauvorhaben bei den Hochspannungsleitungen einem langwierigen und komplizierten Kontrollverfahren unterworfen wird. Ich denke, das wäre eine Überfrachtung und eine Überforderung der Planfeststellungsverfahren.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die deutschen Energieversorger sind Monopolunternehmen. Das sagt unter anderem die Wettbewerbskommissarin der Europäischen Union. Sie hat ihnen deshalb mit Zerschlagung gedroht. Herr Minister Rhiel hat sich einmal ähnlich ausgedrückt und ebenfalls von einer Zerschlagung der Energiekonzerne gesprochen.

Auch deswegen liegen die Strompreise in Deutschland weit über dem europäischen Durchschnitt. Die vier großen Energieversorger E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall zählen bei den Fondsmanagern zu den Filetstücken unter den deutschen Industrieriesen. Denn sie fahren seit Jahren weit überdurchschnittliche Gewinne ein. Das können sie völlig ungestört von Markt, Staat oder Konkurrenz tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Beispiel hat E.ON im vergangenen Jahr seinen Gewinn um über 22 % gesteigert. Der Umsatz stieg derweil nur um 7 %. Der bereinigte Konzernüberschuss des Unternehmens lag bereits nach den ersten neun Monaten im Jahr 2007 bei 4,2 Milliarden €.

EnBW hat seinen Gewinn im Jahr 2007 um ganze 36 % gesteigert. Das sieht bei den anderen Betreibern, die aus der Privatisierung der Stromversorgung hervorgegangen sind, nicht anders aus.

Den Verbrauchern, aus deren Abgaben die Netze einmal finanziert wurden, steht derweil eine Preiserhöhung nach der anderen ins Haus. Die Energiekonzerne geben dabei eben nicht nur die steigenden Öl- und Gaspreise an die Kunden weiter. Nein, die steigenden Weltmarktpreise führen zu historisch hohen Profiten in der gesamten Branche.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das können Sie Herrn Putin von Gazprom erzählen! – Gegenruf – Axel Wintermeyer (CDU): Steuerer ist der Herr Putin! Herr Schröder ist nur der Erfüllungsgehilfe! Herr van Ooyen, das wissen Sie!)

Vor diesem Hintergrund kann ich kaum sagen, was man diesen Monopolisten nicht zumuten könnte. Es geht um die Gesundheit der Menschen, die in der Nähe der Leitungen leben, und um die Einwirkung des Elektromogs auf die Biosphäre. Wenn es um den Bau von Schallschutzmauern an Autobahnen oder Bahntrassen geht, fragt auch niemand, ob die Kosten unzumutbar sind. Die Frage muss doch auch lauten, ob die Gesundheitsbeschädigungen zumutbar sind. Das ist für uns LINKE das maßgebliche Kriterium. Nicht die Kosten sind es, sondern die Auswirkungen auf Mensch und Natur.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Vielen Dank. – Neue Trassen sollten grundsätzlich unterirdisch verlegt werden, sofern das nicht, wie es beispielsweise in bergigen Regionen der Fall sein kann, zu größeren Umweltbelastungen als überirdische Leitungen führen würde. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Wissler hat recht. Die Strompreise in Deutschland sind die höchsten im Vergleich zu den Ländern um uns herum, vor allem in Europa. Und das hat Gründe. Das hat zum einen den Grund, weil wir in der Stromerzeugung, also in dieser Marktstufe, keinen Wettbewerb haben. Darüber haben wir hinreichend diskutiert. Meine Initiative – Stichwort: Gesetzentwurf zur Verschärfung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – kennen Sie. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss auch feststellen, und das gehört zur Wahrheit, dass die Strompreise in Deutschland deshalb überhöht sind, weil der Staat mit seinen Vorschriften und seinen Abgaben dafür sorgt, dass 40 % des Preises, den wir für Strom, den wir aus der Steckdose beziehen, bezahlen müssen, staatlich begründet sind.

Entscheidend ist auch bei dieser Debatte zweierlei, erstens die Frage des Formellen und der Zuständigkeit. Darauf komme ich zum Schluss. Wir müssen die Konsequenzen einer solchen Zielsetzung auch bedenken. Deswegen dürfen wir nicht leichtfertig darüber hinweggehen, wenn wir fragen, was eine generelle Vorschrift zur Verkabelung für die im Energiewirtschaftsgesetz vorgeschriebenen Ziele bedeutet, dass nämlich eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltgerechte Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität sicherzustellen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dabei sind Kriterien zu beachten. Zum einen ist klar, rein optisch und ästhetisch ist eine Verkabelung natürlich vorteilhafter. Wer will das bestreiten? Das gilt übrigens auch für Windkraft

träder, die, wenn sie nun dastehen, auch in der Nähe von Kulturbauten, störender sind, als wenn sie nicht dastehen.

(Beifall bei der CDU)

Das darf nicht das entscheidende Kriterium sein, das füge ich gleich hinzu. Aber wenn das für Windräder gilt, gilt das natürlich auch für die Frage der Hochspannungsmasten in diesem Kontext.

Die zweite Fragestellung: Ist es unter dem Aspekt von Gesundheitszielen und Gesundheitsschutz erwiesen? Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich scheue mich, ein solches absolutes Urteil aufzustellen, das da lautet: Es ist auf jeden Fall für die Bevölkerung in der Nähe oder wie auch immer günstiger und vorteilhafter.

Es gibt ernst zu nehmende Wissenschaftler, die genau das Gegenteil sagen, dass von Höchstspannungsleitungen, die in die Erde sozusagen im Kabel verlegt sind, vielleicht sogar höhere Gefahren ausgehen. Ich will darüber nicht diskutieren. Ich will nur sagen, dass die Leitungen, die jetzt bestehen, nach den aktuellen internationalen – das wurde schon gesagt – Werten gebaut werden, die sich auch als Grenzwerte in der Bundes-Immissionschutzverordnung niedergeschlagen haben. Sie werden bei Weitem eingehalten werden.

Es kommt noch hinzu: Wenn es wirklich so wäre, dass aus den Hochspannungsleitungen Gefahren erwachsen, dann gilt das allerdings für alle Leitungen – für die neuen wie für die bestehenden. Das hat dann Konsequenzen für das Ziel, möglichst preisgünstige Energie zur Verfügung zu stellen. Dann sollten wir das den Menschen auch sagen, die das letztlich betrifft und die jetzt schon unter den überhöhten Energiepreisen leiden.

Frau Hammann, es ist wirklich nicht so, dass diese Ziele, die Sie in den Raum gestellt haben, einen Haushalt unter 1 Cent pro Jahr und Kilowattstunde treffen. Das ist eine Zahl, die Sie nicht ernst gemeint haben, oder ich habe Sie missverstanden.

Ich will deshalb die Ziele nennen, die die dena – das ist eine unabhängige Institution, die Deutsche Energie-Agentur – veröffentlicht hat. Sie hat gesagt: Wenn die Gesamtstrecke entsprechend in Kabel verlegt wird, verteuert sich die Kilowattstunde um durchschnittlich 4 bis 18 Cent. – Wenn wir das auf einen durchschnittlichen klassischen Verbrauch eines vierköpfigen Haushalts umlegen, dann hat der im Jahr eine Mehrbelastung von 400 €.

Das ist ganz einfach so zu rechnen. Das sollten wir sagen, wenn wir das so wollen, denn eine verantwortliche Entscheidung heißt nicht, ein Ziel vordergründig zu erfüllen, sondern eine verantwortliche Entscheidung ist immer eine Entscheidung, die auf die Konsequenzen schaut, und das wäre eine wesentliche Konsequenz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung – das will ich deutlich sagen, damit nicht der falsche Eindruck entsteht – lehnt Erdkabel nicht grundsätzlich ab. Nach geltendem Recht wird das geprüft. Es gibt schon nach geltendem Recht – das wird auch praktiziert – die Notwendigkeit und dann die Verpflichtung, Teilstrecken mit Erdkabel zu versehen.

Aber wir müssen deutlich sagen – damit komme ich zu dem entscheidenden Punkt –, dass wir hier intensiv diskutieren und eine Meinungsbildung, wie es heute Vormittag geschieht, herbeiführen können, dass dies aber letztlich mit einem Gesetzentwurf oder einem Gesetz, das der Hessische Landtag möglicherweise sogar beschließt, an

der Wirklichkeit nichts ändert. Die Genehmigungsbehörden sind auf das angewiesen, was das Bundesgesetz normativ vorschreibt.

Herr Posch hat eben von der konkurrierenden Gesetzgebung gesprochen. Meine Damen und Herren, das gilt übrigens nicht nur, weil die Bundesregierung inzwischen einen Entwurf zu einem solchen Gesetz angekündigt hat, der in der vorbereitenden Arbeit ist. Das gilt nach Art. 72 Abs. 1 GG generell. Deswegen hat die Bundesregierung durch das Bundeswirtschaftsministerium erklärt, dass das, was Niedersachsen beschlossen hat, schlicht und einfach der Verfassungsnorm nicht entspricht und deshalb nicht wirksam ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, wir sollten auf den Punkt zurückkommen, der in allen Reden angeklungen ist und der uns zum Konsens führt. Ein solcher Gesetzentwurf ist aus meiner Sicht und aus Sicht der Landesregierung abzulehnen – auch von den inhaltlichen Fragen abgesehen, vor allem wegen dem, was ich zuletzt dargestellt habe, wegen der verfassungsrechtlichen Frage, weil dies eine Bundesangelegenheit ist. Wir sollten das unterstützen, was schon angesprochen worden ist und ich nicht zu wiederholen brauche, dass es Studien anhand von verschiedenen Netz- und damit Teststrecken geben soll.

In der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Politik sollte immer das getan werden, was wir „Schritte des geringsten Verschleißes“ nennen. Wir sollten eine Laborsituation schaffen, in der wir Erkenntnisse gewinnen, die dann maßgeblich in der Frage sind, inwieweit mit einer generellen Verkabelung oder einer Verkabelung insgesamt für Höchstspannungsleitungen den Zielen des Energiewirtschaftsgesetzes, wie ich sie eben zitiert habe, entsprochen werden kann.

Das ist der Weg der Landesregierung. Wir bitten Sie deshalb, den Gesetzentwurf abzulehnen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Vereinbart ist, den Gesetzentwurf nach Abschluss der ersten Lesung, die durchgeführt worden ist, zur Vorbereitung der zweiten Lesung in den Wirtschaftsausschuss zu schicken. – Dem widerspricht keiner. Dann ist das so beschlossen.

Gleiches gilt für den Antrag der SPD betreffend Ausbau der Stromnetze und den Einsatz von Erdkabeln. Auch dieser geht in den Wirtschaftsausschuss. – Auch kein Widerspruch, somit ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu Tagesordnungspunkt 6.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus)  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ihr wollt nichts mehr machen? Gute Idee. – Herr Kollege Wagner.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, noch eine Ergänzung zum eben behandelten Tagesordnungspunkt: Der Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz ist beteiligt. Sie

hatten völlig zu Recht angesprochen, Federführung beim Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr wäre unser Vorschlag.

Den anderen Vorschlag hat Ihnen Herr Kahl gerade übermittelt, dass wir jetzt in die Mittagspause eintreten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, der Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz ist beteiligt – völlig korrekt.

Da Sie in die Mittagspause eintreten möchten, verkünde ich Ihnen: Sie dürfen es. Ich schließe die Sitzung, Mittagspause bis 15 Uhr, guten Appetit.

(Unterbrechung von 12.50 bis 15.05 Uhr)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Tagesordnung fort. Zuvor möchte ich mitteilen, dass Herr Staatsminister Hoff entschuldigt fehlt, weil er an der Leitung der Sitzung des Ständigen Beirats in Berlin teilnimmt.

Dann kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 43:**

**Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend DDR-Unrechtsregime durch Handreichung für Hessens Lehrerinnen und Lehrer aufarbeiten – Drucks. 17/461 –**

Mit beraten wird der

**Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucks. 17/575 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt 15 Minuten je Fraktion. Die erste Wortmeldung ist vom Herrn Kollegen Greilich für die FDP-Fraktion.

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Jugendlichen in Deutschland weisen große Wissenslücken über das DDR-Regime auf. Es ist feststellbar, dass über weite Teile ein verzerrtes Geschichtsbild besteht.

Mehr als die Hälfte der Schüler, vor allem in den östlichen Bundesländern, sieht den SED-Staat nicht ausdrücklich als Diktatur; im Westen ist es immerhin ein Drittel der Schüler. Das Ministerium für Staatssicherheit beurteilten viele der Jugendlichen in Ostdeutschland vergleichsweise positiv. Selbst die Behauptung, die Stasi sei ein Geheimdienst gewesen, wie ihn auch demokratische Staaten haben, wiesen nur 45 % der Befragten zurück.

Was die Sozialdemokraten interessieren dürfte: Viele hielten Willy Brandt für einen DDR-Politiker, die Wahlen unter Erich Honecker für demokratisch.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Helmut Kohl auch!)

Meine Damen und Herren, das alles ist Ergebnis einer Studie des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin. Damit wurde ein ernst zu nehmendes Problem aufgedeckt, das bildungspolitisch nicht ohne Folgen bleiben kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es besteht ein offenkundiger, ganz direkter Zusammenhang zwischen

den Kenntnissen über die DDR und der Beurteilung der DDR.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Je mehr Schüler etwas über den DDR-Staat wissen, desto kritischer beurteilen sie ihn.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Warum wissen sie denn nichts?)

– Herr van Ooyen, das liegt unter anderem an Ihren Vorgesängern.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Aus den negativen Ergebnissen dieser Studie leiten die Forscher ein unzureichendes Geschichtsunterrichtsangebot in der Schule ab.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Herr van Ooyen, gerade Sie sollten zuhören, weil Sie das ganz besonders betrifft.

Obwohl die Lehrpläne in allen der vier untersuchten Bundesländer die Behandlung der deutschen Teilung und der DDR vorsehen, muss es Bildungspolitiker hellhörig machen, dass beispielsweise mehr als 80 % der Schüler in NRW aussagten, sie erführen im Schulunterricht wenig oder gar nichts über die DDR. Augenscheinlich ist die Vermittlung des Wissens im Unterricht ein echtes Problem.

Hessen wurde in diese Studie nicht einbezogen. Aber auch hier sollten Konsequenzen gezogen werden. In Hessen stehen die Teilung und die Wiedervereinigung Deutschlands zwar in den Lehrplänen für die Jahrgangsstufe neun in allen drei weiterführenden Bildungsgängen, aber offenkundig reicht das nicht aus.

Eine objektive Aufarbeitung des DDR-Regimes wurde vor allem von linken Politikern aller Couleur zu verhindern versucht.

(Zurufe von der SPD: Was?)

– Herr Kollege Schmitt, ich sage Ihnen das gern gleich genauer. – Nach der Wiedervereinigung konnte sich die Kultusministerkonferenz nicht auf die Verabschiedung einer Empfehlung mit dem Titel „Darstellung Deutschlands im Unterricht“ verständigen. Und warum?

(Marjana Schott (DIE LINKE): Ich denke, das ist Länderhoheit?)

Der Entwurf wurde insbesondere von dem damaligen Ministerpräsidenten Sachsen-Anhalts, Herrn Reinhard Höppner, Mitglied der SPD, Herr Schmitt, kritisiert. Höppner vertrat die Auffassung, die DDR komme in dieser Empfehlung zu schlecht weg.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hört, hört!)

Ich kann nur sagen: Das war vielleicht ein bisschen vorauseilender Gehorsam, wie wir ihn hier heute auch schon das eine oder andere Mal festgestellt haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Zitieren Sie bitte einmal richtig!)

Herr Schmitt, da sollten Sie auch zuhören: Die PDS – heute nennt sie sich DIE LINKE – trat dafür ein, sich künftig im Geschichtsunterricht nicht mehr schwerpunkt-



mäßig mit Diktaturen zu befassen. – Warum nur, kann ich da nur fragen.

(Norbert Schmitt (SPD): Unglaublich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Ergebnis dieser Politik der letzten Jahre ist ein Bildungsdesaster, das nach meiner festen Überzeugung die Zukunft unseres Rechtsstaats gefährden kann.

(Beifall bei der FDP und der SPD – Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

– Ich bin erstaunt, dass diejenigen, die die Information der Bevölkerung am meisten treffen wird, hier noch applaudieren, aber das freut mich natürlich.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, die gesellschaftliche Situation, die wir hier haben, und die Verantwortung derer, die dieses Regime zu verantworten hatten, müssen bundesweit breit diskutiert werden. Alle demokratischen Parteien in den Landtagen – ich sage: auch die demokratischen Parteien im Hessischen Landtag – müssen hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Dem Mangel an Geschichtskennntnis der Schüler muss entgegengewirkt werden. Denn er birgt die Gefahr, dass linke Propaganda fruchten und Freiheit eingeschränkt werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer keine Geschichte hat, hat auch keine Zukunft.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das gilt auch und gerade für die Freiheit als unser allerhöchstes Gut. Nur die Auseinandersetzung mit der Geschichte kann unseren Schülern die Erkenntnis vermitteln, dass diese Freiheit auch schleichend verloren gehen kann und jeden Tag aufs Neue erkämpft werden muss.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Schüler den eklatanten Unterschied zwischen dem Leben in einer Diktatur und dem Leben in einer Demokratie nicht zweifelsfrei benennen können, die DDR nicht als Diktatur einordnen, dann ist der Geist der Demokratie und damit unser Gesellschaftsmodell gefährdet.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Mauerbau am 13. August 1961, heute vor 47 Jahren und 14 Tagen, erinnert nicht nur an Willkür, Diktatur und menschenverachtende Unterdrückung unter der SED-Herrschaft, sondern mahnt noch heute zu einer Bildungsoffensive für ein ausgeprägtes Geschichtsbewusstsein und umfassende Geschichtskennntnisse über die DDR.

Meine Damen und Herren, die DDR war kein Kuschelstaat, wie heute viele glauben machen wollen. Deshalb darf in der Schule heute keinerlei Romantisierung das Wort geredet werden. Eine verklärende Ostalgie hat in der Schule keinen Platz. Sozialistische Alltagsromantik – wie wir sie auch hier immer wieder einmal geboten bekommen – für eine menschenverachtende Diktatur hat keinen Platz in unserer Demokratie.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es kann nicht sein, dass – obwohl die DDR ohne jeden Zweifel ein Unrechtsstaat war, der seine Bevölkerung sys-

tematisch überwachte und unterdrückte, Dissidenten verfolgte und tötete und keine freie Meinungsäußerung zuließ – trotzdem das Urteil der Jugendlichen in keinem Verhältnis hierzu steht.

Dadurch erklärt sich, dass nur knapp die Hälfte der befragten Schüler das politische System der Bundesrepublik dem der DDR vorziehen würde. Meine Damen und Herren, lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen – das ist ein Alarmsignal allererster Klasse.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, deshalb fordern wir die Landesregierung auf, die Lehrpläne in diesem Teil zu überprüfen und im Zuge der aktuellen Lehrplanänderung bzw. der Erarbeitung von Bildungsstandards den Lernstoff entsprechend zu überarbeiten.

Ziel muss es sein, dass Schüler die politischen Systeme Diktatur und Demokratie klar auseinanderhalten, verstehen und beurteilen können.

Sie müssen wissen, dass die DDR als Musterbeispiel für Unrecht, Unfreiheit, ausgefeilte Bespitzelung und direkte wie subtile Verfolgung steht. Nur so lernen sie, den als selbstverständlich verstandenen Wert von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch wirklich zu erfassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit etwas zu dem Änderungsantrag sagen, den die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN uns hier vorgelegt hat. Zunächst nur etwas zu den Ziffern 1 bis 6, denn da ist manches enthalten, worüber man gegebenenfalls in einem anderen Zusammenhang reden könnte. In dem Zusammenhang, um den es hier geht, würde es zu einer Relativierung unseres Antrags führen, deswegen können Sie nicht damit rechnen, dass wir diesem zustimmen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das Kultusministerium ist aufgefordert, Handreichungen zu erarbeiten, nachdem das in der Vergangenheit offenkundig – trotz entsprechender Parlamentsbeschlüsse – nicht ausreichend geschehen ist. Wir haben nun einen neuen Landtag und können einen neuen Anlauf starten, damit dieses Thema im Unterricht effektiver behandelt, durch Lehrkräfte pädagogisch besser aufbereitet sowie dargestellt werden kann.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Da ist es gut, dass es uns gibt!)

– Frau Kollegin, es ist in der Tat gut, dass es uns gibt, doch nicht, dass es Sie gibt.

(Beifall bei der FDP)

Damit meine ich selbstverständlich nicht Sie persönlich, sondern Ihren Verein.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Das nenne ich Demokratieverständnis!)

– Das stimmt in der Tat; wir kämpfen hier um Demokratie, und deswegen setzen wir uns auch mit Ihnen auseinander, und zwar sehr direkt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole, dass die SED-Diktatur schonungslos in ihrer faktischen Brutalität dargestellt werden muss. Deshalb muss die Aufklärung hier-



über in der Schule fachübergreifend ein Schwerpunkt werden. In den Lehrplänen muss verankert sein, dass der Unterricht über die Zeit der SED-Diktatur mit den Bewertungskriterien unseres Grundgesetzes und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, und nicht etwa in irgendeiner Form wertneutral, vorgenommen wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Fachübergreifender Unterricht von Deutsch, Geschichte, Politik, Religion und Ethik bietet eine hervorragende Chance zur umfassenden Darstellung der Realität der SED-Diktatur. Es ist ein weiteres Mal zwingend geboten, dass unsere Schüler auch einen direkten Eindruck von dem bekommen, was dort bis zum Jahre 1989 geschehen ist. Deswegen sagen wir auch, dass sich Schulklassen während ihrer Berlinfahrten aktiv mit der Vergangenheit der DDR auseinandersetzen sollten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Hierfür gibt es hervorragende Möglichkeiten. Man kann die Orte, in denen die SED-Diktatur in aller Feinheit ausgeklügelt und ausgeübt wurde, besuchen. Besuche des Stasigefängnisses Hohenschönhausen, der Stasizentrale in der Normannenstraße und der Mauergedenkstätte Bernauer Straße vermitteln Schulklassen einen unmittelbaren Eindruck von der Brutalität der SED-Diktatur, was offenkundig der eine oder andere, der mir hier bereits erklärt hat, dass dies alles vor seiner Zeit gewesen sei und dass er damit nichts anfangen könne, nötig hätte.

Die Schulklassen können sich beispielsweise in Hohenschönhausen mit den Verfolgten des SED-Regimes treffen, die ihnen genau erklären, wie das gewesen ist. Kurt Beck hat sich das vor wenigen Tagen zeigen lassen. Er hat sich von mit Wasser gefüllten Einzelzellen, von Psychoterror, heute noch aktiven Netzwerken ehemaliger Stasioffiziere sowie von Versuchen der Linkspartei, die Gedenkstätte noch heute in der Bezirksversammlung in Hohenschönhausen zu torpedieren, berichten lassen. Ich wundere mich darüber, dass man sich da nicht schämt. Fragen Sie Herrn Beck, falls er noch mit Ihnen redet, denn das weiß ich natürlich nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, guter Geschichtsunterricht geht nur mit guten Geschichtslehrern. Deshalb sind auch die Erarbeitung neuer Fortbildungsangebote für Lehrer über die Zeit der SED-Diktatur und die Überarbeitung des Ausbildungsteils „DDR in der Lehrerausbildung für alle Schularten“ notwendig. Es muss vor allem sichergestellt werden, dass die Inhalte der Lehrpläne tatsächlich unterrichtet werden. Nur mit Lehrern, die ein ausgeprägtes Geschichtsbewusstsein und umfassende Geschichtskennntnisse zum DDR-Unrechtsregime haben, kann bei den Schülern ein Bewusstsein für das Unrechtsregime der DDR entwickelt werden.

Nun komme ich noch einmal auf den Änderungsantrag der GRÜNEN zurück. Ich begrüße ausdrücklich die Ziffer 7, denn das ist genau die richtige Botschaft. Es gibt Lehrer, die sich mit dem Thema sehr engagiert befassen. Diesen sollten wir unseren Dank aussprechen, denn das Ganze kann in der Tat nur dann funktionieren, wenn Lehrer auch wollen. Ich appelliere an die Lehrerschaft in Hessen, auf die Minderheit stehen gebliebener Kollegen einzuwirken, die in alter 68er-Tradition auf dem linken Auge blind sind und den Eindruck vermitteln wollen, deutsche Geschichte habe im Jahre 1945 ihr Ende gefunden.

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Für das demokratische Bewusstsein unserer Kinder brauchen wir die Auseinandersetzung mit der ganzen Wahrheit und keine selektive Geschichtsvermittlung.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, der Wert der Freiheit muss ins Zentrum des Unterrichts über die neuere deutsche Geschichte in den Schulen gestellt werden. – Herr Dr. Spies, der Freiheitsdrang der Opposition in der DDR, das Erreichen der Freiheit in der Wiedervereinigung und die Überwindung des Unrechtsstaats durch bürgerschaftliches Engagement sind die Botschaften, die uns die Geschichte vermittelt und die auch Sie, Herr Schmitt, zur Kenntnis nehmen sollten.

(Norbert Schmitt (SPD): Was war die Rolle der Blockflöten?)

Es ist die Aufgabe von uns allen, vor allem ist es aber Bestandteil des Bildungsauftrags unserer Schulen, dieses Bewusstsein zu fördern. Der Geist der Demokratie und der Freiheit muss von Generation zu Generation neu erworben werden. Deshalb wiederhole ich: Freiheit kann auch schleichend verloren gehen. Sie muss jeden Tag aufs Neue erkämpft werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Stellen Sie sich mit uns dieser Aufgabe. Lassen Sie uns unsere Jugend für den Erhalt der Freiheit fit machen. Unser Antrag ist hierzu ein erster Schritt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Greulich, vielen Dank. – Als nächster Redner erhält Herr Kollege Wagner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Unfreiheit und Diktatur dürfen nie wieder einen Platz in unserem Lande haben.

(Allgemeiner Beifall)

Es ist die Aufgabe von uns allen, die wir hier sitzen, und es ist die Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger, einen Beitrag dazu zu leisten, dass Unfreiheit und Diktatur nie wieder einen Platz in unserem Lande haben.

(Allgemeiner Beifall)

Selbstverständlich ist es gerade die Aufgabe unserer Schulen und der Lehrerinnen und Lehrer, die an unseren Schulen arbeiten, zu vermitteln, dass für Unfreiheit und Diktatur kein Raum in unserem Lande ist. Es ist natürlich die Aufgabe der Schulen sowie der Lehrerinnen und Lehrer, auf die deutsche Geschichte hinzuweisen und zu vermitteln, was in der deutschen Geschichte gewesen ist und dass von deutschem Boden Unfreiheit sowie Diktatur ausgegangen sind. Daran kann überhaupt kein Zweifel bestehen. Ich hoffe sehr, dass alle fünf Fraktionen in diesem Landtag dies so beschließen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und den LINKEN)

Herr Kollege Greilich, Sie haben angesprochen, dass es eine Studie gebe, wonach es, was die DDR-Geschichte sowie das DDR-Unrechtsregime angehe, an den Schulen Wissenslücken gebe. Sie haben auch darauf hingewiesen, dass wir keine Erkenntnisse darüber besitzen, ob es diese Defizite auch an Hessens Schulen gibt. Herr Kollege Greilich, wir müssen diese Studie natürlich ernst nehmen. Wir dürfen diese Studie aber nicht zum Anlass nehmen, darüber hinwegzureden, dass die allermeisten Lehrerinnen und Lehrer einen sehr verantwortlichen Geschichtsunterricht machen. Sie machen einen sehr guten Geschichtsunterricht, und sie vermitteln sehr verantwortungsvoll im Unterricht, dass es in Deutschland Unrecht bzw. Diktaturen gegeben hat. Darüber sollten wir nicht hinweghuschen, sondern wir sollten zunächst allen Lehrerinnen und Lehrern, die bereits Hervorragendes leisten, ein ganz herzliches Dankeschön aussprechen.

(Allgemeiner Beifall)

Natürlich müssen wir uns als Abgeordnete und als Landtag zusammen mit den Lehrerinnen und Lehrern, die bereits eine hervorragende Arbeit leisten, fragen: Was könnte man noch besser machen? – Deshalb ist die Debatte, die wir heute hier führen, gut. Denn wir fragen uns: Was können wir noch besser machen? Welche Unterstützung können wir Lehrerinnen und Lehrern noch geben, damit sie im Unterricht noch besser auf diese Themen eingehen können?

Diese Debatte ist gut und richtig. Es ist allerdings etwas verwunderlich, dass diese Debatte von der FDP angestoßen wird. Vor nicht einmal einem Jahr hat die FDP-Fraktion dieses Thema im Landtag noch völlig anders gesehen.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Heute, ein Jahr später, macht die FDP-Fraktion dieses Thema zu ihrem Setzpunkt. Für die Bürgerinnen und Bürger: Das bedeutet, das ist das wichtigste Thema der FDP in dieser Plenarwoche. – Schauen wir uns an, wie sich die FDP vor einem Jahr zu diesem Thema verhalten hat.

(Florian Rentsch (FDP): Können Sie noch einmal den Antrag vorlesen, Herr Kollege?)

Damals gab es einen Antrag der Kolleginnen und Kollegen der CDU. Ich lese ihn wörtlich vor:

Der Landtag bittet die Landesregierung, ein Konzept vorzulegen, wie die Aufarbeitung der DDR/SED-Diktatur und der Tätigkeiten des sogenannten „Ministeriums für Staatssicherheit“ der DDR in der Bundesrepublik Deutschland vor 1990 im Schulunterricht und darüber hinaus an den Schulen intensiviert werden kann.

So weit der Antrag der CDU. Ich sage gleich: Wir haben diesem Antrag damals zugestimmt. Was hat die FDP zu diesem Antrag damals ausgeführt? Ich zitiere aus den Äußerungen der zuständigen FDP-Abgeordneten aus einer öffentlichen Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses:

Ich halte es nicht für eine Aufgabe der Landesregierung, ein Konzept zu entwickeln, wie bestimmte Dinge im Unterricht dargestellt werden. Dafür gibt es Lehrplankommissionen, die arbeiten und die tagen.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Wenn festgestellt werden sollte, dass es ein Defizit in einem bestimmten Bereich der Vermittlung der deutschen Geschichte gibt, dann ist es die Aufgabe

der Lernplankommission, dieses Defizit zu beseitigen.

Ich zitiere weiter die Äußerungen der FDP-Abgeordneten in dem Ausschuss – es ist gerade ein Jahr her –:

Geschichtsunterricht über die DDR gibt es. Ich hielte es nicht für gut, den Auftrag an die Landesregierung zu vergeben, sich ein Konzept auszudenken, wie das getan werden kann. Deshalb wird die FDP für Ablehnung dieses Antrags stimmen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist unglaublich! – Lebhaftes Zurufe von der SPD – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Meine Damen und Herren, das war vor nicht einmal einem Jahr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, ich begrüße es, dass Sie Ihre Meinung geändert haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Unglaublich!)

Aber, sehr geehrter Herr Kollege Greilich, vielleicht hätten Sie Ihren Vortrag heute mit etwas weniger Pathos vortragen können,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

wenn die Erkenntnis erst so spät gereift ist.

Der Antrag von vor einem Jahr zeigt zweierlei. Er zeigt zum einen, dass die FDP ihre Meinung geändert hat. Wir begrüßen das. Wir waren schon damals dieser Meinung. Aber er zeigt auch, dass die Landesregierung bereits seit einem Jahr aufgefordert ist, die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen bei der Vermittlung des DDR-Unrechts besser zu unterstützen. Herr Minister Banzer, Sie waren zwar vor einem Jahr noch nicht im Amt. Dennoch müssen Sie sich in Rechtsnachfolge von Frau Wolff fragen lassen: Was haben Sie eigentlich in diesem Jahr getan?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Wir haben diesem Antrag damals zugestimmt, und wir werden auch heute dem Antrag, den CDU und FDP vorgelegt haben, prinzipiell zustimmen können. Allerdings halten wir einige Ergänzungen und Präzisierungen in diesem Antrag für dringend notwendig.

(Lebhaftes Diskussion zwischen den Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) und Norbert Schmitt (SPD) von ihren Plätzen aus.)

Die CDU und die FDP beantragen, dass „dem bedenklichen Trend zur Verklärung des DDR-Unrechtsregimes entgegengetreten werden“ sollte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, Sie sind mit uns einer Meinung, dass jeglicher Verklärung von DDR-Unrecht entgegengewirkt werden sollte.

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Wagner, entschuldigen Sie einen Augenblick. – Darf ich die Kollegen Hahn und Schmitt bitten, ihren Dialog entweder draußen fortzusetzen oder ihn zu unterlassen, weil das in dem neuen Plenarsaal doch erheblich stört. – Herr Kollege Wagner, Sie haben das Wort.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich denke, wenn es Ihnen um die Sache geht – ich unterstelle Ihnen das –, dann können Sie diesem Punkt zustimmen.

Das Zweite, was wir an Ihrem Antrag ändern wollen – trotz prinzipieller Zustimmung; ich erwähnte es –, ist, dass man als Landtag schon auf den eigenen Beschluss von vor einem Jahr hinweisen muss: dass wir als Hessischer Landtag schon vor einem Jahr von der Landesregierung verlangt haben, dass den Schulen eine entsprechende Handreichung, ein entsprechendes Konzept zur Verfügung gestellt wird. Wir tun das in der freundlichsten Formulierung, die man finden kann, wenn eine Landesregierung nichts getan hat. Wir weisen darauf hin, dass sie nichts getan hat. Wir kritisieren es nicht.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Wir machen keine Polemik. Wir sagen lediglich: Der Hessische Landtag weist auf seinen Beschluss von vor einem Jahr hin. – Wenn es CDU und FDP um die Sache geht, können sie auch diesem Punkt sicher zustimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, wir verschärfen Ihren Antrag an einer wichtigen Stelle. Sie weisen völlig zu Recht darauf hin, dass an der innerdeutschen Grenze Menschen zu Tode gekommen sind, dass Menschen an der innerdeutschen Grenze ermordet wurden. Wir fügen Ihrem Antrag hinzu: Es war nicht nur an der innerdeutschen Grenze, sondern es war auch an den anderen Grenzen des Warschauer Paktes. Ich denke, auch das gehört dazu, wenn wir Geschichte sorgfältig vermitteln und aufarbeiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der LINKEN)

Auch da gilt: Wenn es Ihnen um die Sache gilt, werden Sie zustimmen.

Zu der Aufarbeitung eines Unrechtsregimes gehört zum einen, dass wir zentral die Geschichte und die Taten der SED betrachten. Aber es gehört auch dazu, dass wir an den Schulen und der Öffentlichkeit vermitteln, dass es in der DDR Blockparteien gab, was die Rolle dieser Blockparteien war, dass es eben keine demokratisch legitimierten Parteien waren. Deshalb gehören auch die Blockparteien in Ihren Antrag. Deshalb gehört in Ihren Antrag auch, an den Schulen über die Kontinuitäten und die Diskontinuitäten der Blockparteien und ihrer Nachfolgeorganisationen zu reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Ich wundere mich jetzt sehr, dass die CDU nur teilweise geklatscht hat. Ich denke, zu einer Aufarbeitung gehört die gesamte Geschichte der DDR.

(Zurufe der Abg. Axel Wintermeyer und Dr. Christian Wagner (Lahntal) (CDU))

Wir haben ausdrücklich geschrieben, dass auch auf die Diskontinuitäten bei den Blockparteien, beispielsweise der Blockpartei CDU, und ihren Nachfolgeorganisationen hingewiesen werden muss. Ich denke, wenn es Ihnen um die Sache geht, können Sie auch diesem Punkt zustimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der letzte Punkt, den wir in Ihrem Antrag ergänzen, ist der – ich hatte es eingangs schon angesprochen –, dass wir mit dieser Debatte im Hessischen Landtag nicht den Eindruck erwecken wollen, an unseren Schulen würde zu diesem wichtigen Thema nicht schon vieles geleistet und würde nicht jeden Tag von Lehrerinnen und Lehrern sehr viel vermittelt. Deshalb nehmen wir auch ausdrücklich in unseren Änderungsantrag auf, dass wir den Lehrerinnen und Lehrern danken und dass wir bei der Erstellung dieser Handreichung, die es jetzt zur Vermittlung des DDR-Unrechts geben soll, die vielen guten Erfahrungen und das viele Engagement, das Lehrerinnen und Lehrer in diesem Bereich schon investiert haben, selbstverständlich berücksichtigen wollen.

Meine Damen und Herren, das sind unsere Änderungsvorschläge. Wir sind eigentlich sehr zuversichtlich: Wenn es um die Sache geht, dann können CDU und FDP diesen Änderungen auch zustimmen. Herr Kollege Greilich, wenn es um etwas anderes geht, werden wir das an Ihrem Abstimmungsverhalten sehen.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Ich möchte Ihnen allerdings auch sehr deutlich widersprechen. Herr Kollege Greilich, bei der Parallele, die Sie zwischen der 68er-Bewegung und irgendwelchen Zusammenhängen zwischen Diktatur und Unfreiheit gezogen haben, möchte ich Ihnen ausdrücklich widersprechen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Da gehört mehr als ein Komma dazwischen, wie in Ihrer Rede, da gehören ganze Sätze dazwischen. Herr Kollege Greilich, die 68er-Bewegung hat nämlich mit Unfreiheit und Diktatur absolut gar nichts zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Ich war damals bei der 68er-Bewegung nicht dabei. Herr Kollege Greilich, manches der 68er-Bewegung nervt mich auch.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Vor allem nerven mich manche Erzählungen, wie toll es damals war und wie unrevolutionär die heutige Jugend ist. Es muss aber ganz klar sein, die 68er-Bewegung ist für mehr Freiheit und mehr Pluralität in unserer Gesellschaft eingetreten.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Greilich war dabei!)

– Herr Greilich war vielleicht dabei und hat eine schlechte Erinnerung. Da muss etwas aufgearbeitet werden. – Ich bin den Menschen, die damals die 68er-Bewegung gestaltet haben, auch wenn sie mich manchmal mit ihren Ratschlägen nerven, ausdrücklich dankbar für das, was sie für unsere Gesellschaft erreicht haben. Das soll sehr deutlich gesagt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wenn es hier um die Sache geht, können wir zu einem Beschluss des gesamten Parlaments kommen, wie wir die Arbeit der Schulen unterstützen können. Aus Sicht meiner Fraktion können wir über den Antrag sofort abstimmen, wir brauchen keine Ausschussberatung. Ich sehe einen großen Konsens im Land-



tag. Wenn andere Fraktionen das anders sehen, geben wir den Antrag an den Ausschuss.

Unsere Position ist klar: Wie vor einem Jahr werden wir auch dieses Mal dem Antrag zustimmen. Weil es heute schon einmal angesprochen wurde, betone ich es noch einmal: Wir heißen nicht ohne Grund BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das werden wir noch sehen! – Minister Stefan Grüttner: Das habt ihr doch vergessen!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Zu einer Kurzintervention hat sich Frau Kollegin Henzler zu Wort gemeldet. Zwei Minuten Redezeit.

#### **Dorothea Henzler (FDP):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da Herr Kollege Wagner mich direkt aus der Ausschusssitzung aus dem Jahr 2007 zitiert hat, möchte ich darauf reagieren. Es war im April 2007, es ist also fast eineinhalb Jahre her, als wir dieses Thema diskutiert haben. Damals lag die Studie noch nicht vor. Ich möchte bemerken: Alle Parteien, die damals im Hessischen Landtag vertreten waren, haben dieses Thema als nicht so wichtig empfunden, es wurde nämlich ohne Aussprache an den Ausschuss überwiesen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? – Gegenruf des Abg. Florian Rentsch (FDP): So ist es!)

Wir haben im Plenum nicht darüber gesprochen, sondern haben im Ausschuss abschließend darüber beraten. Von daher gesehen, haben wir uns alle darüber verständigt, dass wir das nur im Ausschuss besprechen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Die Situation war damals eine ganz andere. Wir hatten an den Schulen ein ganz anderes Problem, nämlich G 8.

(Beifall bei der FDP)

Wir hatten eine Überfrachtung der Lehrpläne. Wir haben alle gesagt, selbst der Ministerpräsident: entrümpeln, entschlacken, herausnehmen. Dann kam der Antrag der CDU, dieses Thema wieder neu aufzunehmen. Daher kam die Entscheidung der FDP, in diesem Moment dem nicht zuzustimmen. Übrigens hat auch die SPD nicht zugestimmt, also seien Sie einmal ganz ruhig.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aha! – Zurufe von der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Redezeit für eine Kurzintervention beträgt zwei Minuten. Dazu gehört, dass man relativ viel in relativ kurzer Zeit unterbringen möchte. Deswegen darf ich Sie bitten, Ruhe zu bewahren und Frau Henzler während dieser zwei Minuten zuzuhören.

#### **Dorothea Henzler (FDP):**

Die damalige Kultusministerin, Frau Wolff, hat im Ausschuss gesagt, die Aufbereitung der Zeit der DDR sei bereits Bestandteil der Lehrpläne. Sie werde dafür sorgen, dass durch Handreichungen diese Lehrpläne ergänzt würden. Danach ist nichts mehr geschehen.

Nun liegt die Studie vor. Diese Studie zeigt sehr bedenkliche Ergebnisse, darauf hat mein Kollege Wolfgang Greilich sehr deutlich hingewiesen. Das heißt, heute besteht Handlungsbedarf.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Henzler, ich darf Sie nun bitten, zum Schluss zu kommen. Die zwei Minuten sind um.

#### **Dorothea Henzler (FDP):**

Jetzt sind die Lehrpläne verkürzt. Jetzt muss genau darauf geachtet werden, dass in den verkürzten Lehrplänen genau dieser Themenbereich Diktatur – Demokratie, DDR – BRD nicht zu kurz kommt. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt und werden auch den Ergänzungen der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Henzler. – Herr Kollege Wagner hat die Möglichkeit zur Antwort.

(Minister Stefan Grüttner: Erklären Sie jetzt, warum Sie es vergessen haben!)

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Kollegin Henzler, ich hatte Sie extra nicht namentlich angesprochen, weil ich wusste, dass Sie heute gesundheitlich etwas beeinträchtigt sind. Ich wollte Ihnen den Weg nach vorne ersparen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sie ist nur in der Mobilität eingeschränkt!)

Da Sie nun aber den Weg nach vorne genommen haben, muss ich Ihnen antworten. Frau Kollegin Henzler, hätten Sie doch einfach gesagt, Sie hätten damals daneben gelegen, Sie hätten damals das Thema nicht ernst genommen. Auch zurückrudern will gelernt sein. Manchmal ist ein klarer Schnitt eben besser.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Dieser arrogante Wagner! Stilllos und niveaulos!)

Sie haben dazugelernt und stimmen heute zu. Das ist wunderbar. Vor einem Jahr war Ihnen das Thema, das Sie heute für das wichtigste dieser Plenardebatte halten, noch nicht einmal eine Zustimmung wert. Das gehört auch zur Wahrheit. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Nächster Redner ist Herr Kollege Irmer für die CDU-Fraktion.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Jetzt kommt die ganze Wahrheit!)

**Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal kann ich feststellen, dass wir uns mit unserem Antrag in der Kontinuität unserer Politik befinden. Verehrter Herr Kollege Wagner, deshalb haben wir auch keine Probleme, wenn wir im Ausschuss im Detail über Ihren Änderungsantrag, den wir im Kern ohne jeden Zweifel mittragen können, diskutieren. Es wäre sehr begrüßenswert, wenn wir zu einem gemeinschaftlichen Gesamtergebnis kommen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt eine Reihe von Studien, die Studie des Geschichtslehrerverbands aus dem Jahr 2005, die Studie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur aus dem Jahr 2004, die Studie des Forschungsverbundes SED-Staat der FU Berlin aus dem Jahr 2007. Sie alle kommen im Kern mehr oder weniger zu den gleichen Ergebnissen – Herr Kollege Greilich hat einige angesprochen –: Erich Honecker war der zweite deutsche Bundeskanzler, die Stasi ist ein ganz normaler Geheimdienst, die Schüler glauben, Einkommen und Vermögen wären in der DDR gleichmäßig verteilt gewesen – nicht alle sagen das, aber ein Teil –, Willy Brandt war ein DDR-Politiker, der Umweltschutz im Osten Deutschlands sei besser als im Westen, demokratische Wahlen gab es; über 50 % wussten nicht, wer die Mauer errichtet hat, 30 % wussten, wer Ulbricht war, 60 % der westdeutschen Schüler sind der Auffassung, dass die DDR nicht unbedingt als Diktatur zu bezeichnen ist.

Das ist in Kurzform das aus unserer Sicht erschreckende Ergebnis. Deshalb ist Handlungsbedarf angesagt. Wir dürfen an dieser Stelle unseren Schülern keinen Vorwurf machen. Es handelt sich um eine Generation, die 20 Jahre Freiheit hinter sich hat. Für diese Generation ist all das Geschichte, was wir teilweise noch live erlebt haben. Deshalb müssen wir alles daransetzen, unsere Jugendlichen entsprechend zu informieren.

Aus meiner Sicht ist das Besorgniserregende daran, dass es an Trennschärfe zwischen Demokratie und Diktatur fehlt. Das ist das Kernproblem. Der Bundespräsident hat aus meiner Sicht recht, wenn er vor wenigen Wochen öffentlich erklärt hat, dass mehr DDR-Geschichte an den Schulen unterrichtet werden muss. Ich teile ausdrücklich auch das, was der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Wolfgang Tiefensee, erst vor wenigen Tagen in der „Welt“ erklärt hat. Er hat darauf hingewiesen, es gebe eine absurde Rückwärtsrolle hin zur DDR. Die Mauerbefürworter verharmlosten demagogisch DDR- und SED-Regime. Deswegen seien Aufarbeitung und Aufklärung sowie eine tiefere Befassung mit dem Thema nötig.

Er hat weiter darauf hingewiesen, dass wir im nächsten Jahr den 20. Jahrestag des Mauerfalls feiern. Dies ist, so sagt Tiefensee, ein Grund zum Feiern, und er fügt hinzu: Haben wir nicht Großartiges geschaffen? – Ich denke, er hat recht.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Der deutsche Philosoph Wilhelm von Humboldt hat einmal gesagt: „Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft.“ Ich möchte es so formulieren: Wer die eigene Geschichte nicht kennt, kann die Gegenwart nicht richtig einordnen, geschweige denn die Zukunft verantwortungsvoll gestalten.

Meine Damen und Herren, das, was wir heute in diesem Staat als Demokratie haben, ist mit viel Fleiß, mit Schweiß, mit Blut, mit Opfern von Generationen vorher erarbeitet worden. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass braune Braune und rote Braune wie zu Zeiten der Weimarer Republik diese freiheitlich-demokratische Grundordnung von den Rändern aus in die Zange nehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist richtig, dass wir die Nazidiktatur aufgearbeitet haben, völlig unstreitig. Es war ein Terrorregime mit allem, was damit verbunden ist. Aber genauso richtig und wichtig ist es aus unserer Sicht, das Terrorregime der sozialistischen Republik DDR ebenfalls vorbehaltlos aufzuarbeiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich zitiere den Direktor der Stasigedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, der gesagt hat:

Erst wenn die kommunistische Diktatur den Deutschen auch so präsent ist wie das verbrecherische Regime der Nationalsozialisten, ist die Aufarbeitung des SED-Unrechts gelungen.

Ich ergänze dies durch ein Zitat durch Vera Lengsfeld, ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin und ehemalige GRÜNE, die erklärt hat: Es muss thematisiert werden, wie sich die Positionen der linken und rechten Sozialisten gleichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist schon bemerkenswert, wenn man sich die Parteiprogramme anschaut, was die roten Braunen und die braunen Braunen gemeinsam wollen. Beide wollen eine Vergesellschaftung von Grund und Boden. Beide wollen eine Verstaatlichung der Konzerne. Beide lehnen Privatisierungen ab. Beide wollen den Atomausstieg. Beide wollen einen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Beide wollen eine andere Gesellschaftsordnung. Beide wollen einen gesetzlich garantierten Mindestlohn, die LINKEN mit 8,44 €, die NPD mit 10 €. Beide wollen den Ausbau des Frankfurter Flughafens verhindern. Beide wollen die Abschaffung der Ein-Euro-Jobs. Die LINKE propagiert den demokratischen Sozialismus, die NPD propagiert den nationalen Sozialismus.

Bei beiden Systemen war eines immer gleich: Justiz ist instrumentalisiert worden. Sie war ein Mittel der Politik. Ich erinnere an den Volksgerichtshof zur Nazizeit, und ich erinnere an die Terrorurteile, die in letzter Konsequenz in der Ostzone gefällt worden sind. Ich kann Erich Honecker zitieren, der zum Thema Recht erklärt hat:

Die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft bestimmt die Funktion und den Ausbau des sozialistischen Rechtes. Dieses Recht ist Ausdruck der Macht der Arbeiterklasse. Es dient der Sicherung unserer sozialistischen Ordnung und setzt die juristischen Normen für das Zusammenleben der Menschen.

Justiz im Interesse der Parteipolitik – auch dies eine Gemeinsamkeit von Nazis und Kommunisten.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind auch beide einig in der Ablehnung der Europäischen Union. Herr van Ooyen erklärt, die Europäische Union sei eine tödliche Festung, die Politik der EU sei auf Militärinterventionen ausgerichtet. In ihrem Innern herrsche Militarisation. Das sagt Herr van Ooyen.

Dann schauen Sie bitte in das Programm der NPD. Dort steht:

Die Europäische Union ist keine Institution, die den Völkern Europas dient. Sie ist vielmehr eine Institution zur Durchsetzung der Interessen des Kapitals ...

Herr Kollege Lenz hat in einer anderen Debatte zu Recht darauf hingewiesen.

Es nimmt doch nicht wunder, wenn der Generalsekretär der NPD, Peter Marx, den Parteivorsitzenden der Linkspartei, Oskar Lafontaine, gegen den Zentralrat der Juden in Schutz nimmt. – So weit dazu, was die Gemeinsamkeiten angeht, in der gebotenen Kürze.

Lassen Sie mich zu dem Thema DDR-Verbrechen etwas sagen. Wir haben darauf hingewiesen: In der Nazizeit sind im Namen Deutschlands bedauerlicherweise unendlich viele Verbrechen verübt worden.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Bedauern Sie das wirklich? – Gegenruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU): Das ist eine Unverschämtheit! – Lebhafter Zurufe von der CDU)

– Meine liebe Frau Schott, ich leiste seit 30 Jahren ehrenamtlich und hauptamtlich Arbeit für die Bevölkerung, für die Menschen. Meine gesamte Familie wohnte in der Ostzone, und ich kann gut verstehen, was Frau Metzger getrieben hat. Ich habe die Teilung der Familie live an meinem eigenen Leib, an meiner Familie erlebt, und ich möchte nie wieder in irgendeiner Form eine Diktatur in diesem Staat haben.

(Lebhafte Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich lasse mir von Ihnen nicht sagen, was Demokratie und Freiheit ist – von Ihnen nicht.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Mark Weinmeister (CDU), zur LINKEN gewandt: Das ist unglaublich! Nehmen Sie das zurück!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Meine Damen und Herren, Herr Irmer hat das Wort.

#### **Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Meine Damen und Herren, verehrte Frau Präsidentin, ich will auf die Verbrechen im anderen Teil Deutschlands eingehen. Ich erinnere an den Menschenhandel. 33.755 Menschen sind vom freien Westen aus der DDR für 40.000 bis 80.000 DM freigekauft worden. Ein guter Freund von mir, Mitglied meines Redaktionsteams im Gesundheitskompass, ein Arzt, hat seine eigene Frau aus den Fängen der Stasi herausgekauft. Sie war Ärztin. Fragen Sie einmal, was er für eine Lebensgeschichte hat. 60.000 DM hat er dafür hinblättern müssen, dass sie vom Osten in den

Westen gekommen ist. Frau Kollegin Wissler, das ist Ihr Sozialismus.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Janine Wissler (DIE LINKE): Ich hatte mit der DDR nicht viel zu tun!)

Meine Damen und Herren, ich erinnere an die Tausend Toten an der Mauer, an den Schießbefehl. Erich Honecker hat erklärt: Genossen, die die Schusswaffe erfolgreich angewandt haben, sind zu belobigen.

Stasi. Ich habe hier einen Brief unseres ehemaligen Landtagskollegen Dieter Fischer vorliegen. Es gab einen Fahndungsauftrag vom 25.11.1966 des Ministeriums für Staatssicherheit. „Fahndungsauftrag Fischer, Dieter“ steht darauf. Das ist unser Landtagskollege. „Die Fahndung wurde entsprechend Ihres Auftrages eingeleitet. Alle Einreisemeldungen, Benachrichtigungen sowie Rückfragen erfolgen unter der Fahndungsnummer 17160.“ Dann heißt es in einem Dossier unter anderem: „Das Haus der Fischers ist in ihrem Eigentum (Biskirchen, Lahn-Dill-Kreis). Andere Mieter wohnen dort nicht. Am 13.10.1967 stand auf dem Hof ein grauer Volkswagen mit dem Kennzeichen WA-C 533.“ Das war das Auto vom Kollegen Dieter Fischer.

Meine Damen und Herren, das war Stasi live bis hier in den Westen der Republik.

Ich erinnere an die gezielten Morde der Staatssicherheit. Ich erinnere an Einzelhaft, Folter, Trennung von Familien, Schlafentzug, physische und psychische Gewalt.

(Michael Boddenberg (CDU): Zwangsadoption!)

91.000 Hauptamtliche der Stasi gab es, 400.000 Nebenamtliche, allein 30.000 IMs im Westen. Ich glaube, dass Herr Gysi in der Lage wäre, über dieses Thema mitzureden.

(Beifall bei der FDP)

Freie Wahlen – Fehlanzeige. Meinungsfreiheit – Fehlanzeige. Pressefreiheit – Fehlanzeige. Reisefreiheit – Fehlanzeige. Wenn Sie studieren wollten, Frau Kollegin Wissler, dann mussten Sie mindestens in der FDJ sein,

(Janine Wissler (DIE LINKE): So wie Frau Merkel?)

oder Sie mussten in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sein. Wenn Sie das nicht waren, durften Sie nicht studieren. Das waren die Berufsverbote zu Ihrer Zeit. Frau Wissler, nehmen Sie das einfach einmal zur Kenntnis.

(Lebhafte Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

DDR-Planwirtschaft, Mangelwirtschaft. Während die Bonzen in Saus und Braus gelebt haben – Wandlitz lässt grüßen –, hat das Volk gedarbt. Wissen Sie noch, was die Dose Ananas gekostet hat? Meine gesamte Verwandtschaft kommt aus der Ostzone. Ich kann Ihnen das erzählen. Eine Dose Ananas hat 18 Ostmark gekostet. Ein Pfund Kaffee, wenn es denn da war, hat 60 Ostmark gekostet, ein Nylonhemd 120 Ostmark, und das bei einem Durchschnittseinkommen von 500 bis 600 Ostmark.

Meine Damen und Herren, ich erinnere an die HO, die Handelsorganisation, an die Intershop-Läden. Klassenlose Gesellschaft? Wer kam dort hinein? Dort sind Sie nur hineingekommen, wenn Sie Westgeld hatten. Da sind Sie mit Ihren Ostverwandten in die Intershop-Läden und ha-



ben mit Westgeld bezahlt und den Verwandten das westliche Produkt gegeben, damit sie etwas Entsprechendes zu essen hatten – das war DDR live.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bundesminister Tiefensee hat vor wenigen Tagen erklärt:

Ich finde es unerträglich, dass sich die LINKE nicht mit den Fragen der Verfolgung der Sozialdemokraten durch die SED nach 1945 auseinandersetzt.

Da hat er recht. Ich fordere Sie auf: Setzen Sie sich einmal damit auseinander.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auf der anderen Seite kann er nicht erwarten, dass das funktioniert; denn 70 % der LINKEN kommen aus SED und DKP. Sie müssten sich ja von sich selbst distanzieren, und das funktioniert natürlich nicht.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Was erwarten Sie von einem Herrn Bisky, der am Schießbefehl zweifelt? Was erwarten Sie von einem Pit Metz, der 20 Jahre in der DKP war und sich wieder anschickt, an die Spitze dieser Chaotentruppe hier vorne zu gehen?

Was erwarten Sie von einem Bundestagsabgeordneten Gehrcke, der von der DKP kommt? Was erwarten Sie von einem Herrn Ettingshausen, der Sie berät und aus der SED Sachsen-Anhalt kommt? Es gibt auch eine Verbindung zur DKP. Ich habe einen schönen Brief vom September 1989, unterzeichnet von Herrn Mies, damals Vorsitzender der DKP. Herr van Ooyen, Sie kommen jetzt gleich dran.

An den Generalsekretär des ZK der SED – Lieber Genosse Erich! Wir sind dankbar für die bisherige solidarische Unterstützung. Wenn wir für das anstehende Jahr 1990 dennoch um eure Unterstützung in annähernder Höhe des Jahres 1989 bitten, dann vor allem deshalb, weil wir viel Geld ausgeben müssen, im nächsten Jahr Landtagswahlen haben ...

Ich zitiere wörtlich:

Neben einer Reihe vorgesehener größerer Aktionen im Bereich Frieden und Abrüstung, Antifaschismus, soziale Anliegen entstehen uns zugleich Kosten (Sozialplan bei der Verringerung des hauptamtlichen Apparates) ...

Frau Wissler, da werden Arbeitsplätze abgeschafft.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Deshalb kommt Herr Mies zu dem Ergebnis:

Das alles in Betracht ziehend, möchten wir Dich, lieber Erich, bitten, uns doch auch für das kommende Jahr eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von 64,5 Millionen DM zu gewähren ...

Jetzt schauen wir einmal, wofür dieses Geld ausgegeben worden ist. Solidaritätsmittel werden unter anderem ausgegeben für die VVN, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, 28 Mitarbeiter, 2,3 Millionen DM, und die DFU, 31 Mitarbeiter, 3,1 Millionen DM. Sie, Herr van Ooyen, waren der Geschäftsführer.

(Beifall bei der CDU)

Sie wären ein Söldner Erich Honeckers. Einmal Kommunist, immer Kommunist.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Irmer, 15 Minuten sind abgelaufen. Ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

### Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Ich bedauere das, denn ich hätte hier noch ein bisschen mehr vorzutragen, Frau Präsidentin.

Ich möchte mit einem Zitat aus einem Brief hier schließen, den ein ehemaliger Landtagsabgeordneter und Kollege, Georg Prusko, der von 1969 bis 1983 im Landtag war, an unseren Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dr. Wagner, geschrieben hat, in dem es um genau diese Thematik geht. Georg Prusko saß nämlich in Stasihaft. Er schreibt:

Ein weiteres Ereignis ..., an das ich immer noch denken muss, ist die Begegnung mit zwei alten Sozialdemokraten in einer Zelle im Zuchthaus Waldheim. Diese Männer waren zu Zuchthausstrafen verurteilt worden, weil sie an den Idealen und Zielen der SPD festhalten wollten und sich geweigert haben, in die SED einzutreten. Es ist deshalb unerlässlich, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, was alles geschehen kann, wenn wir in Zukunft nicht wachsam sind. Diktatur bleibt Diktatur, egal ob von rechts oder von links. Unsere Parole muss lauten: Wehret den Anfängen!

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

### Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Irmer. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Hahn zu Wort gemeldet.

### Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Der Kollege Irmer hat eben ein Bild entwickelt und auch sehr intensiv und gut begründet, indem er von den roten Braunen und den braunen Braunen gesprochen hat. Kollege Irmer hat, jedenfalls in meinen Augen, sehr überzeugend dargelegt, wie verabscheuungswürdig die Handlungsweisen der braun-braunen Diktatoren in Deutschland gewesen sind.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann ist in diesem Hause etwas zugerufen worden, und zwar von der Bank der Postkommunisten. Die parlamentarische Geschäftsführerin, Frau Schott –

### Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Hahn, halten Sie kurz inne. Das ist eine Kurzintervention zur Rede des Kollegen Irmer.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Ich bitte Sie, zur Rede des Herrn Kollegen Irmer eine Kurzintervention zu machen.

(Zurufe von der CDU und der FDP – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Jetzt wird sie parteiisch! Das darf doch nicht wahr sein!)

Herr Hahn, Sie haben zwei Minuten Redezeit, um zur Rede des Kollegen Irmer eine Kurzintervention zu ma-

chen. Sie können gerne fortfahren, aber ich bitte Sie, zur Rede des Kollegen Irmer Stellung zu beziehen.

(Unruhe)

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Frau Präsidentin, Sie erschweren sich gerade selbst die Arbeit. Ich habe in den 45 Sekunden, die ich bisher reden durfte, nämlich ausschließlich zur Rede des Kollegen Irmer gesprochen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich habe dann darauf hingewiesen, dass während der Rede des Kollegen Irmer ein Zwischenruf gekommen ist. Auch das gehört zur Rede des Kollegen Irmer, und zwar substantziell.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Frau Präsidentin, der Zwischenruf lautete: „Bedauern Sie das wirklich?“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gehe davon aus, dass der Kollege Irmer das sehr wohl bedauert. Ich halte es für eine parlamentarische und menschliche Ungezogenheit, dass das in diesem Hause auf die Weise infrage gestellt wird. Frau Schott, entschuldigen Sie sich unverzüglich dafür.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Das Wort hat Frau Kollegin Habermann für die SPD-Fraktion.

(Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

– Herr Kollege Weinmeister, zur Erklärung: Der Kollege Hahn hat eine Kurzintervention zur Rede des Kollegen Irmer gemacht. Der Einzige, der antworten könnte, wäre Herr Kollege Irmer. Er hat sich nicht zu Wort gemeldet. Deshalb fahren wir in der normalen Wortmeldungsliste fort. Jetzt ist Frau Kollegin Habermann für die SPD-Fraktion an der Reihe.

(Zurufe von der CDU)

**Heike Habermann (SPD):**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass es bei diesem Antrag nicht allein um die Sache gemäß dem Antragstenor geht, dann haben die Rede von Herrn Irmer und der Beifall der CDU-Fraktion uns dieses gezeigt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Lassen Sie mich deshalb zur Sache zurückkommen, zu der Herr Irmer erschreckend wenig beigetragen hat. Die Beschäftigung mit allen Perioden der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert und damit auch der Entwicklung in beiden deutschen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg und dem totalitären Regime in der DDR ist für junge Menschen immens wichtig. Ich denke, darüber sind wir uns alle in diesem Hause einig. Sie muss anhand der historischen Entwicklung den jungen Menschen Maßstäbe für die Beurteilung von Demokratie und Diktatur an die Hand geben, sie für die Bedeutung von Menschen- und Bürgerrechten sensibilisieren. Schülerinnen und Schüler sollen die Auswirkungen staatlicher Unterdrückung er-

kennen lernen und erfahren, wie sie sich auf Menschen, ihr Verhalten und ihre Lebensführung auswirkt.

Junge Menschen sollen ein Engagement entwickeln, sich für Menschenrechte, gleiche Chancen und Freiheit einzusetzen. Es ist auch Aufgabe von Schule und Unterricht, hierzu Informationen zu liefern und zu Diskussionen anzuregen, denn nur die Auseinandersetzung und die kritische Würdigung von Informationen können unsere Demokratie stärken und demokratisch bewusste Bürger hervorbringen. Das ist der einzige Punkt, wo ich mit den Ausführungen in der Rede des Kollegen Greilich übereinstimme.

Es ist erschreckend, dass Studien immer wieder zu dem Ergebnis kommen, dass das Wissen von Schülerinnen und Schülern über die Diktatur in der DDR, über die sie tragende SED und die Blockparteien völlig unzureichend ist.

(Beifall bei der SPD)

Das ist übrigens genauso erschreckend wie die Ergebnisse der zahlreichen Untersuchungen, die die Kenntnisse von Schülerinnen und Schülern über die deutsche Geschichte bis 1945 zum Gegenstand haben.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch richtig, dass sich die Politiker damit auseinandersetzen und nach Lösungsansätzen suchen müssen. Dass es dabei allerdings ausreichend und erfolgreich ist, die Landesregierung mit der Ausarbeitung einer Handreichung zu beauftragen, ist zu bezweifeln. Es gibt eine Fülle von Materialien, Filmen, Projekten und Handreichungen, die das Leben in der DDR und die massiven Eingriffe des Regimes in die Freiheit und die körperliche Unversehrtheit der Menschen dokumentieren und pädagogisch aufarbeiten.

Ich kann der Landesregierung nur empfehlen, einen Blick auf das brandenburgische Bildungsportal zu werfen, wo ein neues Projekt angeboten wird. Das ist ein Bildungsportal zur DDR-Geschichte, in dem die Schülerinnen und Schüler eigenständig weiterforschen, Geschichte medial aufarbeiten und sich beteiligen können. Ich könnte mir vorstellen, dass wäre eine gute Ergänzung zu dem Material, das bereits vorliegt.

Natürlich gibt es in jeder Schule Lehrkräfte, die diese Materialien im Geschichtsunterricht einsetzen, um ihren Schülerinnen und Schülern die Grundlagen für eine Einordnung der DDR und ihres Staatssystems zu vermitteln. Wir schließen uns deshalb ausdrücklich dem Dank an die Lehrkräfte an, der im Änderungsantrag der GRÜNEN zum Ausdruck gebracht wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Antrag dagegen suggeriert – auch der Beitrag von Herrn Greilich hat das vorhin wieder deutlich gemacht –, eine der Ursachen für das fehlende Geschichtsbewusstsein liege in Versäumnissen der Lehrkräfte. Herr Greilich hat in seiner Rede das wiederholt, was er in seiner Presseerklärung vom 28.07 geschrieben hat. Er hat in dieser Presseerklärung ausgeführt:

Ich habe leider die Kenntnis, dass der eine oder andere Lehrer, insbesondere aus der sogenannten 68er-Generation, die Aufarbeitung dieses Teils der deutschen Geschichte aus ideologischen Gründen schlicht verweigert.

Herr Greilich, dies ist eine üble Unterstellung, eine Verunglimpfung der hessischen Lehrer, und es ist der Problematik völlig unangemessen.

(Beifall bei der SPD)

Auch Herr Wagner hat in den Protokollen gestöbert und festgestellt, dass wir am 23.08.07 einen fast gleichlautenden Antrag der CDU im Kulturpolitischen Ausschuss in abschließender Beratung verabschiedet haben, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, ein Konzept zur Aufarbeitung der DDR/SED-Diktatur zu erstellen.

Passiert ist bis heute nichts. Obwohl die antragstellende Fraktion, einschließlich der damals noch amtierenden Kultusministerin, die Bedeutung genauso hervorhob wie jetzt, hat die Landesregierung bis heute kein Konzept entwickelt. Sie hat bis heute nichts vorgelegt. Welche Bedeutung haben Sie damals Ihrem Antrag zugemessen, wenn Ihre eigene Landesregierung offensichtlich nichts getan hat, um ihren Arbeitsauftrag zu erfüllen?

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch einen Antrag erwähnen, der in derselben Ausschusssitzung, nämlich am 23. August 2007, behandelt wurde. Der Ausschuss hat einstimmig dem Antrag zugestimmt, ein Konzept dafür vorzulegen, wie es den Kindern an hessischen Grundschulen ermöglicht werden kann, ein Instrument zu erlernen. Das sollte in Zusammenarbeit mit den Grundschulen erfolgen.

Dieser Beschluss wurde inzwischen umgesetzt. Hier ist etwas passiert. Zum Schuljahresanfang wurde das Projekt JeKi – jedem Kind ein Instrument – an 70 Grundschulen mit 1,5 Millionen € gestartet. Dem Beschluss für ein Konzept zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat die Landesregierung dagegen bis heute nicht Rechnung getragen.

Die SPD-Fraktion lehnte in der damaligen Ausschusssitzung den Antrag der CDU ab. Sie lehnte ihn gemeinsam mit der FDP, vertreten durch die Kollegin Henzler, ab. Ich halte es nicht für notwendig, das Zitat noch einmal zu bringen. Aber, Frau Henzler, ich muss Ihnen sagen, Ihre Argumentation war schlüssig. Sie haben darauf hingewiesen, die Lehrpläne hätten dafür zu sorgen, dass dieses Thema angeboten wird. Sie haben darauf hingewiesen, dass Schulen eigenverantwortlich über Schwerpunkte entscheiden sollen. Dabei darf die Wichtigkeit dieses Themas allerdings nicht aus dem Auge verloren werden. Wir konnten dieser Argumentation folgen und haben im Ausschuss teilweise in ähnlicher Weise argumentiert.

Wenn Sie heute sagen, die Situation war damals eine andere, weil wir G 8 hatten, frage ich Sie: Was ist denn heute anders? Wir haben immer noch G 8. Sind Sie der Auffassung, dass die Probleme damit gelöst sind?

(Zuruf der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Wenn Sie auf die Studie hinweisen, kann ich Ihnen nur sagen, es gab bereits im Jahr 2004 solche Studien. Es gibt an vielen Stellen Schülerbefragungen, die immer die gleichen Ergebnisse haben. Die Notwendigkeit, hier über Konsequenzen nachzudenken, ist nicht neu und hat sich nicht erst in diesem Jahr entwickelt. Deswegen halte ich diese Begründung nicht für schlüssig.

(Beifall bei der SPD)

Also muss man fragen, was eigentlich in der Zwischenzeit passiert ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, was ist passiert, dass Sie damals einen Antrag abgelehnt haben und heute als Antragsteller auftauchen und einen

solchen Antrag sogar zum Setzpunkt erklären? Was ist passiert, dass der Antrag zur Erstellung eines Konzepts damals an den Ausschuss überwiesen und im Plenum noch nicht einmal behandelt worden ist, während er heute mit einer Redezeit von 15 Minuten bedacht wird?

(Florian Rentsch (FDP): Das hat doch Herr Wagner schon gesagt! Das steht doch auf diesem Zettel! Aber er hat es auch schon gesagt!)

– Ja, Herr Rentsch, aber es ist ganz gut, das zu wiederholen; denn offensichtlich haben Sie keine Antwort darauf.

(Beifall bei der SPD – Florian Rentsch (FDP): Wenn es doch wahr ist!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP und von der CDU, ich habe auch noch einige Fragen zu dem Antragstext. Warum sollen die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED im Jahr 1946 und die sich anschließende unmenschliche Verfolgung von Sozialdemokraten im Fokus stehen, während die Alibifunktion insbesondere von CDU und LDPD für eine sogenannte pluralistische Demokratie in der DDR nicht aufgearbeitet werden soll?

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Doch, das gehört dazu! Das wollen wir auch!)

Warum soll in dieser Handreichung ausschließlich die Kontinuität zwischen der SED und ihren Nachfolgeorganisationen thematisiert werden, während die Frage des Übergangs politischer Parteien im vereinigten Deutschland und die Vereinigung der ehemaligen Blockparteien LDPD, NDPD sowie der DPD und der Ost-CDU mit FDP und CDU nicht behandelt werden?

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Überhaupt kein Problem!)

– „Kein Problem“, sagen Sie. Aber wer in einem Auftrag an die Landesregierung so in die Details geht, muss sich die Frage gefallen lassen, warum hier bestimmte Aspekte ausgelassen werden.

Ich will Ihnen auch eine Antwort auf diese Frage liefern. Das wichtige Anliegen dieses Antrags, einen bewussten Umgang mit der deutsch-deutschen Geschichte zu fördern, soll dazu herhalten, eine ganz andere Botschaft zu transportieren. Sie wollen einmal mehr mit dem Finger auf die Abgeordneten ganz links im Plenarsaal zeigen, die Sie zu Schmutzkindern abgestempelt haben. Das ist das Problem der LINKEN, und ich denke, diese können damit umgehen.

(Zurufe von der CDU)

Aber Sie wollen diejenigen, die über eine Kooperation mit den LINKEN in diesem Land diskutieren, ebenfalls in diese Ecke drängen, wenn sie Ihre teilweise kruden Formulierungen nicht unwidersprochen teilen.

(Beifall bei der SPD)

Aber es wird Ihnen nicht gelingen, dieses Bild zu stellen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie sind auf dem linken Auge blind!)

Zu groß ist die Diskrepanz zwischen den Anforderungen an den Geschichtsunterricht und den eigenen Versäumnissen während Ihrer Regierungsverantwortung.

Auf das Konzept haben wir schon mehrere Male hingewiesen. Wenn man sich aber die Mühe macht, in die Lehrpläne zu schauen, stellt man fest, dass ausgerechnet die Verkürzung der Mittelstufe des Gymnasiums dazu ge-



führt hat, dass von den vorher zwölf Unterrichtseinheiten zur deutsch-deutschen Geschichte jetzt noch elf übrig sind.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das sind noch mehr, als es während der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung dazu gab!)

Mit G 8 haben Sie auch die Zeit für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte einfach mitgekürzt.

Die Schülerinnen und Schüler der Hauptschule erfahren gemäß dem Plan überhaupt nichts über das DDR-Regime, es sei denn, sie besuchen das fakultative 10. Schuljahr. Denn in diesem Schuljahr wird das im Lehrplan der Hauptschule als Thema aufgeführt. In der Abschlussklasse 9 kommt es nicht vor.

Aber nicht nur der Lehrplan für Geschichte zeigt, wo die Überlegungen der Politik eigentlich einsetzen müssten. Meine Damen und Herren, auch der Stellenwert der politischen Bildung in der Schule wurde während Ihrer Regierungszeit eindeutig geschwächt und bedarf einer Aufwertung. Denn es geht nicht nur darum, die Fakten zu wissen und die Beurteilungsmaßstäbe dafür zu liefern. Es geht auch darum, die Schülerinnen und Schüler anzuregen, sich kritisch mit diesen Fakten auseinanderzusetzen. Dafür bietet der Politikunterricht eine gute Basis.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Diskussion, die Sie heute führen, fällt letztlich auf Sie selbst zurück. Deshalb ist der Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN nach Auffassung der Mitglieder unserer Fraktion eigentlich unnötig. Zumindest versucht er aber, einige tendenzielle Formulierungen zu entschärfen und zu objektivieren. Ich denke, er kann in der Ausschussberatung die Grundlage für einen Beschluss sein, der die Sache in den Vordergrund stellt und auf parteipolitische Wertungen verzichtet.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Frau Kollegin Habermann, schönen Dank. – Als Nächste erhält Frau Cárdenas für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

(Mark Weinmeister (CDU): Ich warte immer noch auf die Entschuldigung!)

#### **Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrten Damen und Herren!

(Mark Weinmeister (CDU): Frau Cárdenas, wollen Sie sich dieses Mal entschuldigen?)

Ich möchte aus bildungspolitischer Sicht zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP Stellung nehmen. Ich möchte zu dieser Sichtweise zurückkehren.

Auch wir LINKE haben ein Interesse daran, welches Bild der DDR den Schülerinnen und Schülern in Ost- und Westdeutschland vermittelt wird.

(Zuruf: Das glauben wir!)

Wir haben auch Interesse daran, dass aus den in diesem Staat begangenen Fehlern gelernt wird.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie sagte „Fehler“! Verbrechen waren das!)

– Es gab auch Verbrechen. – Damit soll verhindert werden, dass diese erneut begangen werden. Keine andere deutsche Partei hat sich daher mit der Geschichte der DDR so intensiv wie die LINKE auseinandergesetzt.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP) – Axel Wintermeyer (CDU): Das darf doch nicht wahr sein!)

Jeder Interessierte kann die diesbezüglichen Positionen und Analysen unserer Partei z. B. im Internet nachlesen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das haben wir von Herrn Metz gehört!)

Herr Hahn, Sie können bei mir später gerne eine Notiz abholen, auf der der Link steht.

Dadurch kann man Wissenswertes über den anderen deutschen Staat, die Intention seiner Gründung, die Fehler und Probleme erfahren,

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): „Probleme“, das ist niedriglich!)

letztlich aber auch über das Unrecht, weshalb er dann auch zu Recht – ich wiederhole: zu Recht – gescheitert ist.

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Frau Cárdenas, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hahn?

#### **Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Ich möchte jetzt gerne für meine Fraktion reden dürfen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): In der Volkskammer wäre das nicht möglich gewesen!)

Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass sich die Fraktionen der CDU und der FDP in besonderer Weise für die Unterrichtsinhalte zum Thema DDR stark machen, auch wenn wir doch sehr verwundert darüber sind, dass ausgerechnet diejenigen, die stets für eine Verkürzung der Schulzeit und eine Entschlackung der Unterrichtsinhalte eingetreten sind, nun feststellen, dass sich die Warnung unserer Fraktion bewahrheitet. Gute Bildung braucht Zeit. Um diese hat unter anderem Ihr Kultusminister die Schülerinnen und Schüler der G-8-Klassen beraubt.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass diese zu wenig über die DDR wissen, könnte nun die Konsequenz daraus sein. Dazu haben schon meine Vorrednerinnen und Vorredner Stellung genommen.

Ich möchte nun auf den ersten Punkt Ihres Antrags zu sprechen kommen. Wir unterstützen Ihre Forderung und haben ebenfalls ein Interesse daran, dass die DDR nicht verklärt wird. Denn die DDR gehört auch und insbesondere aus linker Sicht kritisiert. Das ist allerdings etwas ganz anderes als das, dass sich die Partei DIE LINKE hier für die DDR rechtfertigen müsste, wie Sie das von uns womöglich erwarten.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): 70 % Ihrer Mitglieder stammen doch aus der SED!)

Bereits auf ihrem außerordentlichen Parteitag im Jahr 1989 hat sich die SED/PDS bei der Bevölkerung der DDR für das von der SED begangene Unrecht entschuldigt und

einen Prozess der unwiderruflichen Trennung von der stalinistischen Tradition der SED begonnen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Begonnen! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das sieht Bischof Huber aber ganz anders!)

Die Geschichte der neuen LINKEN ist daher seit Langem nicht mehr nur die Geschichte der DDR oder die Geschichte der DDR-Bürger.

Ich möchte nun auf unsere Kritik an der DDR zu sprechen kommen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das sieht Bischof Huber ganz anders! – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Und Sahra Wagenknecht auch!)

– Ich bin nicht mit dem Bischof verheiratet.

(Zurufe)

– Ich habe gesagt: Ich spreche für unsere Fraktion. – Die DDR war der erste Versuch, auf deutschem Boden einen sozialistischen Staat zu errichten. Dieser Versuch ist unserer Ansicht nach vor allem aufgrund von zwei Grundübeln gescheitert.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie streben jetzt den zweiten Versuch an!)

Erstens ist er an der Unfähigkeit gescheitert, gerechte Eigentumsverhältnisse zu schaffen. Denn nicht die Arbeiter und Angestellten konnten sich als wahrhafte Eigentümer fühlen. Vielmehr blieb die Verfügungsgewalt hierüber in den Händen der Regierung und der Partei.

Zweitens. Es gab keine wirkliche Demokratie mit dem Souverän Volk. Stattdessen ist die DDR auch an dem systematischen Misstrauen ihrer politischen Führung gegenüber der eigenen Bevölkerung gescheitert.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das klingt irgendwie so lustig! Das klingt so lieb!)

Herr Hahn, aufgrund dieser Sichtweise werden wir als LINKE jeder unkritischen und verklärenden Sicht auf die DDR entgegentreten. Sie können sich sicher sein: Wir haben kein Interesse daran, dass sich Jugendliche, unabhängig davon, ob sie in Ost oder West leben – ich meine also alle Jugendlichen dieser Welt –, unter einem entwickelten Sozialismus das Staatssystem vorstellen, das es in der DDR gab.

Wir haben aber sehr wohl ein Interesse daran, dass sich Jugendliche aus Ost und West für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen und unser derzeitiges Gesellschaftssystem nicht als der Weisheit letzten Schluss begreifen. Da haben Sie recht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte jetzt auf den zweiten Punkt Ihres Antrags zu sprechen kommen. Um der Verklärung und der Uninformiertheit zu begegnen, fordern Sie eine fundierte wissenschaftliche Aufarbeitung. Eine solche zu leisten wird seit 16 Jahren vom Forschungsverbund SED-Staat versucht. Bislang geschah dies aber nur mit geringem Erfolg.

Ich halte eine andere Sache für mindestens ebenso wichtig. Wir müssen ein differenzierteres Bild der DDR zulassen. Die Verbrechen dürfen nicht bagatellisiert werden. Das darf auf keinen Fall geschehen. Wir müssen aber dem Alltag in der DDR wieder ein Gesicht geben. Wir müssen auf die unterschiedlichen Biografien differenziert eingehen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Am besten sagen wir: Es war gar nicht so schlimm!)

Wir müssen versuchen, die Menschen unter dem ganzen ideologischen Müll wiederzufinden. Wir müssen ihre Verstrickungen sowie ihre Zivilcourage offenlegen. Wir müssen das aber auch hinsichtlich ihrer Unschuld, ihrer Naivität und ihrer Furcht tun.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das sind alles Opfer!)

Zu diesem Thema passt auch, dass in der von Ihnen angeführten Studie zu lesen ist, dass von den über 5.000 befragten Schülern vermeintlich diejenigen am besten über die DDR Bescheid wussten, die vom Osten am weitesten entfernt wohnten. Das waren nämlich die bayerischen. Wie kommt das?

(Zuruf von der CDU: Das kommt durch die gute Schulbildung!)

Gut, wir wissen, dass die Bayern hinsichtlich des Schulwissens oft am besten abschneiden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Frau Kollegin, die haben aber keine Gemeinschaftsschule!)

An diesem Punkt ist uns aber etwas anderes viel wichtiger. Wie die Studie zeigt, haben und hatten viele Schülerinnen und Schüler im Osten in den Schulen wenig über die DDR erfahren. Das Bild prägen vor allem die Erinnerungen ihrer Eltern, die in der DDR groß wurden. In diesem Bild steht weder das soziale Paradies noch die Stasi im Vordergrund. Vielmehr handelt es sich um differenzierte Schilderungen aus dem individuellen Alltag.

Das Bild, das in der Bundesrepublik von der DDR gezeichnet wurde und immer noch gezeichnet wird, sieht den Geschichten der Eltern aber gar nicht ähnlich. Vielmehr trägt es propagandistische Züge derart, wie es in der ehemaligen DDR hinsichtlich der BRD der Fall gewesen ist.

Die Lebenserfahrung der Eltern, dass in der DDR in Büchern, Filmen und Zeitungsartikeln eine verklärte

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– hören Sie doch bitte einmal zu –

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Deshalb hören wir betroffen zu! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Bagatellisierung!)

Wirklichkeit und nicht Ihre Wirklichkeit dargestellt wurde, wiederholt sich nun in den Augen dieser Menschen, wenn auch diesmal in anderer Richtung. Wir müssen uns daher fragen lassen: Ist das Bild, das heute von der DDR vermittelt wird, in dem nur das Unrecht Platz hat, nicht genau wie schon früher gefärbt, allerdings nun durch den entgegengesetzten ideologischen Hintergrund?

(Zurufe von der CDU)

Ich möchte als Pädagogin und Psychologin, dass Geschichtsunterricht über die DDR sowie vielleicht Geschichtsunterricht und Politikunterricht generell immer auch Ethikunterricht und Gemeinschaftskundeunterricht ist. Nur so können wir erreichen, dass Schülerinnen und Schüler lernen, mögliche Gefährdungen der Demokratie zu erkennen und Freiheitswerte zu schätzen, die auch Sie in Ihrem dritten Punkt fordern. Dieser Beitrag als Bildungsportal könnte ein interessanter Punkt sein, wie Sie es eben angesprochen haben, weil die Schüler selbst dazu Stellung nehmen könnten.

Der zweite Teil Ihres dritten Punktes, die Gleichsetzung von Kommunismus und „Diktatur des Proletariats“ ist fehlerhaft. Es hätte gereicht, wenn Sie nur drei Minuten lang gegoogelt

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Die Lebenswirklichkeit reicht! Fragen Sie einmal die Leute!)

oder in Wikipedia nachgeschaut hätten, um zu erfahren, dass Sie falsch liegen.

Zum vierten Punkt können wir uns SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darin anschließen, dass Sie die Handreichungen in den letzten neun Jahren längst hätten in Angriff nehmen und in die Schulen bringen können. Aus der Tatsache, dass dies erst jetzt geschieht, kann man schließen, dass Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben und andere Ziele mit dem heutigen Antrag verfolgen. Darüber haben wir auch schon einiges gehört.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte Sie aber auch bei der jetzt von Ihnen gewählten Formulierung unterstützen, eine Handreichung auszuarbeiten. Ich denke, die LINKE könnte Sie dabei kompetent unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen der Abg. Hans-Jürgen Irmer, Dr. Christean Wagner (Lahntal) und Axel Wintermeyer (CDU))

Damit kommen wir zum fünften Punkt, in dem Sie noch einmal verschiedene Themen benennen, unter anderem die Mauertoten, die politische Verfolgung und anderes. Über die genannten Themen hinaus sind wir wie Sie der Meinung, dass auch das Thema „Was wurde eigentlich aus den Parteien, die die DDR repräsentierten?“ – also der SED und den Blockparteien –, einen gewichtigen Platz beanspruchen sollte. Das ist auch bei meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon deutlich geworden. Hierdurch ist es möglich, auch aktuelle politische Phänomene in einen historischen Zusammenhang zu setzen. Im Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dies klarer ausformuliert, weshalb wir diesen Antrag unterstützen werden.

Eines lassen Sie mich – damit komme ich zum Schluss – in aller Deutlichkeit mit einem Zitat von Bernd Faulenbach, einem renommierten Historiker, 1994 aus der Enquete-Kommission des Bundestages zum Thema sagen: Man darf weder die NS-Verbrechen relativieren noch die kommunistischen Verbrechen bagatellisieren.

Wenn Sie versuchen sollten, die industrielle Massenvernichtung der NS-Zeit, der ca. 60 Millionen Männer, Frauen und Kinder zum Opfer fielen, nun zu relativieren, indem Sie die DDR als die zweite und schlimmere deutsche Diktatur darstellen, was inzwischen Konservative bundesweit tun

(Aloys Lenz (CDU): Das hat niemand getan!)

– ich habe das im Konjunktiv gesagt –, dann verlassen wir Sie und Ihre Intention, und zwar ein für alle Mal. Niemand darf – weder im Landtag noch im Schulunterricht – die Verbrechen zu Beginn und in der Mitte des letzten Jahrhunderts kleinreden. Dass Sie behaupten, das ebenfalls zu wollen, hat mich sehr befriedigt, und Sie werden sich bei Gelegenheit daran erinnern lassen müssen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU), lachend: Das ist eine Unverschämtheit!)

Wir werden, wie gesagt, den Änderungsantrag der GRÜNEN unterstützen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Frau Cárdenas. – Zur Kurzintervention erhält Herr Boddenberg für die CDU-Fraktion das Wort.

**Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will zunächst auf das eingehen, was Kollege Hahn zu Recht eingefordert hat, dass wir nämlich eine Entschuldigung für das erwarten, was Sie eben in Richtung Hans-Jürgen Irmer behauptet haben. Es ist unglaublich, dass in diesem Hause solche Vorwürfe auftauchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Frau Kollegin, hier ist eben von Ihnen gesagt worden – das kennen wir schon als Behauptung von Herrn van Ooyen –, dass DIE LINKE die Partei sei, die sich mit der Aufarbeitung ihrer Vergangenheit besonders hervorgetan habe, was sich vor dem Hintergrund einiger aktueller, aber vielleicht auch nicht ganz so aktueller Dinge doch sehr merkwürdig anhört. Vielleicht erinnern Sie sich noch an einen Landtagskandidaten der LINKEN, Karl-Klaus Sieloff, der im Januar öffentlich vor einer Wahl der LINKEN gewarnt hat.

Herr Präsident, ich gehe davon aus, dass ich zitieren darf. Er sagte damals: Die Linkspartei darf es am 27. Januar nicht in das Parlament schaffen. „Die Parteiführung ist verlogen, undemokratisch und totalitär. Den Ton geben Anarchisten, Altkommunisten und Chaoten an.“

Frau Kollegin, jetzt kommt es. Weiter: „Die Verbrechen der DDR anzusprechen oder von Aufarbeitung zu sprechen ist absolut tabu. Da wird man sofort als Rechter beschimpft.“

Es heißt weiter bei Herrn Sieloff: Kolleginnen und Kollegen, wir haben in Hessen jetzt eine Kaderorganisation, die jede unliebsame Diskussion abwürgt. Die Programmatik täuscht. Dahinter stehen Sektierer, die von der untergegangenen DDR träumen.

Meine Damen und Herren, das straft Ihre Behauptung Lügen, die Sie hier aufgestellt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zu einem aktuellen Vorgang berichtet die „Frankfurter Rundschau“ am 27.08.: Die LINKEN zensieren sich selbst. – Im Internetauftritt der LINKEN gab es bis zu diesem Zeitpunkt eine Gruppe Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die vom Netz gegangen ist. „Frankfurter Rundschau“ wie „Spiegel“ berichten übereinstimmend, dass dort nahezu ausschließlich Verharmlosendes über die DDR-Vergangenheit und das DDR-Regime verbreitet wurde.

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Herr Boddenberg, Ihre Redezeit ist leider zu Ende. Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

**Michael Boddenberg (CDU):**

Sie haben gerade noch vor wenigen Tagen wieder einmal bewiesen, dass Sie mit Geschichtsaufarbeitung rein gar



nichts zu tun haben. – Herr Präsident, ein letzter Satz: Der Bundesgeschäftsführer der LINKEN Bartsch bezeichnete diesen marxistischen Arbeitskreis als gewisses Relikt aus alten Zeiten. Das spricht Bände.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Herr Boddenberg. – Für die Fraktion DIE LINKE erhält Herr Dr. Wilken das Wort.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wie viel Redezeit noch? – Axel Wintermeyer (CDU): Redezeit?)

**Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Präsident hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass wir als Fraktion noch etwas über drei Minuten haben. Da mein Vorredner gerade nicht zum Thema geredet hat, sondern offensichtlich zu der wahren Intention dieses hier eingebrachten Antrags,

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

möchte ich zumindest als ehemaliger und vielleicht auch zukünftiger Funktionär unserer Partei hierzu zwei Sachen sagen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hier sprechen Sie als Abgeordneter, Herr Kollege! – Gegenrufe von der SPD)

– Herr Hahn, morgen werden wir über eine Funktionsverwirrung, die bei Ihnen über einen Abgeordneten dieses Hauses herrscht, reden – heute nicht.

(Minister Stefan Grüttner: Was meinen Sie damit?)

Meine Damen und Herren, das, was DIE LINKE in ihrem Gründungskonsens geschrieben haben, ist in dem Gründungskonsens einer ihrer Vorgängerparteien schon festgelegt worden. Es ist eine deutliche Abkehr von allen stalinistischen Verbrechen und Tendenzen, die die Vorgängerorganisation gehabt hat. Dazu können Sie mich jederzeit zitieren. Ich habe mich an diesem Platz zu manchem historischen Ereignis in den wenigen Monaten, die ich Mitglied dieses Hauses bin, bereits ähnlich geäußert.

Zweitens. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Wahrheit über die DDR auch in unserem Schulunterricht und in unseren Schulbüchern gesagt wird, weil dann nicht mehr solche Dinge gesagt werden können wie eben, dass eine Dose Ananas bei irgendeinem Bonzen in der DDR Saus und Braus bedeuten würde. Wenn das in den Leitfaden hineingeschrieben wird, dann machen wir uns wirklich nur lächerlich.

(Michael Boddenberg (CDU): Das gehört auch zur Geschichte, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns, wenn hier ein Antrag vorliegt, wirklich das abarbeiten, was in dem Antrag steht. In dem Antrag steht: Die Landesregierung ist ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden, für ordentlichen Unterricht und ordentliche Unterrichtsinhalte an hessischen Schulen zu sorgen. – Das ist der Inhalt des Antrages. Alles andere sind Nebelkerzen und Nebelscheinwerfer, mit denen Sie hier stochern. – Danke sehr.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Herr Dr. Wilken. – Für die Landesregierung erhält Herr Staatsminister Banzer das Wort.

**Jürgen Banzer, Minister der Justiz, zugleich mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragt:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist immer wieder eine Herausforderung, der Neigung gerade junger Menschen, die sich eher für einfache, für eindeutige Antworten begeistern können und deswegen besonders empfänglich für extremistische Positionen sind, entgegenzuwirken.

Zunächst einmal ist festzuhalten, und ich glaube, darauf können wir gemeinsam stolz sein, dass es in über 60 Jahren Bundesrepublik Deutschland gelungen ist, dieser Gefahr immer wieder sehr energisch und erfolgreich entgegenzuwirken.

Das ist nicht selbstverständlich. Das ist eine Leistung von vielen verantwortlichen Elternhäusern, aber auch von vielen verantwortlichen Lehrerinnen und Lehrern. In vielen einzelnen Auseinandersetzungen im Unterricht, in vielen Gesprächen mit jungen Leuten ist immer wieder die Begeisterung für Freiheit, für unsere Demokratie und für Rechtsstaatlichkeit geweckt worden. Ich glaube, bei einer solchen Diskussion hat man das Recht, auf unsere Lehrerinnen und Lehrer stolz zu sein. Jedenfalls bin ich das als Kultusminister.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vieles von dem, was gefordert wurde, hat ganz offensichtlich in den Unterrichtsstunden in unseren Schulen stattgefunden. Denn es ist viel Bewusstsein da.

Bei einer sehr nachdrücklichen Kürzung der Lehrpläne haben wir bewusst darauf verzichtet – obwohl der Druck groß war –, dort Stoff herauszunehmen und Themen, die sich mit der Aufarbeitung der SED-Vergangenheit beschäftigt haben, mit der ehemaligen DDR, auch nur irgendwo zu kürzen.

In den letzten Jahren ist eine Anzahl von Hinweisen an die Schulen ergangen. Wir haben den Schulen Bücher zur Verfügung gestellt – alles zu diesem Thema. Wir haben im Internet unter Lehrplan.info ganz besonders auf unterstützende Informationen hingewiesen, die alle dazu beitragen sollen, dieses Thema richtig zu bewältigen.

Aber junge Menschen schauen natürlich genau hin und wollen sich gerade auch an Personen, an Vorgängen und aktuellen Situationen orientieren. An dieser Stelle gibt es in der Bundesrepublik Deutschland des Jahres 2008 für junge Menschen besondere Schwierigkeiten.

Meine Damen und Herren von der Fraktion der LINKEN, ich habe Ihnen in der letzten Stunde aufmerksam zugehört – nicht nur dem, was gesagt wurde, sondern auch darauf geachtet, wie Sie reagiert haben. Ich sitze ja nahe bei Ihnen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hört, hört!)

Ich habe Ihre Zwischenrufe gehört, und ich bin erschrocken. Sie sind mit diesem Thema nicht fertig. Das spürt man an jedem Ende.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie winden sich wie ein Aal. Man spürt, wie es Ihnen richtig wehtut. Und es tut Ihnen deswegen weh, weil Sie es für sich nicht geklärt haben.

Ein Satz zu Herrn Irmer kam ganz spontan aus der Tiefe. Sie haben seine Überzeugung, seine Betroffenheit über menschliches Schicksal in Zweifel gezogen. Das lässt unendlich tief blicken.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Wortmeldung des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Junge Menschen wollen sich an Personen orientieren und natürlich gerade an Personen, die in einem solchen Landtag sitzen. Die schauen sich an, was das für Persönlichkeiten sind, die eine Partei repräsentieren.

Ich muss Ihnen sagen: Ich glaube Ihnen so lange kein Wort von all dem, was Sie zur DDR sagen, solange Sie einen Ehrenvorsitzenden Modrow haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ein Ehrenvorsitzender steht besonders vorbildlich für die Partei, er stellt praktisch die Gemeinsamkeit einer Partei dar, den Konsens, den tieferen Geist.

(Florian Rentsch (FDP): So wie der Vizepräsident im Landtag!)

Das ist bei Ihnen der Mann, der den Schießbefehl mitzuvertreten hat, der Verhaftungen von Andersglaubenden, von anderen parteipolitisch Aktiven unterstützt hat.

(Axel Wintermeyer (CDU): Wahlfälschungen!)

Er hat das gesamte System der Unfreiheit unterstützt. Vor allem hat er etwas zu verantworten, was ein Demokrat nie tun darf: massive Wahlfälschungen, als sich das System der DDR wirklich nicht mehr halten konnte.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. van Ooyen?

#### **Jürgen Banzer, Minister der Justiz, zugleich mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragt:**

Nein, wirklich nicht. Ich bin nicht bereit, Ihnen eine Chance zu geben, das zu relativieren. Sie müssen sich absolut bekennen. Sie können keinen Schlussstrich ziehen, wenn Sie zulassen, dass ein Pit Metz auf Ihrem Parteitag in drei Tagen wieder mitmacht und sagt, der Schießbefehl an der Zonengrenze sei genauso zu bewerten wie der Einsatz für Frieden in Afghanistan.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es kommt halt immer wieder raus – auch bei Ihnen, Frau Cárdenas: dieses Vorsichtige. Man musste Sie von der CDU dazu bringen, dass Sie sich entscheiden konnten, das als Unrecht zu bezeichnen. Vorher waren es „Fehlerchen“.

(Zuruf der Abg. Barbara Cárdenas (DIE LINKE))

Dreimal mussten wir Sie daran erinnern.

(Zuruf der Abg. Barbara Cárdenas (DIE LINKE))

Das merken die Menschen. Das merkt auch eine junge Generation, die sich orientieren will.

Dass wir in unserer Gesellschaft kein Problem mit dem Extremismus haben, liegt daran, dass es einen breiten demokratischen Konsens in der eindeutigen, abschließenden, absoluten Absage zu solchen Tendenzen gegeben hat. Bei Ihnen fehlt diese Absage.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das hat sehr viel mit dieser Debatte eben zu tun. Denn junge Leute orientieren sich natürlich an Schule. Natürlich hören sie auf das, was ihnen die Lehrerinnen und Lehrer sagen, sonst wären wir in unseren Schulen nicht so weit.

Aber sie nehmen auch vieles andere wahr. Sie hören: Die sagen, das war gar nicht so schlimm. Sie hören: Die sagen nichts von den 136 Toten an der Grenze, von denen die Lehrer sprechen. Sie hören: Die sagen nichts davon, dass man nicht reisen konnte, wohin man wollte. Sie hören: Die sagen nichts davon, dass man nicht studieren konnte, was man wollte.

(Clemens Reif (CDU): Oder überhaupt nicht!)

– Das kommt noch erschwerend hinzu.

Das ist das Problem. Insoweit haben die Bundesrepublik Deutschland und auch dieser Landtag eine neue Dimension erreicht. Diese eindeutige Auseinandersetzung, dieses klare Votum für Freiheit, von denen ein Rechtsstaat und eine Demokratie leben, sind durch Ihre Fraktion in Zweifel gezogen

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig! – Widerspruch des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

und werden durch jeden Beitrag von Ihnen relativiert.

Nennen Sie es ruhig Quatsch. Stellen Sie sich hierher, und werden Sie endlich eindeutig. Schmeißen Sie Herrn Metz aus Ihrer Partei. Setzen Sie Herrn Modrow ab.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Willi van Ooyen und Janine Wissler (DIE LINKE))

Wenn Sie dabei sind, Ihre Eindeutigkeit als Partei darzustellen, dann wäre ich Ihnen auch dankbar, wenn Sie sich von Ihrem Bundesvorsitzenden, dem Herrn IM Notar Gysi, trennen würden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist doch unerträglich, dass jemand, über den man unwidersprochen sagen darf, dass er in Stasiarbeiten verwickelt ist, Bundesvorsitzender einer Partei sein und in Sommerinterviews über unsere Gesellschaft schwadronieren kann.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Er ist nicht unser Bundesvorsitzender! – Janine Wissler (DIE LINKE): Das ist der Oskar! – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Da werfen Sie etwas durcheinander!)

– Momentan ist Herr Gysi Fraktionsvorsitzender. Ich glaube, der Fraktionsvorsitzende ist für das Bild einer Partei leider oft noch viel entscheidender. Es ist einfach die Frage der Glaubwürdigkeit.

(Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Es bleibt die Frage der Glaubwürdigkeit.

Ich kann es Ihnen nicht ersparen. Junge Menschen schauen genau hin. Sie suchen nach überzeugenden Personen. Sie

wollen auch von uns als Landtag, von den Menschen, die die Geschicke --

(Reinhard Kahl (SPD): Was denn? Wenn Sie einmal zu den Handreichungen reden würden! – Dr. Thomas Spies (SPD): Warum reden Sie nicht über die Handreichungen?)

– Ich rede nur über junge Menschen, nur über die Schule, nur über die Ziele, um die es bei dieser Sache geht – so unangenehm das für Sie ist.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen doch genau, was Sie im Begriff sind anzurichten.

(Zuruf von der CDU: Gehen Sie doch raus!)

Sie relativieren einen der wichtigsten Konsense unserer Gesellschaft.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wer?)

– Durch Ihre Bündnisgespräche.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wie wollen wir den jungen Menschen erklären, wie gefährlich eine Diktatur, Einschränkungen der Meinungsfreiheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie sind, wenn eine Partei wie die SPD mit ihrer großen Geschichte und Betroffenheit – sie ist in der ehemaligen DDR nicht nur als Partei, sondern deren Mitglieder sind auch persönlich verfolgt worden – hier den Schulterchluss mit einer solchen Partei wagt? Wie wollen Sie das den jungen Menschen vernünftig erklären?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dann stellen Sie sich hier bitte nicht hin und sagen, dies müsse man über Handreichungen lösen.

(Reinhard Kahl (SPD): Sie sind der Kultusminister!)

Ich sage es noch einmal: Die Stabilität unserer Demokratie, das Verständnis junger Menschen für Rechtsstaatlichkeit und die Ablehnung von Extremismus sind ein Geschenk, das wir gegenwärtig in dieser Gesellschaft haben. Das dürfen wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Herr Staatsminister, vielen Dank. – Für die zweite Runde liegen bereits zwei Wortmeldungen vor. – Als nächster Redner erhält Herr Kollege Greilich für die Fraktion der FDP das Wort. Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten.

#### **Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es waren zwei Beiträge, die mich veranlasst haben, hier erneut das Wort zu ergreifen. Frau Kollegin Habermann, es war zum einen Ihr Beitrag, der mich dazu veranlasste, das Wort zu ergreifen, da Sie meinten, darauf hinweisen zu müssen, dass es gewisse Abweichungen gebe. Ich kann nicht erkennen, weshalb das falsch gewesen sein soll, was ich über die Lehrer der 68er-Generation gesagt habe.

Ich habe in meinem vorigen Beitrag ausdrücklich die Nr. 7 des Änderungsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt. Dort heißt es, dass der Landtag allen Lehrerinnen und Lehrern, die trotz des Fehlens einer Handreichung die Geschichte der DDR bereits mit viel Engagement vermitteln, seinen ausdrücklichen Dank und seine Anerkennung ausspreche. Das mache ich in der Tat und völlig uneingeschränkt, da ich weiß, dass es sehr viele Lehrer gibt, die genau diesen Auftrag erfüllen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Frau Habermann, Sie können doch nicht bestreiten, dass es auch andere gibt – ich könnte Ihnen, wenn ich es nicht für unangemessen hielte, Einzelfälle nennen –, die nun mal zu der 68er-Generation gehören und die selbst dann eine Erklärung verweigern, wenn Schüler fragen, warum man, nachdem man richtigerweise ausführlich das Dritte Reich behandelt habe, nicht auch etwas über die DDR erfahre, und stattdessen erklären, dass dafür keine Zeit sei. Es gibt Lehrer, die im Anschluss richtige und wichtige Klassenfahrten nach Buchenwald unternehmen, aber auf die Frage von Schülern, was in Buchenwald nach dem Jahre 1945 geschehen sei, antworten, das tue nichts zur Sache. Das ist nicht richtig. Es geht um diese Kollegen innerhalb der Lehrerschaft. Diese gibt es, und davor dürfen Sie die Augen nicht verschließen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Der zweite Grund, weshalb ich mich zu Wort gemeldet habe, ist der in der Tat schwer erträgliche Versuch seitens der Linksfraktion, es wurde vor allen Dingen von Frau Cárdenas vorgetragen, uns glauben zu machen, man habe als Partei DIE LINKE, als PDS, mit dem, was früher war, überhaupt nichts zu tun, und man mache alles neu.

Meine Damen und Herren, es lohnt sich immer wieder, nachzulesen, was tatsächlich Sache ist. Am Sonntag konnte ich auf der Homepage der LINKEN – ich weiß nicht, ob das heute noch so ist – die „Anregungen zum Umgang mit der Geschichte“ nachlesen. Diese stammen nicht von jenen, die Herr Bartsch als die „Ewiggestrigen“ bezeichnet hat, sondern es handelt sich um den Ältestenrat der Partei DIE LINKE, der das verfasst hat. Diesen „Anregungen zum Umgang mit der Geschichte“ kann man entnehmen – ich zitiere mit der Erlaubnis des Präsidenten –:

Wir betrachten es als zentrales Anliegen bei der Vermittlung unseres Verständnisses von der Geschichte, in überzeugender Weise jene Traditionen zu benennen, auf die sich die Partei DIE LINKE berufen und stützen kann.

Zwei Seiten weiter wird es spannend:

Das betrifft auch die Haltung zu dem nach 1945 in Ostdeutschland

– achten Sie nun bitte auf die Wortwahl, denn es geht nicht um den verwirklichten Unrechtsstaat –

verwirklichten antifaschistisch-demokratischen Reformwerk ...

Meine Damen und Herren, dieses Zitat stammt von heute. Es ist aktuell; ich habe es am 24. August von der Homepage der LINKEN als offizielle „Anregungen zum Umgang mit der Geschichte“ des Ältestenrats der LINKEN heruntergeladen.



Dieses Zitat geht noch weiter, denn es gibt etwas, was zumindest noch am 18. August, zwar aus dem Juli 2008 stammend, zu lesen war – nämlich die „Gedanken zu Walter Ulbricht“. Diese schließen offensichtlich an die Tradition des antifaschistischen Kampfes nach 1945 an. Walter Ulbricht wird dort als eine der treibenden Persönlichkeiten – meine Damen und Herren, hören Sie genau zu – bei der Vereinigung von KPD und SPD zur SED beschrieben.

Das Zitat geht nun weiter:

Um den Frieden zu sichern und der Ausblutung der DDR Einhalt zu gebieten, betreibt er,

– Walter Ulbricht –

seit 1960 Vorsitzender des Staatsrates der DDR, den zuverlässigen Schutz der Grenzen der DDR zu Westberlin und zur BRD.

Meine Damen und Herren, es war der Anfang des Schießbefehls, um den es da geht.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Unglaublich!)

In dem Artikel auf der Homepage geht es entsprechend weiter:

Und insgesamt gaben ihm

– Walter Ulbricht –

die Fortschritte der DDR, besonders nach dem 13. August 1961, recht.

Wer es vergessen hat, dem helfe ich nach, denn das war der Tag des Mauerbaus. – Meine Damen und Herren, wer noch heute so etwas verbreitet, der kann sich hier nicht hinstellen und uns erzählen, er sei mit seiner eigenen Geschichte im Reinen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Herr Greilich, vielen Dank. – Für die Fraktion DIE LINKE erhält Herr van Ooyen das Wort.

#### **Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich, als Herr Minister Banzer sprach, für eine Kurzintervention gemeldet, da er Herrn Irmer sozusagen an einem Punkt in Schutz nehmen wollte, wo ich das nicht tun kann. Auch wir sind diejenigen, die Herrn Irmers Schriften sehr genau gelesen haben. Wir sind auch Historiker. Daher muss man natürlich eine solche politische Position bewerten, und man muss deutlich machen, dass man fragen darf, ob die Gleichsetzung von braun und rot, die von Herrn Irmer immer wieder gemacht wird, tatsächlich eine solche ist, die der tatsächlichen Situation, der historischen Bewertung gerecht wird. Ich gehe davon aus, dass wir als LINKE, besonders ich als derjenige, der auch für die Friedensbewegung steht, niemals Grenzen bauen wollten.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie sind von den Mauerbauern bezahlt worden!)

Wir wollten ein grenzenloses Europa, und das können Sie seit dem Jahre 1968, um den Begriff noch einmal aufzunehmen, in Bezug auf meine Person ausnahmslos nachlesen. Wir haben uns ganz entschieden für Meinungsfreiheit und auch tatsächlich für Internationalität ausgesprochen.

(Zuruf von der CDU)

Wir haben uns gegen jeglichen Nationalismus gewehrt, und wir sind diejenigen, die im kommenden Monat dafür sorgen werden, dass die Internationalität der europäischen sozialen Bewegungen tatsächlich wieder eine Stimme bekommt.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Warum haben Sie sich von Honecker bezahlen lassen?)

– Herr Wagner, wir sind dabei, über Unterricht, Bildung und die Frage der Bewertung von Geschichte zu reden. Hierzu möchte auch ich etwas sagen.

(Zurufe von der CDU)

Der zweite Punkt ist –

(Anhaltende Unruhe)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Herr van Ooyen, einen kleinen Moment, bitte. – Gut, ich gebe Ihnen nun gern wieder das Wort, ich wollte Ihnen nur Gehör verschaffen.

#### **Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Es geht mir vielmehr darum, wie man mit Andersdenkenden umgeht. Da haben wir natürlich auch eine historische Erfahrung. Herr Banzer hat noch einmal gefragt, warum wir ihn nicht ausschließen würden. – Dieses Wegdrücken und die Berufsverbotpolitik der Achtzigerjahre sind Punkte, mit welchen im Grunde verhindert wurde, dass Menschen miteinander reden, damit Gewaltbereitschaft, Gewalt und Terror vermieden werden.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Diese Strategie halte ich für ganz wesentlich: dass man miteinander redet und sich nicht ausgrenzt, damit man miteinander die Gestaltung von Politik und Gesellschaft unternimmt, statt Ausgrenzungen vorzunehmen, so wie wir dies in den letzten Monaten in übler Art von Ihrer Seite erfahren mussten.

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Herr van Ooyen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Greilich?

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Aber ja!)

#### **Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Kollege van Ooyen, Sie haben erklärt, das mit der Tradition sei alles ein bisschen anders. – Ich muss das vorausschicken, weil es länger her ist, dass ich mich zur Zwischenfrage gemeldet habe. – Wollen Sie damit behaupten, dass das, was ich Ihnen zitiert habe, was im klassischen Gegensatz zu Ihren Äußerungen steht, gefälscht ist?

#### **Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Nein, das sage ich gar nicht. Aber es gibt Menschen, die nicht unbedingt meiner politischen Position anhängen. Mit denen muss ich mich auch auseinandersetzen. So ehrlich sollten wir miteinander umgehen.

(Michael Boddenberg (CDU): Haben Sie denn Grundsätze in Ihrer Partei? – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Also Diskussion, offene Auseinandersetzung und tatsächlich nicht nur der Versuch, sozusagen stalinistische Apparaturen bei einem Parteitag zu erwarten, von dem alle sagen: Was da passiert, ist doch eine chaotische Angelegenheit.

(Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Ich bin froh, dass wir solch differenzierte, unterschiedliche Positionen haben. Die werden wir Ihnen am Wochenende auch demonstrieren.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Wir sind im Grunde genommen auf einem guten Weg, mit unterschiedlichen Meinungen tatsächlich Politik für dieses Land gestalten zu können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Unterschiedlichen verfassungsfeindlichen Meinungen! Das finde ich schon bemerkenswert!)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Herr van Ooyen. – Das Wort erhält Herr Irmer für die CDU-Fraktion.

#### **Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege van Ooyen hat eben das Stichwort „Berufsverbote“ genannt. Ich lege Wert auf die Feststellung, dass es in der freiheitlichen Demokratie Bundesrepublik Deutschland keine Form von Berufsverboten jemals gegeben hat.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Das, was Sie meinen, der sogenannte Radikalerlass von Willy Brandt, der aus dem Jahre 1972 stammt, nur zur Erinnerung, bedeutete sehr klar: Es ging um die Frage, ob jemand geeignet ist, aufgrund seiner Qualifikation im öffentlichen Dienst tätig zu werden. Es ist nicht eine Frage der politischen Einschätzung, sondern eine Frage der Qualifikation. Denn es heißt dort: Jeder Beamte muss jederzeit die Gewähr dafür bieten, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung aktiv einzutreten.

(Axel Wintermeyer (CDU): Genau!)

Das ist der entscheidende Grundsatz, Eignungsgrundsatz, und nichts anderes.

(Beifall bei der CDU)

Dass ausgerechnet Sie von Berufsverboten sprechen, das erstaunt mich schon. Das ist schon Chuzpe. Ich habe das eben ganz kurz angesprochen. Wenn im anderen Teil Deutschlands – ich spreche von meiner eigenen Familie – jemand Polizeibeamter werden wollte, weil er zu dem Beruf eine innere Affinität hatte, dann musste er Mitglied der SED oder der FDJ sein. Es ging vielleicht gerade noch die Mitgliedschaft in der LDPD oder in der Ost-CDU, oder in der Bauernpartei. Das waren Hilfskrücken. Es gab dort welche, die waren auch überzeugt. Aber viele, die damals in dieser Diktatur waren, sind dort hineingegangen, um einen persönlichen Lebensweg machen zu können.

Das ist ein großer Unterschied. Wenn Sie nicht Mitglied waren, durften Sie dieses oder jenes Studium beispielsweise gar nicht aufgreifen. – Das sind Berufsverbote.

Herr Kollege van Ooyen, Sie haben gesagt, Sie seien bekennender Marxist, und die Bezeichnung Kommunist sei für Sie kein Schimpfwort. Ich sage an dieser Stelle: Kommunismus und Marxismus sind unüberbrückbare Gegensätze zur Demokratie. Sie sind mit Demokratie nicht vereinbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb ist auch das, was Frau Kollegin Cárdenas gesagt hat, nicht sonderlich glaubwürdig, wenn der Genosse Wilken keine Probleme mit der DKP hat. Auch Sie selbst haben gesagt, Sie haben keine Probleme, wenn DKPler auf Ihrer Liste kandidieren. Oder: Die Genossin Cárdenas war selbst jahrelang Mitglied der DKP. Der Genosse Schaus zählt sich zur Sozialistischen Linken, und die Genossin Wissler ist Unterstützerin des marxistischen Netzwerks Marx 21. Sie fliegt, von Frankfurt aus, Frau Kollegin, vermute ich, nach Venezuela zu Hugo Chávez, um dort vom Sozialismus zu lernen. „Von Chávez lernen, heißt siegen lernen“,

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

war in der „Frankfurter Rundschau“ am 03.03.2008 zu lesen. Die Frage nach Ihrer Demokratiegläubigkeit ist doch eine ganz spannende. Wie sieht denn die Politik dieses Herrn Chávez aus? Meine Damen und Herren, dieser Mensch hat beispielsweise die kolumbianische Terrororganisation FARC mit 300 Millionen € unterstützt.

(Axel Wintermeyer (CDU): Unglaublich!)

Dieser Herr Chávez hat in Venezuela ein Sicherheitsgesetz verabschieden lassen, wonach Abhörmaßnahmen ohne richterliche Anordnung möglich sind,

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

wonach Bürger mit bis zu sechs Jahren bestraft werden können, wenn sie sich weigern, mit der Regierung zusammenzuarbeiten.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Herr Chávez war dafür verantwortlich, dass der regimekritische Fernsehsender Radio Caracas Televisión zwangsweise geschlossen wurde. Er hat dazu beigetragen, dass die Erdölindustrie, die Zementindustrie und die Stahlindustrie verstaatlicht wurden.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Jetzt sind die Banken an der Reihe, usw. usw. – Das ist Ihr Beispiel von lebendigem Sozialismus,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

mit dem Ergebnis, dass die Erdölproduktion um 20 % gesunken ist, die Landwirtschaft um 25 %. Jetzt gibt es wieder Lebensmittelkarten und staatliche Läden – Mangelwirtschaft à la Ostzone, wie wir das kennen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Werte Frau Kollegin, diese Form von Sozialismus wollen wir in diesem Lande nicht mehr haben. Einmal Sozialismus reicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich abschließend – deswegen hatte ich mich gemeldet – eine persönliche Erklärung abgeben, Herr

Präsident, wenn ich das an dieser Stelle darf. Es ist unterstellt, insinuiert worden: Na ja, ob er die Verbrechen der Nazizeit wirklich so schade findet, ob er das wirklich so sieht. – Wissen Sie, ich halte das schon für starken Tobak, ganz zurückhaltend gesagt. Ich bin seit 30 Jahren für diesen Staat tätig, in aller Regel – –

(Die Mikrofonanlage fällt kurzfristig aus. – Eva Kühne-Hörmann und Michael Boddenberg (CDU): Herr Präsident!)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Ich habe nichts gemacht.

**Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Ich glaube Ihnen. Die Anlage hat einen leichten Wackelkontakt.

Ich bin seit 30 Jahren ehrenamtlich, teilweise hauptberuflich für die Christlich Demokratische Union tätig, setze mich für die Menschen in diesem Staat und für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ein. Als jemand, der Diktatur in der Familie erlebt hat, muss ich mir von niemandem sagen lassen, dass ich klammheimliche Sympathie für irgendeine Form von Diktatur hätte.

Ich bin als einer von wenigen Kollegen während meiner beruflichen Tätigkeit im Fach Gesellschaftslehre in der Klasse 10, im Fach Gemeinschaftskunde in der Oberstufe, Klasse 12, mit meinen Schülern regelmäßig in Konzentrationslager gefahren. Ich habe das Thema Nationalsozialismus inhaltlich vorbereitet, aufbereitet. Der Abschluss dieser Unterrichtseinheit war immer, in Konzentrationslager zu fahren.

Wenn Sie mit jungen, fröhlichen Menschen auf Klassenfahrt unterwegs sind, morgens z. B. nach Dachau, nach Plötzensee, nach Struthof im Elsass fahren, hineingehen und nach zwei Stunden Führung herauskommen, dann haben diese jungen Menschen Tränen in den Augen. Das ist praktische Politik. Mir muss niemand sagen, was Nationalsozialismus heißt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Axel Wintermeyer (CDU): Frau Schott, hören Sie genau hin!)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Herr Irmer. – Für die Fraktion DIE GRÜNEN erhält Herr Wagner das Wort.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, um auf den Antrag zurückzukommen, über den wir heute beraten.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Er ist von CDU und FDP eingebracht und trägt den Titel „betreffend DDR-Unrechtsregime durch Handreichung für Hessens Lehrerinnen und Lehrer aufarbeiten“. Ich habe in der Debatte gehört, dass es für diesen Antrag, kombiniert mit den Änderungen meiner Fraktion, eine sehr breite Mehrheit in diesem Hause gibt. Ich glaube so-

gar gehört zu haben, dass wir diesen Antrag einstimmig verabschieden könnten. Manche Debatte, die aus Anlass dieses Antrages geführt wurde, hat mit dem Wesen dieses Antrages nicht sehr viel zu tun gehabt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Umso wichtiger ist es, auf diesen Antrag zurückzukommen. Denn er enthält wichtige Punkte. Wir wollen die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen besser bei der Vermittlung über das DDR-Unrecht unterstützen. Ich möchte deshalb noch einmal den Appell und die Bitte an die anderen Fraktionen dieses Hauses richten, dass wir jetzt gleich über die vorliegenden Anträge abstimmen. Dann verlieren wir keine Zeit. Dann könnte sich das Kultusministerium endlich an die Arbeit für diese Handreichung machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Ich glaube, die Argumente sind hinreichend ausgetauscht, sodass wir den Antrag nicht noch an den Ausschuss überweisen müssten. Wir fänden es sehr gut, wenn wir heute als Landtag das Signal setzen könnten, dass wir unsere Schulen bei der Aufarbeitung von DDR-Unrecht sehr schnell und sehr zügig unterstützen.

Ich formuliere eine Bitte. Ich stelle keinen Geschäftsordnungsantrag, sondern stelle es den beiden antragstellenden Fraktionen CDU und FDP anheim, ob sie diesem Vorschlag folgen wollen. Im Sinne der Sache wäre es gut, wenn wir es heute, hier und jetzt, beschließen würden und uns dann gleich an die Arbeit machen könnten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Schönen Dank, Herr Wagner. – Jetzt klären wir es untereinander. Herr Rentsch, Sie haben das Wort.

**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, die Antragsteller beantragen, dass die Debatte im Ausschuss fortgesetzt wird.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dort ist der richtige Ort, um diese Debatte sachlich weiter zu führen und über beide Anträge zu beraten. Wir beantragen nach § 27 GOHLT die Überweisung an den Ausschuss.

(Unruhe)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Der Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend DDR-Unrechtsregime durch Handreichung für Hessens Lehrerinnen und Lehrer aufarbeiten und der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden an den Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen. – Darüber besteht Einvernehmen, dann sind sie hiermit überwiesen.



Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein Hessisches Gesetz zur Bekämpfung der Zweckentfremdung von Wohnraum (HWOZBG) – Drucks. 17/289 –**

Frau Abg. Wissler hat das Wort zur Einbringung des Gesetzentwurfs.

(Unruhe)

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fange einfach schon einmal an, auch wenn hier noch etwas Unruhe herrscht. – Das Gesetz zur Bekämpfung der Zweckentfremdung von Wohnraum stand in diesem Haus in den vergangenen Jahren schon mehrmals zur Debatte. Die Regelungen dienen dazu, bezahlbaren Wohnraum verfügbar zu machen und zu halten. Sie haben sich bewährt, auch wenn das Zweckentfremdungsgesetz allein kein ausreichendes Mittel ist, der Wohnungsnot in den Ballungsgebieten zu begegnen.

Die Landesregierung hat das Gesetz auslaufen lassen. An der Tatsache, dass gerade im Ballungsgebiet Rhein-Main Wohnraum eine Mangelware ist, hat sich in den vergangenen Jahren aber nichts geändert. Jede Regelung, die dem entgegenwirkt, ist für Tausende Familien und andere Wohnungssuchenden eine Erleichterung.

(Unruhe auf der Regierungsbank)

– Meine Herren, es ist sehr irritierend, wenn Sie sich so laut unterhalten.

(Minister Volker Bouffier: Ich habe Sie nur angeschaut, ich habe gar nichts gesagt!)

– Herr Bouffier, ich habe aber Ihre Stimme gehört. Vielleicht bilde ich mir das aber ein.

(Anhaltende Unruhe)

Ich möchte gerne die Drastik des Problems darstellen. Es wohnt nicht jeder zur Miete, vielleicht stelle ich das doch noch einmal kurz dar. In Frankfurt besteht nach den Schätzungen des zuständigen Dezernats ein Wohnungsdefizit von 25.000 Wohnungen. Bei einer Einwohnerzahl von gegenwärtig 643.000 Personen bevölkern unter der Woche rund 1 Million Menschen die Stadt. Das Verkehrsaufkommen, das durch die Pendler verursacht wird, ist eine Plage für die Stadt, ist volkswirtschaftlicher Wahnsinn und umweltpolitisch nicht vertretbar.

In Frankfurt eine Wohnung zu finden, die man von den stagnierenden Lohneinkommen bezahlen kann, ist für viele Menschen einfach nicht möglich. Die Mieten für eine Ein- bis Zweizimmerwohnung bei einer Größe von bis zu 60 m<sup>2</sup> sind in den vergangenen 15 Jahren um durchschnittlich 50 % gestiegen. Bruttokaltmieten machen für viele Haushalte ein Drittel ihres Einkommens aus, die steigenden Neben- und Energiekosten noch gar nicht mit eingerechnet.

Das Wohnraumzweckentfremdungsgesetz war ein wichtiges Instrument. Allein in Frankfurt gingen jährlich 400 bis 600 Hinweise auf illegale Zweckentfremdung von Wohnraum ein.

(Michael Boddenberg (CDU): Wann war das?)

Das Problem ist nicht auf Frankfurt beschränkt, sondern stellt sich in ähnlicher Form auch in Wiesbaden, Darmstadt oder Offenbach.

(Beifall bei der LINKEN)

Preiswerte Wohnungen werden nach dem aktuellen Konjunkturbericht des Verbands der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft knapp. Das Rhein-Main-Forum der Industrie- und Handelskammer sieht die gesamte Region vor einer „einkommensabhängigen großräumigen Umschichtung und Neusortierung der Bevölkerung. ... Die Gefahr der Gettoisierung wird deutlich zunehmen.“ Menschen mit unterem Einkommen werden in die immer weniger werdenden Randgebiete abgedrängt, wo sie sich die Mieten noch leisten können.

Die Wohnungsfrage ist ein zentrales Problem der Sozialpolitik. Unter der gewollten Knappheit an Wohnraum leiden besonders die sozial Schwachen. Überdurchschnittlich leiden darunter Frauen und Kinder sowie ältere Menschen. In Frankfurt stehen derweil 1 Million m<sup>2</sup> Büro- und Gewerbeflächen frei. Diese Zahl hat sich seit Mitte der Neunzigerjahre um rund ein Viertel erhöht.

(Zuruf von der CDU: Durch Neubauten!)

Wir haben also Wohnungsnot und einen absurden Überschuss an gewerblichen Flächen nebeneinander.

(Unruhe bei der CDU)

Schon allein dieses Missverhältnis spricht eindeutig dafür, die weitere Umwandlung und den Leerstand von Wohnraum zu beenden. Das Hauptargument für die Umwidmung von Wohnraum kommt vonseiten der Grundstücks- und Wohnungseigentümer und steht dem Interesse der Wohnungssuchenden diametral entgegen. Gewerbemieten liegen über Wohnmieten, und die Verknappung des Wohnangebots lässt die Preise der Ware Wohnraum steigen.

Machen wir uns nichts vor, der gewollte Leerstand von Gewerbeflächen hat mit den viel gepriesenen Kräften des freien Marktes herzlich wenig zu tun. Die Abschreibungsmöglichkeiten, die steuerlichen Vergünstigungen und die staatlichen Zuschüsse für gewerbliche Vermietungen sind nicht weniger marktverzerrend, als es Gesetze sind, die die Eigentumsverpflichtung des Grundgesetzes erfahrbare Realität werden lassen.

Wir sollten den Städten und Gemeinden mit dem Gesetz ein Instrument an die Hand geben, um Wohnungspolitik sozial gestalten zu können. Wir halten es für sinnvoll, in einer Anhörung zu dem Gesetzentwurf mit Mietervereinen und den Vertretern von Städten und Gemeinden zu beraten, wie die Regelungen für den Mieterschutz verbessert werden können. Die Menschen, die Erfahrungen aus der Praxis haben, sollen sich in das Gesetzgebungsverfahren einbringen können. Daher bitte ich Sie, dem Anliegen unseres Gesetzentwurfs Ihre Zustimmung zu geben; denn Wohnen ist ein Menschenrecht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Milde das Wort.

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich musste eben aufpassen, bei der Rede hat es mir meine Schuhe ausgezogen.

(Tarek Al-Wazir und Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zeigen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in den vergangenen Jahren ausführliche Debatten zu dem Thema Wohnraumzweckentfremdung geführt. Frau Kollegin Wissler, es ist bezeichnend, wenn man sich die Geschichte dieses Gesetzes anschaut, dass ausgerechnet Sie zu diesem Thema reden. Ich weiß nicht, ob Sie sich damit einmal beschäftigt haben.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

In den Siebzigerjahren gab es insbesondere in Frankfurt Häuserkämpfe mit kriegsähnlichen Zuständen – da sind Pflastersteine geflogen, es gab harte Auseinandersetzungen und große Polizeieinsätze.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Das war eine Situation, in der die großen Parteien gesagt haben: Wir müssen handeln. – Der Ausgang war, dass im Frankfurter Westend Villen von den Eigentümern in Hochhäuser umgewandelt worden sind. Die Eigentümer hatten sich damals überlegt, ein Hochhaus mit Gewerbeflächen bringt mehr, als in einer teuren Villa in der Innenstadt zu wohnen. In Frankfurt gab es zu dieser Zeit viel zu wenig Wohnraum. Es war eine völlig andere Situation, als der Staat dort gehandelt hat. Es ist ein massiver Eingriff in Eigentumsrechte.

Aber das Eigentum ist durch die Verfassung in Deutschland geschützt. Sie können nicht einfach – ich weiß, dass Sie darüber anders denken, aber die Verfassung gibt es nicht her – in Deutschland jemandem etwas wegnehmen oder ihm vorschreiben, wie er mit seinem Eigentum umgehen soll, wenn es kein erhebliches öffentliches Interesse dafür gibt. Jetzt ist die Frage, ob auch nur eine Ihrer Behauptungen, die Sie in die Problembeschreibung des Gesetzentwurfs geschrieben haben, stimmt.

In der Tat ist es so, dass in Frankfurt derzeit Gewerbeimmobilien leer stehen. Das führt im Übrigen dazu, dass nicht sinnloserweise zusätzlich Wohnraum in Gewerbeimmobilien umgewandelt wird, sondern da die wirtschaftliche Vernunft bei den Menschen regiert, die Gewerbeimmobilien bauen, führt das dazu, dass sie logischerweise ihre Gewerbeimmobilien, die sie haben, in Wohnraum umwandeln. Das ist genau das, was wir insgesamt wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Frau Wissler, was Sie gemacht haben, werfe ich Ihnen nicht vor. Aber es zeigt ein bisschen, dass Sie sich nicht ernsthaft mit dem Thema beschäftigt haben. Sie haben das Gesetz abgeschrieben, das 2006 übrigens ausgelaufen ist. Es ist nicht abgeschafft worden. Wir haben darüber gar nicht mehr abgestimmt, sondern wir haben eine Verordnung abgeschafft, aber schon 2004. Wir brauchten das Gesetz auch nicht mehr. Als wir das abgeschafft haben –

(Janine Wissler (DIE LINKE): Sie haben es doch abgeschafft?)

– Wir haben die Verordnung abgeschafft. Es gibt einen Unterschied zwischen Verordnung und Gesetz. Das Gesetz brauchten wir in der Tat nicht mehr.

In dem alten Gesetz gab es, als es ausgelaufen war, relativ viele Bezüge zum Bundesrecht, zu Verordnungen usw., die es alle in dieser Form nicht mehr gibt. Diese Bezüge haben Sie alle übernommen.

Es ist schön, dass Sie abgeschrieben haben und das gezeigt haben. Das alte Gesetz war schließlich ein Gesetz, das wir einmal beschlossen hatten. So schlecht kann es nicht gewesen sein. Aber es hat in seine Zeit gehört. Es passt heute überhaupt nicht mehr in die Zeit.

Es ist grober Unfug, von Spekulanten zu reden. Ich will Ihnen sagen, dass das ewige Gerede von Spekulantentum bei Immobilien dummes Zeug ist. Ohne die Menschen, die bereit sind, mit ihrem persönlichen Eigentum Wohnraum zu schaffen, hätten wir keine Wohnungen. Alleine könnte der Staat in Deutschland das so nicht leisten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen will ich Ihnen auch sagen, dass wir in Deutschland keine Gettos haben. Warum eigentlich gibt es auf der ganzen Welt nirgends eine so befriedigte Wohnraumsituation wie in Deutschland? Weil wir ein faires Nebeneinander von staatlichem und privatem Wohnungsbau haben. Wenn Sie den einen Teil verteufeln, nämlich die privaten Investoren, dann machen Sie logischerweise das Gesamtsystem kaputt.

Ich sage Ihnen: Wir haben in Deutschland allen Grund, stolz darauf zu sein, dass wir diese Wohnverhältnisse haben. Übrigens gab es Anfang des 20. Jahrhunderts überhaupt keine Reglementierung im Markt. Da hatten wir massive Wohnungsüberschüsse. Das ist der beste Markt gewesen, den wir jemals in Deutschland hatten, als es überhaupt keine Regulierungen bei dem Thema gab, als es keine Gängelungen gab. Die Menschen haben gebaut, haben sich dem Markt angepasst, haben versucht, damit Geld zu verdienen, und alle Seiten waren zufrieden. Wir sollten uns vielleicht diese Zeit zum Vorbild nehmen und nicht eine Zeit, in der gegängelt wurde.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben heute die erste Lesung, und es wird auch noch im Ausschuss beraten. – Da Tarek Al-Wazir den Kopf schüttelt, will ich sagen: Mit dem Thema Wohnungsbau kann man sich in der Tat näher beschäftigen. Ich will nicht sagen, dass wir in einigen Bereichen nicht etwas beim Wohnungsbau tun könnten, aber bestimmt nicht das, was jetzt gefordert wurde. Es hat in den Auswirkungen dazu geführt, dass ein Selbstständiger oder ein Freiberufler, der zu Hause in seinem Keller ein Architekturbüro eingerichtet hat oder – ich weiß nicht, wo der Kollege Blum angefangen hat – vielleicht eine Anwaltskanzlei eröffnet hat, erleben musste, dass Wohnungsämter mit dem Zollstock gekommen sind und nachgemessen haben, welcher Anteil gewerblich und welcher Anteil privat genutzt wurde. Das sind irre Folgen eines solchen Gesetzes.

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Milde, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

#### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Ich höre auf, vielen Dank. – Derjenige, der zu Hause Wohnraum in eine Anwaltskanzlei oder etwas anderes umwandelte, musste dann an anderer Stelle Wohnraum schaffen, und zwar 30 % plus. Das ist ein irrer Vorgang, der marktwirtschaftlich nicht nachvollziehbar ist und der insgesamt den Staat überfordert. Wir wollen keine Gängelei mehr, sondern wir wollen einen fairen, freien Wohnungsmarkt. Der funktioniert in Deutschland, und wir brauchen diese Staatsdoktrin nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Milde. – Ich erteile Frau Hölldobler-Heumüller für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Vorredner hat schon darauf hingewiesen, dass der linke Gesetzentwurf die Wiederaufnahme eines Gesetzes aus dem Jahr 2005 ist, das zu erheblich anderen Zeiten entstanden ist. Von daher müsste das inhaltlich genauer angeschaut werden, statt es einfach in der Form zu übernehmen. Aber ich denke, das ist Ihrer noch nicht so breiten Erfahrung geschuldet.

(Zuruf von der CDU: Das haben Sie aber schön formuliert!)

Der Kollege hat ebenfalls darauf hingewiesen, dass die Verordnung damals aufgehoben worden ist. Das geschah gegen den Widerstand der GRÜNEN. Wir wollten an der Verordnung festhalten. Das Gesetz haben sie dann auslaufen lassen. Das ist klar, ein Gesetz ohne Verordnung macht keinen Sinn. Das ist der zweite Punkt, den wir uns anschauen müssen.

Dass wir wieder ein Wohnraumzweckentfremdungsgesetz wollen, steht in unserem Parteiprogramm. Das war unsere Haltung 2004, das ist unsere Haltung heute. Aber es gibt einen wesentlichen Unterschied zu den LINKEN. Wir sagen: Wir wollen dieses Wohnraumzweckentfremdungsgesetz dort, wo Wohnungsmangel herrscht. Sie wollen es offenbar flächendeckend. Das ist ein wichtiger Unterschied; denn da, wo kein Wohnungsmangel herrscht, brauchen wir auch kein Wohnraumzweckentfremdungsgesetz.

Denn es handelt sich – Sie haben darauf hingewiesen – um einen gravierenden Eingriff in die Eigentumsrechte. Das heißt, der Eingriff muss unbedingt auf das notwendige Maß beschränkt sein. Auch die Frage der Billigkeit ist dabei zu erörtern.

Auf der anderen Seite gibt es Regionen, wo die Hälfte der Wohnungen in der Innenstadt leer steht. Da bin ich froh, wenn der Raum irgendwie genutzt wird. Auch in diesen Regionen macht das, was Sie vorsehen, wenig Sinn.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Deswegen brauchen wir eine Klärung, wie die Verordnung oder das Gesetz aussehen kann.

Herr Milde, Sie haben schon die Grundlagen des Grundgesetzes angesprochen. Ich will daraus zitieren. Darin steht:

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Da gibt es ohne Zweifel eine Verpflichtung, tätig zu werden, wenn man sieht, dass das nicht funktioniert. Im Rhein-Main-Gebiet müssen wir die Zahlen kontrollieren. Wir gehen davon aus, dass 7.000 Wohnungen fehlen. Die LINKEN gehen von 25.000 Wohnungen aus. Das ist eine erhebliche Differenz. Aber es wird eine Anhörung geben, wo wir nachfragen können. Raum ist nicht beliebig ver-

mehrbar. Steigende Preise und weitere Verknappung zeichnen momentan das Bild.

Von dem, was als schwarze Minderheitsregierung zusammengeschumpft ist, sind bisher keine Ideen gekommen, was da zu tun sei. Sie treiben die Bevölkerung mit Ihrer Politik – das hatten wir heute Morgen schon – eher in die städtischen Gebiete, indem Sie keine Ideen haben, wir man den ländlichen Raum stärken könnte, indem Sie beim ÖPNV kürzen, sodass die Leute eher in die Städte ziehen müssen, und indem Sie nicht in der Lage sind, für eine gescheite Technikanbindung in den ländlichen Räumen zu sorgen.

Der einzige Beitrag, den Sie dazu leisten, billigen Wohnraum im Ballungsraum zu schaffen, ist der von Ihnen geplante Ausbau des Frankfurter Flughafens. Dort findet wirklich Wertminderung statt. Dort wird Wohnraum entwertet durch Lärm und Emissionen. Das ist allerdings ein ganz gravierender Eingriff in den Grundbesitz. – Wir wollen, dass der Grundbesitz, den es gibt, sinnvoll genutzt wird.

Als das Zweckentfremdungsgesetz noch galt, gab es jährlich 400 bis 600 Hinweise. Das zeigt, es hatte durchaus Wirkung. Es geht auch nicht nur um Umnutzung von Wohnraum zu Büroraum, sondern es geht auch um Leerstand, um Neubau nach Abriss. Es geht auch darum, dass alle Bevölkerungsschichten bezahlbaren Wohnraum in der Nähe ihrer Arbeitsplätze finden können.

Frau Wissler, ich darf Sie kurz darauf hinweisen – Sie haben es auch in Ihrer Presseerklärung stehen –: Die vielen Büroleerstände werden wir dadurch nicht in den Griff bekommen. Das ist an dieser Stelle deutlich. Die Wirkungsweise des Gesetzes geht in die andere Richtung.

Der Wohnraum im Ballungsraum ist nicht nur durch Planungsrecht und durch Wohnungsbauförderung ins Gleichgewicht zu bringen. Ohne Eingriffe – auch darauf wurde hingewiesen – werden nur die Wohlhabenden in der Nähe ihrer Arbeitsplätze im Rhein-Main-Gebiet Wohnraum finden. Zusätzlich zum Planungsrecht und zur Wohnungsbauförderung brauchen wir auch ordnungspolitische Ergänzungen. Das sind z. B. auch die zehn Jahre Kündigungsschutz bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Das ist die Fehlbelegungsabgabe oder, wie hier, das Wohnraumzweckentfremdungsverbot. Das Wohnraumzweckentfremdungsverbot ist aber nicht allein selig machend. Da braucht es mehr. Das ist uns auch klar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns geht es um ein sinnvolles Gesetz, ein Gesetz mit Augenmaß, das Missstände reguliert. Ich glaube, die Eckpunkte und Grenzen sollten wir nach der Anhörung gemeinsam festlegen.

Herr Kollege Milde, wenn es Auswüchse geben sollte, würde ich davon gerne in der Anhörung hören. Eigentlich wären die eine Sache für die „Bild“-Zeitung, aber davon ist mir nichts bekannt. Von daher gesehen, müssten wir prüfen, ob es diese schwierigen Fälle wirklich gab.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Das Wort hat Herr Lenders für die FDP-Fraktion.



**Jürgen Lenders (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der von den LINKEN eingebrachte Gesetzentwurf war beinahe zu erwarten. Wir haben heute im Vorfeld schon eine Menge über mögliche Distanzierungen der Linkspartei von der SED gehört. Schade, dass wir jetzt nicht mehr so viel Aufmerksamkeit bekommen, wenn es um konkrete Politik geht. Wieder einmal zeigt sich, dass die Erben der SED eine Politik aus der Mottenkiste machen wollen. Mit einer deutlichen Abkehr vom Sozialismus hat dies nichts zu tun.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Mit alten Rezepten, die schon früher nicht gewirkt haben, kann man die Zukunft eben nicht gestalten.

Die Verordnung über das Verbot der Wohnraumzweckentfremdung begleitet den Hessischen Landtag nun schon bald 40 Jahre.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Länger, als wir hier im Landtag sind!)

Zweck der 1972 erlassenen Hessischen Verordnung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum war die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen. Grundlage dafür war ein entsprechendes Bundesgesetz vom Jahre 1971. Das Bundesverfassungsgericht hat das Gesetz 1975 für verfassungsgemäß erklärt, aber – das ist wichtig – an Voraussetzungen gebunden.

1994 hat die damalige Regierung ein Gesetz erlassen, um die Voraussetzungen und Bedingungen genauer zu definieren. Das Bundesverwaltungsgericht hat 1997 festgestellt, dass Teile dieses Gesetzes rechtswidrig sind. Im Jahre 2004 hat die Landesregierung schließlich den Vorschlag der FDP aufgenommen und die Hessische Verordnung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum aufgehoben.

Damit steht Hessen nicht alleine. In fast allen Bundesländern wurde die jeweilige landesgesetzliche Verordnung im Jahre 2004 aufgehoben.

(Beifall bei der FDP)

Entscheidend für die Bewertung der Sachlage ist, dass ein so schwerer Eingriff in das Grundrecht auf Eigentum – das hat die Kollegin Hölldobler-Heumüller schon angeschnitten –, wie ihn das Zweckentfremdungsverbot darstellt, nicht nur eng begrenzt sein muss, sondern vor allem die besondere Gefährdung der Versorgung mit Wohnraum anhand statistischen Materials für alle Gemeinden konkret nachgewiesen werden muss. Liebe Kollegin Wissler, ich habe von Ihnen noch keine konkreten Zahlen gehört, auf die Sie sich stützen könnten.

(Beifall bei der FDP)

Der Gesetzentwurf der LINKEN muss schon deshalb abgelehnt werden, weil diese klar definierten Voraussetzungen nicht erfüllt sind, die das Bundesverwaltungsgericht ausdrücklich gefordert hat.

Als Anfang der Siebzigerjahre das einschlägige Bundesgesetz erlassen wurde, war die Lage am Wohnungsmarkt eine völlig andere. Damals gab es tatsächlich eine Wohnungsnot. Heute hingegen suchen die Vermieter händeringend nach Mietern. Wenn Sie die Entwicklung der Mietpreise vergleichen – ich meine natürlich die Kaltmieten, nicht die Neben- und Heizkosten –, zeigt sich, dass in vielen Teilen Hessens die Realmieten zurückgehen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Aber nicht in den Ballungsgebieten, Herr Kollege!)

Es gibt vielerorts ein Überangebot an Wohnraum. Für die Mieter, ich bin selber einer, klingt das erst einmal gut. Aber, liebe Kollegin von der Fraktion der LINKEN, auf Dauer ist diese Entwicklung eben schwierig, denn wenn sich Investitionen in Wohnraum nicht mehr lohnen, droht die Bausubstanz zu leiden, insbesondere in den hessischen Innenstädten. Die Qualität der Miethäuser nimmt ab. In Zukunft wird sich diese Tendenz aufgrund der demografischen Entwicklung fortsetzen. Wer, wie die LINKE, den Vermietern weiterhin Daumenschrauben anlegen will, ohne dass dafür sachliche Voraussetzungen vorliegen, darf sich nicht wundern, wenn die Innenstädte veröden, wenn Investitionen in den Wohnungsbau ausbleiben.

(Beifall bei der FDP)

In der Begründung des Gesetzentwurfs zeigt die LINKE, dass sie von Marktwirtschaft nichts, aber auch gar nichts versteht. Da heißt es nämlich: Da in Frankfurt so viele Büros leer stehen, müsse man es Vermietern noch schwerer machen, Wohnungen in leer stehende Büros umzuwandeln. Das ist eine Logik, die sich – zumindest mir – überhaupt nicht erschließt.

(Beifall bei der FDP)

Damit nennen Sie in Ihrem Gesetzentwurf selber den wichtigsten Grund, weshalb es sich für die Vermieter gar nicht lohnt, in Frankfurt Wohnraum zweckzuentfremden. Vielleicht meinen Sie Frankfurt an der Oder. Zumindest für Frankfurt am Main ist aber zu sagen, dass keine Zahlen oder Informationen vorliegen, die die Wiedereinführung des Wohnraumzweckentfremdungsverbot rechtfertigen würden.

Damit laufen auch Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Gefahr, dass eine solche Verordnung wieder einmal höchstrichterlich kassiert wird. Ich habe eben die Grundlagen dargestellt. Die Große Koalition hat es bisher nur verpasst, die Grundlage, das Bundesgesetz, zu kassieren. Ich bin gespannt, wie Sie argumentieren, wenn Sie darauf aufbauen und auf dieser Grundlage einen eigenen Gesetzentwurf einbringen wollen.

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Jürgen Lenders (FDP):**

Bemerkenswert ist, dass weder die SPD noch die LINKE in Frankfurt dieses Thema in der jüngsten Vergangenheit auf die Tagesordnung gesetzt hat. Dieser Gesetzentwurf ist daher nichts anderes als ein durchsichtiger Versuch, sich bei den Altlinken von SPD und GRÜNEN anzudienen, die früher für dieses Thema gekämpft haben.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hat ja auch Joschka Fischer sehr umgetrieben. Der war bei diesem Thema putzmunter. Rechtlich und wirtschaftlich gesehen, ist dieser Gesetzentwurf nicht tragbar. Er ist purer Sozialismus.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen Dank, Herr Kollege Lenders. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Siebel das Wort.

**Michael Siebel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Aufarbeitung der Geschichte, inwieweit Fraktionen des Hessischen Landtags mit dem Gesetz und der Verordnung über das Verbot zur Zweckentfremdung von Wohnraum verwoben sind und waren, würden fünf Minuten Redezeit nicht reichen. Deshalb will ich mich auf die beiden Kernpunkte beziehen, die mit diesem Gesetzentwurf angesprochen worden sind: der Leerstand von Wohnraum und die Umwandlung von Wohnraum in Büros und gewerblich genutzte Flächen.

Das erste Thema ist immer wieder Stein des öffentlichen Anstoßes. Insofern muss es ernst genommen werden. Wenn der Kollege Leif Blum aus Darmstadt jetzt zuhören würde, dann würde er hören, dass beispielsweise in Darmstadt ein bestimmtes Haus seit über 15 Jahren leer steht. Die Bauverwaltung versucht seit vielen Jahren, dieses Haus Mietzwecken zuzuführen. Auch in der Zeit, als das Wohnraumzweckentfremdungsverbot und die Verordnung hierzu gegolten haben, war an das Objekt nicht heranzukommen, weil die Eigentumsrechte stärker wirken. Einen 15-jährigen Leerstand kennen Kollegen aus Gießen und aus anderen Städten auch.

(Leif Blum (FDP): Das ist doch gut so, dass die Eigentumsrechte stärker wirken!)

– Das sollten Sie einmal den Leuten im Johannisviertel sagen, Herr Blum, dass Sie es gut finden, dass dieses Haus seit 15 Jahren leer steht.

(Leif Blum (FDP): Wir haben doch keine Wohnungsnot in Darmstadt!)

Das ist dort in der Tat ein Thema. Dem Leerstand war also auch damals, zuzeiten der Geltung des Wohnraumzweckentfremdungsverbot, nicht beizukommen.

Gleichwohl glaube ich, dass es notwendig ist, zu Mechanismen zu kommen, leer stehenden Wohnraum dem Zweck des Wohnens besser zuführen zu können, als das momentan der Fall ist. Deshalb sollten wir die Regelung, die in § 2 des Gesetzentwurfs zu finden sind, in der Anhörung auf ihre Tauglichkeit im Hinblick auf die Wiederherstellung der Bewohnbarkeit abwägend diskutieren.

Bei dem zweiten Komplex, der Frage der klassischen Wohnraumzweckentfremdung, bin ich etwas kritischer. Dazu muss ich sagen, es hat sich in den letzten Jahren einiges verändert. Das war der Grund für den Paradigmenwechsel im Jahre 2004. Wir haben auf der einen Seite nicht nur in Frankfurt, sondern auch anderswo Leerstände von Büroflächen in erheblichem Umfang, teilweise durchaus auch schon die Tendenz der Umwandlung von Bürokomplexen in Wohnungen; aber es handelt sich – das ist das Problem, das man sehen muss –, meist um große Bürokomplexe, die nur als solche vermietet werden können.

Bemerkenswert ist allerdings, dass der Leerstand bei diesen großen Bürokomplexen nicht dazu führt – das ist wirklich ein Problem, mit dem man sich beschäftigen muss –, dass die Mietpreise in diesem Bereich sinken. Aus Gründen, die Sie offenbar kennen – wie ich Ihrer Mimik entnehmen muss –, halten sie sich aber auf diesem Niveau.

Auf der anderen Seite gibt es den Druck auf bestimmte Wohnviertel, in denen Freiberufler, z. B. Architekten, Drei- bis Vierzimmerwohnungen in Büroraum umwandeln lassen möchten. Es muss abgewogen werden, inwieweit die Regelungen des Baurechts hier ausreichend sind. Ich habe aus unterschiedlichen Bauverwaltungen unterschiedliche Signale wahrgenommen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer sind die anderen?)

Ich möchte an dieser Stelle allerdings sagen, dass wir in der Anhörung sehr genau prüfen müssen, in welchen Kommunen überhaupt ein Bedürfnis besteht, so etwas wie ein Wohnraumzweckentfremdungsgesetz wieder wirken zu lassen. Ich glaube, es ist der richtige Weg, die Kommunen darüber entscheiden zu lassen, ob dort die Notwendigkeit zum Handeln besteht oder nicht. Das ist einer der Punkte, die wir berücksichtigen müssen. Wir sollten keine Lex Frankfurt oder so etwas daraus machen.

Ich will einen weiteren Aspekt ansprechen. In den Städten ist die Zielgruppe derer, die Wohnungen suchen, sehr differenziert. Es sind im Wesentlichen junge Familien, die eine Wohnung suchen. Die Alleinerziehenden bilden eine immer größere Gruppe. In den letzten zehn Jahren hat ihre Zahl zugenommen. Dieser Problematik müssen wir uns stellen.

Dieser Problematik ist aber nicht dadurch beizukommen, dass man über Wohnraumzweckentfremdung und die Rückumwandlung der Wohnungen diskutiert. Vielmehr ist dieser Problematik dadurch beizukommen, dass man wieder in größerem Umfang sozial gebundenen Wohnraum zur Verfügung stellt. In den letzten zehn Jahren ist der Bestand dieser Wohnungen um zwei Drittel dezimiert worden. Das ist das Problem.

Dazu muss ich allerdings sagen, dass die Landesregierung in diesem Sektor zu wenig gemacht hat und dass wir uns zum Rückkauf von Sozialbindungen entschließen sollten. Damit könnten wir dieser Gruppe der Wohnungssuchenden tatsächlich beistehen.

Ich bin ein bisschen traurig darüber, dass aus den Reihen von CDU und FDP ähnliche Zitate gekommen sind, wie ich sie 2004 vom Kollegen Boris Rhein gehört habe, der hier ebenfalls von einem „Griff in die sozialistische Mottekiste“ gesprochen hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der sieht das jetzt ganz anders! Garantiert!)

– Der sieht das jetzt ganz anders. Ja, auch bei Boris Rhein ist es so, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt. Ich freue mich immer wieder, wenn ich Boris treffe. In seiner jetzigen Funktion sieht er das völlig anders.

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Michael Siebel (SPD):**

Letzter Satz. – Vor dem Hintergrund der beiden Säulen, die wir zu betrachten haben, und vor dem Hintergrund der Frage, inwieweit die Kommunen dabei ein Wort mitzureden haben, werden wir eine intensive Anhörung durchführen. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Das ist ein sach- und fachgerechter Umgang mit diesem Thema. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Siebel. – Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Dr. Rhiel das Wort.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem nun klar geworden ist, dass es eine Anhörung geben soll, auf die aus unserer Sicht auch hätte verzichtet werden können – aber das ist Ihre Entscheidung –, möchte ich die Position der Landesregierung kurz vortragen.

Das Gesetz aus dem Jahr 1994, am 29. November verabschiedet, ist zu Recht weder erneuert noch aktiviert worden; denn die Ziele, die mit diesem Gesetz verknüpft waren, wurden nicht erreicht. Außerdem haben sich in der Zwischenzeit die tatsächliche Situation und ihre Rahmenbedingungen geändert.

Das damalige Gesetz ging von mehreren Voraussetzungen aus, von denen ich nur zwei nennen will. Als Begründung wurde damals z. B. angeführt, dass der Abbruch von Wohnraum zum Wegfall von Wohnungen führt. Tatsächlich diente aber der Abbruch von Wohnraum in der Regel der Errichtung neuen, hochwertigeren Wohnraums auf dem jeweils aktuellen Stand. Das war also eine Fehleinschätzung.

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller?

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Ich möchte mich jetzt kurz fassen; vielleicht am Ende. – Außerdem wurde angenommen, dass günstiger Wohnraum in Büroraum umgewandelt wird. Das ist auch nicht mehr der Fall. Das ist eben schon deutlich gesagt worden. Selbst wenn man glaubt, das sei ein zutreffendes Argument gewesen: Die Situation auf dem Büroraummarkt ist inzwischen dadurch gekennzeichnet, dass ein Überangebot herrscht.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Ein solches Gesetz könnte einen auch daran hindern – vorübergehend zumindest –, Büroraum in Wohnraum umzuwandeln und dann wieder eine Umwidmung vorzunehmen. Diese Flexibilität wird durch ein solches Gesetz beseitigt. Auch aus diesem Grund ergibt es wenig Sinn.

Wie gesagt, all das führte dazu, dass sich die Erkenntnis breitmachte, dass ein solches Gesetz, wonach man durch Bürokratie zu mehr Wohnraum kommt, nicht das geeignete Instrument ist. Vielmehr kommt es darauf an, dass dort, wo ein Wohnraummangel herrscht, wo also die Nachfrage größer als das Angebot ist, dieses Problem durch den Bau neuer Wohnungen gelöst wird.

Deswegen setzt die Landesregierung darauf – die Möglichkeiten, die wir in der Förderung haben, nutzen wir im großen Umfang dazu –, dass vor allem in den Ballungsgebieten, also dort, wo es eine Nachfrage gibt, etwas getan

wird. Es geht also nicht darum, nach dem Gießkannenprinzip überall etwas zu machen, sondern darum, sich schwerpunktmäßig auf das Rhein-Main-Gebiet zu konzentrieren. Dort sollen sowohl für den Neubau als auch für die Modernisierung von Wohnungen und insbesondere unter dem Gesichtspunkt Barrierefreiheit großzügig Unterstützungsleistungen gezahlt werden. Diese Zahlungen werden insbesondere von den Wohnungsbaugesellschaften in Anspruch genommen, die in den Ballungsräumen umfangreiche Investitionen in den Geschosswohnungsbau tätigen.

Vor allem leitet uns natürlich die verfassungsrechtliche Bewertung eines solchen Gesetzes. Art. 45 Abs. 1 Satz 1 der Hessischen Verfassung, in dem es um die Gewährleistung des Rechts auf Privateigentum geht, ist schon zitiert worden. Deswegen muss, wenn ein solches Gesetz überhaupt greifen soll, besonders geprüft werden, ob der Eingriff verhältnismäßig ist.

Meine Damen und Herren, wir haben erlebt – die Zahlen dokumentieren es –, dass sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt seit dem Auslaufen des Gesetzes nicht verändert hat. Sie hat sich nicht ins Negative gewendet.

Deshalb können wir die Situation so betrachten, wie es eben formuliert worden ist: Ein solches Gesetz wird auch in Zukunft keine Wirkung zeigen. Wir müssen andere Maßnahmen ergreifen. Die gezielte Schaffung von Wohnraum und die weitere Förderung von Wohnungsbau sind geeignetere Maßnahmen, die den Menschen dienen. Zwang und Regulierung dagegen sind nicht geeignet. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen Dank. – Bei der Gelegenheit darf ich auf Folgendes hinweisen. Wir sind zeitlich im Verzug. Ich frage die parlamentarischen Geschäftsführer, ob wir beim nächsten Tagesordnungspunkt die vereinbarte Redezeit von zehn Minuten etwas verkürzen können. Ich bitte Sie, das zu erörtern.

(Günter Rudolph (SPD): Fünf Minuten!)

– Fünf Minuten. – Für die Fraktion DIE LINKE hat Herr Kollege Schaus das Wort.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss gestehen, ich bin etwas verwirrt. Herr Milde – –

(Clemens Reif (CDU): Der Kollege Milde ist bei einer Besuchergruppe! Ich vertrete ihn!)

– Ja. – Als Herr Milde sagte, ihm zieht es die Schuhe aus, dachte ich daran – wir haben gestern gemeinsam Fußball gespielt –, dass er noch seine Fußballschuhe anhat.

Ich bin auch deshalb verwirrt,

(Clemens Reif (CDU): Sie müssen nicht verwirrt sein!)

weil er gesagt hat – so habe ich das doch richtig verstanden? –, die CDU habe diesen Gesetzentwurf eingebracht, und Sie, Herr Lenders, dann von „purem Sozialismus“ gesprochen haben. Ich muss gestehen, ich bin etwas verwirrt.

(Clemens Reif (CDU): Sehr!)



Wer ist denn jetzt für den puren Sozialismus zuständig oder verantwortlich? Das müssten Sie vielleicht einmal interfraktionell klären.

Mir geht es nur darum, noch einmal festzustellen, dass es sich unserer Intention nach hierbei um eine Kannbestimmung handelt – so weist es § 1 des Gesetzentwurfs aus –, die vor allem für die Großstädte eine Option darstellt, von diesem Gesetz Gebrauch zu machen.

Wir haben die entsprechenden Diskussionen geführt und sehr unterschiedliche Antworten bekommen. Ich sage es einmal so. Auf der politischen Seite gab es eher die Tendenz, zu sagen: Wir brauchen ein solches Gesetz nicht. – Auf der Seite der Fachleute, also derer, die aus Erfahrung mit dem Thema umgehen, wurde uns ein anderes Signal gegeben. Deshalb erschien es uns wichtig, das noch einmal aufzugreifen.

Ich kenne die Situation. Herr Milde hat es vorhin angesprochen. Ich meine damit die Historie des Frankfurter Westends. Der Kettenhofweg war in den Siebzigerjahren eine berühmte Straße. Da ging es um Wohnraumzweckentfremdung. Das betraf insbesondere das Frankfurter Westend.

Es ist sicherlich richtig, dass diese Situation jetzt nicht mehr in diesem Maße besteht. Dennoch denke ich, dass man darauf sehr genau achten muss. Man darf nicht hergehen und aufgrund dessen, dass wir momentan in vielen Großstädten, auch in Frankfurt, erheblichen Leerstand an Büroräumen haben, sagen: Das regelt sich schon von selbst und ganz automatisch. – Es geht sehr wohl darum, zu schauen, wie die Infrastruktur in den einzelnen Stadtteilen ist und welche Notwendigkeiten und Möglichkeiten es da gibt. Insbesondere dann, wenn der Leerstand dazu führen könnte, dass in erheblichem Maße in die Infrastruktur eingegriffen wird, sollen die kommunalen Behörden die Möglichkeit haben, das Instrument einzusetzen. Nach unseren Vorstellungen sollen sie selbstständig darüber entscheiden. Wir wollen ihnen das Instrument an die Hand geben.

Insofern hoffen wir, dass die Anhörung dazu führen wird, dass wir hier ein modernes, der jetzigen Zeit entsprechendes neues Wohnraumzweckentfremdungsgesetz werden verabschieden können, das dann auch für Hessen zukunftsweisend sein kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält nun Frau Hölldobler-Heumüller das Wort.

#### **Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich werde mich kurz fassen. Da der Minister aber leider nicht auf meine Zwischenfrage antworten wollte, wollte ich doch noch einmal die Gelegenheit nutzen, auf etwas hinzuweisen.

Sie haben gesagt, das Gesetz sei nicht wirksam gewesen, es sei unsinnig und einiges andere mehr gewesen. Dazu kann ich nur sagen: Zu diesem Thema gibt es zwei sehr unverständliche Kronzeugen.

Herr Lenders, zu Ihrer Bemerkung, dies sei der pure Sozialismus, kann ich Folgendes sagen: Aus dem Jahr 2004 liegen uns Briefe der Oberbürgermeisterin Roth und des

Oberbürgermeisters Hildebrand Diehl vor, in denen sie energisch darum gebeten haben, das Wohnraumzweckentfremdungsgesetz aufrechtzuerhalten. Sie sagten, es sei sehr wohl wirkungsvoll gewesen – Sie sollten sich also mit Ihren eigenen Parteifreundinnen und -freunden unterhalten. Dann könnten Sie feststellen, wie das beurteilt wird.

Herr Schaus, ich möchte Ihnen noch einen kleinen Hinweis geben. Es wäre hilfreich, wenn Sie den Text Ihres eigenen Gesetzentwurfs noch einmal lesen würden. Denn dort ist nicht vorgesehen, dass die Gemeinden selbst entscheiden können, was sie tun.

Ich glaube, in der Beratung im Ausschuss und in den weiteren Lesungen steht uns noch einiges an Arbeit bevor. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Stimme der Vernunft!)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion erhält nun Herr Lenders das Wort.

#### **Jürgen Lenders (FDP):**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das wird dann zum Sozialismus, wenn die Grundlage dafür fehlt. Ich habe eingehend versucht, das zu erklären. Das, was hier versucht wird, ist der Ritt auf der Rasierklinge. Das Bundesverfassungsgericht hat ganz klare, enge Rahmenbedingungen dafür festgelegt, dass dieser schwere Eingriff in das Eigentumsrecht vorgenommen werden darf.

Dafür ist also die Grundlage nicht mehr vorhanden. Alle Versuche, an diesem Gesetz wieder herumzudoktern, laufen Gefahr, höchsttrichterlich kassiert zu werden. Wenn die Grundlage dafür nicht mehr vorhanden ist, handelt es sich nicht um ein Instrument der sozialen Marktwirtschaft, zu der wir uns ausdrücklich bekennen. Vielmehr wird es dann zum puren Sozialismus.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Meine Damen und Herren, damit ist die erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein Hessisches Gesetz zur Bekämpfung der Zweckentfremdung von Wohnraum erfolgt. Der Gesetzentwurf hat die Drucksachenummer 17/289.

Es ist vereinbart, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zu überweisen. Dem wird nicht widersprochen? – Dann wird so verfahren.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Einbeziehung hessischer Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter in die allgemeine Einkommensentwicklung des öffentlichen Dienstes – Drucks. 17/365 –**

Weiterhin rufe ich **Tagesordnungspunkt 17** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Besoldungs-**

### **und Versorgungsanpassungsgesetzes 2007/2008 zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften – Drucks. 17/505 –**

Ich erteile Herrn Kollegen Rudolph zur Einbringung des Gesetzentwurfs das Wort.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf wollen wir in der Tat erreichen, dass die Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen, aber auch die kommunalen Beamtinnen und Beamten die Einkommenserhöhung erhalten, die die nach Tarif Beschäftigten erhalten haben.

Herr geschäftsführender Innenminister, auf Druck der neuen Mehrheit im Landtag ist der tariflose Zustand beendet. Wir wollen zu einer Personal- und Besoldungspolitik mit dem Grundsatz zurückkehren, dass das Besoldungsrecht dem Tarifrecht folgt. Deshalb sollen auch die hessischen Beamten wieder ordentliche Einkommenserhöhungen erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Unserer Auffassung nach soll das konkret Folgendes bedeuten. Sie haben noch vor der Wahl ein Geschenk mit einer Besoldungserhöhung von 2,4 % verabreicht. Nachdem Sie in den letzten Jahren aber wiederholt Wortbruch gegenüber den hessischen Beamtinnen und Beamten begangen haben, haben die das entsprechend bewertet. Das hat dann nicht so gefruchtet. Das wird Sie sicherlich im Nachhinein geärgert haben. Aber Sie sehen: Die Leute merken es, wenn sie von der Regierung vorgeführt werden.

Wir wollen, dass die 3 % Einkommenserhöhung für die Tarifbeschäftigten auch auf die Beamten übertragen wird. Für die Beamtinnen und Beamten bis zur Besoldungsgruppe A 8 soll es eine Einmalzahlung von 150 € geben, für die übrigen Besoldungsgruppen ab A 9 eine in Höhe von 100 €. Das soll auch für die Versorgungsempfänger gelten. Ich glaube, ein solches Vorgehen ist nachvollziehbar und gut.

Herr Klee, ich weiß, Sie sind kein Freund des öffentlichen Dienstrechts.

(Horst Klee (CDU): Nein, darum geht es nicht! Ich habe das alles schon ein paar Mal gehört!)

Deswegen ist das vielleicht trotzdem wichtig. – Sehen Sie, die Beamtinnen und Beamten in Hessen haben von dieser Landesregierung seit dem Jahr 2004 nichts mehr bekommen. In anderen Bereichen waren aber Einkommenssteigerungen üblich. Wir freuen uns, dass die geschäftsführende Landesregierung uns nacheifert. Sie hat ebenfalls einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht.

Das zeigt: Wenn man motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben will, muss man sie auch vernünftig bezahlen. – Ich glaube, es ist deshalb ein guter Brauch, dass die Besoldungspolitik hinsichtlich der Beamten dem Tarifrecht folgt. Ich glaube, das erfolgte aufgrund unseres Engagements, zusammen mit den GRÜNEN und der LINKEN.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt wird wahrscheinlich der Zwischenruf kommen: Sozialismus!

(Silke Tesch (SPD): Es ist doch keiner da!)

Das werden wir aber sehr gelassen hinnehmen.

(Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

– Herr geschäftsführender Innenminister, ich würde das nicht so weitgehend formulieren. Aber Ihr Hinweis, dass man das in anderen Bundesländern nicht so macht, wie es in Hessen geschieht, ist falsch. Sie haben seit dem Jahr 2004 die Einkommen nicht erhöht. Das war falsch. Sie haben das Weihnachtsgeld gekürzt. Sie haben das Urlaubsgeld gekürzt. Sie haben die Beamten mit einer längeren Wochenarbeitszeit belastet. All das sind die Dinge, mit denen wir Schluss machen werden.

Wir hatten vereinbart, die Redezeit auf fünf Minuten zu reduzieren. – Wir wissen, das kostet Geld. Sie – respektive Ihre Mitarbeiter – haben die entsprechenden Zahlen ausgerechnet. Die glaube ich Ihnen. Wenn das so umgesetzt wird, wird das den Landeshaushalt mit rund 77 Millionen € belasten. Das müssen wir gemeinsam –

(Zuruf von der Regierungsbank)

– Nein, das war nur die eine Zahl. Dazu kommt noch die Einmalzahlung. Herr Grüttner, die Differenz ergibt sich vielleicht deswegen, weil Sie mehr Beamte haben, die das ausrechnen können. Wir haben dafür nur eine Person.

(Norbert Schmitt (SPD): Nein, er hat das immer noch nicht verstanden!)

Es gibt also vom Grundsatz her keine Differenz. Die 77 Millionen € müssen dann im Nachtragshaushalt dargestellt werden. Das zu leisten ist eine gemeinsame Aufgabe. Da sich aber alle Fraktionen zu diesem Vorgehen bekannt haben, wird das dann sicherlich kein Problem sein.

Es handelt sich also um einen guten Tag für die hessischen Beamtinnen und Beamten. Denn mit einer raschen Umsetzung soll das bei ihnen materiell schnell ankommen. Ein wichtiges Signal ist auch, dass es einen annähernden Gleichklang zwischen Tarifrecht und Besoldungspolitik geben soll. Das haben Sie jahrelang permanent und ignorant nicht umgesetzt.

Wir freuen uns auf die Beratung im Innenausschuss. Ich denke, eine schriftliche Anhörung wird ausreichen. Der materielle Vorteil soll an diejenigen weitergegeben werden, die in den letzten Jahren unter der falschen Besoldungspolitik gelitten haben.

Wir freuen uns, dass die Landesregierung unserem Gesetzentwurf gefolgt ist und schnell einen eigenen vorgelegt hat. Es ist ein guter Tag für Hessens Beamtinnen und Beamte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Rudolph, vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich zur Einbringung ihres Gesetzentwurfs Herrn Staatsminister Bouffier das Wort.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Rudolph kann es ja nicht lassen. Selbst wenn wir uns einig sind, versucht er, noch so ein bisschen etwas unterzubringen.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Aber ich versuche das jetzt einfach in groben Strichen. Es ist richtig, es ist der gemeinsame Wille, dass wir für die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger, gerechnet auf das ganze Jahr, 3 % Gehaltserhöhung vorschlagen zu beschließen, hier durch veränderte Besoldungsgesetzgebung.

Herr Kollege Rudolph, ich hatte das Haus darüber unterrichtet, dass ich im Namen der Landesregierung mit den hessischen Gewerkschaften Tarifverträge abgeschlossen habe. Ich darf daran erinnern, dass ich mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Gewerkschaft der Polizei und einer ganzen Reihe anderer eigenständige hessische Tarifverträge abgeschlossen habe. Das habe ich immer für richtig gehalten, und das haben wir auch getan. Dort haben wir für die Tarifbeschäftigten sowohl eine tarifliche Erhöhung um 3 % wie auch Einmalzahlungen vereinbart.

In dieser Tarifvereinbarung, die Sie aus dem Juni und Juli kennen, haben wir als letzten Punkt vereinbart, dass die Landesregierung sich verpflichtet – seinerzeit in Regelungen mit den Gewerkschaften auch als tarifliches Ergebnis dieser Tarifvereinbarung –, dieses Tarifergebnis auch auf die Beamtinnen und Beamten des Landes zu übertragen. Ich habe des Weiteren damals angekündigt, dass ich dazu für die Landesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen werde. Dieses haben wir getan.

Herr Kollege Rudolph, wenn Sie beide Gesetzentwürfe vergleichen, werden Sie feststellen, es gibt ein paar Unterschiede – nicht in dem wesentlichen Ziel. Aber Sie haben ein paar Dinge ganz schlicht vergessen, oder sie sind falsch. Ich nenne einmal ein Beispiel. Sie haben die Leute, die im Ausland – z. B. in Brüssel – tätig sind, überhaupt nicht berücksichtigt. Denen wollen wir ja auch etwas geben. Oder Sie haben einen groben Fehler eingebaut. Wenn jemand nur anteilig Dienst leistet, also nur eine halbe Stelle wahrnimmt oder sonst was auch immer, oder wenn er zeitlich nur anteilig da ist, liegt es doch auf der Hand, dass das eine Quotierung bedeuten muss. Ich sage einmal: Das Ding war ein Schnellschuss. Ich habe es damals gesehen. Das war damals schnell runtergehauen.

(Günter Rudolph (SPD): Na, na, na!)

Es war ja gut gemeint, aber es war nicht gut. Deshalb muss der Gesetzentwurf der Landesregierung das korrigieren bzw. aufgreifen. Wir sind doch da nicht auseinander. Sie wissen doch auch, dass ich recht habe. Deshalb erwähne ich es nur, damit das Haus weiß, wo der Unterschied liegt.

(Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Ein inhaltlicher Unterschied, auf den ich hinweisen will, von dem ich aber hoffe, dass er im Hause letztlich unstrittig bleibt, ist Folgender. Sowohl das Hessische Besoldungsgesetz wie das Gesetz über Sonderzahlungen laufen aus, weil sie befristet sind. Die Landesregierung hat es für richtig gehalten, in dieses Gesetz, das sich materiell zunächst mit der Vergütungsverbesserung beschäftigt, sowohl das Bundesbesoldungsgesetz als Ganzes wie aber auch das Sonderzahlungsgesetz mit einzubauen.

Ich gehe davon aus – ich hoffe es jedenfalls –, dass wir darüber nicht streiten. Wir wollen Sicherheit für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass es dabei bleibt. Das Sonderzahlungsgesetz bedeutet z. B. Weihnachtsgeld. Das fällt weg, wenn wir das nicht in das Gesetz aufnehmen.

Das Besoldungsgesetz ist im Übrigen auch wichtig. Da eine Reform des öffentlichen Dienstrechts, die wir gemeinsam anstreben, keine Geschichte ist, die so schnell

geht, haben wir es für richtig gehalten, in diesem Gesetzentwurf beide insofern aufzunehmen, als wir die Frist für beide Gesetze bewusst verlängert haben.

Es gibt noch ein paar Spezialitäten, auf die ich – Herr Präsident – aus Zeitgründen jetzt nicht eingehen will. Ich will einfach nur sagen: Was wir hier machen, hat große Bedeutung. 97.000 Beamtinnen und Beamte des Landes Hessen sind davon betroffen, 57.000 Pensionäre. Das ist eine gewaltige Zahl.

Die Entscheidung, um die die Landesregierung Sie durch die Einbringung dieses Gesetzentwurfs bittet, wird die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes allein in diesem Jahr mit 78 Millionen € zusätzlichen Personalkosten belasten. Das ist ein Sachverhalt, den man nicht unterschlagen darf. Der Unterschied, den wir im Gegensatz zum SPD-Entwurf gemacht haben, ist, wir haben auch einen Finanzierungsvorschlag in diesem Gesetzentwurf mitgeliefert.

(Günter Rudolph (SPD): Oh!)

– Ja. Wir glauben, dass wir in der Lage sind, nachzuweisen und zu erläutern, wo wir im laufenden Haushalt – es dreht sich um das Jahr 2008 – die entsprechenden Mittel dafür finden können. Herr Kollege Weimar hat seine Haushaltssperre vor den Sommerferien mit aus diesem Grund verhängt. Sie haben das sicherlich verfolgen können. Das stand im engsten Zusammenhang mit dieser Entscheidung.

(Günter Rudolph (SPD): Das können wir nicht machen!)

Unter dem Strich bleibt eines übrig. Wenn es die Grundüberzeugung ist, dass unsere Bediensteten auch an der Einkommensentwicklung teilnehmen sollen – das ist unsere Überzeugung –, dann müssen wir trotzdem sagen, dass es eine nicht unerhebliche finanzielle Mehrbelastung ist. In der Abwägung haben wir uns für eine Mischung entschieden – 3 % unter Anrechnung der 2,4 % ab dem 01.04., die wir schon haben, plus Einmalzahlungen.

Das ist aus meiner Sicht eine angemessene Situation. Das führt nicht dazu, dass jemand jetzt in Reichtum schwelgen kann. Aber es ist ein Zeichen des Arbeitgebers im öffentlichen Dienst, dass wir diese Leistungen und diese Arbeit schätzen. Das Weitere können wir im Ausschuss beraten. Ich bitte das Haus um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Herr Staatsminister Bouffier. – Für die FDP erteile ich Herrn Kollegen Greilich das Wort.

#### **Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe wollen die erzielten Tarifergebnisse für die Tarifbeschäftigten des Landes Hessen auf die hessischen Beamten übertragen. Ob das die rückwirkende Anhebung der Besoldungsbezüge um 3 % linear ist, die gestaffelte Einmalzahlung von 100, 150 sowie für die Auszubildenden in Höhe von 100 € ist – das ist in der Tat fällig und findet absolut unsere Unterstützung. Hierzu ist zunächst festzuhalten, um der Wahrheit die Ehre und keiner Geschichtsklitterung Vorschub zu geben: Diese Besoldung ist nicht etwa aufgrund der Aktivitäten des Linksblocks dieses Hauses erfolgt,



sondern aufgrund des frei zwischen dem Innenminister und den Tarifparteien ausgehandelten Tarifvertrages.

(Beifall der Abg. Florian Rentsch (FDP) und Dr. Walter Lübcke (CDU))

Die von der linken Seite immer wieder geforderte Rückkehr in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder – das sei an der Stelle auch angemerkt – hat sich in diesem Zusammenhang als absolut überflüssig erwiesen. Kontraproduktiv ist sie außerdem. Das habe ich an anderer Stelle schon ausgeführt. Festzustellen bleibt allerdings in diesem Zusammenhang, dass sich die Gewerkschaften verantwortungsbewusst gezeigt und ihre Aufgabe im Tarifgefüge und Tarifgleichgewicht erfüllt haben. Die Gewerkschaften, und zwar einschließlich der nicht immer mit Lob von unserer Seite versehenen Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, sind in dieser Sache erheblich weiter als der Linksblock in diesem Hause. Das muss auch einmal festgehalten werden.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Ein Zweites muss an dieser Stelle erwähnt werden, bevor wir schon direkt im Anschluss an die Sitzung in die Ausschussberatungen gehen. So ist festzustellen, dass zwar beide Gesetzentwürfe das gleiche Ziel verfolgen, aber nicht beide dem gerecht werden. Es entbehrt schon nicht einer gewissen Peinlichkeit, auch Ehrlichkeit – peinliche Ehrlichkeit vielleicht –, wenn die antragstellende SPD-Fraktion nach nochmaliger Durchsicht ihres Werkes immerhin selbst erkennt, dass der vorgelegte Gesetzentwurf einige schwere handwerkliche Fehler enthält.

Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten das Schreiben der SPD-Fraktion, des Kollegen Rudolph, vom 4. August 2008 in aller Kürze wie folgt zitieren: Leider mussten wir feststellen, dass sich bei der Abfassung des von uns mit Datum vom 20.06.2008 eingebrachten Gesetzentwurfes für ein Gesetz zur Einbeziehung hessischer Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter in die allgemeine Einkommensentwicklung des öffentlichen Dienstes zwei redaktionelle Fehler eingeschlichen haben, die wir im Rahmen des bevorstehenden Gesetzgebungsverfahrens noch korrigieren werden.

Danach folgen in der Tat Hinweise auf klare Fehler – Herr Kollege Rudolph – rechnerischer und redaktioneller Art. Wo ist er eigentlich? Ist er noch da?

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Ach, da ist er ja. Gut, prima. – Es heißt dann auch, und das will ich glauben, die Fehler seien nicht beabsichtigt gewesen und müssten daher korrigiert werden. Herr Kollege Rudolph, die fehlende Absicht glauben wir Ihnen. Das Peinliche dabei ist aber, dass Sie bis zum 4. August 2008, also in den sechs Wochen seit Einbringen Ihres Gesetzentwurfes, nur einige wenige der zahlreichen Fehler entfernt haben.

(Günter Rudolph (SPD): Ach, hören Sie doch beserwischerisch auf!)

Herr Staatsminister Bouffier hat schon das eine oder andere erwähnt. Ich erlaube mir nur den Hinweis, dass Ihr Gesetzentwurf nicht nur die von Ihnen selbst eingeräumten Mängel enthält, sondern insbesondere auch nicht mit den Tarifvereinbarungen, die Sie angeblich übertragen wollen, übereinstimmt. Wenn Sie hiermit nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung, sowohl Besserstellungen wie auch Benachteiligungen, gegenüber den Tarifbeschäftig-

ten beabsichtigt haben sollten, so sollten Sie dies sagen. Ich gehe davon aus, dass es schlicht Ihr Unvermögen ist, welches zu diesen Fehlern führt.

(Günter Rudolph (SPD): Nicht so bescheiden, Herr Greilich!)

Herr Kollege Rudolph, ich will mich hier nicht in Einzelheiten verlieren. Die können wir im Ausschuss beraten. Jedenfalls steht aber fest, dass sich mit der von Ihnen verlangten Umsetzung der tariflichen Ergebnisse in dem Sinne, Wort für Wort ins Beamtenrecht zu übernehmen, ein Ergebnis einstellt, das aus Gründen des Besoldungssystems die Beamten einschließlich der Versorgungsempfänger schlechter stellt als die Tarifbeschäftigten. Dies sollten Sie zumindest nicht wollen.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Sachlich in keiner Weise nachvollziehbar ist, dass Sie keine Quotierung für Teilzeitbeschäftigte vorsehen. Das hat Herr Minister Bouffier bereits erwähnt. Auch da ein klarer handwerklicher Fehler – ich will nicht unterstellen, dass Sie meinen, wer nur einen Vierteltag lang arbeitet, soll trotzdem die volle Einmalzahlung erhalten.

Letztlich können wir nicht verstehen, warum den Anwärtinnen und Anwärtern für die Beamtenlaufbahn eine höhere Einmalzahlung zuerkannt werden soll als den Auszubildenden im öffentlichen Dienst, deren Bezüge im Tarifvertrag geregelt sind. Für diese ist bekanntlich eine Einmalzahlung von 100 € vorgesehen, während Sie für die Auszubildenden zur Beamtenlaufbahn eine Einmalzahlung von 150 € vorsehen.

Wie hoch die Mehrausgaben sind, kann uns vielleicht die Landesregierung noch einmal genauer sagen.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der gleichzeitig vorgelegte Gesetzentwurf der Landesregierung – der in der Tat eine handwerklich ordentliche Umsetzung des Tarifergebnisses für die hessischen Beamten bedeutet – deutlich den Vorzug verdient.

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Greilich, die vereinbarte Redezeit ist abgelaufen.

#### **Wolfgang Greilich (FDP):**

Ich komme zum letzten Satz.

Deshalb kann ich der SPD nur empfehlen, ihren handwerklich schlechten und nicht umsetzbaren Gesetzentwurf spätestens in der Ausschussberatung zugunsten des Entwurfs der Landesregierung zurückzuziehen. Sie haben wieder einmal bewiesen: Sie können es einfach nicht.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Ich erteile Herrn Kollegen Schaus das Wort für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute liegen uns – oh Wunder – zwei Gesetzentwürfe zur Verbesserung der Besoldung und der Versorgung der Be-

amtinnen und Beamten in Hessen vor. Einer war bereits am 20. Juni von der SPD-Fraktion eingebracht worden, ein weiterer am 15. August von der Landesregierung.

Das ist alles wunderbar, könnten wir denken, denn in der Sache sollen die gleichen Regelungen getroffen werden, nämlich die rückwirkende Erhöhung der Dienst- und Amtsbezüge zum 1. Januar 2008 um 3 % – wäre da nicht die Frage der Mitgliedschaft in der Tarifgemeinschaft der Länder. Die geschäftsführende Landesregierung weigert sich immer noch, dem Beschluss des Landtags zu folgen und der Tarifgemeinschaft beizutreten.

Herr Greilich, lassen Sie mich das an dieser Stelle nochmals sagen: Wenn Sie sich schon auf die Regelung beziehen, die mit den Gewerkschaften getroffen wurde, dann empfehle ich Ihnen, auch den Anfang, die Präambel, zu lesen. Dort erklären die Gewerkschaften ganz eindeutig, dass sie nach wie vor das Ziel der Mitgliedschaft des Landes Hessen in der Tarifgemeinschaft der Länder verfolgen und dass die getroffene Regelung für sie nur die zweitbeste Lösung ist.

Das ist für mich auch nachvollziehbar. Die Gewerkschaften haben sich also überhaupt nicht von ihrer grundsätzlichen Position abgekehrt, und wir tragen die in diesem Hause nach wie vor mehrheitlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Tarifvertrag hat sich also nicht erledigt, ebenso wenig die Mitgliedschaft in der Tarifgemeinschaft.

Herr Greilich, lassen Sie mich an dieser Stelle noch Folgendes sagen: Ich finde es in der Tat einen schlechten Stil, einen Brief von der SPD – der an uns als Obleute gegangen ist und der darauf abzielt, das in der Ausschussdiskussion wieder geradezuziehen – hier zu zitieren, um zu versuchen, die Kolleginnen und Kollegen von der SPD hier vorzuführen. So etwas geht nach hinten los. Das ist kein Stil. Es ist auch nicht notwendig, in diese Frage eine solche Schärfe hereinzubringen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung nicht auf besserer Einsicht beruht, sondern lediglich auf das Wahlergebnis der Landtagswahl zurückzuführen ist,

(Beifall der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

ist draußen bei den Betroffenen glasklar. Erst auf dieser Grundlage wurden die Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften aufgenommen und dann im Juni mit einer Eckpunktevereinbarung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Landes Hessen beendet.

Deshalb steckt in dieser Debatte auch mehr drin. Erstens steckt da drin, dass bis dato die Beamtinnen und Beamten zum 1. April 2008 eine lineare Erhöhung von nur 2,4 % erhalten, die im Zusammenhang mit einer gesetzlichen Regelung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sehen ist, die unter Missachtung der Tarifautonomie per Diktat durch das Landesparlament erfolgte. Gott sei Dank ist das Geschichte.

Zweitens steckt in diesem Thema, dass die Arbeitszeiten der Beamtinnen und Beamten immer noch 42 Stunden in der Woche betragen, während die Arbeitnehmer, die nach wie vor unter den Bundesangestelltentarif fallen, eine Arbeitszeit von 38,5 Stunden pro Woche haben. Diese ungerechte Situation wollen wir alsbald beendet sehen.

Drittens steckt darin, dass der Herr Finanzminister am 2. Juli mit viel öffentlichem Getöse eine Haushaltssperre in Höhe von 3 % der Verwaltungsausgaben erlassen hat. Als Hauptargument dafür nennt er neben der Abschaffung der Studiengebühren und der zusätzlichen Einstellung von 1.000 Referendarinnen und Referendaren eine Mehrbelastung von 80 Millionen € aus Tarif- und Besoldungserhöhungen und sagt dann, das Ende der Fahnenstange sei erreicht – ganz so, als sei die Mehrheit dieses Landtags jetzt und sofort dabei, ständig kostenwirksame Gesetze zu beschließen, denen schnell ein Riegel vorge-schoben werden müsste.

Betrachtet man beide Gesetzentwürfe, so fällt auf, dass sich derjenige der SPD bei der Problembeschreibung richtigerweise auf die Eckpunktevereinbarung mit den Gewerkschaften bezieht.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Denn ohne diese Vereinbarung gäbe es keine weitere Besoldungserhöhung. Dieser Bezug ist uns wichtig.

Demgegenüber bezieht sich der Gesetzentwurf der Landesregierung viel stärker auf die Föderalismusreform I, auf die veränderten Regelungskompetenzen, wonach ab 2006 jedes Bundesland eigenständig für die Beamtenbesoldung und -versorgung sowie das Laufbahnenrecht zuständig geworden ist.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, ich komme zum Ende.

Mit dieser Reform wurde nach unserer Meinung die Kleinstaaterei im Beamtenrecht eingeführt, und dies ohne Not und Kritik. Für uns ist es bei der Reform der Beamtenbesoldung wie auch bei der Dienstrechtsreform wichtig, den Gewerkschaften zukünftig echte Verhandlungsrechte für die Beamtinnen und Beamten einzuräumen. Wir wollen ein modernes, teiligungsorientiertes Beamtenrecht in Hessen einführen, das für andere Bundesländer beispielgebend sein soll.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Es gibt noch eine Wortmeldung des Kollegen Al-Wazir. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich bemühen, jenseits der Gesetzentwurfs-exegese fünf Minuten lang über den eigentlichen Hintergrund dessen zu reden, worüber wir hier gerade debattieren.

Wir haben es mit einem weiteren Kapitel der Reparatur der desaströsen Fehler der Regierung Koch zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Herr Innenminister, der Fehler war, Angestellte und Beamte von der Einkommensentwicklung im öffentlichen

Dienst abkoppeln zu wollen. Der grobe Fehler war dann, Tarifierhöhungen per Gesetz – wie im letzten Jahr – zu beschließen.

In dem Tarifvertrag, den Sie Anfang Juni mit den Gewerkschaften abgeschlossen haben, haben Sie unterm Strich exakt den Prozentsatz vereinbart – sogar noch ein bisschen mehr –, der es gewesen wäre, wenn man in der TdL geblieben wäre. Herr Innenminister, der Strafrechtler würde hier von einem Anfang tätiger Reue sprechen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Heiterkeit bei der LINKEN – Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

Herr Innenminister, der Gesetzentwurf, der jetzt hier vorliegt und der nach dem Gesetzentwurf der SPD eingegangen ist, sagt im Prinzip: Kapitulation auf ganzer Linie. Sie wollen das noch komplett auf die Beamtinnen und Beamten übertragen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sage ich ausdrücklich: Wir waren immer der Meinung, dass der Weg, den die Landesregierung in der letzten Legislaturperiode beschritten hat, falsch war.

Wir sind weiterhin dafür, dass das Land Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehrt, dass auch die Beamtinnen und Beamten schrittweise gleichgestellt werden und dass gilt: Besoldungsrecht folgt Tarifrecht. Das ist ausdrücklich unsere Position.

Ich will noch einmal die Frage aufwerfen, ob sich das, was von der Landesregierung vorgelegt worden ist, mit der verkündeten Haushaltssperre des Finanzministers verträglich ist und ob es wirklich der Weisheit letzter Schluss ist. Wir mussten nämlich erleben, dass zunächst einmal eine Vollbremsung gemacht wurde; und als dann bemerkt wurde, dass dies nicht funktioniert, wurde auf Vollgas umgestiegen. In diesem Zusammenhang haben wir als GRÜNE einfach die Befürchtung, dass das Gefährt ins Schleudern geraten könnte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, daher sage ich allen Fraktionen: Wir sind uns anscheinend grundsätzlich darin einig, dass die Beamtinnen und Beamten den Tarifbeschäftigten des Landes gleichgestellt werden sollen. Darüber habe ich Konsens festgestellt. Wir sind uns auch einig, dass es in gewisser Art und Weise rückwirkend geschehen soll. Ich stelle aber durchaus die Frage in den Raum und bitte alle Fraktionen, hierüber nachzudenken, ob bei der dringend notwendigen Beseitigung der Regierung Koch wirklich alle Fehler komplett rückwirkend beseitigt werden können.

(Günter Rudolph (SPD): Das schaffen wir nicht; das dauert Jahre!)

Ich weise darauf hin, dass wir bei der Debatte über die Abschaffung der Studiengebühren beispielsweise heftig darüber gestritten haben, ob es eine rückwirkende Zahlung geben soll oder nicht. Dieses Haus hat sich dann dafür entschieden, diesen Fehler zwar zu beseitigen, aber nicht rückwirkend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise auch darauf hin, dass es durchaus einer Überlegung wert sein könnte, eine Sozialstaffel einzuführen, da die Anwärter und der einfache und mittlere Dienst unzweifelhaft jeden Cent dringend brauchen können. An dieser Stelle möchte niemand etwas wegnehmen. Dem gehobenen Dienst geht es zwar besser, doch ist er von Reichtum weit entfernt. Der

höhere Dienst hat unzweifelhaft einen Anspruch darauf, mit den Tarifbeschäftigten gleichgestellt zu werden. Daher stellt sich die Frage, ob wir nicht einer Sozialstaffel näher treten könnten. Das würde alle Fehler der Regierung Koch beseitigen; und es würde dazu führen, dass die Beamtinnen und Beamten schrittweise den Tarifbeschäftigten endlich wieder gleichgestellt und fair behandelt würden. Wir sind der Meinung, dass es in diesem Zusammenhang durchaus möglich ist, eine Sozialstaffel einzuführen.

Herr Präsident, ich komme zu meinem letzten Satz, indem ich sage: Die Abschaffung der Studiengebühren kostet das Land Hessen im Haushaltsjahr 2008 23 Millionen €. Der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung würde das Land Hessen 77,7 Millionen € kosten. Wir glauben, dass es durchaus möglich ist, die Fehler zu beseitigen und mit der Einführung einer Sozialstaffel dafür zu sorgen, dass auch den Haushaltserfordernissen des Landes einigermaßen Rechnung getragen wird. Da wir nun alle in die Ausschussberatungen und in die Anhörung gehen, bitte ich alle Fraktionen darum, zu überlegen, ob man nicht einen gemeinsamen Weg finden könnte. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Beuth für die Fraktion der CDU.

#### **Peter Beuth (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schaus, Klassenkampf ist nicht meine Sache.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN: Oh!)

Da Sie den Begriff der Schärfe aber eingeführt haben, möchte ich daran erinnern, was Herr Kollege Rudolph zu Beginn dieser Debatte gesagt hat. Herr Kollege Rudolph, da wir über zwei Gesetzentwürfe sprechen, die die Besoldung der Beamtinnen und Beamten betreffen, und da Sie in Bezug auf den Tarifvertrag zwei Dinge in Abrede gestellt und gar bezweifelt haben, dass diese überhaupt von der Landesregierung erreicht werden könnten, wäre ein wenig Demut schon angezeigt gewesen. Im Übrigen wäre ein bisschen Demut auch an anderer Stelle angezeigt gewesen, statt hier kraftvoll anzutreten und von einer „nach-eifernden Regierung“ zu sprechen.

(Günter Rudolph (SPD): Genau so so ist es!)

Ein bisschen Demut wäre auch angezeigt gewesen, gerade wenn man sich die handwerklichen Probleme – um es einmal freundlich auszudrücken – des Gesetzentwurfs der SPD anschaut. Herr Kollege Rudolph, ich bleibe dabei: Ein bisschen Demut wäre angezeigt.

Meine Damen und Herren, nun zur Sache. Die CDU-Fraktion begrüßt den Gesetzentwurf der Landesregierung. Trotz der Unkenrufe im Vorfeld ist es der Landesregierung gemeinsam mit den Gewerkschaften gelungen, für die Arbeiter und Angestellten des Landes einen Tarifvertrag auszuhandeln, und zwar bereits im Juni dieses Jahres. Das bedeutet für uns den Einstieg in den Hessen-Tarif. Wir sind der Meinung, dass dies eine gute Entwicklung ist, und da unterscheiden wir uns ganz deutlich von Ihnen, Herr Kollege Schaus.

(Beifall bei der CDU)



Meine Damen und Herren, mit der Eckpunktevereinbarung, die im Juni getroffen worden ist, konnte ein eigener Tarifvertrag erstellt werden. Ich möchte daran erinnern, dass nebenbei auch für die Ärzte sowie Waldarbeiter Tarifverträge geschlossen worden sind. Auch in diesem Zusammenhang haben wir unser Wort gehalten. Wir haben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes versprochen, dass wir sie an der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung beteiligen wollen – auch das tun wir mit dem Gesetzentwurf, der hier heute vorliegt.

Meine Damen und Herren, „Beamtenrecht folgt Tarifrecht“, so die SPD-Rhetorik des Kollegen Rudolph.

(Günter Rudolph (SPD): Er hat recht!)

Daher haben wir im Prinzip alles richtig gemacht; es ist nur schade, dass wir dies heute nicht von Ihnen zu hören bekommen haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben das politische Ziel, den Einstieg in einen Hessen-Tarif zu erreichen. Das haben wir sowohl mit dem Tarifvertrag als auch mit dem Gesetzentwurf auf den Weg gebracht. Daher ist dies für die 97.000 Beamtinnen und Beamten sowie für die 57.000 Versorgungsempfänger unseres Landes eine gute Nachricht.

Es ist bereits vorgetragen worden, dass es eine Erhöhung der Bezüge geben wird. Es ist aber auch richtig, dass wir in diesem Lande Mehrausgaben von knapp 80 Millionen € zu verkraften haben werden. Auch hier können Sie sich von den Gesetzentwürfen dieser Landesregierung eine Scheibe abschneiden, denn die Deckung ist entsprechend vorhanden. Auch das wurde vorgetragen.

(Günter Rudolph (SPD): Und was ist mit der Haushaltssperre?)

Herr Kollege Rudolph, wenn Sie uns schon die Sonderzahlungen vorwerfen, dann frage ich Sie: Warum haben Sie in Ihrem Gesetzentwurf nicht daran gedacht, das Sonderzahlungsgesetz zu verlängern? Es ist schade, dass Sie hieran nicht gedacht haben. Es ist schade, dass Sie dies wiederum versäumt haben, so wie auch in Ihrem Gesetzentwurf an anderer Stelle Versäumnisse zu beklagen sind.

Wir freuen uns auf eine zügige Beratung im Ausschuss, zumindest darauf haben wir uns bereits verständigen können. Wir werden gleich nach der Sitzung damit beginnen, damit die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter ihr Geld zügig erhalten. Damit halten wir unser Wort, denn wir haben gesagt: Wir wollen, soweit das möglich ist, die Beamtinnen und Beamten an der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung unseres Landes beteiligen, und das tun wir unter anderem mit diesem Gesetzentwurf. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich stelle hiermit fest, dass die erste Lesung der Gesetzentwürfe, des Gesetzentwurfs der Landesregierung sowie des Gesetzentwurfs der SPD-Fraktion, im Rahmen der Tagesordnungspunkte 7 und 17 durchgeführt worden ist.

Wir überweisen beide Gesetzentwürfe vereinbarungsgemäß zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Innen-

ausschuss. – Dem wird nicht widersprochen, somit wurde dies beschlossen.

Wir kommen nun zu zwei weiteren Gesetzeslesungen. Es handelt sich um eine erste und eine zweite Lesung ohne Aussprache – allerdings mit Berichterstattung.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung verwaltungsvollstreckungsrechtlicher und anderer Rechtsvorschriften – Drucks. 17/368 –**

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs hat Herr Innenminister Bouffier das Wort.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wir schreiben zu einem Höhepunkt des parlamentarischen Schaffens, nämlich zur Novellierung des Verwaltungsvollstreckungsrechts. Das ist eine Materie, deren elektrisierender Gehalt wohl überschaubar ist, dennoch ist es für eine ordentliche Verwaltung unverzichtbar.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Lieber Herr Kollege Rudolph, wir sind uns doch einig – und das meine ich jetzt sehr ernst –: Eine ordentliche Verwaltung ist eine der größten Errungenschaften eines Rechtsstaats und einer entwickelten Demokratie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Günter Rudolph (SPD): Dafür brauchen wir aber nicht nur Juristen!)

Deshalb ist es eine gute Gelegenheit, einmal darauf hinzuweisen, dass es eine Reihe von Vorschriften gibt, die gar nicht im öffentlichen Interesse stehen, die es trotzdem braucht. Die Vollstreckung des Verwaltungsrechts ist eine solche.

Ich bringe es für die Landesregierung in erster Lesung deshalb ein, weil das bestehende Gesetz zum Jahresende ausläuft. Es muss also eine entsprechende Regelung her. Ich will Ihnen das jetzt wirklich nur in sehr kurzen Strichen vortragen. Es geht im Wesentlichen um die Rechtsbereinigung.

Ein großes Ziel ist, gerade im Vollstreckungsrecht – das mögen die Juristen mir jetzt verzeihen – dieses Durcheinander zwischen Zivilrecht, Abgabenordnung, Verwaltungsvollstreckungsrecht ein ganzes Stück zu harmonisieren. Wir versuchen, das Ganze praxistauglicher zu machen.

Sie werden den für die Kommunen sinnvollen Vorschlag finden, dass sich Kommunen in Zukunft zu einer Art Vollstreckungsgemeinschaft, einer Art interkommunaler Zusammenarbeit, zusammenfinden können. Es macht überhaupt keinen Sinn, dass das jeder für sich aufbauen muss.

Drittes Beispiel. Wir führen neu ein, dass die Verwaltungsbehörden, die ermächtigt sind, sich selbst die Vollstreckungsrechtsgrundlage zu schaffen, in Zukunft auch in die Lage versetzt werden, z. B. die sogenannte eidesstattliche Versicherung abzunehmen, und damit nicht mehr zum Amtsgericht gehen müssen. Wir haben das so vorgeschlagen, dass es alternativ möglich ist. Die Behörde kann das tun, muss es aber nicht tun. Sie werden sehen, das zieht sich durch den gesamten Gesetzentwurf.

Ich kann Ihnen vermelden, dass in der Anhörung, die wir dazu durchgeführt haben, die Kommunalen Spitzenverbände, aber auch sämtliche Fachgremien diesem Gesetzentwurf ausnahmslos zugestimmt haben, sodass ich der guten Hoffnung bin, dass auch das Haus dem zustimmen wird. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Minister.

Der Gesetzentwurf ist eingebracht, und es liegen keine Wortmeldungen dazu vor. Dann stelle ich fest, dass die erste Lesung durchgeführt worden ist.

Wir überweisen den Gesetzentwurf an den Innenausschuss zur Vorbereitung der zweiten Lesung. – Dem widerspricht niemand, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 22** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Einrichtung eines gemeinsamen Studienganges für den Anwaltsdienst und die Errichtung eines gemeinsamen Prüfungsamtes für die Abnahme der Anwaltsprüfung – Drucks. 17/486 zu Drucks. 17/122 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Klein (Freigericht). Ich bitte ihn um den Bericht.

**Hugo Klein (Freigericht), Berichtersteller:**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses zu Drucks. 17/122:

Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Rechtsausschuss in der 7. Plenarsitzung am 14. Mai 2008 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 13. August 2008 behandelt und ist einstimmig zu der zuvor wiedergegebenen Beschlussempfehlung gekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Berichtersteller. – Es liegen keine Wortmeldungen vor. Dann ist die Aussprache geschlossen.

Ich rufe zur Abstimmung in der zweiten Lesung dieses Gesetzentwurfes auf. Wer diesem Gesetzentwurf in zweiter Lesung zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand der Stimme? – Dann stelle ich fest, dass dieser Gesetzentwurf einstimmig angenommen worden ist. Er ist damit zum Gesetz erhoben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 23** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Aufhebung alt-kirchlicher Vorschriften – Drucks. 17/491 zu Drucks. 17/245 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Bauer. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

**Alexander Bauer, Berichtersteller:**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Aufhebung alt-kirchlicher Vorschriften, Drucks. 17/245:

Der Kulturpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Kulturpolitischen Ausschuss in der 10. Plenarsitzung am 4. Juni 2008 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Kulturpolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 14. August 2008 beraten und bei Nichtanwesenheit der LINKEN einstimmig den zuvor wiedergegebenen Beschluss gefasst.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Kollege Bauer. – Wortmeldungen liegen keine vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Wer dem Gesetzentwurf in zweiter Lesung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf in zweiter Lesung einstimmig angenommen worden ist. Er ist damit zum Gesetz erhoben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 71** auf:

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 17/352 –**

Seitens der Unionsfraktion ist beantragt worden, die Petition Nr. 6305/16 getrennt abzustimmen.

Ich rufe alle Petitionen außer Nr. 6305/16 auf. Wer den Beschlussempfehlungen zu diesen Petitionen zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dann sind die Beschlussempfehlungen zu diesen Petitionen alle entsprechend der Vorlage angenommen.

Ich rufe die Petition Nr. 6305/16 auf. – Herr Kollege Wagner, zur Geschäftsordnung.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, zwischen den parlamentarischen Geschäftsführern ist Aussprache zu diesem Punkt vereinbart worden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Aussprache ist vereinbart worden. Ich gehe von fünf Minuten Redezeit pro Fraktion aus. – Einverstanden.

Dann eröffne ich die Aussprache und frage, wer das Wort wünscht. – Das Wort hat Frau Kollegin Öztürk. Bitte schön.

**Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Ich möchte für meine Fraktion gar nicht lange reden, aber darauf hinweisen, dass die Petition, die gerade herausgenommen wurde, die Petition der Familie Kazan ist. Wir haben im Ausschuss sehr kontrovers darüber diskutiert, wir haben auch im Plenum bereits darüber diskutiert. Ich möchte im Namen meiner Fraktion festhalten, dass wir sehr bedauern, dass, obwohl im Petitionsausschuss die mehrheitliche Meinung der Fraktionen war, die Familie wieder einreisen zu lassen, leider die CDU-Fraktion dem nicht zustimmen konnte und heute die Petition herausgenommen hat.

Ich möchte das zum Anlass nehmen, noch einmal kurz daran zu erinnern, worum es geht. Es geht um eine Familie, speziell um die Mutter mit sechs Kindern, von denen fünf in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Diese Kinder sind sehr gut integriert, und aufgrund dessen hätte die Abschiebung nicht stattfinden sollen. Es gibt ein Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt vom 2. April, und seither läuft die Debatte: Soll die Familie wieder einreisen dürfen, nachdem das Innenministerium Berufung eingelegt hat, oder soll die Familie so lange in der Türkei bleiben? Die mehrheitliche Meinung dieses Hauses ist, dass wir sechs Kindern und der Mutter nicht zumuten können, in der Türkei zu bleiben, bis dieses Berufungsverfahren abgeschlossen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Diese Kinder möchten wieder zurück in die Schule. Es geht wirklich darum, dass wir ein positives Beispiel für eine gelungene Integration setzen, dass wir eine integrierte Familie unterstützen und begleiten. Von daher ist alles, was eine Verzögerung bedeutet, sehr problematisch und nachher nicht mehr einzuholen.

In dieser Situation ist es wichtig, dass wir gemeinsam sehr sachlich und zielorientiert diskutieren. Es ist mehrmals die Bitte an den Innenminister gerichtet worden, dem Parlamentswillen nachzukommen und die Wiedereinreise dieser Familie zu ermöglichen. Ich möchte das im Namen meiner Fraktion noch einmal unterstützen. Wenn wir es in so einem Fall, wo die Kommunen nicht belastet werden, wo sich die kommunale Gemeinschaft ganz stark für die Familie eingesetzt hat, wo sich die Schule für die Familie eingesetzt hat und bezeugt, dass eine Integration der Kinder auf jeden Fall gelungen ist, nicht schaffen, eine gelungene Integration positiv zu begleiten, dann verstehe ich die ganze Debatte, die wir bisher über Demografie, demografischen Wandel und Integration führen, wirklich nicht.

Hier haben wir die Möglichkeit, auch im Namen der Kirchen, die sich sehr dafür einsetzen, im Namen der Menschlichkeit ein positives Signal zu setzen. Ich plädiere nach wie vor dafür, dass der Herr Innenminister auch dem Zuspruch seines Kollegen Schwarz-Schilling, der sich eindeutig dafür eingesetzt hat, zustimmt und diesem Willen nachkommt. Das wäre ein positives Signal, das von diesem Hause ausgehen sollte. Der Innenminister sollte dieses Signal auch folgen. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Beuth für die Fraktion der CDU.

**Peter Beuth (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben hier eine sehr schwierige Entscheidung miteinander zu treffen. Das Plenum und der Petitionsausschuss haben sich mit der Petition, mit der Familie und ihrem Schicksal sehr eingehend beschäftigt. Wir haben versucht, klug abzuwägen. Es ist den Kolleginnen und Kollegen im Petitionsausschuss und uns bei der letzten Plenardebatte auch gelungen. Wir kommen zu einer unterschiedlichen Bewertung der Frage, wie wir mit der Familie Kazan umgehen sollen.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Berücksichtigungsanliegen des Petitionsausschusses nicht zu. Ich will Ihnen ein paar Dinge, die uns dazu bewegen, erläutern. Wir haben ein sehr umfangreiches Asylrecht und wir sind sehr großzügig bei der Aufnahme von Flüchtlingen in unserem Land. Darauf sind wir sehr stolz. Wir müssen aber zusehen, dass wir die Aufnahmebereitschaft unserer Gesellschaft am Ende nicht überfordern. Das ist mit unsere Pflicht, die wir zu erfüllen haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben sehr großzügige Zufluchtsregelungen; die bleiben unserer Auffassung nach nur akzeptiert, wenn nach dem Wegfall des Fluchtgrunds die Rückführung erfolgt. Diesem Prinzip dienen das Aufenthaltsgesetz und die vielen rechtlichen Möglichkeiten in unseren Gesetzen insgesamt.

Die Familie Kazan war von 1993 bis 2007 in Deutschland. Das hat Frau Kollegin Öztürk vorgetragen. In dieser Zeit hat die Familie in einer zweistelligen Anzahl von Verwaltungsverfahren, Gerichtsverfahren bis hin zum Petitionsverfahren die Möglichkeiten gehabt, ihre Anliegen entsprechend vorzutragen. Am Ende haben die Gerichte entschieden, dass die Familie in die Türkei zurückkehren muss.

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege, ich versuche, mich mit diesem Thema ernsthaft zu beschäftigen. Ich habe den Anspruch, hier auch meine Gedanken vortragen zu dürfen. – Bei dieser Frage, wie mit der Familie umgegangen wird, spielen natürlich Dinge eine Rolle, die in der Zeit von 1993 an geschehen sind. Die Frage der Integrationsleistungen hat Kollegin Öztürk gerade schon vorgetragen. Die strafrechtliche Auffälligkeit erwähne ich hier nur am Rande.

(Silke Tesch (SPD): Von wem?)

– Von der Mutter. – Ich erwähne darüber hinaus, dass hier natürlich in den vergangenen Jahren Leistungen in einer Höhe von 350.000 € angefallen sind. Auch das muss in unsere Abwägungsentscheidung mit aufgenommen werden.

Nun kommen wir zu dem Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt. Dieses Urteil beklagt die fehlende Integrationsleistung der Eltern. Dort steht, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration sei eben gerade nicht gelungen. Es erläutert aber auch, dass die mangelnden Sprachkenntnisse und die mangelnde Vertrautheit mit den türkischen Verhältnissen den Kindern – so das Urteil



– keine Lebensperspektiven in der Türkei bieten. Der Umstand, dass die Kinder nicht die türkische Amtssprache beherrschen, führt am Ende dazu – so das Ergebnis des Verwaltungsgerichts –, dass ein Aufenthaltsrecht für die Kinder, und über das Aufenthaltsrecht der Kinder für die Mutter, in Deutschland gegeben sein soll.

Das Gericht sagt aber auch, das habe eine so grundsätzliche Bedeutung, dass die Zulassung der Berufung im Urteil ausdrücklich niedergelegt ist. Deswegen kommen wir zu der Auffassung, dass wir diese Berufung, weil das Urteil eine grundsätzliche Bedeutung hat und es dann eben auch über viele andere Fälle eine Entscheidung getroffen hat, abwarten müssen. Es ist aus rechtlichen Gründen gerade nicht möglich, die Familie zurückzuholen und gleichzeitig die Berufung durchzuführen.

Wir sind der Auffassung, dass wir das Gerichtsurteil des VGH abwarten müssen und sollten, weil es von grundsätzlicher Bedeutung für diese Fragen ist. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Degen für die Fraktion der SPD.

**Christoph Degen (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen das Petikum noch einmal in Erinnerung rufen. Es geht dabei ausdrücklich darum, dass wir als Ausschuss anerkennen, dass diese Grundsatzentscheidung getroffen werden soll, dass aber dennoch aus humanitären Gründen der Familie – Familie heißt hier: Mutter und Kinder – die Möglichkeit gegeben werden soll, nach Deutschland zurückzukehren.

Ich sage deshalb „Mutter und Kinder“, weil der straffällig gewordene Vater längst nicht mehr mit berücksichtigt wird. Zur Erinnerung: Die Abschiebung fand bereits im Februar 2007 statt. Seitdem ist die Familie einem Prozess der Hoffnung und der Enttäuschung ausgeliefert. Ein zeitnahes Handeln ist längst überfällig.

Die Abschiebekosten wurden aufgebracht, eine Verpflichtungserklärung des Helferkreises liegt längst vor, der Lebensunterhalt der Mutter und der Kinder ist gesichert, auch eine Wohnung und ein Arbeitsplatz wurden organisiert. Frau Kazan selbst hat sich von ihrem Ehemann getrennt und durchaus einiges bewegt, um eine Wiedereinreise möglich zu machen. Sie hat dementsprechend guten Willen bekundet.

Während dieser ganzen Zeit wurden Hoffnungen immer wieder zunichte gemacht. Ich erinnere z. B. nur daran, dass im Juli letzten Jahres nach längerer Überlegung der Landrat des Main-Kinzig-Kreises bereit war, der Wiedereinreise zuzustimmen, nachdem zuvor vom Regierungspräsidium die Entscheidung in seine Hände gelegt wurde. Nachdem sich der Landrat zu dieser Entscheidung durchgerungen hatte, kam das Veto aus dem Innenministerium, eben doch nicht zuzustimmen.

Im März 2008 gab es neue Hoffnung für die Familie. Das besagte Verwaltungsgerichtsurteil bezeichnete die Kinder als faktische Inländer und hat die hohe Integrationsleistung der Kinder anerkannt. Dann kam wieder der Schlag, die Berufung wurde eingelegt, das Verfahren läuft noch

immer und wird in naher Zukunft nicht abgeschlossen sein.

Es geht dabei vor allem um die Lebensperspektiven der Kinder. Das will ich noch einmal betonen, das habe ich bereits während der Debatte im Mai-Plenum gesagt. Die Kinder sprechen kein Türkisch, sie können keine türkische Schule besuchen. Sie sind keine Deutschen, sie dürfen dementsprechend nicht die Deutsche Schule in Istanbul besuchen. Ihnen werden Lebensperspektiven geraubt und die Schulbildung vorenthalten.

Im Wortbeitrag meines Vorredners ist angeklungen, dass seit 1993 durchaus eine lange Zeit vergangen ist und der Familie die Gelegenheit gegeben wurde, sich zu integrieren. Ob man das jetzt positiv oder negativ sehen will, will ich dahingestellt lassen. Wir sollten aber den gleichen Fehler nicht noch einmal machen, jetzt wieder Zeit verstreichen lassen und immer wieder durch weitere Verfahren, durch weiteres Überlegen und Abwarten die Familie, vor allem die Kinder, in der Türkei der Situation ausgeliefert lassen, bis sich das irgendwann von selbst erledigt und sie in Deutschland den Anschluss nicht mehr finden werden.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat diese Petition zur Berücksichtigung empfohlen. Wir werden der Empfehlung selbstverständlich zustimmen. Holen wir die Familie endlich nach Hause. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat nun Herr Abg. Rock für die Fraktion der FDP.

**René Rock (FDP):**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich will ein paar Worte zu der Petition bzw. zur Familie Kazan sagen. Die Abgeordneten der FDP im Petitionsausschuss haben sich in der Sondersitzung des Ausschusses am 31. Juli dafür ausgesprochen, dass Frau Kazan und ihren Kindern eine Rückkehr nach Deutschland für einen zunächst begrenzten Zeitraum ermöglicht wird.

(Beifall bei der FDP, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Den Kindern der Familie Kazan wurde durch Gerichtsurteil des VG Frankfurt das Recht auf Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen zuerkannt. Das Land Hessen hat hiergegen Berufung eingelegt. Bereits in der letzten Debatte im Plenum zu diesem Thema hat die FDP dargelegt, dass sie die Urteilsbegründung für sehr nachfragefähig hält. Es bleibt abzuwarten, welches Urteil im Berufungsverfahren ergehen wird. Sollte das Land Hessen im Berufungsverfahren scheitern, wird das für alle ausländischen Familien in Hessen, die nach dem Aufenthaltsgesetz ausreisepflichtig sind, aber aufgrund ihres langen Aufenthalts hier geborene und gut integrierte Kinder haben, zu Aufenthaltserlaubnissen führen. Das wäre ein Präzedenzfall, der sehr große Auswirkungen hätte.

Da nicht auszuschließen ist, dass die Familie Kazan auf diesem Wege doch noch ein Aufenthaltsrecht erhält, wäre es aus humanitären Aspekten aus unserer Sicht notwendig, der Familie Kazan, gerade den Kindern, zu ermöglichen, bis zum Abschluss des Gerichtsverfahrens weiterhin die deutsche Schule zu besuchen. Die Familie, be-

sonders die Kinder, sind der türkischen Sprache in Wort und Schrift nicht hinreichend mächtig, um in das türkische Schulsystem integriert zu werden. Sie hätten später wieder Probleme, den Anschluss in Deutschland zu finden.

Das Land Hessen sollte hier im Interesse der betroffenen Kinder großzügig sein und dem vorläufigen Gerichtsurteil folgen. Es vergibt sich unserer Ansicht nach nichts dabei, für die Dauer des Berufungsverfahrens den Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen, zumal der Lebensunterhalt – das haben wir hier mehrmals gehört – der Familie gesichert ist. Die Kinder sollten nach unserer Sicht nicht unter den juristischen Mühlsteinen leiden müssen. Darum werden wir der Beschlussempfehlung zu dieser Petition zustimmen.

(Beifall bei der FDP, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Frau Abg. Cárdenas, Fraktion DIE LINKE.

**Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, es ist in der Debatte alles zu dem Fall Kazan gesagt worden, zu den humanitären Aspekten des Falls Kazan. Einen Punkt möchte ich ergänzen. Ich war in der Debatte im Petitionsausschuss dabei, als auch Herr Bouffier da war. Wir haben dort auch argumentiert, dass natürlich das Gerichtsurteil für die Kinder und die Mutter auch hier abzuwarten sein könnte, dass es eine unbillige Härte wäre, sie so lange dort zu lassen, wenn die Kinder dort nicht in die Schule gehen können, usw.

Ich habe in der Aktuelle Stunde vor einigen Monaten zu dem Fall Kazan ausgeführt – das möchte ich kurz zitieren –: Auch an diesem Punkt ist wieder einmal aufzuzeigen,

dass ein Regierungswechsel und folglich ein anderer Innenminister für betroffene Familien eine andere Politik umgesetzt hätte. Ein Innenminister, der nicht bereit ist, einen Asylstopp, den die Legislative beschlossen hat, umzusetzen, ist nicht hinnehmbar. Ein Innenminister, der Beschlüsse der Exekutive nicht respektiert,

ebenso wenig.

Inzwischen haben wir andere Punkte, die dazugekommen sind. Das sind die Rückkehr in die TdL und auch das Petitionsverfahren, das er an sich ziehen möchte.

Ich möchte ganz dringend bitten, dass wir als gesamtes Haus – vier Fraktionen haben sich schon hinter die Familie Kazan und hinter den Beschluss des Petitionsausschusses gestellt – den Innenminister auffordern, seine Aktivitäten im Fall Kazan zurückzunehmen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der hessische Innenminister Bouffier.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich kann das Anliegen, das jetzt von vier Fraktionen vorgetragen wurde, menschlich sehr gut nachvollziehen. Ich weiß auch, was es bedeutet, wenn erstmals in über neunzehn Jahren, so wie es sich wohl abzeichnet, das Parlament eine Berücksichtigungsempfehlung abgibt. Das hat Gewicht.

Aber eines ist auch klar: Das kann alles nichts an meiner Verantwortung ändern. Es bleibt in der Zuständigkeit des zuständigen Ministers, und es bleibt meine Pflicht, nach Recht und Gesetz zu entscheiden und nicht willkürlich. – Den letzten Beitrag will ich nicht näher kommentieren. – Das muss jeder Minister.

Wir haben einen Fall, der außergewöhnliche Facetten hat. Vor eineinhalb Jahren hat der Main-Kinzig-Kreis diese Familie nach einem langen Verfahren abgeschoben. Die Mutter ist mit den Kindern in Istanbul. Der Vater befindet sich, wie ich höre, auch irgendwo in der Türkei. Das Ehepaar Kazan ist noch verheiratet, wahrscheinlich getrennt, aber verheiratet. Das hat ausländerrechtlich große Bedeutung, wie alle Insider wissen.

Die Eltern sind, wie auch das Verwaltungsgericht in Frankfurt festgestellt hat, nachweislich nicht integriert, beide nicht. Beide sind straffällig gewesen. Das sind Gesichtspunkte, die jedenfalls aus meiner Sicht eine schlichte, einfache Antwort verbieten.

Jetzt haben wir eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Frankfurt, und Herr Kollege Beuth hat darauf hingewiesen, dass das Gericht selbst die Berufung sozusagen auf den Teller gelegt hat. Was hat das Verwaltungsgericht Frankfurt eigentlich entschieden? Das ist für mich der schwierigste Punkt in der ganzen Sache. Es hat im Urteil gesagt: Die Eltern sind nicht integriert, und auch sonst gibt es manche Fragwürdigkeit. Es hat aber gesagt, die Kinder sind hier integriert gewesen, und sie werden sich dort im Zweifel nicht integrieren können. Deshalb überfrage, einfach formuliert, das Recht der Kinder alles andere.

Das kann man so sehen. Es ist aber eine totale Abkehr von der gesamten Rechtsprechung, die es bisher in Deutschland gegeben hat.

(Lothar Quanz (SPD): Aber vielleicht ein guter Weg!)

– Herr Kollege Vizepräsident, wenn Sie sagen: „vielleicht ein guter Weg“, dann will ich mit Ihnen gemeinsam über Folgendes nachdenken: Wenn wir nicht ununterbrochen willkürlich entscheiden wollen, mal so, mal so, je nachdem, wer vielleicht mehr Öffentlichkeit findet, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, ob wir grundsätzlich das Verhalten der Eltern vergessen müssen, wenn das Recht der Kinder alles überragt.

Wir haben Gesetze, bei denen das Verhalten der Eltern zu dem Ergebnis führt, dass sie auf keinen Fall zurück können. Das ist die Gesetzeslage. Das wird ernsthaft niemand bestreiten wollen.

Für mich ist viel schwieriger: Wenn es richtig sein soll – ich habe Ihnen das letzte Mal dargelegt, dass ich glaube, dass wir hier eine höchstrichterliche Entscheidung brauchen –, dass, von der Situation der Kinder abgeleitet, alles andere zurücktritt, dann kann das nicht nur für die Familie Kazan gelten. Dann möchte ich gerne auch die Frage erörtern: Was machen wir mit denen, die auch kein Aufenthaltsrecht haben und bei denen wir immer wieder diesen

schwierigen Weg der Abschiebung wählen? Denn in der Masse aller Fälle sind Kinder betroffen. Es sind in aller Regel Familien mit Kindern.

Ich lege größten Wert darauf, dass wir es uns nicht so einfach machen, wenn wir diesen Weg gehen, auch wenn Sie, Herr Kollege, sagen, das könnte ein kluger Weg sein. Wer diesen Weg geht, der kann nicht am Mittwoch im Falle Kazan so herum und am Donnerstag im Falle einer anderen Familie andersherum entscheiden. Deshalb hat die Angelegenheit außerordentlich schwierige Facetten.

Deshalb werden Sie auch verstehen, dass das gar nichts ist, was man mit großer Emotionalität – die ich menschlich verstehe, die mir hier aber nicht hilft – oder mit Schnellschüssen erledigt. Ich sehe, das will ich auch würdigen, die außergewöhnliche Unterstützungsleistung der Unterstützerguppe. Das weiß ich zu schätzen. Das ändert zunächst einmal juristisch nicht viel, aber es ist sicher in die Überlegungen einzubeziehen.

Deshalb werde ich, wenn Sie als Parlament so entscheiden, wie sich das andeutet, dieses Votum sehr ernst nehmen. Ich werde mir mit allen Mitarbeitern insbesondere die Frage der Konsequenzen einer solchen Entscheidung noch einmal sehr genau vornehmen. Ich werde mich auch mit der Unterstützerguppe treffen. Das haben wir schon

einmal gemacht. Wir haben einen Termin vereinbart. Ich werde dann so entscheiden, wie ich glaube, dass ich es nach bestem Wissen und Gewissen tun kann, und werde dann den Landtag darüber unterrichten.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Minister. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich lasse über diese Petition abstimmen. Wer der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, der FDP, der GRÜNEN und der LINKEN und bei Ablehnung durch die Fraktion der CDU sowie bei einer Enthaltung wird diese Petition der Landesregierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung. Der Innenausschuss tagt im Anschluss im Sitzungsraum der CDU-Fraktion. Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr wieder.

(Schluss: 18.52 Uhr)